62. Jahrgang / Heft 1 / Januar 2014 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Bernhard Gotto
Enttäuschung als Politikressource
Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren

Hans-Christoph Seidel
Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre

Astrid M. Eckert
Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem

Ewald Grothe
Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus

Elke Scherstjanoi
Ilse Stöbe: Verräterin oder Patriotin?

DE GRUYTER
OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

1
14

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

62. Jahrgang Heft 1 Januar 2014

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

Oldenbourg Wissenschaftsverlag

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 089/1 26 88-0
Fax 089/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2008
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach Art 8 Abs. 3 BayPresseG. i. V. m. § 1 Art. 2 Abs. 1 f DVO zu BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 143, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist der Verlag Walter de Gruyter GmbH, Genthiner Str. 13, 10785 Berlin. Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Margret, Studienrätin i.R., Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Fund, Dr. Sven, geschäftsführender Gesellschafter, Berlin; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/ Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunterehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin;Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Walter de Gruyter Stiftung, Berlin.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 143, 81671 München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Panagiota Herbrand.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 12,80/Ausland: € 16,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Inhalt

Aus Rückschlägen lernen?

Bernhard Gotto
Enttäuschung als Politikressource . . . . . 1 Aufsätze
Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren

Kumpel oder Fremdkörper?

Hans-Christoph Seidel
Die Bergbaugewerkschaft und die „Gastarbeiter" . . . 35
Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre

Schmutziges Geld?

Astrid M. Eckert
Geteilt, aber nicht unverbunden 69
Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem

Viel Lärm um nichts?

Martin Löns
Historiker versus Juristen oder die „Causa Lehnstaedt"? . . . . . 101 Diskussion
Anmerkungen zu Stephan Lehnstaedt „Wiedergutmachung im 21. Jahrhundert – Das Arbeitsministerium und die Ghettorenten"

Leitfaden für spätere Generationen?

Ewald Grothe
Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus . . . . . 109 Dokumentation
Seine unveröffentlichte Antrittsvorlesung vom Januar 1933

Elke Scherstjanoi
Ilse Stöbe: Verräterin oder Patriotin? . . . . . 139 Notizen
Ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte

Die Vierteljahrshefte bitten zur Diskussion.
Das neue Online-Forum **157**

Achte Aldersbacher Schreib-Praxis. Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags (28. Juli bis 1. August 2014) **159**

161 Rezensionen online

169 Abstracts

171 Autoren

Die westdeutsche Friedensbewegung erzielte anfangs beeindruckende Mobilisierungserfolge, musste dann aber zahlreiche Rückschläge einstecken. Enttäuschung machte sich breit, ihr Sturz in die Bedeutungslosigkeit ließ aber auf sich warten. Bernhard Gotto, Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte und Koordinator der Leibniz Graduate School „Enttäuschung im 20. Jahrhundert. Utopieverlust – Verweigerung – Neuverhandlung", analysiert die Ursachen dieser erstaunlichen Selbstbehauptung und verweist dabei vor allem auf das raffinierte Gefühlsmanagement, das die Friedensbewegung im Umgang mit Rückschlägen und Misserfolgen entwickelt hatte. Es immunisierte gegen Frustration und Resignation, ihm war es sogar zu verdanken, dass aus Enttäuschungen Lerneffekte resultierten, die zur Vitalisierung der Demokratie als Lebensform führten.

Bernhard Gotto

Enttäuschung als Politikressource

Zur Kohäsion der westdeutschen Friedensbewegung in den 1980er Jahren

Wenn die Zeitgeschichtsforschung die 1980er Jahre vermisst, so hat die Friedensbewegung darin einen fest umrissenen Platz: Sie markiert einen der heftigsten gesellschaftlichen und politischen Konflikte im letzten Jahrzehnt der alten Bundesrepublik. Kein anderes Thema interessierte und mobilisierte so viele Menschen, kein anderes erreichte seine emotionale Intensität, kein anderes bündelte stärker die grundlegenden politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Umbrüche der vorausgegangenen Dekade. Der Streit entzündete sich am NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979, atomare Mittelstreckenraketen in Westeuropa zu stationieren, um das vermeintlich überlegene Nuklearpotenzial der Sowjetunion auszugleichen. Verbunden war diese Entscheidung mit dem Angebot an die UdSSR, bis zur Stationierung im Herbst 1983 die nuklearen Mittelstreckenraketen in die Rüstungskontrollverhandlungen der Supermächte einzubeziehen. Doch statt mehr Sicherheit durch größere Abschreckung brachten die Waffen aus Sicht ihrer Gegner ein bis dahin ungekanntes Risiko mit sich. Reichweite, Geschwindigkeit und Zielgenauigkeit der neuen Raketen rückten einen begrenzten Atomkrieg in den Bereich des Vorstellbaren, der nicht auf dem Gebiet der Supermächte, sondern in Europa stattfinden würde – im geteilten Deutschland zuerst[1]. Gegen diese Gefahr formierte sich die bis dahin breiteste Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik. Auf ihrem Höhepunkt im Herbst 1983 konnte sie bundesweit über eine Million Menschen mobilisieren.

Die Friedensbewegung war gesellschaftlich außerordentlich breit verankert. Insgesamt vier Millionen Menschen unterschrieben den „Krefelder Appell" vom

[1] Vgl. Susanne Schregel, Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik 1970–1985, Frankfurt a. M. 2011, S. 139–182.

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0001

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

15./16 November 1980[2]. Seine Kernforderung, keine atomaren Mittelstreckenraketen in Europa zu stationieren, bildete den „Minimalkonsens" sehr unterschiedlicher Strömungen und Gruppierungen. Sie deckten ein politisch weitgestreutes Spektrum ab, das von kommunistischen Vorfeldorganisationen und undogmatischen Linken über Sozialdemokraten, lockere Verbünde autonomer Gruppierungen und christliche Organisationen bis in die Ökologie- und Frauenbewegung hineinreichte[3]. Ihr politisches Gewicht erhielt die Friedensbewegung nicht nur, weil auf ihren Ruf hin hunderttausende Menschen zusammenkamen und für ein enormes mediales Echo sorgten, sondern weil sie generationell und sozial über das „alternative Milieu"[4] hinausging. Ihr institutionelles Rückgrat bildete der Bonner Koordinationsausschuss. Dieses Entscheidungs- und Organisationszentrum plante Großveranstaltungen, steuerte zentrale Kampagnen, strukturierte die Kommunikation zwischen den Strömungen und Gruppierungen untereinander und trat nach außen als Sprachrohr der gesamten Friedensbewegung auf. Doch deren eigentliche Basis bildeten tausende lokale Gruppen und Initiativen, die sich über das gesamte Bundesgebiet verteilten[5]. Sie agierten weitgehend autonom und prägten das Erscheinungsbild der Bewegung vor Ort.

Ungeachtet der Massenproteste beschloss der Bundestag am 22. November 1983, die Stationierung durchzuführen. Von dieser Niederlage erholte sich die Friedensbewegung nicht mehr, misst man sie an ihren Mobilisierungszahlen. Zwischen 1984 und 1987 sank die Beteiligung an Menschenketten, Ostermärschen und Großdemonstrationen von knapp einer halben Million auf 100.000 Menschen ab. Zur Bedeutungslosigkeit schrumpfte die Friedensbewegung allerdings

[2] Abgedruckt in: Karlheinz Lipp/Reinhold Lütgemeier-Davon/Holger Nehring (Hrsg.), Frieden und Friedensbewegungen in Deutschland 1892–1992. Ein Lesebuch, Essen 2010, S. 346 f. Vgl. Franz Walter, Manifest der Friedensbewegung im Herbst der Kanzlerschaft Schmidt. Der „Krefelder Appell" von 1980, in: Johanna Klatt/Robert Lorenz (Hrsg.), Manifeste. Geschichte und Gegenwart des politischen Appells, Bielefeld 2011, S. 255–284.

[3] In der Regel werden fünf politische Strömungen (Sozialdemokraten, Grüne, Christen, Kommunisten und Unabhängige) nach den Organisationen unterschieden, die im zentralen Bonner Koordinationsausschuss vertreten waren; vgl. Thomas Leif, Die strategische (Ohn-)Macht der Friedensbewegung. Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen in den achtziger Jahren, Opladen 1990, S. 32–53; Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982–1990, München 2006, S. 86–93; differenzierter: Alice Holmes Cooper, Paradoxes of Peace. German Peace Movements Since 1945, Ann Arbor 1996, S. 152–195.

[4] Vgl. Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaftsbindung. Politik und Lebensstil im linksalternativen Milieu vom Ende der 1960er bis zum Anfang der 1980er Jahre, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 21 (2008), S. 118–130; Dieter Rucht, Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik: Selbstverständnis und gesellschaftlicher Kontext, in: Cordia Baumann/Sebastian Gehrig/Nicolas Büchse (Hrsg.), Linksalternatives Milieu und Neue Soziale Bewegungen in den 1970er Jahren, Heidelberg 2010, S. 35–59.

[5] Vgl. zu den Zahlen von Demonstranten, Sympathisanten und Initiativen Christoph Becker-Schaum, Die institutionelle Organisation der Friedensbewegung, in: Ders./u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!" Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn 2012, S. 151–168, hier S. 151 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht infolge einer Niederlage, sondern wegen eines Erfolgs: Zwei Jahre nachdem Michail Gorbatschow an der Spitze der Sowjetunion eine neue Ära der Entspannung eingeleitet hatte, einigten sich die beiden Supermächte im INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) von 1987 darauf, alle atomaren Mittelstreckenraketen zu verschrotten. Dadurch ging der Friedensbewegung ihr Hauptgegenstand verloren. 1989 brach das „Gleichgewicht des Schreckens" endgültig zusammen. Zwar protestierten schon kurz darauf wieder Hunderttausende gegen den zweiten Golfkrieg. Doch da zur selben Zeit die beiden Supermächte ihre Nukleararsenale in den START-Abkommen (Strategic Arms Reduction Treaty) erheblich reduzierten, verblasste die apokalyptische Vision einer atomaren Vernichtung der Welt zu einem Gespenst des Kalten Krieges. Als gesellschaftlicher Faktor war die Friedensbewegung obsolet geworden: 1988 und 1989 gingen nur noch rund 80.000 Menschen zu den Ostermärschen auf die Straße; 1989 löste sich der Koordinationsausschuss auf.

Da sich der Gegenstand des Nuklearstreits historisiert hat, erblickt die Zeitgeschichtsforschung die längerfristige Wirkung der Friedensbewegung in erster Linie in ihrem Beitrag zum Wandel des Politischen während der 1980er Jahre[6]. Damit ist in erster Linie gemeint, dass Ausdrucksformen und Anliegen der Proteste die Mehrheitsgesellschaft erreichten und die etablierten politischen Parteien unter Anpassungsdruck setzten. Das kritische Potenzial der neuen sozialen Bewegungen wurde in die Demokratie integriert, die sich dadurch alternativen Formen der politischen Kommunikation und der Populärkultur öffnete. Die historische Bewegungsforschung nennt diese Prozesse „Inkorporierung" – damit ist die Eingliederung von Themen, Forderungen und Akteuren in bestehende gesellschaftliche Institutionen gemeint – und „Normalisierung", also die Übernahme von inhaltlichen Positionen in das Wertsystem der Mehrheitsgesellschaft[7]. Der große Streit um die Atomraketen endete aus dieser Perspektive versöhnlich, denn der „Minimalkonsens über die Grundlagen der westdeutschen Demokratie"[8] dehnte sich aus.

[6] Vgl. Eckart Conze, Modernitätsskepsis und die Utopie der Sicherheit. NATO-Nachrüstung und Friedensbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 7 (2010), H. 2, URL: http://www.zeithistorische-forschungen.de/16126041-Conze-2–2010 [14.10.2013]; Philipp Gassert, Viel Lärm um nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik, in: Ders./Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 175–202; Dietmar Süß/Meik Woyke, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 3–20, hier S. 17–19.

[7] Vgl. Jens Ivo Engels, „Inkorporierung" und „Normalisierung" einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen Nr. 40 (2008), S. 81–100.

[8] Philipp Gassert, Arbeit am Konsens im Streit um den Frieden. Die Nuklearkrise der 1980er Jahre als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 491–516, hier S. 516.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Doch reicht es aus, die Friedensbewegung nur als Durchgangsstadium hin zu einer Bekräftigung zu betrachten, dass die bundesdeutsche Demokratie sich breiter Zustimmung erfreute? Der basisdemokratische Ansatz der Friedensbewegung verweist darauf, dass ihre Agenda weit über Abrüstungsforderungen hinausging. Die Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses allein hätte den Protesten nicht ihre enormen Mobilisierungserfolge beschert. Sie bekamen so große Resonanz, weil sie eine generelle Unzufriedenheit mit dem politischen System kanalisierten[9]. Das deutlichste Anzeichen für die tiefer liegenden und längerfristig wirksamen Transformationen im bundesdeutschen Parteiensystem war der Einzug der Grünen in den Bundestag, die explizit als parlamentarischer Arm der Anti-Atomkraft- und der Friedensbewegung auftraten[10]. Sie trugen Forderungen und Werthaltungen ins Parlament, die im soziokulturellen Wandel der 1970er Jahre gründeten, und verkörperten eine tiefe Skepsis gegenüber den etablierten Institutionen und Spielregeln des Politikbetriebs. Trotz aller Kritik an den Defiziten ihrer Partizipationsmöglichkeiten hielt die Mehrheit der Engagierten aber grundsätzlich an der Demokratie fest, mehr noch: Sie verstanden sich als Demokratisierungsbewegung[11]. Im Streit um die Nachrüstung manifestierte sich daher auch eine grundlegende Kritik an der Legitimität parlamentarischer Entscheidungsprozesse und Partizipationsformen[12]. Sie war weder mit dem Scheitern der Friedensbewegung von 1983 erledigt, noch konnte die weltpolitische Wende im letzten Drittel des Jahrzehnts sie besänftigen. Was wurde aus den Demokratisierungsansprüchen der Friedensbewegung?

Auch in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen beförderte die Friedensbewegung keineswegs den Konsens, sie verstärkte im Gegenteil die Polarisierung von Führung und Basis. Während Bundeskanzler Helmut Schmidt die Nachrüstung vehement verteidigte, zählten andere prominente Sozialdemokraten wie Erhard Eppler zu den Wortführern der Friedensbewegung. Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Jungsozialisten stellten sich hinter den Krefelder Appell und widersetzten sich damit einer ausdrücklichen Warnung von Bundesgeschäftsführer Egon Bahr. Für alle anderen formulierten rüstungskritische Sozialdemokraten im Dezember 1980 den „Bielefelder Appell“[13], der

[9] Vgl. Rüdiger Schmitt, Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik Deutschland. Ursachen und Bedingungen der Mobilisierung einer neuen sozialen Bewegung, Opladen 1990, S. 292 f.

[10] Vgl. Silke Mende, „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn“. Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 339–352 u. S. 458–467; Saskia Richter, Der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Konsolidierung der Partei Die Grünen zwischen 1979 und 1983, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg, S. 229–245, v. a. S. 243 f.

[11] Vgl. Roland Roth, Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. Herausforderungen, Innovationen und paradoxe Konsequenzen, in: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven, Opladen 1999, S. 47–63.

[12] Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 98–100.

[13] Abgedruckt wurde der Bielefelder Appell im sozialdemokratischen Parteiorgan „Vorwärts“ erst am 14. 5. 1981, zuvor erschien er in der der DKP nahestehenden Deutschen Volkszeitung vom 11. 12. 1980; abrufbar unter Deutsche Geschichte in Dokumenten und Bildern, Bd. 9:

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

32.000 Unterschriften fand. Darin drückte sich nicht nur innerparteiliche Opposition gegen die Sicherheitspolitik Helmut Schmidts aus, vielmehr suchte sich lange angestaute massive Unzufriedenheit über die Gängelung abweichlerischer Genossinnen und Genossen[14] ein Ventil[15]. In den Kirchen fand die Friedensbewegung ebenfalls einen starken Resonanzboden und organisatorischen Rückhalt[16]. Die evangelischen Kirchentage von 1981 in Hamburg und 1983 in Hannover standen ganz im Zeichen ihrer Anliegen. Auf katholischer Seite formierte sich 1980 die Initiative „Kirche von unten", die in Düsseldorf alternative Katholikentage unter dem Motto „kehrt um – entrüstet Euch" organisierte. Vor allem die Jugendverbände und einzelne Pfarrer legten sich mit den Amtskirchen an. Ihr Engagement für den Frieden verband sich mit dem Wunsch nach innerkirchlichen Aufbrüchen auf den Gebieten der Ökumene, der Stellung von Frauen und Laien sowie dem Eintreten für die Ausgebeuteten in der Dritten Welt. Christen beider Konfessionen konfrontierten ihre Kirchenleitungen mit Kritik an internen Strukturen sowie mit theologischen Neuansätzen und politischen Forderungen. Auch in den Gewerkschaften rumorte es, denn während die Friedensbewegung an der Basis und in den Jugendverbänden große Sympathien genoss, wahrte die Führung Distanz[17]. Protestformen und -agenda der sozialen Bewegung waren schon allein wegen ihrer Wachstumskritik unvereinbar mit gewerkschaftlichen Organisationsprinzipien und Politikansätzen. Ob DGB, Kirchen oder SPD – das Friedensthema wurde zu einem Ferment innerer Gärung der traditionellen zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Schließlich spricht noch ein weiterer Grund für die nähere Beschäftigung mit der Friedensbewegung: Große Teile davon kennen wir kaum. Über das Innenleben der lokalen Friedensinitiativen ist nur wenig bekannt. 1983 existierten 4.000 bis 6.000 von ihnen. Statistische Angaben deuten klar darauf hin, dass sie keineswegs deckungsgleich mit der organisatorischen und politischen Ausrichtung des Koordinationsausschusses waren[18]: Knapp drei Viertel von ihnen, 73 Prozent, ge-

Zwei deutsche Staaten, 1961–1989, URL: http://germanhistorydocs.ghi-dc.org/pdf/deu/Chapter12Doc7KM.pdf [16. 10. 2013].

[14] Im Folgenden verwende ich nur noch eine Pluralform. Selbstverständlich sind mit Bezeichnungen wie „Christen" und „Aktivisten" sowohl Frauen als auch Männer gemeint.

[15] Vgl. Jan Hansen, Zwischen Staat und Straße. Der Nachrüstungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie (1979–1983), in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 517–553, hier v. a. S. 521 f. Zum Hintergrund der scharfen Auseinandersetzung der Parteiführung mit dem marxistisch orientierten Flügel der Jusos, die 1977 in der Absetzung des Juso-Vorsitzenden Klaus Uwe Benneter gipfelten, vgl. Dietmar Süß, Die Enkel auf den Barrikaden. Jungsozialisten in der SPD in den Siebzigerjahren, in: Ebenda 44 (2004), S. 67–104, hier S. 87 f.

[16] Vgl. Jan Ole Wiechmann, Der Streit um die Bergpredigt. Säkulare Vernunft und religiöser Glaube in der christlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland (1977–1984), in: Ebenda 51 (2011), S. 343–374; Daniel Gerster, Friedensdialoge im Kalten Krieg. Eine Geschichte der Katholiken in der Bundesrepublik 1957–1983, Frankfurt a. M. 2012, S. 220 ff.

[17] Vgl. Dietmar Süß, Gewerkschaften, in: Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 262–276.

[18] Alle folgenden Zahlen nach Cooper, Paradoxes of Peace, S. 203.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hörten keiner übergeordneten Organisation an, waren also im Koordinationsausschuss gar nicht repräsentiert. Doch 71 Prozent hatten sich einem regionalen Friedensnetzwerk angeschlossen, und 55 Prozent koordinierten sich auf lokaler Ebene mit anderen Gruppen. Ein Großteil der Friedensinitiativen war strikt antihierarchisch, oft basisdemokratisch organisiert. Die lockeren Strukturen verhinderten keineswegs rege Betriebsamkeit: 42 Prozent hielten regelmäßige wöchentliche Treffen ab, fast ebenso viele Gruppen versammelten sich zwei bis drei Mal monatlich. Sie waren die Aktivposten der Bewegung während der gesamten 1980er Jahre. Wie erlebten sie das Scheitern ihrer Hoffnungen 1983, und welche Konsequenzen zogen sie daraus?

Mit den Erfahrungen dieser Engagierten beschäftigt sich der vorliegende Beitrag unter einer emotionsgeschichtlichen Perspektive. Er geht der Frage nach, worüber die Aktivisten in welchem Maße enttäuscht waren, wie sie mit diesem Gefühl umgingen und welche Folgen daraus erwuchsen. Zu diesem Zweck erläutere ich in einem ersten Schritt, wie sich Gefühle in sozialen Bewegungen aus historischer Sicht überhaupt analysieren lassen. Anschließend untersuche ich Ursachen und Reichweite von Enttäuschungen und beschreibe dann Argumentationsstrategien, mit denen die Aktivisten diesem Gefühl entgegentraten. Der darauf folgende Abschnitt beschäftigt sich mit dem Gefühlsmanagement in der Friedensbewegung, also mit den Regeln und Normen, nach denen sich der Ausdruck von Empfindungen richtete. Abschließend diskutiere ich, welche Rückschlüsse die bis dahin aufgezeigten Ergebnisse und Perspektiven auf den Wandel des Politischen durch die Friedensbewegung als Medium gesellschaftlicher Selbstverständigung während der 1980er Jahre zulassen.

Enttäuschung in sozialen Bewegungen

Die enorme Relevanz von Gefühlen ist mittlerweile ein etablierter Topos der soziologischen Bewegungsforschung. Soziale Bewegungen kommen „ohne starke Emotionen, ohne Moral und Empörung, ohne Mitleid und Solidarität, ohne Zuspitzung und Dramatisierung [...] nicht aus“[19], urteilen Dieter Rucht und Roland Roth. Noch stärker betont die angelsächsische Forschung die Bedeutung von Gefühlen für soziale Bewegungen. Starke Gefühle erscheinen darin als Schlüssel für die kollektive Mobilisierung und für das Festhalten von Individuen an ihrem Engagement[20]. Vor allem amerikanische Autorinnen und Autoren setzen sich intensiv mit der Wirkung von spezifischen Gefühlen auseinander. So formte Wut über

[19] Roland Roth/Dieter Rucht, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt a. M. 2008, S. 9–36, hier S. 24.

[20] Vgl. Ronald Aminzade/Dough McAdam, Emotions and Contentious Politics, in: Dies. u. a. (Hrsg.), Silence and Voice in the Study of Contentious Politics, Cambridge 2001, S. 14–50, hier S. 17; Ron Eyerman, How social movements move. Emotions and social movements, in: Helena Flam/Debra King (Hrsg.), Emotions and Social Movements, London 2005, S. 41–56, hier S. 43. Vgl. den Forschungsüberblick von James M. Jasper, Emotions and Social Movements: Twenty Years of Theory and Research, in: Annual Review of Sociology 37 (2011), S. 14.1–14.19.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Ablehnung ihres Engagements die Identität amerikanischer Feministinnen; Scham und Zorn gaben den Ausschlag für die Radikalität von Aktionsformen in der US-amerikanischen Homosexuellenbewegung; Empörung war der Schlüssel für die Rekrutierung in der Friedensbewegung in Mittelamerika; Euphorie und Stolz band Bauern an die Befreiungsbewegung in El Salvador[21]. In der deutschsprachigen historischen Forschung sind empirisch gesättigte Fallstudien dagegen noch rar.

Vor diesem Hintergrund erschließt die Beschäftigung mit Enttäuschung empirisch und heuristisch Neuland. Die meisten Forschungen zur westdeutschen Friedensbewegung interessieren sich in erster Linie für ihre Trägergruppen und Organisationsstrukturen, und sie betrachten die Friedensbewegung aus der Vogelperspektive[22]. Um Enttäuschung in ihr zu analysieren, ist die umgekehrte Blickrichtung nötig, denn wer „Gefühle als Handlungsmacht ernst nimmt, muss sie dort aufspüren, wo sie gelebt und erfahren, manipuliert und instrumentalisiert, inszeniert und unterdrückt werden“[23]. Die Frage nach Enttäuschung führt darum in die Erfahrungswelt einer Protestbewegung, von der wir bislang nur wenig wissen. Damit verschiebt sich zugleich der Schwerpunkt des Betrachtungszeitraumes. Zahlreiche Beiträge über die Friedensbewegung legen das Hauptgewicht auf die spektakulären Massendemonstrationen zwischen 1981 und 1983 und betrachten die Phase danach als Niedergang. Dieses Bild wandelt sich, wenn man die Selbstzeugnisse der Aktivisten betrachtet, die die Forschung bislang nur unzureichend ausgewertet hat. Sie finden sich in Zeitschriften und Publikationen, die die Initiativen herstellten, um die Binnenkommunikation vor Ort zu sichern und ihre Aktivitäten bekannt zu machen. Enttäuschung betrifft daher keineswegs nur die „Nachgeschichte“ der Friedensbewegung, sondern eröffnet den Zugang zu einer Erfahrungsgeschichte des Protests in der Bundesrepublik während der gesamten 1980er Jahre.

---

[21] Vgl. Cheryl Hercus, Identity, Emotion, and Feminist Collective Action, in: Gender and Society 13 (1999), S. 34–55; Deborah Gould, Rock the Boat, Don‘t Rock the Boat, Baby. Ambivalence and the Emergence of Militant AIDS Acitivism, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Poletta (Hrsg.), Passionate Politics. Emotions and Social Movements, Chicago 2001, S. 135–157; Sharon Erickson Nepstad/Christian Smith, The Social Structure of Moral Outrage in Recruitment of the U.S. Central America Peace Movement, in: Ebenda, S. 158–174; Elisabeth Jean Wood, The Social Structure of Moral Outrage in Recruitment to the U.S. Central America Peace Movement, in: Ebenda, S. 267–281; grundlegend mit zahlreichen empirischen Beispielen v. a. aus der Tierschutz- und Anti-Atomkraftbewegung: James M. Jasper, The Art of Moral Protest. Culture, Biography, and Creativity in Social Movements, Chicago 1998.

[22] Vgl. Leif, (Ohn-)Macht; Schmitt, Friedensbewegung; Cooper, Paradoxes of Peace; Andreas Buro, Friedensbewegung, in: Roth/Rucht (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland, S. 267–292. Ein wesentlich breiteres Spektrum deckt der Sammelband von Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!“ ab, doch auch darin überwiegen Zugriffe auf institutionelle Akteure. Die Ausnahme bildet Schregel, Atomkrieg. Ihre Arbeit ist auch die einzige, die die Selbstverständigungsliteratur der Friedensbewegung systematisch auswertet.

[23] Ute Frevert, Auch Gefühle haben ihre Geschichte. Über die Emotionalisierung des öffentlichen Raums und einige verwandte Phänomene, in: Neue Zürcher Zeitung vom 26. 7. 2008.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weil Enttäuschung untrennbar mit den Erwartungen und Motiven der Aktivisten sowie ihrem Umgang mit Fehlschlägen und Scheitern verbunden ist, führt die Frage nach Enttäuschung zur Mobilisierungsfähigkeit der Friedensbewegung. Gefühle spielten dafür eine wesentliche Rolle: Angst gilt – den Zeitdiagnosen der 1980er Jahre folgend – als auslösendes Moment der Massenproteste. So stellt Manfred Görtemaker fest, dass es das „Lebensgefühl von Verunsicherung und Angst" gewesen sei, das Anfang der 1980er Jahre Hunderttausende Menschen dazu gebracht habe, für den Frieden zu demonstrieren[24]. Zu einer sozialen Bewegung konnten sie jedoch nur dank der Organisationskraft und Ausstrahlung von „Bewegungsunternehmern" werden, also prominenten Wortführern, intellektuellen Stichwortgebern und Protagonisten der institutionellen Kerne der Friedensbewegung[25]. Enttäuschung unter dem „Fußvolk" war hingegen, folgt man wiederum der zeitgenössischen Berichterstattung, der Grund für das vermeintliche Abflauen der Friedensbewegung Mitte der 1980er Jahre[26]. Solche Hinweise gilt es gleichwohl zu historisieren, wenn man die Rolle von mobilisierenden und demobilisierenden Gefühlen in der Friedensbewegung besser verstehen möchte[27].

Dabei bedarf Enttäuschung natürlich einer Definition als Analysebegriff, die an der Historizität von Gefühlen ansetzen muss. Die Emotionsgeschichte, die sich zu einem aufblühenden Zweig der Geschichtswissenschaft entwickelt hat, begreift Gefühle grundsätzlich als kulturell geprägt und damit als historisch wandelbar[28].

[24] Manfred Görtemaker, NATO-Doppelbeschluss und Lebensgefühl in den 80ern. Interview von 2009 für das Portal Gedächtnis der Nation, URL: http://www.gedaechtnis-der-nation.de/erleben [29. 4. 2013]; auf youtube veröffentlicht am 28. 9. 2011, URL: http://www.youtube.com/user/GDN1980bis1989?feature=watch [29. 4. 2013]; ähnlich Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 541.

[25] Vgl. Schmitt, Friedensbewegung, S. 91–102; Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure, in: Dieter Rucht (Hrsg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a. M. 2001, S. 27–79, hier S. 45–47. Einen Überblick über die führenden Köpfe bietet Saskia Richter, Die Protagonisten der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 184–199.

[26] Vgl. z. B. Klaus Wiendl, Innerer Bruch der Friedensbewegung, in: Report, ausgestrahlt in der ARD am 18. 12. 1984; „Heilloses Durcheinander", in: Der Spiegel vom 22. 4. 1985, S. 24 f.; Frank Praetorius, Resignation gibt dem Undenkbaren eine Chance, in: Frankfurter Rundschau vom 22. 10. 1986, S. 10.

[27] Für Angst gibt es dafür überzeugende Beispiele; vgl. Susanne Schregel, Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität" und „neue Friedensbewegung", 1979–1983, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.), Angst im Kalten Krieg, Hamburg 2009, S. 495–520; Judith Michel, „Richtige" und „falsche" Angst in der westdeutschen Debatte um den Nato-Doppelbeschluss, in: Patrick Bormann/Thomas Freiberger/Judith Michel (Hrsg.), Angst in den internationalen Beziehungen, Göttingen 2010, S. 251–272.

[28] Der umfassendste Forschungsbericht zur Emotionsgeschichte stammt von Bettina Hitzer, Emotionsgeschichte – ein Anfang mit Folgen (2011), URL: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2011–11-001; vgl. außerdem Nina Verheygen, Geschichte der Gefühle, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte (2010), URL: http://docupedia.de/zg/Geschichte_der_Gef.C3.BChle?oldid=74436 [7. 5. 2013], und Susan J. Matt, Current Emotion Research in History. Or, Doing History from the Inside Out, in: Emotion Review 3 (2011),

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weiterhin geht sie davon aus, dass Gefühle in Entscheidungsprozesse einfließen und individuelles wie kollektives Verhalten steuern können[29]. Ein analytischer Enttäuschungsbegriff schließt daher eine zeitliche Dimension und ein Handlungspotenzial ein. Beides leistet das Begriffspaar „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont", das Reinhart Koselleck eingeführt hat[30]. Enttäuschung lässt sich demnach als eine spezifische Variante der Spannung zwischen Erwartung und Erfahrung begreifen. Ich lege meinen weiteren Ausführungen daher folgende Definition zugrunde: Enttäuschung ist die emotionale Reaktion darauf, dass sich die Erwartung eines als positiv bewerteten Ereignisses nicht erfüllt[31]. Unter emotionaler Reaktion verstehe ich, dass Kommunikation stattfindet, in der eine emotionale Bewertung mitgeteilt wird. Das Merkmal, das Enttäuschung von Bedauern, Wut oder Entrüstung unterscheidet, ist die Diskrepanz zwischen Erwartung und Erfahrung. Worüber nun waren die Aktivisten der Friedensbewegung in den 1980er Jahren enttäuscht?

Frust statt Frieden: Reichweite und Ursachen von Enttäuschungen

Zu den Friedensdemonstrationen, Menschenketten und Blockaden kamen Menschen höchst unterschiedlicher Prägung zusammen. Sie einte das Ziel, öffentlich für den Frieden einzutreten, doch nach sozialer Schichtzugehörigkeit, regionaler Herkunft, weltanschaulicher Grundüberzeugung, Alter, Geschlecht und politischer Sozialisation unterschieden sie sich beträchtlich. Dies alles floss in die Erwartungen ein, die Aktivisten und Sympathisanten der Friedensbewegung an ihr Engagement richteten, und wie sie es erlebten. Wer worüber enttäuscht war, verrät daher viel über die Binnendifferenzierung der Friedensbewegung. Idealtypisch lassen sich drei Kriterien voneinander unterscheiden, die die emotionale Bewertung des Engagements leiteten. Es liegt auf der Hand, dass die Aktivisten mit ihren Aktionen erstens etwas erreichen wollten und sie daher an ihrer Wirksamkeit maßen. Das zweite Kriterium war die Resonanz der Aktionen sowohl in der Öffentlichkeit als auch im sozialen Erfahrungsraum der Bewegung selbst. Drittens hing die emotionale Einordnung davon ab, in welchem Maße der kon-

S. 117–124. Einen umfassenden Überblick und kritische Einordnung der theoretischen Zugänge bietet Jan Plamper, Geschichte und Gefühl. Grundlagen der Emotionsgeschichte, München 2012.

29 Neben dem Sozialverhalten werden auch kognitive Leistungen affektiv beeinflusst, beispielsweise Gedächtnisprozesse, Kreativität, Lernen, Problemlösung und Flexibilität des Denkens; vgl. Hilde Haider, Emotionen als Steuerungselemente menschlichen Handelns, in: Birgit Aschmann (Hrsg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005, S. 33–47, hier S. 42.

30 Vgl. Reinhart Koselleck, „Erfahrungsraum" und „Erwartungshorizont" – zwei historische Kategorien, in: Ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1979, S. 349–375.

31 Diese Definition deckt sich mit den meisten sozialpsychologischen Konzeptualisierungen von Enttäuschung; vgl. mit weiteren Belegen Wilco W. van Dijk, Dashed Hopes & Shattered Dreams. On the Psychology of Disappointment, Ridderkerk 1999, S. 13 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

krete Verlauf der Aktionen den Ansprüchen und Wertvorstellungen der Aktivisten entsprach.

Zwischen 1981 und 1983 galt Massenmobilisierung als erfolgversprechendstes Mittel, um die Nachrüstung zu verhindern. Die Strategie der Friedensbewegung zielte darauf ab, durch Demonstrationen, Umfragen und Öffentlichkeitsarbeit Druck auf die politischen Entscheider zu erzeugen. Im Oktober 1981 versammelten sich 300.000 Menschen in der Bundeshauptstadt, um für Abrüstung zu demonstrieren. Am 10. Juni 1982 protestierten sogar 400.000 anlässlich der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik. Die Demonstrationen zeigten eindrucksvoll die Stärke der Friedensbewegung, sie generierten wie kein anderes Mittel mediale Aufmerksamkeit und vermittelten den Einzelnen die Gewissheit, Teil von etwas Großem zu sein. Vielen Teilnehmern genügte das. Eine Frau, die im Oktober 1981 aus Stuttgart zur Demonstration nach Bonn gefahren war, bekam von der Hauptkundgebung nichts mit, weil ihre Marschkolonne zu spät angekommen war und die Polizei den Zugang wegen Überfüllung abgesperrt hatte. Von ihrer Familie war sie bereits zuvor im Gewühl getrennt worden. Das alles machte ihr nichts aus, denn „die Hauptsache [war], man war einer von den 300.000“[32]. Dieses Gemeinschaftsgefühl war für viele Demonstranten der entscheidende Punkt. „Es ist ein erhabenes Gefühl zu sehen wie viele Menschen für Frieden und Abrüstung eintreten. Ein Lichtblick in dieser von Schrecken geplagten Welt“[33], schilderte ein Teilnehmer der Bonner Friedensdemonstration vom 10. Juni 1982 seine Hochstimmung in der linksalternativen *tageszeitung*.

Doch nicht alle empfanden so, denn obwohl die Friedensbewegung immer größeren Zulauf erhielt, zeigten sich Abgeordnete und Regierung davon unbeeindruckt. Wenn die Friedensbewegung demonstrierte, marschierten daher Zweifel an der Wirksamkeit ihrer Aktionen mit. Die Bonner Großdemonstration von 1982 löste eine heftige Leserbriefkontroverse in der *tageszeitung* aus. Als alternatives Zeitungsprojekt verstand sich die taz als Bewegungszeitung, die ihre Abonnenten und Leser vorwiegend aus dem alternativen Milieu rekrutierte[34]. Die meisten Zuschriften bezeichneten die Massenaufmärsche verächtlich als „Latschdemos“ und kritisierten sie als ödes und viel zu harmloses Ritual. „Ich habe nicht erwartet, daß das Bundestagshaus gestürmt wird und Onkel Ronald Klassenkeile bekommt“, machte sich beispielsweise ein Wuppertaler Teilnehmer Luft, „aber auch keinen dem Wetter angepassten Spaziergang auf ’ner Rheinwiese. Eine machtvolle Demo sollte es werden. Aber macht es allein die Masse von über 300.000 Demo-Teilnehmern?!“[35] Auch eine andere Teilnehmerin hatte „kein Bock mehr auf Men-

[32] Archiv Grünes Gedächtnis (künftig: AGG), Petra Kelly Archiv (PKA), 1863, Heidi Schimpf an Petra Kelly, 27. 10. 1981.

[33] Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (künftig: IISG), Die Tageszeitung Archives 8b, Bernhard Regler an die taz, 16. 6. 1982.

[34] Ab 1984 schwächte sich der Charakter der taz als Sprachrohr der neuen sozialen Bewegungen merklich ab; vgl. Vgl. Wolfgang Flieger, Die TAZ. Vom Alternativblatt zur linken Tageszeitung, München 1992, S. 115–121 u. S. 186 f.

[35] IISG, Die Tageszeitung Archives 8a, Frank Gniffke an die taz, 11. 6. 1982.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schenmassen, Bravsein, Friede, Freude, Eierkuchen. Geblieben sind der Frust und die Gewißheit, daß die nächste Großdemo ohne mich stattfindet. Und wenn 5 Millionen demonstrieren, die verantwortlichen Politiker wird's nicht kratzen, denn so wie in Bonn sind wir tatsächlich nicht einmal in der Lage, den jetzigen Zustand auch nur anzukratzen"[36]. Diese widersprüchlichen Empfindungen zeigen, dass es zu grob ist, in der Friedensbewegung zwischen Sympathisanten und Unterstützern zu unterscheiden[37]. Die emotionalen Binnendifferenzierungen gingen mitten durch das Lager der Aktivisten selbst.

Viele Friedensbewegte setzten ihre Hoffnungen nach dem Stationierungsbeschluss auf Aktionsformen des „Zivilen Ungehorsams", die Protest performativ inszenierten und dabei begrenzte Verstöße gegen geltende Gesetze einschlossen. Vor allem Blockaden militärischer Infrastruktureinrichtungen für den Einsatz atomarer Massenvernichtungsmittel galten im Vergleich zu Demonstrationen als effektiv. Bundesweit bekannt wurde die Blockade einer Kaserne der US-Armee in Mutlangen. Die Friedensbewegung hatte das Dorf bei Schwäbisch Gmünd zum Symbol für den fortdauernden Widerstand gegen die Nachrüstung erkoren, weil dort die ersten Raketen des Typs Pershing II stationiert worden waren[38]. Einen Monat lang fand dort im Sommer 1983 ein Friedenscamp statt, das eine dreitägige Blockade des Raketendepots vorbereitete. An ihr nahmen rund 500 Friedensanhänger teil. Als Höhepunkt erschienen am 1. September die Galionsfiguren der Friedensbewegung und sorgten für enorme mediale Aufmerksamkeit. Die Bilder von Heinrich Böll auf einem Klappstühlchen und Petra Kelly mit blumengeschmücktem Stahlhelm sind zu Ikonen der Friedensbewegung geworden[39]. Die Polizei hielt sich an diesem Tag zurück, und auch die US-Army rückte nicht aus der Kaserne aus. Dass die Blockade so friedlich verlaufen war, feierten die Anhänger der Gewaltfreiheit als Erfolg, während Mitglieder autonomer Friedensgruppen Eskalation und Konfrontation vermissten. Viele von ihnen wurmte es, dass ihre Gegner sie derart ins Leere hatten laufen lassen, und sie äußerten offen ihre Enttäuschung darüber, dass sie nach wochenlanger Vorbereitung nicht wie erwartet von der Polizei vom Kasernentor abtransportiert worden waren[40]. Mitglieder einer Würzburger Friedensgruppe fühlten sich aus diesem Grund „ganz schön sitzen gelassen". Sie sahen den Sinn der gesamten Aktion durch den harmlosen Verlauf der Prominentenblockade auf den Kopf gestellt. Für eine Blockade

[36] IISG, Die Tageszeitung Archives 8b, Andrea Quenter an die taz, o. D. [Juni 1982].

[37] Beide Gruppen stehen der Bewegung mit Sympathie gegenüber; doch nur die Unterstützer sind zur aktiven Beteiligung bereit; vgl. Schmitt, Friedensbewegung, S. 70 f.

[38] Vgl. Susanne Schregel, Die Orte der Friedensbewegung, in: Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 169–183, hier S. 173.

[39] Vgl. Kathrin Fahlenbrach/Laura Stapane, Mediale und visuelle Strategien der Friedensbewegung, in: Ebenda, S. 229–246, hier S. 240–242.

[40] Vgl. Rolf Michaelis, Die Blockade von Mutlangen: ein Erfolg?, in: Die Zeit vom 9. 9. 1983, S. 42; vgl. auch Archiv für alternatives Schrifttum (künftig: Afas), 90.III.33.2, Jürgen Menzel/Bernd Arnold (Nürnberg): Auswertung der Aktionen vom 12. 12. 82, in: graswurzelrevolution Nr. 72, 2/1983, S. 40; Afas, 80.II.1983:2, Protokoll des Blockade-Nachtreffens der Ulmer Bezugsgruppen, in: Kontaktstelle für Gewaltfreie Aktion (Hrsg.), Auswertung der Neu-Ulmer Blockade, Stuttgart o. D. [1983], S. 22–24.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

unter freundlicher Duldung der Ordnungskräfte, die letztendlich nichts und niemanden gestört, behindert oder gar aufgehalten hatte, hatten sie nur noch bitteren Spott übrig: Sie bezeichneten die Aktion als „Friede-Freude-Widerstandspielchen", das die ursprüngliche Absicht habe vergessen lassen, den Militärapparat effektiv zu behindern[41].

Die Würzburger zählten sich selbst zum autonomen Flügel der Friedensbewegung. Es ist kein Zufall, dass dort die Enttäuschung über die Wirkungslosigkeit von Friedensaktionen am häufigsten auftrat. Ihr Gefühlsregister unterschied sich deutlich von dem der „Gewaltfreien": Letztere waren sanft, suchten die Verständigung mit ihren Gegnern und wollten den Staat zum Frieden bekehren, indem sie mit ihrem Beispiel der Gewaltlosigkeit Bewusstseins- und Überzeugungsarbeit leisteten. Ihre Leitgefühle waren Angst vor der Rüstung, aber auch Gelassenheit, Zuversicht und Vertrauen in die Fähigkeit eines jeden Menschen zur Einsicht[42]. Demgegenüber ließen sich Anhänger der autonomen Szene von Empörung über die Rüstung und von Zorn auf den Staat oder gar das ganze „System" der westlichen kapitalistischen Demokratien leiten. Autonome und Gewaltfreie bildeten innerhalb der Friedensbewegung eigene emotionale Gemeinschaften[43], d. h. ihre jeweiligen Gefühlsnormen und -praktiken wichen signifikant voneinander ab, obwohl beide dem „unabhängigen" Spektrum angehörten. Der Graben zwischen ihnen war oftmals so tief, dass das gemeinsame Ziel nicht mehr ausreichte, um sich zu solidarisieren. Sie begegneten sich mit unverhohlenem Misstrauen, das bis zum gegenseitigen Vorwurf des Verrats ging[44].

Auch das große mediale Echo der Prominentenblockade erfüllte nicht alle mit Genugtuung. Einige Blockierer empörte es, dass Künstler, Politiker und Intellektuelle alle Aufmerksamkeit auf sich gezogen hätten, während die eigentlichen Träger und Ziele der Aktion zu kurz gekommen seien. Solche Klagen waren typisch: Regelmäßig warfen Anhänger der Friedensbewegung der Presse und dem Fernsehen vor, ihre Aktionen systematisch zu übergehen oder verzerrt darzustellen. Öffentlichkeitsarbeit war ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Aktivitäten.

[41] Afas, 90.III.33.2, Tom Kionka/Norbert Scholz (Bezugsgruppe Wildwuchs): Friedenscamp und Prominentenblockade Mutlangen – politische Spielwiese oder gewaltfreier Widerstand?, in: graswurzelrevolution Nr. 79, 9/1983, S. 27–28.

[42] AGG, B II.1/3079, „Ziele des Sommercamps und der gewaltfreien Aktion", in: Manfred Binder u. a. (Red.), Handbuch des Friedenscamps Schwäbisch Gmünd vom 6.8. bis 4.9.1983, S. 13–15; „Warum gewaltfreier Widerstand?", in: Ebenda, S. 37–42.

[43] Vgl. zum Konzept der „emotional communities" Barbara H. Rosenwein, Worrying about Emotions in History, in: American Historical Review 107 (2002), S. 821–845, sowie Plamper, Geschichte, S. 78–86.

[44] Das zeigen beispielsweise die Reaktionen auf Gespräche von Vertretern der Friedensbewegung mit der Polizeiführung und Politikern im September 1983, die einer Eskalation der Proteste im Herbst vorbeugen sollten; Archiv des Hamburger Instituts für Sozialforschung (künftig: HIS), HFO/Herbstaktionen 1983 – Überregionale Materialien 1983, Resolution über die Loccumer Gespräche, beschlossen auf dem Bundestreffen der unabhängigen Friedensgruppen in Marburg, 28.8.1983; HIS, HFO/Koordination der Aktionen im Herbst 1983 in Hamburg und Norddeutschland, Protokoll des Blockadeplenums vom 5.9.1983, o. D.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Friedensbewegung war strategisch auf mediale Resonanz angewiesen, denn nur wenn sie für ihre Themen breite Zustimmung generierte, konnte sie politischen Druck erzeugen. Darum hofften die Friedensanhänger auf ausführliche und positive Berichterstattung sowohl auf lokaler Ebene als auch in der überregionalen Presse und im Fernsehen. Dabei kamen sie allerdings häufig eher schlecht weg[45]. Nach einer Bonner Großdemonstration resümierte ein Teilnehmer aus Duisburg: „50,- für die Busfahrkarte, Blasen anne Füße, das Wochenende im Eimer und dann noch der Frust, daß die Demo der Tagesschau ganze 60 Sekunden Sendezeit wert war, davon die Hälfte irgendein dummes Geschwafel von Verständnis für die in der Bevölkerung und so"[46]. Gegenüber den großen Printmedien und Fernsehanstalten hielt sich solche Enttäuschung noch in Grenzen, weil die Aktivisten von etablierten Journalisten ohnehin wenig Fairness oder Sympathie erwarteten[47]. Umso härter fühlten sie sich von schlechter Presse getroffen, wenn sie von Medien des alternativen Milieus kam. Darum rief die oftmals sarkastische Kritik, mit der die *tageszeitung* die Friedensbewegung begleitete, immer wieder Enttäuschung hervor. Ein Leser beklagte sich 1983, dass die taz über die Ostermärsche nur mit Blick auf Spaltungstendenzen in der Friedensbewegung berichtet habe. Ihm falle es schwer, angesichts falscher, verzerrender und deprimierender Berichterstattung aus solcher Lektüre Zuversicht zu schöpfen, doch genau dies hatte er erwartet: aufbauende, ermutigende Artikel[48].

Das Beispiel zeigt, dass die Erwartungen der Friedensbewegung an „freundliche" Medien höher waren als an „feindliche". Doch nicht nur als Medienrezipienten beschäftigte die Engagierten stark, wie ihr Anliegen dargestellt und aufgenommen wurde. Zahlreiche Friedensaktivsten agierten auch als Produzenten von Nachrichten und Meinungen. In nahezu jeder größeren Stadt gab es lokale Friedenszeitungen, die als Foren einer Gegenöffentlichkeit angelegt waren. Regelmäßig forderten die Redaktionen dieser mit viel Engagement zusammengestellten Blätter ihre Leserinnen und Leser dazu auf, ihnen Berichte, Material oder wenigstens Kommentare zu schicken. Wer eine Zeitung für die Gleichgesinnten vor Ort machte, der erwartete, dadurch mit der Zielgruppe in Kontakt zu treten. In Bonn konnte diese im „Friedensklärchen" vom November 1983 lesen, dass die Redaktion die Beteiligung der Friedensgruppen an ihrem Blatt immer noch enttäuschend finde und auf Besserung hoffe[49]. Doch häufig verhallten solche Aufrufe ohne Reaktion. Die Autorinnen und Autoren der Rundbriefe, die die Kampagne „Ziviler

[45] Die meisten überregionalen Printmedien waren der Friedensbewegung gegenüber kritisch eingestellt; vgl. Regina Wick, „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt". Das Bild der Friedensbewegung in bundesdeutschen und britischen Zeitungen, in: Baumann/Gehrig/Büchse (Hrsg.), Linksalternatives Milieu, S. 133–159, hier S. 140–145.

[46] Afas, 12.III.6, Bernd: Mensch, Angst haben wir doch alle..., in: taubenschlag. Die Zeitschrift der Duisburger Friedensinitiativen, Nr. 6, Juli-September 1983, S. 13; ähnlich Afas, 4.III.6, „Moritaten oder die Macht der Medien", in: Tacheles, November 1986, S. 1.

[47] HIS, MAR 330,02, Egerhard und Ortrud Schlichtung an Klaus Marwitz, 13. 10. 1986.

[48] IISG, Die Tageszeitung Archives 12b, Leserbrief von Werner Koll an die taz, 6. 4. 1983.

[49] Afas, 5.III.5, Aus den Stadtteil-Initiativen, in: Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen, Nr. 11, November 1983.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ungehorsam bis zur Abrüstung“ aus Mutlangen verschickte, fragten sich im Juni 1987, ob überhaupt jemand lese, was sie so mühevoll geschrieben hatten, „denn an Resonanz kommt NICHTS, keine Leserbriefe, keine inhaltliche Diskussion, keine Resonanz, gar nichts“. Ihr vorwurfsvoller Appell endete „in der Hoffnung, nicht nur gegen eine konsumierende Masse anzuschreiben“[50].

Zu diesem Zeitpunkt war das Abflauen des Engagements im Alltag bereits ein Dauerthema der verbliebenen Aktivisten. Viele Initiativen lösten sich auf, das Interesse der Öffentlichkeit ging spürbar zurück, weil der Kalte Krieg sich dem Ende zuneigte und damit das Anliegen der Friedensbewegung seine Dringlichkeit einbüßte[51]. Beispielsweise klagte eine Düsseldorfer Stadtteil-Friedensinitiative Anfang 1988, dass sie auf ihre Informationsblätter keine Rückmeldungen erhalte, dass ihr Büro als Forum für den Gedankenaustausch zwischen Friedensbewegung und Bürgern nicht angenommen, ja, dass es so gut wie gar nicht besucht werde. Im gleichen Jahr veranstaltete sie eine Friedenswoche, an deren Ende das Fazit stand, die wenigen Besucher hätten den organisatorischen und finanziellen Aufwand nicht gelohnt. Frustriert fragten sich die Organisatoren, ob ihre Zielvorstellung zu blauäugig, ihr Angebot zu miserabel oder ihr Zielpublikum einfach gleichgültig sei[52]. Solche Klagen finden sich in den Quellen auch schon ab 1984. In Aachen etwa beschwerten sich Friedensaktivistinnen während eines Treffens im Oktober 1985 darüber, dass Stadtteilgruppen ausbluteten. Eine Frau hatte das Gefühl, gegen eine Wand zu laufen; eine andere beschrieb ihre Gefühle drastischer: „egal wo sie hingreife, greife sie in die Scheiße“[53].

Hier stieß sich der harte Kern der Aktiven und Entschlossenen an der Trägheit der Mitläufer. Die Antreiber fühlten sich häufig ausgenutzt und überlastet, in ihnen gärte Ärger über ihre vermeintlich faulen Mitstreiter. Viele von ihnen verloren die Freude an ihrem Engagement, sodass auch sie schließlich den Bettel hinwarfen. Die Zurückhaltenden fühlten sich unter Druck gesetzt, waren beleidigt oder plagten sich mit Gewissensbissen[54]. Antreiber und Zurückhaltende bildeten ebenfalls eigene emotionale Gemeinschaften innerhalb der Engagierten, nachdem der Protest 1983 seinen Höhepunkt überschritten hatte. Überhaupt ist es symptomatisch für die Friedensbewegung, dass sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Enttäuschungen über geringe Resonanz in den eigenen Reihen häuften. Die Friedensbewegung – das lässt sich auch an ihren ikonografischen

[50] AGG, A Eva Breuer u. Wolfgang Müller-Breuer 28, Barbara: In eigener Sache. Der 10. Rundbrief – (k)ein Grund zum Feiern?, in: 10. Rundbrief der Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Juni 1987, S. 2. Die Kampagne war die Plattform für diejenigen, die die „Dauerpräsenz“ in Mutlangen aufrechterhielten. Sie lebten dort in der so genannten Pressehütte, hielten Mahnwachen und führten immer wieder Blockaden durch.

[51] Vgl. Cooper, Paradoxes of Peace, S. 213–215.

[52] Stadtarchiv Düsseldorf (künftig: StdADü), 4–79-0–15.0000, Info 1/88 und 10/88 der Friedensinitiative Düsseldorf-Süd/Friedensinitiative Benrath/Reisholz, o. D.

[53] AGG, A Christa Nickels 482, Protokoll Frauentreff vom 21. 10. 1985, o. D.

[54] AGG, PKA 1853, Christa Nickels an Petra Kelly, 22. 2. 1981.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zeugnissen ablesen[55] – beschäftigte sich nach ihrer Niederlage zunehmend mit sich selbst. Im Bonner Koordinationsausschuss und auf den Aktionskonferenzen stritten die Vertreter der verschiedenen Spektren immer zäher über das Verhältnis zu den Parteien, über ihre Zielprioritäten und die Strategie der Friedensbewegung, während sich große Teile der Basis überhaupt nicht mehr von dieser Form der zentralen Steuerung repräsentiert fühlten[56]. In dieser „dezentralen"[57] Phase der Friedensbewegung verlagerte sich das Geschehen mehr und mehr auf lokale Aktionen wie die Blockade von Stationierungsorten. Dadurch verschob sich der Erwartungshorizont: Je länger der Stationierungsbeschluss zurücklag, desto wichtiger wurde es für die Aktivisten, Bestätigung und Motivation durch ihren Einsatz selbst zu erhalten.

Aus diesem Grund wogen Enttäuschungen auch so schwer, wenn die Utopie einer friedlichen Welt im begrenzten Erfahrungsraum des eigenen Engagements scheiterte. Solche Erlebnisse beeinträchtigten zwar nicht die Überzeugung, dass es notwendig und sinnvoll sei, sich für eine friedlichere Welt einzusetzen. Sie schadeten aber der zweiten großen Motivationsquelle für das Engagement, nämlich dem Wunsch, einen Einklang zwischen gesellschaftlich-politischen Grundüberzeugungen und dem persönlichen Alltag herzustellen. Für diese Form der Enttäuschung war vor allem das unabhängige Spektrum der Friedensbewegung anfällig. Viele der Aktivisten, die sich weder den christlichen Friedensorganisationen zugehörig fühlten noch der SPD, den Grünen oder den Kommunisten nahe standen, verstanden ihr Engagement als Ausdruck einer „gegenkulturellen Identität"[58], die sie von der Mehrheitsgesellschaft abhob. Mechthild Jansen, die sich auf Bundesebene stark in der Friedensbewegung engagierte, brachte diesen Motivationsstrang Anfang des Jahres 1986 auf den Punkt: „Die Friedensbewegung der vergangenen Jahre hat nicht nur die ‚Nachrüstung' verhindern wollen, sondern auch ein großes Bedürfnis nach einem besseren Leben, ein alternatives Lebensbedürfnis artikuliert. Die Sehnsucht danach bzw. die Solidarität, das Stückchen Aufgehobensein in der Friedensbewegung hat die Menschen ebenso stark zur Teilnahme an den großen Aktionen bewogen wie sie die Regierung an einem bestimmten Handeln hindern wollte. Das eigene Leben in seiner Alltäglichkeit

[55] Zahlreiche Plakate rückten die Bewegung selbst ins Zentrum: Sie zeigten Demonstrationszüge, die stilisierte Atomraketen umstürzten, oder sie inszenierten Aktivisten aller Altersstufen, sozialer Schichten und Hautfarben als Abbild einer friedlichen Welt; vgl. Benjamin Ziemann, The Code of Protest: Images of Peace in the West German Peace Movements, 1945–1990, in: Contemporary European History 17 (2008), S. 237–261, hier S. 255 f.; Fahlenbrach/Stapane, Mediale und visuelle Strategien, in: Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 232–234.

[56] Vgl. Leif, (Ohn-)Macht, S. 155 ff.

[57] Christoph Becker-Schaum, Institutionelle Organisation, in: Ders. u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 157, bezeichnet so die Jahre von 1983 bis 1986.

[58] Reichardt, Authentizität, S. 123. Umgekehrt gilt auch, dass soziale Bewegungen die Identität der Aktivisten formen; vgl. Eyerman, How social movements move, in: Flam/King (Hrsg.), Emotions and Social Movements, S. 44 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

steht – hier sichtbar – eben im Zusammenhang mit der Friedensbewegung."[59] Dieser Zusammenhang schuf Erwartungen, die sich im Alltag der Engagierten erfüllten oder dort scheiterten. Für viele gewann diese Ebene desto größere Bedeutung, je ferner die Erfüllung der großen politischen Ziele schien. Wenn in naher Zukunft eine friedliche oder wenigstens atomwaffenfreie Welt an der Uneinsichtigkeit der Politik scheiterte, dann richtete sich alle Hoffnung auf ein friedliches, harmonisches und respektvolles Miteinander im Hier und Jetzt. Streit, Arroganz, Unaufrichtigkeit oder Prinzipienreiterei innerhalb der Friedensbewegung lösten deshalb nicht allein kurzfristige Verärgerung aus, sondern nachhaltige Enttäuschung.

Sie konnte grundsätzlich bei allen Aktionen der Friedensbewegung entstehen, denn die Teilnehmenden maßen sie nicht nur daran, was sie politisch bewirkten, sondern auch daran, ob der Verlauf der Aktion dieses Anliegen auch beglaubigte. Eine Frau, die 1982 bei einem Friedensmarsch nach Wien mitlief, fühlte sich unterwegs von der Aggressivität, der Anonymität, dem Desinteresse und der mangelnden Bereitschaft, einander zuzuhören, immer mehr abgestoßen. Als auch noch Diebstähle vorkamen, brach sie weit vor dem Ziel ab, denn sie „konnte das Wort ‚Frieden' nicht mehr hören bei so viel Unfrieden untereinander"[60]. Auch auf dem Friedensmarsch 1983 von Dortmund nach Brüssel erlebte ein Mitglied einer christlichen Friedensgruppe unversöhnlichen Streit der beteiligten Gruppen. Die Marschierer schrien sich an, drohten sich gegenseitig mit Rausschmiss, kündigten die Unterstützung für weitere Aktionen auf. Dies wirkte „in der Situation für viele Teilnehmer niederschmetternd und tödlich für Illusionen und auch ganz konkrete Vorstellungen"[61]. Die Rücksichtslosigkeit von Organisatoren eines Ostermarsches, die nicht bereit waren, ihr Programm kinder- und altenfreundlich zu gestalten, konnte ebenso Enttäuschung hervorrufen wie Friedensfeste, wenn sie in ein „rein konsumorientiertes Treffen ‚Friedensbewegter'"[62] abglitten.

Je tiefer sich Anhänger der Friedensbewegung mit ihren Idealen identifizierten und je stärker sie ihr Leben darauf ausrichteten, desto schmerzhafter trafen sie derartige Erlebnisse. Besonders auf die überzeugten Anhänger der Gewaltfreiheit wirkte die Erfahrung verstörend, dass nicht einmal sie selbst im Stande waren, nach ihren Maximen zu leben. Anfang 1984 vergifteten Streit und Misstrauen das Betriebsklima in der Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion in Wustrow so sehr, dass sogar fest angestellte Mitglieder zunächst aus dem Haus

[59] HIS, HFO/Bundesweite Friedensbewegung 1986, Mechthild Jansen (Initiative Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen nein!), [ohne Titel], in: Reader zur Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 1. und 2. Februar 1986 in Bonn, S. 27–29, hier S. 28.

[60] Afas, 82.II.1982:2, Gudrun: Alles zu chaotisch?, in: Sylvia Scherr/Paul Langrock, Friedenswege: Sechs Wochen Lust & Frust auf einem Friedensmarsch, Berlin 1982, S. 29.

[61] Afas, 9.III.3,2, „Friedensmarsch '83 Dortmund – Brüssel", in: Ent-Rüstung Nr. 14, September 1983, S. 4.

[62] IISG, Die Tageszeitung Archives 12d, Leserbrief von Ute (Bochum) an die taz, 11. 5. 1983; zur Kritik am Ostermarsch auch HIS, HFO/Laufende Aktivitäten Januar-Juni 1984/Gisa Luu (Arbeitskreis „Frieden schaffen" in der Evangelisch-Reformierten Kirche Hamburg) an das Hamburger Forum, 30. 4. 1984.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auszogen und schließlich die Arbeit dort ganz aufgaben. Dem Vorstand blieb nur das resignative Eingeständnis, an den eigenen Ansprüchen gescheitert zu sein: „Uns alle bedrückt, daß wir – die wir die Fähigkeit zur gewaltlosen Konfliktaustragung weiterentwickeln und anderen vermitteln wollen – nicht in der Lage waren, in unserem eigenen Konflikt einen solchen Bruch zu vermeiden."[63] Den Bewohnern der „Pressehütte" in Mutlangen, einer kleinen Gruppe von Aktivisten, die ihren Protest auf Dauer gestellt hatten und permanent Mahnwachen und Blockaden gegen das Raketendepot veranstalteten, erging es nicht besser. Wüste Beschimpfungen, Steinwürfe, Diffamierungen und sinnlose Nacht- und Nebelaktionen ohne jeden politischen Hintergrund ließen das Zusammenleben derart unerträglich werden, dass im Herbst 1987 innerhalb von acht Wochen sechs Leute auszogen[64]. Enttäuschung über das Auseinanderklaffen von Absichten und Alltagserfahrungen des Engagements reichte nicht nur besonders tief, sondern zog häufig auch weitreichende Konsequenzen nach sich, die bis zum völligen Rückzug reichen konnten.

Das Leiden an der Unfähigkeit, die hohen ideellen Ansprüche in der eigenen Friedensarbeit einzulösen, war eine Dauererfahrung der Engagierten. Regelmäßig führten bei den basisdemokratischen Entscheidungsprozeduren vor und während der Blockaden endlose Diskussionen, mangelnde Kompromissfähigkeit und die Vetos von Minderheiten zu Gereiztheit und Frustration bei den Teilnehmern[65]. Der Bonner Koordinationsausschuss der Friedensbewegung und die von ihm ausgerichteten Aktionskonferenzen waren für ihren rüden Diskussionsstil, für taktische Tricksereien und Basisferne geradezu berüchtigt. Auf Bundesebene, in regionalen Friedensforen und in den Initiativen vor Ort zeigte sich dasselbe Grundübel: Sturheit, Unversöhnlichkeit und Profilierungssucht vergällten vielen Friedensfreunden ihr Engagement[66]. Solche Enttäuschungen konnten dazu führen, dass die Friedensbewegten ihr Engagement einstellten, vor allem, wenn niederschmetternde Erfahrungen einen Teil ihrer Identität, ihres alternativen Habitus in Frage stellten. Die Quellen zeigen, dass das Scheitern der Utopie im Alltag oftmals tiefere Enttäuschung hervorrief als politische Misserfolge oder geringe Resonanz. Das lässt sich damit erklären, dass die beiden letztgenannten Auslöser dem Einfluss der Engagierten weitgehend entzogen waren. Für den Einklang von

[63] AGG, PKA 2268, Hans-Konrad Tempel (für den Vorstand) an die Mitglieder der Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion e. V., 6. 3. 1984.

[64] HIS, MAR 335,03, Tina Utermark an Klaus Marwitz, 23. 1. 1988.

[65] Afas, 5.III.5, Helmut Erwe: Hardtberg-Blockade intern, in: Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen, Nr. 10, Oktober 1983.

[66] HIS, HFO/Ostermarsch 1983 Teil 2, Thomas Hachfeld an die Vorbereitungsgruppe [für den Ostermarsch 1983 in Hamburg], 30. 1. 1983; AGG, PKA 1848, Regina Leshel: Friedensbewegung: Erfahrungen und Schlüsse daraus, 8. 6. 1985; Archiv des Instituts für Zeitgeschichte München, Du 397, Karlheinz Koppe: Der Koordinierungsausschuß ist nicht die Friedensbewegung, in: Rundbrief des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung 4/1987, S. 24; StdADü, 4–79-0–16.0000, Protokoll der Arbeitsausschusssitzung der Bürgerinitiative „Düsseldorfer gegen Atomkrieg" vom 16. 2. 1989 u. 17. 2. 1989.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Utopie und Alltag hingegen fühlten sie sich selbst verantwortlich, sie investierten Zeit und Mühe und hatten daher eine hohe Erwartung an das Gelingen[67].

Resümiert man die Formen und Auslöser von Enttäuschungen in der Friedensbewegung, so sticht dreierlei hervor. Erstens lässt sich nicht von „der" Enttäuschung in der Friedensbewegung sprechen, weil die Erwartungen an Wirksamkeit, Resonanz und Glaubwürdigkeit des Engagements ganz unterschiedlich ausgeprägt waren. Unter den Aktivisten gab es daher unterschiedliche emotionale Gemeinschaften. Sozialdemokratisch oder gewerkschaftlich orientierte Aktivisten fühlten anders als Vertreter des kommunistischen Spektrums, wieder anders die Christen oder weltanschaulich ungebundene Engagierte. Doch nicht immer manifestierten sich diese Unterschiede nur zwischen den Strömungen der Friedensbewegung, vielmehr zeigen die Quellen deutlich weitere emotionale Binnendifferenzierungen etwa zwischen „Gewaltfreien" und „Autonomen" oder zwischen dem Kern nimmermüder Aktivisten und mehr oder weniger lustlosen Mitgliedern von Initiativen. Dasselbe gilt für die Geschlechterdifferenz in der Friedensbewegung: Hinsichtlich ihrer Gefühlsregister lagen Welten zwischen Aktivistinnen von eher traditionellen Gruppierungen und Anhängerinnen feministischer Friedensgruppen, obwohl beide zur Frauenfriedensbewegung zählten[68]. Nicht nur politische und strategische Optionen oder soziokulturelle Prägungen strukturierten die Anhänger der Friedensbewegung, sondern auch die Art ihrer Erfahrungen und wie sie diese emotional verarbeiteten. Zweitens verschob sich nach 1983 der Erwartungshorizont tendenziell von außen nach innen. War bis zur Bundestagsentscheidung alle Hoffnung darauf gerichtet, die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen zu verhindern, so gewann danach die Authentizität des Engagements selbst an Bedeutung für die Erfahrungswelt. Betrachtet man die unterschiedlichen Phasen der Friedensbewegung, so ist drittens bemerkenswert, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen den markanten Einschnitten wie dem Stationierungsbeschluss 1983 oder dem INF-Vertrag von 1987 und der Virulenz von Enttäuschung gibt. Vielmehr war Enttäuschung eine permanente Erfahrung der Engagierten. Das wirft die Frage auf, wie genau diese Enttäuschung auf die Mobilisierungskraft der Friedensbewegung zurückwirkte, denn obwohl die Zahl ihrer Anhänger seit 1983 insgesamt abnahm, blieben viele trotz frustrierender Erfahrungen aktiv. Um dies zu verstehen, lohnt es, auf den Umgang mit Enttäuschung in der Friedensbewegung zu blicken.

[67] Damit bestätigt die Friedensbewegung einen Zusammenhang, den sozialpsychologische Tests belegen: Enttäuschung verstärkt sich in dem Maße, in dem zuvor vergebliche Anstrengungen für den Erfolg unternommen wurden; vgl. Wilco W. van Dijk/Joop van der Pligt/Marcel Zeelenberg, Effort Invested in Vain. The Impact of Effort on the Intensity of Disappointment and Regret, in: Motivation and Emotion 23 (1999), H. 3, S. 220–230, hier S. 205 f.

[68] Vgl. Belinda Davis, The Gender of War and Peace: Rhetoric in the West German Peace Movement of the Early 1980s, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen (2004), H. 32, S. 99–130; Reinhild Kreis, „Männer bauen Raketen". Frauenfriedensbewegung und Geschlechterdimensionen, in: Becker-Schaum u. a. (Hrsg.), „Entrüstet Euch!", S. 294–308.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Autoimmunisierung gegen Enttäuschung

Für die Friedensbewegung konnte Enttäuschung fatale Folgen haben, nämlich dann, wenn sie dazu führte, dass Aktivisten ihr Engagement einstellten. Solch ein Verlust konnte sich potenzieren, wenn lokale Multiplikatoren weitere Mitglieder von Friedensinitiativen mitrissen. Und da die Strategie der Bewegung, durch gesellschaftliche Breitenwirkung und öffentlichkeitswirksame Aktionen politischen Druck zu erzeugen, auf Wachstum angelegt war, konnte sie sich dauerhafte Enttäuschung in den eigenen Reihen nicht leisten. Um zu verhindern, dass frustrierte Aktivisten der Friedensbewegung den Rücken kehrten, entwickelten die Engagierten Argumentationsmuster, die sich als Autoimmunisierung gegen Enttäuschung beschreiben lassen. Sie wurden im sozialen Kommunikationsraum der Bewegung immer wieder wie Beschwörungsformeln kommuniziert, als Selbstbestätigung ebenso wie als Ermutigung für andere. Vier Formen dieser Argumentationsmuster lassen sich voneinander unterscheiden: Das Verringern von Erwartungen, die Erweiterung des Zeithorizontes, das Entkonkretisieren von Erfolgskriterien und schlichtes Schönreden.

Das einfachste Mittel, Enttäuschungen zu vermeiden, bestand darin, die Erwartungen so weit herunterzuschrauben, dass ein Fehlschlag fast unvermeidlich erschien. Je näher die Bundestagsbeschlüsse über die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles rückten, desto vernehmlicher meldeten sich Stimmen, dass die Friedensbewegung ihr Ziel wohl verfehlen werde. So gab ein Mitglied einer kirchlichen Friedensinitiative aus dem westfälischen Asseln im April 1982 zu Protokoll, er stelle sich „jetzt schon auf den Frust ein, daß wir die Stationierung nicht verhindern können“[69]. Ein Hamburger Friedensaktivist blies im Zusammenhang mit dem Begriff „heißer Herbst“ in dasselbe Horn. Unter diesem Schlagwort diskutierte die Öffentlichkeit im Sommer 1983 über möglicherweise gewalttätige Protestaktionen, mit denen die Friedensbewegung versuchen würde, die Stationierung der Atomraketen in letzter Minute doch noch zu verhindern. Das Mitglied der Friedensinitiative Brunsbüttel warnte davor, „die Erwartungen und Hoffnungen der Friedensbewegung emotional hochzudrehen, die in der Realität des Widerstandes im Herbst ’83 (Aktionswoche) niemals eine Entsprechung finden werden“, und prophezeite, dass in diesem Fall Resignation nach dem Herbst unvermeidlich sei[70]. Auf diese Weise justierten die Engagierten ihre Erwartungen vor einem konkreten Ereignis, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, eine Enttäuschung zu erleben. Diese Herangehensweise ist nicht nur für die Friedensbewegung typisch, sondern gilt als klassischer Weg, um Enttäuschung zu vermeiden[71].

[69] Afas, 9.III.3,2, „Friedensgruppe Kirchengemeinde Asseln“, in: Ent-Rüstung Nr. 4, April 1982, S. 3.

[70] HIS, HFO/Friedensherbst 1983, Alexander Kühnl: Die Dimension des Lokkumer [sic!] Treffens für die Friedensbewegung, o. D. [Juli 1983].

[71] Vgl. Wilco W. van Dijk/Marcel Zeelenberg/Joop van der Pligt, Blessed are those who expect nothing. Lowering expectations as a way of avoiding disappointment, in: Journal of Economic Psychology 24 (2003), S. 505–516.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Strategie, die Erwartungen abzusenken, um eine Situation emotional in der gewünschten Form bewerten zu können, funktionierte sogar nachträglich. Dadurch ließ sich ein Misserfolg als folgerichtiges Ergebnis deuten, das niemanden beunruhigen oder deprimieren musste[72]. Viele Friedensbewegte griffen auf dieses Argumentationsmuster zurück. So beschrieb ein Teilnehmer einer Blockade in der Nähe von Hamburg rückblickend seine Motivation: „Ostern '83 habe ich mir vor dem Atomwaffenlager Kellinghusen doch nicht den Hintern abgefroren, weil ich gehofft habe, damit die Stationierung zu verhindern, sondern weil ich es als einen Schritt hin zur Entmilitarisierung der Gesellschaft begriffen habe."[73] Immer wieder redeten Friedensaktivsten im Nachhinein ihre unmittelbaren Erfolgsaussichten auf diese Weise klein, beispielsweise die Aktionsgruppe von Wolfgang Sternstein, dem wichtigsten Vordenker des Zivilen Ungehorsams in Deutschland. Am 5. Dezember 1984 drangen er und seine Mitstreiter in die Hardt-Kaserne bei Schwäbisch Gmünd ein, zerschnitten die Hydraulikschläuche eines Pershing-II-Transporters und zerschlugen mit Hämmern dessen Führerhausscheiben und Armaturen. Der Theorie des Zivilen Ungehorsams zufolge sollten derartige Aktionen weiteren Widerstand initiieren. In Schwäbisch Gmünd passierte aber nichts dergleichen, wie Sternstein zugab. Die Aktion habe weder die Aufstellung der Atomraketen verhindert noch als Startsignal für massenhaften zivilen Ungehorsam gewirkt – „doch das sind Erwartungen, die keiner von uns hatte"[74]. So musste er nicht zugeben, dass die Aktion ins Leere gelaufen war. Das nachträgliche Absenken der Erwartungen erlaubte es, dem Ausgang von Friedensaktionen das hässliche Etikett des Fehlschlags zu nehmen und ihn in ein milderes Licht zu tauchen.

Ein anderes Argumentationsmuster im Kampf gegen aufkommende Enttäuschung setzte an der zeitlichen Perspektive an, in die ein Ereignis zu rücken sei. Der „Minimalkonsens" der Friedensbewegung, also die Konzentration darauf, die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in Deutschland zu verhindern, ging anfangs mit einer „Rhetorik der Dringlichkeit"[75] einher. Zugespitzt lautete die Botschaft, dass der Atomkrieg, ja die Vernichtung der Welt nicht mehr zu stoppen sei, wenn die Mittelstreckenraketen mit ihrer erschreckenden Zielgenauigkeit und ihrer minimalen Vorwarnzeiten erst einmal da seien. Das Zeitfenster, um die globale Katastrophe abzuwenden, erschien darum sehr klein. Nachdem der Bundestag die Stationierung beschlossen hatte, dehnte sich der Zeithorizont, in den die Friedensbewegung ihr Engagement stellte, sehr weit aus. Zur zentralen Metapher wurde der „lange Atem", der vonnöten sei. So tröstete ein Wuppertaler Pfarrer die Friedensanhänger nach dem Stationierungsbeschluss, indem er sie

[72] Auch diese Taktik ist allgemein verbreitet, um Enttäuschungen abzumildern; vgl. Orit E. Tykocinski, I Never Had a Chance. Using Hindsight Tactics to Mitigate Disappointments, in: Personality and Social Psychology Bulletin 27 (2001), S. 376–382.

[73] Afas, 90.III.33.2, Marilyn M.: Zur Stimmungslage der Bewegung nach der Stationierung. Umdenken, Umschwenken?, in: graswurzelrevolution Nr. 80, 10/1983, S. 10–11, hier S. 10.

[74] Afas, 90.III.129, Wolfgang Sternstein: Schwerter zu Pflugscharen. Aktionsgruppe beschädigt Raketentransporter, in: Gewaltfreie Aktion 16 (1984), Nr. 59/60, S. 2–6, hier S. 6.

[75] Schregel, Atomkrieg, S. 69.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf einen langen Kampf vorbereitete: „So, wie die Friedensbewegung mit der Verhinderung der Nachrüstung nicht schon am Ziel gewesen wäre, so ist sie jetzt wo die Nachrüstung beginnt nicht am Ende! [...] Vielleicht fangen wir gerade erst an zu begreifen, [...] wieviel langen Atem, wieviel Kraft und wieviel Phantasie wir noch werden aufbringen müssen."[76]

Vor allem die Gewaltfreien gründeten ihre Hoffnung auf eine langfristige Strategie. Dass die Aktionsformen des Zivilen Ungehorsams derart viel Zustimmung erhielten, lag nicht zuletzt daran, dass sie eine Perspektive boten, auch nach der Stationierung noch an die Überwindung des Rüstungswahnsinns glauben zu können. Einige ihrer Anhänger zogen aus dem Scheitern des kurzfristig angelegten Protests gegen die Stationierungsbeschlüsse die direkte Konsequenz, fortan auf gewaltfreien Widerstand zu setzen. So erklärten diejenigen, die den Protest in Mutlangen dauerhaft aufrecht erhalten wollten, in einer Denkschrift von 1984: „Unsere Illusionen sind weg, daß man denken konnte, man hätte die Nachrüstung im letzten Herbst, kurzfristig, wie es war, noch verhindern können." Sie zogen daraus den Schluss, dass Friedensarbeit „etwas ernsthaftes, langfristiges, kontinuierliches ist, wozu man viel Geduld und gewaltfreies Denken und Handeln braucht, um auf Dauer Bewußtseinsveränderungen [...] zu erreichen"[77]. Manchmal genügte auch die schlichte Hoffnung, dass der Atomtod zwar alle bedrohe, aber deswegen noch nicht im nächsten Augenblick über den Friedensbewegten hereinbrechen musste. Ein Pastor sagte sich und seinen Mitstreitern im Januar 1984: „Ich mache seit fünfzehn Jahren Friedensarbeit, und ich stelle mich darauf ein, auch in den nächsten fünfzehn Jahren gegen die Friedensbedrohungen etwas Tapferes tun zu müssen. Ich hoffe, daß die ‚Gnadenfrist' noch nicht abgelaufen ist."[78] Diese Hoffnung war das verbreitete Gefühl in der Friedensbewegung, und sie wurde immer wieder aufs Neue beschworen. Das Argument des langen Atems schob den Moment hinaus, an dem sich die Vorhersagen der Friedensbewegung bewahrheiten mussten. Durch diesen Kniff verschob sich zugleich mit dem Zeithorizont auch die Erwartungshaltung. Sie richtete sich auf eine vage Zukunft. Und so lange die Friedensbewegten die Zukunft als bedroht, aber grundsätzlich offen ansahen, konnten sie nicht enttäuscht werden.

Das dritte Argumentationsmuster, um Enttäuschung gar nicht erst aufkommen zu lassen, setzte bei der Definition von Erfolg an. Die Kriterien für eine gelungene Friedensaktion verschoben sich deutlich, nachdem die Massendemonstrationen gescheitert waren. Bis dahin bezifferte die Friedensbewegung ihre Fortschritte vor allem mit zählbaren Größen wie Unterschriften unter den Krefelder Appell, prozentualen Anteilen in Meinungsumfragen über die Ablehnung von Atomwaffen und letztlich dem Abstimmungsverhalten des Bundestags. Seit 1984 entkonkreti-

[76] Afas, 54.III.1, Rede von Pfarrer Peter Bukowski am 12. 12. 83 auf dem Kerstenplatz, in: Wuppertaler Friedensforum, Nr. 1/84, Januar 1984, S. 18 f., hier S. 19.
[77] AGG, B II.1/4613, Mutlanger Denkschrift, Frühling 1984.
[78] HIS, HFO/Großer Ratschlag in Hamburg 29. 1. 1984, Hans-Jürgen Benedict: Ziviler Ungehorsam gegen Atomraketen, in: Thesen und Diskussionsbeiträge zum Großen Ratschlag des Hamburger Forums am 29. Januar 1984, S. 100–102.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sierten sich die Kriterien für den Erfolg. Fortschritte im richtigen Bewusstsein konnte niemand genau messen. Außerdem galten symbolische Blockaden, Menschenketten oder Mahnfasten schon dann als Erfolg, wenn sie den Teilnehmenden neue Widerstandsperspektiven eröffnet oder ihnen einfach nur gefallen und sie darum zum Weitermachen motiviert hatten. Der Maßstab für das Gelingen verschob sich von harten Kriterien zu Wertungen, die Ansichtssache der Ausführenden waren, bzw. ging ganz in deren subjektivem Empfinden auf – anders gesagt, er verschob sich von substanziellen zu bewegungsinternen Wirkungen[79]. „Wir müssen uns darüber im klaren sein", brachte eine Aktivistin diesen Wandel auf den Punkt, „daß unser Weg weiterhin Aufklärung und Bewußtseinsbildung sein muß, [...] daß unsere Aktionsformen gar nicht anders als symbolisch sein können – oder glaubt jemand im Ernst, wir könnten tatsächlich Militärapparate lahmlegen, am Funktionieren hindern?"[80] Die Teilnehmerin an einer der ersten Blockaden in Mutlangen meinte im Rückblick, es komme nicht darauf an, ob und in welchem Maße die Aktion das Militär gestört habe, viel wichtiger sei gewesen, ganz neue Formen friedfertigen Umgangs miteinander im Camp auszuprobieren[81]. Diese Einschätzung findet sich in den Auswertungen aller größeren Blockaden: Um sie zum Erfolg zu erklären, reichte es aus, dass die Teilnehmer dabei wertvolle Erfahrungen gesammelt hatten. Falls dennoch Enttäuschungen aufkamen, half dasselbe Argumentationsmuster darüber hinweg. Eine Blockiererin konnte sich auf diese Weise erklären, warum sie bei jeder Räumung Ohnmacht verspürt hatte. Die Blockade sei schließlich nicht darauf angelegt gewesen, das „System" direkt zu verletzen, sie sollte an das Bewusstsein der Menschen appellieren. Derartige Aktionen würden immer mit einer Machtdemonstration des Staates beendet werden. Diese Gewissheit gab ihr das nötige Rüstzeug, ihre Empfindungen im Nachhinein zu relativieren: „Jetzt weiß ich, daß sich das Gefühl unweigerlich einstellen mußte, dies aber keineswegs auch eine Niederlage bedeutete. [...] Das darf uns nicht erschüttern, das müssen wir aushalten, denn gerade darin, diese Enttäuschungen auszuhalten und trotzdem weiterzumachen, liegt unsere Stärke."[82] Der Wechsel von der Ich-Perspektive in die erste Person Plural ist aufschlussreich: Die Aktivistin formulierte hier eine Regel, um mit Enttäuschung umzugehen. Sie lautete: Lass Dich nicht entmutigen! Aus einem demotivierenden

[79] Diese Kategorien verwendet Felix Kolb, Protest and Opportunities: the Political Outcomes of Social Movements, Frankfurt a. M. 2007. Zur Frage, wie sich Erfolge sozialer Bewegungen überhaupt fassen lassen, vgl. Dieter Rucht/Roland Roth, Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: Dies. (Hrsg.), Die Sozialen Bewegungen in Deutschland, S. 635–668, hier S. 656–660.

[80] Afas, 57.III.3, Leserbrief von Ursula Klare, in: Niederrheinische Friedensnachrichten 12/84, Dezember 1984, S. 29 f.

[81] Afas, 90.III.33.2, Aussage in: Ulrich Bröckling (Freiburg): Das Trainingstrauma. Eine (Selbst-) Kritik der Politik der Trainingskollektive für Gewaltfreie Aktion, in: graswurzelrevolution Nr. 79, 9/1983, S. 6–7, hier S. 7.

[82] Afas, 80.II.1982:5, Angelika (Nürnberg): Erfahrungsbericht, in: Wolfgang Hummel (Hrsg.), Großengstingen-Handbuch, Bd. 2: Blockadeaktion ‚82 – Auswertung, Tübingen 1982, S. 52.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Gefühl wurde so ein Ansporn. Das letzte Ziel bestand darin, das Engagement fortzuführen.

Die radikalste Variante dieser Argumentation bestand darin, den Erfolg an sich für irrelevant zu erklären. Besonders tief in der Friedensbewegung verwurzelte Aktivsten machten ihre Motivation sogar ganz unabhängig davon, welche Wirkung sie erzielten. Hinrich Olsen, der jahrelang in Mutlangen die Dauerpräsenz der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" aufrecht erhielt, schrieb in einem Rundbrief im März 1985: „Im übrigen denke ich, dürfen wir uns nicht zu stark abhängig vom Erfolg machen. Unser Handeln und die Intensität desselben sollte unserem Gewissen der Schöpfung und allen Menschen gegenüber entspringen und weniger aus taktischen Gründen."[83] Ähnlich sah es Jutta von Ochsenstein. Sie wurde 1986 wegen ihrer Teilnehme an Blockaden zu einer Geldstrafe verurteilt, zog es jedoch wie zahlreiche Aktivisten vor, die Strafe im Gefängnis abzusitzen, um dem Staat kein weiteres Geld für Rüstungszwecke zu geben und um ein Zeichen des gewaltfreien Widerstands zu setzen[84]. Sie gab sich zuversichtlich, den Staat dadurch in die Knie zu zwingen, dass immer mehr Bürger auf diese Weise den Gehorsam verweigerten. Doch „selbst wenn alle diese Wirkungen zu schwach bleiben sollten, wenn sich kein ‚Erfolg' unseres gewaltfreien Widerstands einstellen sollte, – hätte ich es unversucht lassen sollen? Mein Gewissen fragt nicht nach Erfolg, sondern nach dem Unrecht."[85] Sowohl Hinrich Olsen als auch Jutta von Ochsenstein hatten ihren Lebensentwurf in hohem Maße an die Friedensbewegung gekoppelt. Wenn ihr Engagement scheiterte, dann erlitten nicht politische Überzeugungen Schiffbruch, vielmehr stand ein gewichtiger Teil ihrer persönlichen Identität auf dem Spiel. Für solche Aktivisten war Aufgeben praktisch keine Option. Sie waren daher besonders empfänglich dafür, Erfolgskriterien zu entkonkretisieren, um sich unempfindlich gegen Enttäuschungen zu machen.

Dies konnte so weit gehen, dass Aktionen oder Entwicklungen gegen jeden Augenschein zu einem Erfolg der Friedensbewegung stilisiert wurden. Ein Beispiel dafür ist eine der spektakulärsten Kampagnen gegen die westliche Nachrüstung, das „Fasten für das Leben". Neun Aktivisten aus aller Welt gingen am 6. August 1982 in einen unbefristeten Hungerstreik, um die USA und die UdSSR zu konkreten Abrüstungsschritten zu zwingen. Obwohl die Aktion sehr umstritten war, weil die Fastenden ihr Leben aufs Spiel setzten, solidarisierten sich in ganz Deutschland Friedensaktivisten mit ihnen und verzichteten für eine begrenzte Zeit ebenfalls auf Nahrung. Als die unbefristet Fastenden ihre Aktion schließlich doch abbrachen, obwohl sie das erklärte Ziel verfehlt hatten, erklärte sich eine Bonner Unterstützergruppe diese Wendung mit dem „spirituellen Wandel", den das Fasten anscheinend ausgelöst habe[86]. Entscheidend ist nicht, wie abstrus sol-

[83] AGG, PKA 190, Rundbrief Hinrich Olsen, 8. 3. 1985.

[84] Für weitere Beispiele siehe Hanne Vack/Klaus Vack (Hrsg.), Mutlangen – unser Mut wird langen! Vor den Richtern in Schwäbisch Gmünd. Elf Verteidigungsreden wegen „Nötigung", Sensbachtal 1988.

[85] HIS, MAR 335,03, Rundbrief Jutta von Ochsenstein, o. D. [Februar 1986].

[86] Afas, 90.III.603, Armin: Auswertungstreffen der Unterstützergruppen in Bonn für Fasten für das Leben, in: Fasten für das Leben, Rundbrief 12, 10. 10. 1983, S. 2–5, hier S. 3.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

che Argumente waren, sondern dass sie auf die immer gleiche Botschaft hinausliefen: Wir müssen uns weiter für den Frieden einsetzen! Das Engagement konnte einen derart hohen Stellenwert für das Welt- und Selbstbild von Friedensbewegten annehmen, dass sie alles ausblendeten, was den Sinn ihrer Aktivitäten in Zweifel zog. Derartige Autosuggestionen sind aus endzeitlichen Sekten bekannt, die ihren Glauben selbst dann stabilisierten, wenn Vorhersagen über den Weltuntergang und die Rettung weniger Auserwählter nicht eintrafen[87]. Nun bestand die Friedensbewegung nicht aus realitätsentrückten Phantasten; die Schönredner in ihr blieben eine kleine Minderheit. Und es gab auch deutlichen Widerspruch, wenn Aktivisten Erfolge einfach herbeireden wollten. Die Neigung, sich gegen Enttäuschungen argumentativ zu wappnen, war hingegen innerhalb der Friedensbewegung weit verbreitet. Je stärker die „Betroffenheit", also die persönliche Identifikation mit den Motiven, Zielen und Methoden der Friedensbewegung, desto größer war die Bereitschaft zur Autoimmunisierung gegen Enttäuschung.

Durch das Verringern von Erwartungen, die Erweiterung des Zeithorizontes, das Entkonkretisieren von Erfolgskriterien und Schönreden ließ sich Enttäuschung nicht gänzlich verhindern. Die vier beschriebenen Argumentationsmuster sollten das auch gar nicht leisten; ihre Funktion bestand darin, dass die Engagierten mit der unvermeidlichen Enttäuschung konstruktiv umgehen konnten, um ihre Motivation zum Weitermachen aufrecht zu erhalten. Dafür war es unerlässlich, dass die Aktivisten am sozialen Kommunikationsraum der Friedensbewegung Teil hatten. Die vielen lokalen und regionalen Friedenszeitungen dienten daher nicht allein dazu, Gegenöffentlichkeit herzustellen. Sie transportierten ohne zentrale Steuerung Deutungsmuster, durch die die Aktivisten ihre persönlichen Erfahrungen einordnen und verarbeiten konnten. Sie ermöglichten es, das Engagement trotz Enttäuschungen beizubehalten.

Soziale Bewegungen setzten nicht nur Argumentationsmuster ein, um demobilisierende Gefühle aufzufangen. Die Reichweite von Appellen an den Verstand, um ein unerwünschtes Gefühl zu bändigen, war begrenzt. Wirkungsvoller waren performative Strategien, die die Emotionen der Engagierten direkt in die richtigen Bahnen lenkten. Dadurch wurden bestimmte Gefühle verstärkt, andere gedämpft. Solche Aktivitäten dienten dazu, Zusammengehörigkeitsgefühl zu erzeugen, die Protestbotschaften zu verinnerlichen und ihre Ausdruckskraft zu verstärken. Für die Friedensbewegung insgesamt war diese Arbeit an und mit Gefühlen eine Überlebenstechnik, denn alle Anstrengungen, die Gefühle der Aktivisten zu beeinflussen, liefen darauf hinaus, sie enger an die Bewegung zu binden.

Bloß keine Resignation! Gefühlsmanagement in der Friedensbewegung

Gefühle galten in der Friedensbewegung grundsätzlich als integraler Bestandteil aller politischen Aktionen, denn persönliche Betroffenheit war Triebfeder für das

[87] Vgl. Heinrich Popitz, Realitätsverlust in Gruppen, in: Ders., Soziale Normen, Frankfurt a. M. 2006, S. 175–186, der sich auf die Forschungen Leon Festingers und dessen Theorie der kognitiven Dissonanz stützt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Engagement. „Gegen uns selbst und unsere Gefühle", so die weit verbreitete Überzeugung der Aktivisten, „werden wir keine wirklich überzeugende politische Arbeit leisten können."[88] Doch alle sozialen Bewegungen müssen individuelle Gefühle in kollektiven Protest überführen[89]. Daher bildeten sich im sozialen Kommunikationsraum der Bewegung Konventionen heraus, die den Ausdruck von Gefühlen bestimmten und damit letztlich auf das Empfinden selbst abzielten. Sie lassen sich als „set of socially shared, albeit latent (not thought about unless proved at) rules"[90] beschreiben. Niemand stellte solche Regeln explizit auf, schon allein weil keiner in der basisdemokratisch organisierten Friedensbewegung die nötige Autorität dafür beanspruchen konnte. Sie wurden vielmehr weitergegeben und geteilt. Erfahrene Aktivisten agierten als Rollenvorbilder, wenn sie ihre Gefühle zeigten, etwa bei Blockadetrainings oder auf Nachbesprechungen von Aktionen. Fast immer enthielten öffentliche Aufrufe und Ansprachen Hinweise oder direkte Aufforderungen, was die Zuhörer empfinden sollten und was nicht. Solche Anstöße nahmen die Engagierten auf und eigneten sie sich an. In Erfahrungsberichten, die die Aktivisten in lokalen und regionalen Zeitungen verbreiteten, bilden sich diese Gefühlsregeln ab. Während beispielsweise Empörung überall in der Friedensbewegung willkommen war, wurde Hilflosigkeit bekämpft. Für andere Gefühle galten Vorbehalte: Es gab „richtige" und „falsche" Angst, d. h. solche, die zum Widerstand führte und solche, die lähmte[91]. Wut auf „die Aufrüster" galt im autonomen Spektrum der Friedensbewegung als Motivationsquelle, unter den Gewaltfreien hingegen war jegliche Aggressivität auch weltanschaulichen Gegnern gegenüber verpönt. Ob eine Gefühlsregung in der Friedensbewegung begrüßt und verstärkt wurde oder ob sie auf Ablehnung stieß, hing von ihrem Mobilisationspotenzial ab: Alle Gefühle, die die Bereitschaft zum Engagement verstärkten, wurden geschürt, sie durften, ja sollten zum Ausdruck gebracht und geteilt werden. Für diejenigen Gefühle, die ein Erlahmen der Aktivität nach sich ziehen konnten, galt das genaue Gegenteil: Sie wurden bekämpft, nach Möglichkeit umgedeutet oder unterdrückt.

Welche Gefühle erwünscht waren, lässt sich gut an normativen Texten ablesen, die auf eine große Reichweite abgestellt waren, also etwa an den Aufrufen und Verlautbarungen von Friedensorganisationen, an Handbüchern für Blockaden oder an den Reden, die auf Abschlusskundgebungen von Friedensdemonstrationen gehalten wurden. So rief die vierte Aktionskonferenz der Friedensbewegung für die Protestkundgebungen im November 1983 in Bonn eine „Woche des Zorns, der Empörung und des Widerstandes"[92] aus. Dieser Appell wurde von den Teil-

[88] AGG, B II.1/3079, „Bezugsgruppen", in: Manfred Binder, u. a. (Red.): Handbuch des Friedenscamps Schwäbisch Gmünd vom 6.8. bis 4. 9. 1983, S. 48–50, hier S. 48.

[89] Vgl. Eyerman, How social movements move, in: Flam/King (Hrsg.), Emotions and Social Movements, S. 46 u. S. 50.

[90] Arlie Russel Hochschild, Emotion Work, Feeling Rules, and Social Structure, in: American Journal of Sociology 85 (1979), S. 551–575, hier S. 563.

[91] Vgl. Michel, „Richtige" und „falsche" Angst, in: Bormann/Freiberger/Michel (Hrsg.), Angst, S. 264 f., die den Aspekt der Mobilisierung nur streift.

[92] HIS, HFO/Auswertung des Friedensherbstes 1983, Presseerklärung des Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung, 7. 11. 1983.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nehmern der Aktionskonferenz an 1.500 Gruppierungen und Initiativen weitergetragen. Die Aktivisten sollten ganz bestimmte Gefühle zeigen, während der Bundestag über die Stationierung der atomaren Mittelstreckenraketen debattierte und entschied. Dass der Appell ausgerechnet Zorn schürte, lässt sich mit der Gewissheit erklären, wie die Abstimmung ausgehen würde: Nicht nur ihr Ergebnis wurde antizipiert, sondern auch die emotionale Reaktion darauf. Empörung war das Leitgefühl der Protestbewegung überhaupt. Verbreitet wurde es beispielsweise durch den prominenten und doppeldeutigen Slogan „entrüstet euch!". Popularisiert hatte ihn Petra Kelly, die Grünen plakatierten ihn 1982 im niedersächsischen Landtagswahlkampf und 1983 auch auf Bundesebene[93]. Auch lokale Friedenszeitschriften griffen die Parole auf, beispielsweise in Verbindung mit dem Peace-Zeichen, sodass sie wie ein Signet wirkte[94].

Stand Empörung in der Skala der erwünschten Gefühle ganz oben, so war Enttäuschung darin weit unten angesiedelt. Häufig benutzten die Aktivisten jedoch ein anderes Wort, wenn sie über diese Empfindung sprachen: „Resignation" war als Gefühlsausdruck in der Friedensbewegung viel weiter verbreitet als „Enttäuschung". Resignation besitzt einen eigenen semantischen Kern, obwohl manche Aktivisten den Begriff auch als Synonym für Enttäuschung verwendeten. „Resignation" bezeichnet eine mögliche Konsequenz von Enttäuschung, nämlich völligen Rückzug oder die Verweigerung derjenigen Aktivität, in die zuvor Hoffnungen gesetzt wurden. Für die Friedensbewegung bedeutete Resignation den schlimmsten denkbaren Schaden, nämlich den Abbruch des Engagements. Daher ist es kein Wunder, dass der Diskurs über diese Enttäuschungsfolge immer die Form von Warnungen, Verleugnungen und Überwindungserzählungen annahm. Resignation stritten die Aktivisten entweder rundheraus ab, sie sprachen darüber als eine Gefahr oder berichteten, wie sie trotz herber Rückschläge den Mut und die Kraft zum Weitermachen gefunden hätten.

Die Reden und Aufrufe der Friedensbewegung sind gespickt mit Beschwörungsformeln gegen Resignation. Schon die Anwesenheit bei einer Kundgebung oder die Teilnahme an einer Aktion reichte als Beweis, ihr nicht anheimgefallen zu sein: Wer dabei war, hatte noch nicht aufgegeben. Vor allem in den Monaten nach dem Stationierungsbeschluss des Bundestages redeten die Protagonisten der Friedensbewegung gegen die Resignation an. Antje Vollmer bezeichnete sie am 20. Oktober 1984 im Bonner Hofgarten als größte Gefahr für die Bewegung und lobte ihr Publikum dafür, dass es nicht resigniert habe. Am selben Tag begann in Hamburg die Friedensversammlung 1984. Eine der Auftaktrednerinnen erklärte den Kampf gegen den bloßen Eindruck von Resignation sogar zum Ziel der ganzen

[93] Vgl. Petra Kelly, Wir entrüsten uns! Von unten! Rede bei der Demonstration der Friedensinitiativen am 17. April 1982 in München anläßlich des SPD-Parteitages, in: Dies., Um Hoffnung kämpfen. Gewaltfrei in eine grüne Zukunft, Bornheim 1983, S. 72–80. Das Wahlplakat der Grünen in: Lipp/Lütgemeier-Davin/Nehring (Hrsg.), Frieden und Friedensbewegung, S. 375; weitere Verwendungsnachweise bei Mende, Gründungsgrüne, S. 343 Anm. 86, und Schregel, Atomkrieg, S. 59.

[94] Vgl. Hunsrück-Forum. Zeitschrift für Demokratie und Frieden 1 (1983), Nr. 2, Juni/Juli 1983, S. 10; URL: http://www.hunsrueckforum.de/htdocs/_img/PDF/02.pdf [25. 5. 2013].

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Veranstaltung: „Wenn wir uns heute mit Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen gegen diesen Rüstungswahnsinn wehren, so wollen wir den Politikern dieser Stadt und unseres Landes klarmachen, daß wir nicht resignieren."[95] Ganz ähnlich beteuerte das Kölner Friedensplenum in einem Aufruf zur Blockade einer NATO Air Base im April 1985: „Wir haben nicht resigniert, wie Presse und Politiker verlauten lassen. Das werden wir zu Ostern und zu allen Gelegenheiten an allen Orten deutlich machen."[96]

Es brauchte also nicht viel, um den Gegenbeweis zur Resignation anzutreten: Dabeisein genügte. Daher war die Schwelle, die Friedensbewegten vom Sieg über die Resignation zu überzeugen, denkbar niedrig. Noch überzeugter argumentierten die Aktivisten nach spektakulären Erfolgen, um der Resignation die Grundlage zu entziehen. Im Herbst 1984 gelang es einer niedersächsischen Friedensinitiative, ein Stück Land zu erwerben, auf dem ein Nachschubdepot für die NATO entstehen sollte. Um das Kapital aufzutreiben, gründete die Initiative eine Kooperative und verkaufte Anteilscheine zu je 100 DM. Binnen kurzer Zeit kamen 32.000 DM zusammen, und die Initiative konnte den Baubeginn jahrelang hinauszögern. Nach dem Kauf feierten die Aktivisten ihren Erfolg als ein Zeichen der Ermutigung: „Für unsere Gruppe in Ramelsloh hat sich gezeigt, daß eine solche Aktion unglaublich Spaß macht und daß, wenn viele sich zu einem guten Zweck zusammenschließen, auch das schier Unmögliche erreicht werden kann. Das soll uns zeigen, daß Resignation nicht angebracht ist und uns auch weiterhin Hoffnung geben!"[97] Immer wieder führten die Aktivisten der Friedensbewegung aufbauende Gefühle wie Spaß, Freude und Mut ins Feld, um Resignation zu bannen. Dabei gingen die Frontleute dem Fußvolk voran: Als während einer regionalen Tagung die Enttäuschung über den Schwund der Aktiven die Stimmung drückte, richtete eine Referentin der Deutschen Friedensgesellschaft ihr Publi-

[95] AGG, B II.1/4613, Antje Vollmer: Rede anlässlich der Abschlusskundgebung der Veranstaltung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung „Menschen- und Aktionskette für Frieden und Arbeit" im Bonner Hofgarten am 20. Oktober 1984, o. D.; HIS, HFO/Friedensversammlung 22. 10. 1984 – Organisation, Finanzen, Presseaufruf 1984/Sybille Rosenberg-Gutschow (FI Eimsbütel-Mitte): Rede bei der Auftaktkundgebung zur Friedensversammlung '84 in Eimsbüttel, Ecke Osterstraße/Heußweg, 20. 10. 1984.

[96] AGG, A Christa Nickels 121, Aufruf des Autonomen Friedensplenums Köln zur Blockade in Geilenkirchen/Teveren am 19. 4. 1985, o. D. Der NATO-Flugplatz in Geilenkirchen hatte seit 1982 den Status eines NATO-Hauptquartiers. Dort war nach umfangreichen Erweiterungsbauten eine Flugzeugstaffel zur Frühaufklärung stationiert worden, die Maschinen waren mit AWACS-Systemen ausgerüstet (Airborne Early Warning and Control System) und galten in der Friedensbewegung deshalb als technische Voraussetzung, um einen Nuklearkrieg zu führen.

[97] HIS, MAR 310,04, Marion Schreiber-Kellermann (Friedens-Initiative Ramelsloh): Nato-Land in Friedenshand, in: Taubenschlag, Dez. 1984, S. 3–5. Am Ende hatte die Aktion sogar dauerhaften Erfolg, denn in unmittelbarer Nachbarschaft zu dem Grundstück wurde 1987 zwar ein Treibstofflager errichtet, aber das ursprünglich geplante Munitionsdepot scheiterte solange am Widerstand der Initiative, bis der Untergang des Ostblocks die strategischen Gründe dafür obsolet machte; vgl. Gerd Schneidereit, Neues zum NATO-Depot Ramelsloh. Schwerter zu Pflugscharen?!, URL: http://www.friedenskooperative.de/ff/ff00/3–07.htm [25. 5. 2013].

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kum wieder auf – ihr Optimismus überstrahlte laut dem Bericht einer Zuhörerin den Gruppenfrust[98].

„Gute" Gefühle zu erzeugen gehörte zum Grundhandwerkszeug der Aktivisten. Die Friedensbewegung kannte zahlreiche Praktiken und Rituale, um Vertrauen herzustellen und die Gemeinschaft spürbar zu machen. Dabei spielten Berührungen eine herausragende Rolle[99]. Demonstranten hakten sich unter, Menschenketten und Schweigekreise fassten sich an den Händen, Blockierer saßen dicht an dicht oder bildeten Menschenteppiche, während der „Die-ins", deren Teilnehmer an öffentlichen Orten Tote nach einem imaginären Atomangriff simulierten, lagen die Aktivisten kreuz und quer übereinander. Alle diese Praktiken suggerierten dem Einzelnen, dass er nicht allein war, sondern Teil einer großen, kraftvollen Bewegung. Sie halfen, die Engagierten zu emotionalen Gemeinschaften zusammenzuschließen. Sie vermittelten je nachdem Empörung, Betroffenheit, Entschlossenheit und Zuversicht als kollektives Erlebnis, damit jeder einzelne Aktivist emotional „richtig" reagierte.

Die Engagierten übten derartige Rituale vor den Aktionen regelrecht ein, um auch die entsprechenden Gefühle bereits im Repertoire zu haben. Systematisch geschah dies im Vorfeld der Blockaden in den Bezugsgruppen. Sie umfassten zehn bis 15 Personen, die sich gemeinsam am Heimatort auf die Blockade vorbereiteten. „Dadurch", erklärte das Handbuch des Mutlanger Friedenscamps, „können Anonymität, Unsicherheit und Isolationsgefühle, vor allem bei Aktionen mit zahlreichen Teilnehmern, zu einem großen Teil vermieden werden. Hier findet sich eine Vertrauensbasis, die es dem einzelnen möglich machen soll, Gefühle zu zeigen, ohne daß die allgemeine Fremdheit ein Eingehen auf diese Emotionen gequält und unfruchtbar macht und ohne daß alle Teilnehmer durch einzelne Teilnehmer gelähmt werden."[100] Eine Dormagener Bezugsgruppe bereitete sich mit Rollenspielen auf rigides Eingreifen der Polizei vor, um die eigenen Aggressionen im Zaum zu halten und sich gegenseitig zu schützen[101]. Ob mit oder ohne Vorbereitung – während der Blockaden gaben sich die Teilnehmer gegenseitig Kraft und Mut. So berichtete ein Teilnehmer an der Blockade von Kellinghusen im April 1983, er habe die gegenseitige Aufmunterung und Zusammengehörigkeit im Regen und die trotzige Auflehnung gegen die Aussichtslosigkeit bei den Blockierern und Marschierern gespürt[102].

[98] Afas, 5.III.5, Ursula Schulze: Tagung in Borbecke, in: Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen, Nr. 5, Februar 1986, S. 11.

[99] Einen Überblick über die Körperpraktiken in der Friedensbewegung bietet Schregel, Atomkrieg, S. 226–264.

[100] AGG, B II.1/3079, „Bezugsgruppen", in: Manfred Binder u. a. (Red.), Handbuch des Friedenscamps Schwäbisch Gmünd vom 6.8. bis 4. 9. 1983, S. 48–50, hier S. 48.

[101] Vgl. den Beitrag „Träume sind ansteckend – wir träumen vom Frieden", in: ZDF Direkt, gesendet am 26. 5. 1982.

[102] IISG, Die Tageszeitung Archives 12b, Leserbrief von Werner Koll an die taz, 6. 4. 1983.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Unter allen Ritualen war das gemeinsame Singen am beliebtesten und verbreitetsten[103]. Keine Friedensaktion kam ohne Lieder aus. Einige davon wurden zu Hymnen der Bewegung, vor allem der Gospel „We shall overcome", ein Schlüsselied der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Sein Titel war Programm, denn er verhieß der Bewegung, alle Hindernisse zu überwinden und am Ende zu siegen. Doch die Engagierten dichteten auch neue Lieder. Im August 1982 fand in Großengstingen auf der Schwäbischen Alb die erste große Sitzblockade eines Atomwaffenlagers in der Bundesrepublik statt. Dazu sangen die Teilnehmer: „Wenn Du jetzt auch noch Angst hast und weißt nicht genau, ob sich das lohnt, daß Du heut' hier blockierst [...] gemeinsam schaffen wir es eher". Ein Teilnehmer berichtete, dass die Aktivisten Lieder „zur Ermutigung, zur Besinnung und zum Spaßhaben" gesungen hätten; die Wirkung des gemeinsamen Singens beschrieb er mit den Worten: „Gedanken und Gefühle gemeinsamer Kraft"[104]. Die stellten sich nicht nur an den großen Stationierungsorten ein, sondern auch bei lokalen Aktionen in der Provinz, beispielsweise im nordrhein-westfälischen Barkenberg. Dort störte ein kleines Häuflein Friedensaktivisten im September 1982 ein NATO-Manöver. Sie bildeten eine Menschenkette, später eine Menschenmauer, sangen Lieder und hielten sich aneinander fest, als die Militärlastwagen auf sie zufuhren[105]. Viele Lieder hatten die Friedensaktivisten selbst geschrieben oder umgedichtet, um sie auf das Ziel auszurichten, sich gegenseitig Mut zuzusingen. So lautete der Text der „Hausener Erwägung", das sich an das Gedicht „Resolution der Kommunarden" von Bertolt Brecht anlehnte: „In Erwägung, ihr sagt, es bringt doch nichts, / laßt ihr eure Hand im Schoße ruhn. / Wir dagegen sagen, dies ist erst der Anfang / Immer mehr woll'n für den Frieden etwas tun. / Refrain: In Erwägung, daß wir jetzt noch schwach sind, / weil noch längst nicht alle mit uns gehen, / haben wir beschlossen, weiter unverdrossen / gegen die Raketen aufzustehn. / [...] 3. In Erwägung, ihr sagt, die Raketen / bleiben trotz Blockade stationiert, / sagen wir euch, Leute, das ist erst der Anfang, / nächstes Jahr wird sicher überall blockiert!"[106] Brechts Gedicht setzte dem Widerstandswillen

[103] Vgl. Christian Koller, „Es ist zum Heulen". Emotionshistorische Zugänge zur Kulturgeschichte des Streikens, in: Geschichte und Gesellschaft 36 (2010), S. 66–92, hier S. 76; Jasper, Art of Moral Protest, S. 192–194; zur Bedeutung von Musik für soziale Bewegungen siehe Robert Rosenthal/Richard Flacks, Playing for Change. Music and Musicians in the Service of Social Movements, Boulder 2011; Ron Eyerman/Andrew Jamison, Music and Social Movements. Mobilizing Traditions in the Twentieth Century, Cambridge 1998.

[104] Afas, 80.II.1982:5, Holger: Wir sind der Rost, der die Rüstung frißt. Ein Bericht über die gewaltfreie Blockade des Atomwaffenlagers in Großengstingen im August 1982, in: Wolfgang Hummel (Hrsg.), Großengstingen-Handbuch, Bd. 2: Blockadeaktion ‚82 – Auswertung, Tübingen 1982, S. 6–18, hier S. 6 u. 10.

[105] Afas, 5.III.5, Bericht über eine Störaktion beim NATO-Manöver bei Barkenberg, in: Friedensklärchen. Monatsblatt Bonner Friedensinitiativen, Nr. 10, Oktober 1982, S. 11.

[106] AGG, B II.1/3079, Liederheft für das Friedenscamp Schwäbisch Gmünd vom 6.8. bis 4. 9. 1983, ohne Seitenzahlen. Jede Strophe von Brechts Gedicht beginnt mit „In Erwägung, dass..."; der Refrain lautet: „In Erwägung, dass Ihr uns dann eben / mit Gewehren und Kanonen droht, / haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben / mehr zu fürchten als den Tod."

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und dem Gerechtigkeitssinn der Pariser Kommune von 1871 ein Denkmal. Mit solchen Anverwandlungen stellten sich die Aktivisten in die Tradition derjenigen, die gegen ihre Unterdrücker aufstanden. Der unausgesprochene Analogieschluss lautete: Auf lange Sicht werden wir siegen, weil wir auf der richtigen Seite stehen.

Wie machtvoll Singen sein konnte, zeigte sich während der Gerichtsverhandlungen, in denen sich Blockierer wegen Nötigung verantworten mussten. Als 1987 die ersten Aktivisten von Mutlangen für ihre Beteiligung an den Blockaden schuldig gesprochen wurden, nutzten sie ihren Prozess als Bühne für eine „strategische Darbietung“[107], die gezielt Gefühle einsetzte. Sie brachten so viele Unterstützer mit, dass die Verhandlung aus dem Gerichtsgebäude in eine Mehrzweckhalle verlegt werden musste. Zu Beginn und nach der Verkündung des Urteils sang die Zuschauermenge Gesinnungs- und Zuversichtsbotschaften – beim Einzug des Gerichts den Kanon „Herr gib uns deinen Frieden“, am Ende „We shall overcome“. Die Lieder wirkten wie ein Kommentar zur Verhandlung und zur Diskrepanz zwischen Gerechtigkeitsgefühl und Urteilsspruch. Mit Beifall nach den persönlichen Erklärungen der Angeklagten über ihre Motive, Grummeln während der Verlesung der Anklageschrift, gespannter Stille während des Plädoyers der Verteidigung schufen die Zuschauer eine beeindruckende Gesinnungskulisse. Dieser Atmosphäre konnte sich keiner entziehen: Der Staatsanwalt rechtfertigte seine Haltung im Verlauf seines Plädoyers, er drückte den Angeklagten gegenüber seine persönliche Wertschätzung sowie Sympathie für ihr Anliegen aus und bekannte sich als gläubiger Katholik, der für den Frieden bete. Der Richter gab ebenfalls eine persönliche Erklärung ab, in der er sein Bedauern darüber zum Ausdruck brachte, nach dem Gesetz die Angeklagten bestrafen zu müssen; außerdem stellte er die Blockierer auf eine Stufe mit Martin Luther King und zollte ihnen dadurch höchste Achtung. Obwohl die Angeklagten am Ende verurteilt wurden, fühlten sich die Friedensaktivisten als Sieger, und zwar nicht nur die Blockierer, sondern auch ihre Sympathisanten. „Alles in allem“, lautete das persönliche Fazit einer Prozessteilnehmerin, „EIN GROSSER TAG! Zurückgeblieben ist trotz der Erschöpfung und inneren Erschütterung nicht Resignation (ich glaube nicht, daß auch nur eine Einzige oder ein Einziger durch das Urteil abgeschreckt wurde), sondern einmal mehr die Gewißheit, auf dem richtigen Weg zu sein.“[108]

Um diese Gewissheit ging es beim Gefühlsmanagement immer. Die Arbeit mit und an Gefühlen diente dazu, die Einsatzbereitschaft der Aktivisten aufrechtzuerhalten. Sicherlich ist das Abflauen der Friedensbewegung Mitte der 1980er Jahre auch auf die Enttäuschung zurückzuführen, dass der Protest sein Hauptziel verfehlt hatte; und ebenso plausibel ist es anzunehmen, dass viele von denen, die auch danach noch bereitwillig an Demonstrationen und Blockaden teilgenommen hatten, der Bewegung aus Enttäuschung über ihren inneren Zustand den Rücken kehrten. Doch obwohl die Entspannungs- und Abrüstungspolitik dem

[107] Eyerman, How social movements move, in: Flam/King (Hrsg.), Emotions and Social Movements, S. 49.

[108] HIS, MAR 325,02, Heidrun Zimmer: Der erste Blockade-Prozess im Hunsrück, in: Friedens-Info Nr. 23, April 1987.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

außerparlamentarischen Protest die Grundlage zu entziehen drohte, trotz Richtungsstreit und Organisationskrisen im Koordinationsausschuss, und ungeachtet der Konkurrenz von Grünen, SPD und Gewerkschaften um friedenspolitische Kompetenz lebte die Bewegung weiter. Anders als die „Ohne-Mich-Bewegung" gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands und die Kampagne „Kampf dem Atomtod" gegen die Einführung von Atomwaffen in der Bundeswehr und deren Stationierung auf dem Bundesgebiet in den 1950er Jahren blieb die Friedensbewegung der 1980er Jahre vital. Dass ein Kernbestand an Aktivisten ihr die Treue hielt und sie sogar neue Mitglieder rekrutieren konnte, ist auch darauf zurückzuführen, dass sie erfolgreiche Strategien fand, mit Enttäuschungen fertig zu werden. Autoimmunisierung und Gefühlsmanagement waren die Schlüssel dazu, das Engagement aufrechtzuerhalten.

Lernen durch Enttäuschung? Utopieverlust und Demokratie in den 1980er Jahren

Beim vielbeschworenen Wandel des Politischen durch die sozialen Bewegungen während der 1980er Jahre wird leicht übersehen, dass sich die Aktivisten durch die Erfahrungen während ihres Engagements ebenfalls veränderten. Ihre Erwartungen, durch andauernden öffentlichen Protest Politik mitgestalten zu können, hatten sich zum größten Teil als Illusion erwiesen. Die kurzfristigen Abrüstungsziele wurden ohne Zutun der Friedensbewegung Wirklichkeit, und von den darüber hinausgehenden Visionen einer friedlicheren und demokratischeren Welt hatte sie sich erst recht verabschieden müssen. Wie die Mehrzahl der soziale Bewegungen, die zwischen Mitte der 1970er und Mitte der 1980er Jahre eine Blütephase erlebt hatten, zog sich die Friedensbewegung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts in ein Nischendasein zurück, erhob aber nicht mehr den Anspruch, die Gesellschaft als Ganzes zu verändern[109].

Es liegt nahe, bei den Engagierten Ermüdungs- und Anpassungserscheinungen zu vermuten. Womöglich fanden viele von ihnen in den Parteien Unterschlupf, gegen die sie zuvor auf die Straße gegangen waren. Die SPD öffnete sich nach dem Verlust der Regierungsmacht gezielt diesem Reservoir, indem sie sich vom Nachrüstungsbeschluss distanzierte, unzweideutige Abrüstungsforderungen in ihr Programm aufnahm und Friedensaktivisten mit Funktionen innerhalb der Partei ausstattete. Ähnlich wie zuvor die „Achtundsechziger" entrichteten die Friedensaktivisten dafür den Preis, ihr Gebaren anzupassen und ihre Erwartungen zu senken[110]. Doch nicht alle nahmen das Integrationsangebot an. Viele misstrauten der Aufrichtigkeit der Genossen oder sahen sie sogar als warnendes Beispiel für die Deformationen an, die das kapitalistische parlamentarische System den Trägern

[109] Vgl. Dieter Rucht, Gesellschaft als Projekt – Projekte in der Gesellschaft. Zur Rolle sozialer Bewegungen, in: Klein/Legrand/Leif (Hrsg.), Neue soziale Bewegungen, S. 15–27.

[110] Vgl. Jeanette Seiffert, „Marsch durch die Institutionen"? Die „68er" in der SPD, Bonn 2009, S. 182–191.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fortschrittlicher Ideen zufüge[111]. In welchem Maße „der alternative Protest gegen etablierte Konzepte erfolgreich in den allgemeinen Konsens integriert werden konnte“[112], ist daher fraglich. Auch bei den Grünen vollzogen sich widersprüchliche Entwicklungen. Hatten diese ab Ende der 1970er Jahre noch scharenweise enttäuschte Sozialdemokraten angezogen, so verloren sie ab 1983 selbst Mitglieder, weil sich deren Erwartungen an den parlamentarischen Arm der sozialen Bewegungen nicht erfüllten. Mühsam löste sich die Partei von basisdemokratischen Entscheidungsprozeduren, dem Symbol ihrer Parlamentarismuskritik[113]. Die Grünen mussten gegen massive Enttäuschung ankämpfen, dass sie sich den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie anpassten, anstatt diese zu transformieren, und weil sie ein zerstrittenes, sogar hasserfülltes Bild in der Öffentlichkeit abgaben[114]. Zahlreiche Mitglieder traten aus der Partei aus, weil sie sich in ihren Augen von den Ursprungsidealen entfernt hatte[115].

Diese Beispiele weisen darauf hin, dass das Protestpotenzial der sozialen Bewegungen nicht völlig im demokratischen Konsens aufging. Es gibt aber auch keine Hinweise darauf, dass enttäuschte Friedensaktivisten sich radikalisierten wie einige Vertreter der Studentenproteste von 1968[116]. Gleichwohl mussten sie mit dem Verlust ihrer Utopien fertig werden. Idealtypisch lässt sich an drei Langzeitaktivisten veranschaulichen, welche Gefühle dies auslöste. Bei einem Hamburger Pastor, der wegen seiner Teilnahme an einer Blockade in Mutlangen 1986 zu einer Geldstrafe verurteilt worden war, mündete das Engagement in tiefe Verbitterung. Er verlor jedes Vertrauen in die bundesdeutsche Justiz, den Staat überhaupt, sogar der Post traute er nicht mehr über den Weg[117]. Andere Aktivisten verfielen in Melancholie. Volker Nick, der die Friedensarbeit zu seinem Lebensinhalt gemacht hatte, musste 1990 ebenfalls ins Gefängnis gehen, weil er nicht bereit war, eine Geldstrafe wegen zahlreicher Blockaden zu bezahlen. Er nahm sich vor, dort

[111] HIS, HFO/Laufende Aktivitäten April-Juni 1986, Hamburger Friedenskoordination: SPD Friedenspolitik – Floskeln statt Abrüstung, April 1986, in: Reader zum Thema „Friedensbewegung und Wahlen“, erstellt für die Aktionskonferenz des Hamburger Forums am 8. Juni 1986, S. 32–35; AGG, PKA 190, Hinrich Olsen an Petra Kelly, 5. 4. 1989.

[112] Friedhelm Boll/Jan Hansen, Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg, S. 203–228, hier S. 225.

[113] Vgl. Wirsching, Abschied vom Provisorium, S. 122–127.

[114] Vgl. Silke Mende, Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur „ökologischen Reformpartei“. Die Grünen und der Wandel des Politischen, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 273–315. Die Entwicklung der Grünen von einer Anti-Parteien-Partei zu einer normalen politischen Kraft während der 1980er Jahre ist vielfach beschrieben worden; als Beispiel für die große Enttäuschung, die diese Entwicklung auslöste, vgl. die Abrechnungsschrift von Jutta Ditfurth, Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung, München 2000.

[115] Z. B. AGG, B I.1/672, Gerhard Möller an die Grünen des Ortsverbands Rotenburg, des Kreises Hersfeld, Hessens und den Bundesverband, 25. 11. 1985. Der Coburger Kreisvorsitzende beschloss sein Austrittsschreiben „mit enttäuschten grünen Grüßen“; ebenda, Werner Michel an die Mitglieder und Freunde des Kreisverbandes der Grünen Coburg, 31. 9. 1986.

[116] Vgl. Manuel Seitenbrecher, Enttäuschte Aktivisten. Konversion und Radikalisierung in den Biographien von 68ern, in: Historisches Jahrbuch133 (2013), S. 379–403.

[117] HIS, MAR 325,03, Klaus Marwitz an die Staatsanwaltschaft Bonn, 25. 9. 1989.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„ein Stück Trauerarbeit“ wegen der Abgestumpftheit der Friedensbewegung zu leisten. Noch vor wenigen Jahren sei die gesamte Gesellschaft zu Tode erschrocken über die Kriegsgefahr, die von den Atomraketen ausgegangen sei. Jetzt, da diese Raketen sukzessive abgezogen würden, sei das Thema rasend schnell vergessen: „Worüber ich während meinem Gefängnisaufenthalt [sic] nachsinnen will, ist unsere kollektive Unfähigkeit zu trauern, unsere Unfähigkeit zum innehalten, zu wirklicher Umkehr, zu Menschlichkeit.“[118] Diese Beispiele sind allerdings nicht typisch für alle Aktivisten, noch nicht einmal für diejenigen, die ihren Lebensentwurf in hohem Maße auf ihr Engagement abgestützt hatten. Eine junge Frau, die jahrelang in Mutlangen in der Pressehütte gelebt und für die Abrüstung gearbeitet hatte, riet einem Mitstreiter, „zu akzeptieren, daß unser ‚liebstes Spielzeug‘, die Pershing, jetzt so langsam ‚out‘ ist. Statt uns unsinnigerweise daran festzuklammern, sollten wir froh sein über all die Kräfte, die dadurch für andere Probleme frei werden.“[119] Sie selbst ging mit gutem Beispiel voran und begann eine Schreinerlehre im Hunsrück, dort, wo nun die Atomraketen abtransportiert werden sollten. Nicht die Enttäuschung selbst bestimmte also das Ergebnis des gesellschaftlichen Selbstverständigungsprozesses für die Aktivisten, sondern der Umgang mit diesem Gefühl. Er konnte in Bitterkeit oder Selbstmitleid, aber auch in Zuversicht münden.

Enttäuschung führte in der Tat zu Lernprozessen. Die Friedensaktivisten lernten, dass sich die Demokratie nicht so schnell verändern ließ. Enttäuschung lässt sich daher als emotionaler Verarbeitungsmodus für gesellschaftliche Komplexität und Kontingenz begreifen. Erst aus der Rückschau wird deutlich, dass die Anstöße aus den sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre eine „Gewichtsverschiebung von der klassischen, der institutionellen und repräsentativen zur Demokratie als Lebensform“[120] bewirkten. Gefühle, so die Botschaft der Alternativen der 1970er und 1980er Jahre, haben ihren Platz in der Politik. Damit grenzten sie sich scharf gegen den „Stil der Sachlichkeit“ ab, den Thomas Mergel als dominantes Kommunikationsmuster der professionellen Akteure in den Wahlkämpfen der Bundesrepublik herausgestellt hat[121]. Ob man deshalb von einer „Emotionalisierung des öffentlichen Raums“[122] sprechen kann, mag dahingestellt bleiben. Zu einer „Zeitgeschichte der Demokratie“ gehören Gefühle jedenfalls dazu.

[118] HIS, MAR 336,02, Knast-Rundbrief Volker Nick, Ostern 1990.
[119] HIS, MAR 335,03, Tina Utermark an Klaus Marwitz, 23. 1. 1988.
[120] Paul Nolte, Jenseits des Westens? Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Demokratie, in: VfZ 61 (2013), S. 275–301, hier S. 285.
[121] Vgl. Thomas Mergel, Propaganda nach Hitler. Eine Kulturgeschichte des Wahlkampfs in der Bundesrepublik 1949–1990, Göttingen 2010, S. 257 ff.
[122] Vgl. Ute Frevert, Auch Gefühle haben ihre Geschichte. Über die Emotionalisierung des öffentlichen Raums und einige verwandte Phänomene, in: Neue Zürcher Zeitung, vom 26. 7. 2008.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Seit Ende der 1950er Jahre war der Kumpel im Ruhrbergbau immer öfter ein Türke. Obwohl der Bergbau eine schrumpfende Branche war, stieg der Anteil der in ihr beschäftigten Arbeitsmigranten an. Hans-Christoph Seidel erläutert in seinem Beitrag die Spezifika dieser Arbeitskräftepolitik und analysiert vor deren Hintergrund, wie die Bergbaugewerkschaft auf die Herausforderungen reagierte, die sich für sie daraus ergaben. Er beginnt seine Untersuchung mit der Etablierung des „Gastarbeiter"-Systems und führt sie bis in die 1980er Jahre fort, als die Politik die Zeichen auf eine „Förderung der Rückkehrbereitschaft" umstellte.

Hans-Christoph Seidel

Die Bergbaugewerkschaft und die „Gastarbeiter"

Ausländerpolitik im Ruhrbergbau vom Ende der 1950er bis in die 1980er Jahre

Besonderheiten der Gewerkschafts- und Migrationsgeschichte im Ruhrbergbau nach 1945

Gewerkschafts- und Migrationsgeschichte sind, jedenfalls in der deutschen Forschung, noch selten aufeinander bezogen worden. Weder ist von Gewerkschaftshistorikern die Haltung der Gewerkschaften zur Ausländerbeschäftigung bisher prominent behandelt worden[1], noch sind Migrationshistoriker intensiver und systematischer auf den Einfluss von Gewerkschaften auf grenzüberschreitende Arbeitsmigrationen eingegangen[2]. Dies überrascht besonders mit Blick auf die „Gastarbeiteranwerbungen"[3] seit den 1950er Jahren: Denn aus gewerkschaftsgeschichtlicher Sicht gewannen die „Gastarbeiter" zumindest seit den späten 1960er Jahren eine zunehmende Bedeutung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, und aus migrationsgeschichtlicher Perspektive ist auf die keineswegs randständige Rolle der Gewerkschaften in Integrationsprozessen zu verweisen. Im Folgenden soll das Themenfeld Gewerkschaft und Ausländerbeschäftigung für das Beispiel des Steinkohlenbergbaus, insbesondere des Ruhrbergbaus, ausgelotet

[1] Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Beitrages ist aber jetzt im Erscheinen: Oliver Trede, Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Großbritannien 1960–1980, Paderborn 2013; wesentliche Aspekte dieser Arbeit sind zusammengefasst bei ders., Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und „Gastarbeiter" in der Bundesrepublik in den 1950er bis 1970er Jahren, in: Jochen Oltmer/Axel Kreienbrink/Carlos Sanz Díaz (Hrsg.), Das „Gastarbeiter"-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Westeuropa, München 2012, S. 183–197. Hier auch weitere Literaturhinweise.

[2] Eine wesentliche Ausnahme auch für die hier behandelten Zusammenhänge ist das grundlegende und herausragende Buch von Karin Hunn, „Nächstes Jahr kehren wir zurück ...". Die Geschichte türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

[3] Ich gebrauche im Folgenden der Einfachheit halber den Terminus „Gastarbeiter" für diejenigen ausländischen Arbeitnehmer in Deutschland, deren Heimatländer mit der Bundesregierung Anwerbevereinbarungen abgeschlossen hatten.

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0002

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

werden. Die Wahl dieses Beispiels erscheint mir vor allem aus sechs Gründen besonders instruktiv zu sein:

1. Die Entwicklung des (industriellen) Steinkohlenbergbaus ist, wie die des Bergbaus insgesamt, stets eng mit Arbeitsmigration verbunden. Bergbauliche Aktivitäten sind stets Standort, genauer Lagerstätten, gebunden. Die Produktionsstätten können nicht dorthin gehen, wo Arbeitskräfte, Verkehrswege etc. vorhanden sind, sondern die Arbeitskräfte müssen zu den Lagerstätten kommen. Darüber hinaus war (und ist) der Steinkohlenbergbau im Untertageabbau sehr arbeitsintensiv und lohnt wirtschaftlich schon wegen der hohen Investitionskosten für die Erschließung nur im Großbetrieb. Er benötigt in der Regel eine besonders umfangreiche Arbeitskräftezuwanderung. Die Entwicklung der montanindustriellen Gesellschaft des Ruhrgebiets wurde daher seit der Mitte des 19. Jahrhunderts maßgeblich durch Zuwanderungswellen bestimmt: In einer ersten kamen Nahwanderer aus den umliegenden Regionen zu den neuen Bergbaustandorten; in einer zweiten strömten in den drei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg Hunderttausende polnischsprachige Zuwanderer aus den preußischen Ostprovinzen in den industriellen Westen; in einer dritten wurde der Ruhrbergbau für zahllose Flüchtlinge und Vertriebene des Zweiten Weltkriegs zum Eingangstor für das Leben in den westlichen Besatzungszonen bzw. in der jungen Bundesrepublik. Hinzu kommen als „Sonderfälle" die millionenfachen Verschleppungen von Zwangsarbeitern in den Bergbau und die Rüstungsindustrie des Ruhrgebiets während der beiden Weltkriege. Die vierte Zuwanderungswelle der „Gastarbeiter" reihte sich dabei nicht nur in eine deutlich länger zurückreichende Zuwanderungsgeschichte des Ruhrbergbaus ein, sondern knüpfte in vielen Aspekten an sie an, wie auch im Folgenden gezeigt werden soll[4].

[4] Zur Migrationsgeschichte des Ruhrgebiets bzw. des Ruhrbergbaus vgl. immer noch grundlegend Wolfgang Köllmann/Frank Hoffmann/Andreas E. Maul, Bevölkerungsgeschichte, in: Wolfgang Köllmann (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 1, Düsseldorf 1990, S. 111–197. Besonders gut untersucht ist die polnischsprachige Zuwanderung vor dem Ersten Weltkrieg. Grundlegend ist hier noch immer Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870–1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978. Zum aktuellen Forschungsstand vgl. auch Dittmar Dahlmann u. a. (Hrsg.), Schimanski, Kuzorra und andere. Polnische Einwanderer im Ruhrgebiet zwischen Reichsgründung und dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2005. Zu den Neubergleuten des Nachkriegsjahrzehnts vgl. zuerst Mark Roseman, Recasting the Ruhr, 1945–1958. Manpower, Economic Recovery and Labour Relations, New York u. a. 1992; zu den „Sonderfällen" der Weltkriege vgl. Kai Rawe, „... wir werden sie schon zur Arbeit bringen". Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkrieges, Essen 2005, und Klaus Tenfelde/Hans-Christoph Seidel (Hrsg.), Zwangsarbeit im Bergwerk. Der Arbeitseinsatz im Kohlenbergbau des Deutschen Reiches und der besetzten Gebiete im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Bd. 1: Forschungen, Essen 2005. Skizzen zu einem nahe liegenden, aber noch nicht systematisch erarbeiteten diachronen Vergleich zwischen älterer polnischer und neuerer türkischer Zuwanderung in das Ruhrgebiet bieten Klaus Tenfelde, Schmelztiegel Ruhrgebiet? Polnische und türkische Arbeiter im Bergbau: Integration und Assimilation in der montanindustriellen Erwerbsgesellschaft, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 36 (2006), S. 7–28; Diethelm Blecking, Polish Community before the First World War and Present-Day Turkish Community Forma-

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2. Die Stellung der Gewerkschaft war im Bergbau nach 1945 deutlich stärker als in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen[5]. Dies lässt sich schon durch einen Blick auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad veranschaulichen. Dieser erreichte im Ruhrbergbau bis Mitte der 1950er Jahre fast 90 Prozent der Beschäftigten. Nachdem die Unternehmer die Betriebskassierung der Gewerkschaftsbeiträge gekündigt hatten, sank er zwar, jedoch nur auf immer noch beachtliche circa 70 Prozent. Nach der Wiedereinführung der Betriebskassierung erklomm der Organisationsgrad neue Höhen. In den 1980er Jahren waren stets deutlich über 90 Prozent der im Steinkohlenbergbau Beschäftigten Mitglied der IGBE[6]. Der hohe Organisationsgrad stützte die Rolle der Bergbaugewerkschaft als regionalpolitischer Akteur von erheblichem Gewicht im Ruhrgebiet bzw. in Nordrhein-Westfalen. Im langen Nachkriegsjahrzehnt wurde die starke Stellung der Bergbaugewerkschaft einerseits durch die überragende wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrbergbaus für den deutschen und westeuropäischen Wiederaufbau, andererseits durch die der Entnazifizierungs- und Sozialisierungsdrohung geschuldeten (auch moralischen) Schwäche der Bergbauunternehmer gestützt. Die Kooperation der Gewerkschaft wurde schlicht benötigt, um die Kohlenförderung auf das volkswirtschaftlich notwendige Niveau zu heben[7]. Die unvermindert starke regionalpolitische Stellung der IGBE in der Bergbaukrise der 1960er Jahre und lange darüber hinaus beruhte hingegen darauf, dass nur ihre politische Einbindung es ermöglichte, den rasanten bergbaulichen Schrumpfungsprozess und Arbeitsplatzabbau ohne die Entfachung sozialer und politischer Brandherde im bevölkerungsreichsten Bundesland zu bewältigen[8].

3. Auch innerhalb der Unternehmen und Betriebe waren die gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten erheblich höher als in den Wirtschaftsbereichen, die nicht der 1951 eingeführten Montanmitbestimmung unterlagen. Den gewöhnlich dreiköpfigen Vorständen der montanmitbestimmten Bergbauunternehmen gehörte zwingend ein Arbeitsdirektor als vollberechtigtes Mitglied an,

tion – Some Thoughts on a Diachronistic Comparison, in: John Belchem/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Irish and Polish Migration in Comparative Perspective, Essen 2003, S. 183–197; Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau. Ein Vergleich zweier Wanderungsvorgänge mit einer Fallstudie über „Türken im Ruhrgebiet“, Diss. Bochum 1990.

5 Die Einheitsgewerkschaft im Bergbau wurde im Dezember 1946 in der Britischen Besatzungszone unter der Bezeichnung Industrieverband Bergbau gegründet. 1948 erfolgte die Umbenennung in Industriegewerkschaft Bergbau. Als mit dem Beginn der Bergbaukrise Ende der 1950er Jahre die Energiepolitik zu einem Haupttätigkeitsfeld wurde, entschied man 1960 eine neuerliche Umbenennung in Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE). Der Einfachheit halber wird im Folgenden zeitunabhängig ausschließlich die Bezeichnung IGBE gebraucht.

6 Vgl. Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968, Marburg 1984, S. 456; Walther Müller-Jentsch/Helmut Plass/Hans-Eckbert Treu, Industrielle Beziehungen im Kohlenbergbau der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1986, S. 24.

7 Vgl. dazu etwa Jens Adamski (Hrsg.), Gewerkschaftlicher Wiederbeginn im Bergbau. Dokumente zur Gründungsgeschichte der Industriegewerkschaft Bergbau 1945–1951, Essen 2012.

8 Vgl. dazu vor allem Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der faktisch vom Hauptvorstand der IGBE in diese Position delegiert wurde. Die Stellung der Arbeitsdirektoren innerhalb der Vorstände blieb in den 1960er Jahren zwar oft noch schwankend, aber die Anwerbung von – insbesondere ausländischen – Arbeitskräften gehörte zu ihren Kernaufgabengebieten. In der betrieblichen Sozialpolitik hatten dagegen die Betriebsräte, die fest in der Hand der IGBE waren, zurückgehend auf die Sondersituation der Nachkriegszeit ungewöhnlich hohen Einfluss, etwa wenn es um die Belegung von Werkswohnungen ging. Der Einfluss der Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben wuchs noch einmal erheblich mit der 1968/69 erfolgenden Gründung der Ruhrkohle AG (RAG) als Einheitsgesellschaft für den Ruhrbergbau, auf die die IGBE schon lange Jahre politisch hingewirkt hatte. Die IGBE musste sogar ausdrücklich betonen, dass die Ruhrkohle AG nicht „ihr" Unternehmen war und das grundsätzliche Spannungsfeld zwischen privatwirtschaftlichem Unternehmen und gewerkschaftlicher Interessenvertretung weiter Bestand hatte[9]. Weiterreichende Entscheidungen der Ruhrkohle AG, ihrer Betriebsführungsgesellschaften und ihrer Betriebe ohne eine wenigstens mittelbare, konsensuale Abstimmung mit der IGBE waren aber gerade in der Personal- und Sozialpolitik praktisch undenkbar[10].

4. Arbeitsmarkthistorisch stellte die „Gastarbeiterbeschäftigung" im Ruhrbergbau seit den späten 1950er Jahren einen Sonderfall dar. Arbeitsmigranten werden in aller Regel von Wirtschafts- und Beschäftigungssektoren mit wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten angezogen. Der Steinkohlenbergbau hingegen trat seit 1958 in eine tiefe Strukturkrise ein, von der er sich nicht erholen konnte und die bis 2018 zur vollständigen Einstellung der nationalen Förderung führen wird. In den 15 Jahren zwischen 1958 und 1973 – dem Zeitraum der eigentlichen „Gastarbeiteranwerbungen" – verringerte sich die bergmännische Arbeiterbelegschaft auf den Ruhrzechen durch Rationalisierungen, Betriebskonzentrationen und Zechenschließungen von gut 389.000 auf gut 111.000 Mann; es gingen also über 270.000 Arbeitsplätze verloren[11]. Dagegen wuchs die Zahl der im deutschen Steinkohlenbergbau beschäftigten Ausländer in diesen Jahren von gut 12.000 auf fast 27.000[12]. Der Ausländeranteil an den Belegschaften der Zechen bewegte sich etwa

[9] Vgl. Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau nach 1945. Wiederaufbau, Krise und Anpassung, München 1984, S. 147.

[10] Zur Praxis der Mitbestimmung im Bergbau vgl. zuerst Norbert Ranft, Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.

[11] Diese Angaben nach dem Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1967 u. 1974, S. 839 u. S. 910. Zur Beschäftigungsentwicklung im Ruhrbergbau in längerer historischer Perspektive vgl. Paul Wiel, Wirtschaftsgeschichte des Ruhrgebiets. Tatsachen und Zahlen, Essen 1970.

[12] Vgl. Jean-Luc Malvache, Die Beschäftigung angeworbener ausländischer Arbeitskräfte im Steinkohlenbergbau – unter besonderer Berücksichtigung der Bergbau-Aktiengesellschaft Lothringen (BAGL), in: Bochumer Kulturrat (Hrsg.), Die drei großen Herren und die anderen. Aufstieg und Niedergang der Zeche Lothringen und die Geschichte der Einwanderung im Bochumer Norden, Bochum 1996, S. 207–220; Johannes-Dieter Steinert, „Chianti am Rhein". Der Ruhrbergbau als Zuwanderungsziel, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 135–149, hier S. 146.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

im Durchschnitt der Industriewirtschaft. Im Ruhrbergbau bzw. im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau diente die „Gastarbeiteranwerbung und -beschäftigung“ bis zum Anfang der 1970er Jahre also nicht wie in der übrigen Wirtschaft der Teilhabe am konjunkturellen Aufschwung und schuf nicht die Grundlage für wirtschaftliches Wachstum und Produktionssteigerungen. Vielmehr bildete sie, im Gegenteil, funktional die personalpolitische Voraussetzung für einen halbwegs geordneten Schrumpfungsprozess, da die einheimischen Bergarbeiter in viel größerer Zahl, als es selbst der sinkende Personalbedarf einer schrumpfenden Industrie erlaubt hätte, die in Zeiten der Vollbeschäftigung noch vorhandenen Alternativen auf dem Arbeitsmarkt nutzten, um der scheinbar zukunftslosen Krisenindustrie den Rücken zu kehren. Ohne die Hereinnahme von „Gastarbeitern“ hätte manche Zeche ihre Förderung zu einem deutlich früheren Zeitpunkt einstellen müssen.

Die ausländischen Bergarbeiter waren erst seit Mitte der 1970er Jahre vom fortschreitenden Belegschaftsabbau betroffen; nun sank auch ihre Anzahl, allerdings bis zum Beginn der 1990er Jahre weiterhin deutlich unterproportional zum Abbau der Gesamtbeschäftigung. Im Ergebnis stieg die relative Ausländerbeschäftigung bei der Ruhrkohle AG trotz Anwerbestopp zwischen 1973 und 1990 weiter, wenn auch nicht linear, von 14,3 auf 18,7 Prozent[13]. Gegenläufig zur Entwicklung in der Gesamtwirtschaft, in der die „Gastarbeiter“ von der seit Mitte der 1970er Jahre und besonders in den 1980er Jahren massiv steigenden Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen waren, blieb der Steinkohlenbergbau also eine relativ stabile Beschäftigungsnische für ausländische Arbeitnehmer[14]. „Gastarbeiter“, die auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung ihren Arbeitsplatz in anderen Industrien verloren, besaßen im Steinkohlenbergbau noch längere Zeit vergleichsweise hohe Einstellungschancen. Vor allem aber waren die ausländischen Bergbaubeschäftigten im Steinkohlenbergbau gerade *nicht* die Ersten, die entlassen wurden, sondern wurden vom Belegschaftsabbau, der unter ganz spezifischen und sozialverträglichen Bedingungen stattfand, nur unterproportional betroffen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

5. Eine weitere Besonderheit der „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Ruhrbergbau ist die deutlich überproportionale Repräsentanz einer nationalen Herkunftsgruppe, deren Zuwanderung die langfristigsten Folgen haben sollte. Weniger als zwei Jahre nach Inkrafttreten der türkisch-deutschen Anwerbevereinbarung von Ende 1961 bildeten türkische Arbeitsmigranten bereits die größte Ausländergruppe im

[13] Ausländeranteile bei der Ruhrkohle AG in ausgewählten Jahren, in: Archiv für soziale Bewegungen Bochum (künftig: AfsB), IGBE-Archiv 10775. In totalen Zahlen sank die Ausländerbeschäftigung in dem genannten Zeitraum von 21.285 auf 17.169.

[14] Vgl. dazu auch Hunn, Jahr, S. 353. 1973 hatte die Ausländerarbeitslosenquote mit 0,8 % noch unter dem allgemeinen Bundesdurchschnitt von 1,2 % gelegen. Bis 1981 war die bundesweite Ausländerarbeitslosigkeit auf 9,3 % gestiegen, der allgemeine Durchschnitt verharrte bei 5,9 %. Fritz Ziegler, Grunddaten und Grundsätze der Beschäftigung fremdsprachiger Mitarbeiter bei der RAG, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659. 1988 war die Ausländerarbeitslosigkeit, trotz der Rückkehrprogramme, bei 15,1 % angelangt, die allgemeine Arbeitslosenquote bei 9,2 %; vgl. Arbeitslosigkeit trifft Ausländer, in: Einheit 41 (1988), Ausgabe 3, S. 3.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Steinkohlenbergbau. Mitte der 1970er Jahre waren die ausländischen Beschäftigten der Ruhrkohle bereits zu über 70 Prozent türkischer Staatsangehörigkeit, Anfang der 1980er Jahre sogar zu etwa 80 Prozent, während der türkische Anteil an den ausländischen Beschäftigten im Bundesdurchschnitt seinerzeit bei etwas unter 30 Prozent lag[15]. Die Ruhrkohle AG war zu diesem Zeitpunkt bundesweit der größte Einzelarbeitgeber für türkische Arbeitnehmer[16].

6. Obwohl mit den Türken die „Gastarbeitergruppe" im Ruhrbergbau dominierte, die seit den 1970er Jahren immer mehr als besonderer integrationspolitischer Problemfall galt, wurde und wird der Ruhrbergbau oft als Beispiel für positive Integrationsleistungen hervorgehoben. Migrantenorganisationen, geschichtswissenschaftliche Forschung und historische Akteure teilen, bei im Detail kontroversen Sichtweisen, im Prinzip die Einschätzung, dass es im Ruhrbergbau besser als anderswo gelang, aus der „Gastarbeiteranwerbung" resultierende Probleme aufzufangen. Eine vom Kölner *Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei* in Auftrag gegebene Studie von 1995 konstatierte eine im Rückblick besondere Sensibilität des Bergbaus gegenüber den Problemen der ausländischen Beschäftigten[17]. Die Historikerin Karin Hunn erkennt für die 1970er Jahre eine vergleichsweise positive Entwicklung der sozialen und betrieblichen Lage der türkischen Bergbaubeschäftigten[18], und die Ruhrkohle AG wie die IGBE haben gerne auf ihr frühes und nachhaltiges integrationspolitisches Engagement hingewiesen. Das IGBE-Vorstandsmitglied Willi Fabek griff einen schon länger bestehenden Topos auf, als er auf einer Gewerkschaftstagung zu Anfang der 1990er Jahre ausführte: „So hat die IG Bergbau und Energie von Beginn der Ausländerbeschäftigung an nicht zwischen Deutschen und Ausländern unterschieden, sich für die Gleichbehandlung eingesetzt und ihre arbeits- und sozialrechtliche Gleichstellung durchgesetzt. Die ausländischen Arbeitnehmer wurden als gleichberechtigte Partner in die gewerkschaftliche Arbeit integriert und befähigt, gemeinsam mit den Deutschen für ihre gemeinsamen Interessen im Arbeitsleben einzutreten."[19]

Vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen soll im Folgenden insbesondere die zuletzt angesprochene Sicht empirisch hinterfragt werden. Wie stand es um die „Integrationsleistungen" im Ruhrbergbau von den 1950er bis zu den 1980er Jahren? Welchen Anteil nahm die IGBE daran? Dabei geht es im Folgenden weniger um die Erhebung und Diskussion relevanter sozialgeschichtlicher Daten für Integrationsprozesse im Zeitverlauf, etwa die Dauer der Betriebszugehörigkeit von ausländischen Beschäftigten, ihre betrieblichen Aufstiegschancen, ihre Repräsentanz in betrieblichen Vertretungsorganen und im

[15] Fritz Ziegler, Grunddaten und Grundsätze der Beschäftigung fremdsprachiger Mitarbeiter bei der RAG, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.
[16] RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.
[17] Vgl. Manfred Burazerovic, Die Türken in der jüngeren Geschichte des Ruhrgebietes (unter besonderer Berücksichtigung des Essener Raumes), Essen 1995, S. 62.
[18] Vgl. Hunn, Jahr, S. 236.
[19] Begrüßungsansprache Willi Fabek auf der „Recklinghäuser Tagung" 1991, in: AfsB, IGBE-Archiv 10775.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gewerkschaftlichen Funktionärskader, die Segregationsprozesse in den Bergarbeitersiedlungen oder das Bildungs- und Heiratsverhalten in den ausländischen Bergarbeiterfamilien. Vielmehr konzentrieren sich die nachfolgenden Ausführungen wesentlich auf die Rekonstruktion von Stellungnahmen, Wahrnehmungen, Werthaltungen und Politiken der IGBE zur „Gastarbeiterbeschäftigung“. Es wird danach gefragt, welchen Stellenwert die IGBE der Ausländerbeschäftigung zumaß, welche Probleme sie identifizierte, welchen ausländerpolitischen Handlungsbedarf sie sah und wie sie den Stand der Integration beurteilte. Für die Gliederung werden dabei drei Phasen unterschieden, deren Zäsuren jedoch jeweils als „weich“ zu verstehen sind: eine erste, die den Zeitraum von der deutsch-italienischen Anwerbevereinbarung 1955 bis zum so genannten Anwerbestopp 1973 umfasst; eine zweite für die 1970er Jahre, die durch Anwerbestopp, Familiennachzug und eine Intensivierung der Ausländerpolitik gekennzeichnet ist; und eine dritte in den 1980er Jahren, die wesentlich durch die Stichworte Rückkehrförderung, steigende Arbeitslosigkeit und wachsende Ausländerfeindlichkeit geprägt ist.

„Gastarbeiteranwerbungen“ im Ruhrbergbau in den 1950er und 1960er Jahren

Die Ausländerbeschäftigung und Ausländerpolitik war, dies gilt im Allgemeinen wie auch bezogen auf den Bergbau, in den 1950er und 1960er Jahren alles andere als ein zentrales Thema sozial-, wirtschafts- oder gesellschaftspolitischer Diskussion[20]. Lediglich zu zwei Zeitpunkten lässt sich im Bergbau bis zum Anfang der 1970er Jahre eine etwas intensivere Auseinandersetzung mit der Ausländerthematik konstatieren: bei Beginn der „Gastarbeiterbeschäftigung“ auf den Zechen im Ruhrgebiet und im Aachener Revier 1956/57 und dann noch einmal im Jahre 1964 vor dem Hintergrund der neu aufflammenden Kohlenabsatzkrise.

In der ersten Hälfte der 1950er Jahre befand sich die Ruhrkohlenförderung noch auf einem Wachstumskurs, dessen personelle Grundlage allerdings zunehmend gefährdet schien. Immer weniger Flüchtlinge und Vertriebene ließen sich als Neubergleute rekrutieren, bzw. immer mehr verließen den Bergbau nach kurzer Zeit wieder[21]. Die Deutsche Kohlenbergbau-Leitung (DKBL), mit deren Gründung im November 1947 die Verwaltung der Zechen – vorerst noch unter Aufsicht der Militärregierung – wieder in deutsche Hände übergegangen war und in deren Gremien die IGBE, wenn auch nicht paritätisch, vertreten war, begann sich vor diesem Hintergrund bereits 1952 auf ausländischen Arbeitsmärkten umzusehen, beschränkte ihr Interesse aber auf Angehörige so genannter volksdeutscher Gruppen. So initiierte die DKBL eine Anwerbungsaktion, die zwischen dem Frühjahr 1953 und Anfang 1954 insgesamt 603 in Österreich gestrandete siebenbürgisch-

[20] Vgl. dazu allgemein Karin Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.

[21] Vgl. zur hohen Fluktuation auf den Zechen Roseman, Recasting the Ruhr, S. 253–263.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sächsische Flüchtlinge in das Ruhr- und Aachener Revier vermittelte, u. a. auch an Zechen des Eschweiler Bergwerks-Vereins (EBV), dessen Leitung aufkeimenden Überfremdungsängsten mit der Versicherung entgegentrat, dass sich die „beschäftigten Siebenbürgersachsen [...] als urdeutsche, ehrliche, ordentliche Menschen und gute Kameraden“ erweisen würden[22]. Der Unternehmensverband Ruhrbergbau (UVR), der Ende 1953 mit der Liquidation der DKBL als neue Arbeitgeberorganisation gegründet worden war, führte solche Bestrebungen fort, indem er sich weiter um die Rekrutierung von „Volksdeutschen“ aus Österreich und Südtirol bemühte. Dagegen zählte der UVR nicht zu den Interessengruppen in der deutschen Wirtschaft, die auf einen Abschluss der 1954 begonnenen Gespräche zwischen italienischen und deutschen Regierungsstellen über Arbeitskräfteanwerbungen für die deutsche Volkswirtschaft drängten[23], sondern lehnte im Gegenteil unmittelbar nach Abschluss des zwischenstaatlichen Anwerbeabkommens Ende 1955 die Rekrutierung von italienischen Arbeitern noch explizit ab[24]. Dabei dürften die schlechten Erfahrungen der Zechen mit den Arbeitsleistungen italienischer Fremd- und Zwangsarbeiter während des Zweiten Weltkrieges durchaus eine Rolle gespielt haben. In der Ablehnung der Beschäftigung von italienischen Wanderarbeitern bestand darüber hinaus Konsens mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und mit der IGBE. „Kennst du das Land, wo die Zitronen blühn? – an der Ruhr liegt es bestimmt nicht“, wandelte ein Artikel von 1955 in der Betriebsrätezeitschrift der IGBE den Goethe-Vers ab, der in den 1950er Jahren zum Inbegriff der deutschen Italiensehnsucht wurde, um der befürchteten Deutschlandsehnsucht süditalienischer Wanderarbeiter entgegenzutreten[25]. Erst als sich im Verlaufe des Jahres 1956 die Pläne zur Anwerbung von „Volksdeutschen“ endgültig zerschlugen, weichte die ablehnende Haltung auf Seiten der

[22] Schreiben des EBV an die IGB-Hauptverwaltung vom 9. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 976a. Vgl. allgemein auch Steinert, Chianti, S. 135–149, hier S. 139.

[23] Die Initiative zu diesen Kontakten ging ohnehin von der italienischen Seite aus. Aus der deutschen Wirtschaft zeigten zunächst vor allem die südwestdeutsche Landwirtschaft und die Bauindustrie nachhaltiges Interesse. Vgl. zum Zustandekommen des deutsch-italienischen Anwerbeabkommens Johannes-Dieter Steinert, Die deutsch-italienische Wanderungsvereinbarung und die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte in den späten 1950er Jahren, in: Volker Ackermann u. a. (Hrsg.), Anknüpfungen. Kulturgeschichte – Landesgeschichte – Zeitgeschichte. Gedenkschrift für Peter Hüttenberger, Essen 1995, S. 439–455; Yvonne Rieker, „Ein Stück Heimat findet man ja immer“. Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik, Essen 2003, S. 19 ff.; O. P. B., Wir brauchen keine ausländischen Arbeiter, in: Die Bergbauindustrie 7 (1954), S. 418; Barbara Sonnenberger, Verwaltete Arbeitskraft: die Anwerbung von „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeitern“ durch die Arbeitsverwaltung in den 1950er und 1960er Jahren, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), Migration steuern und verwalten. Deutschland vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Göttingen 2003, S. 145–174.

[24] Vgl. „Ausländische Arbeitskräfte im kommenden Jahr unentbehrlich“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. 11. 1955; „Arbeitskräfte für den Steinkohlenbergbau. Die bisherige Entwicklung“, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 134–137; vgl. auch Johannes-Dieter Steinert, Migration und Politik. Westdeutschland – Europa – Übersee 1945–1961, Osnabrück 1995, S. 218 f.

[25] Vgl. 150-Millionen-Kapazität an der Ruhr. Kohlenpolitische Fragen – Gibt es genug Bergleute?, in: Bergbau und Wirtschaft 8 (1955), S. 522–524.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bergbauunternehmer auf, und zumindest einige Unternehmen begannen sich im Rahmen der Anwerbevereinbarung um italienische Arbeitskräfte zu bemühen[26].

Dies wiederum verstärkte die Abwehrreaktionen bei der IGBE deutlich, bis hin zu einem formellen Beschluss auf der Kasseler Generalversammlung von Anfang 1956, die den Gewerkschaftsvorstand aufforderte, alles zu tun, „um die Einschleusung von italienischen Bergleuten zu verhindern“[27]. Als „klassisches“ Hauptbedenken brachte die IGBE vor, dass die Beschäftigung gewerkschaftlich schlecht organisierbarer ausländischer Wanderarbeiter die Durchsetzung sozial- und tarifpolitischer Verbesserungen erheblich erschweren würde und die Bergbauunternehmen die Italiener sogar als „Lohndrücker“ einsetzen könnten[28]. Wenigstens partiell reichten die mit der Aufnahme einer Ausländerbeschäftigung verbundenen Krisenszenarien in der IGBE noch weiter, und ein Autor in der Mitarbeiter- und Betriebsrätezeitschrift der IGBE befürchtete „eine grundsätzliche Abkehr von dem Gedanken des hochwertigen Bergmannstums und einen Rückfall in das durch jahrelange und mühevolle Kleinarbeit beseitigt geglaubte ‚Helotentum‘. Der negative Weg [der Ausländerbeschäftigung] würde nach meiner Überzeugung allem, was wir in der Nachkriegszeit an menschlicher Aufbauarbeit geleistet haben, einen vernichtenden Schlag versetzen.“[29] Dies entsprach bis hin zur semantischen Bemühung des „Helotentums“ dem Argument, das die Bergbauunternehmer des Ruhrgebiets zu Beginn des Zweiten Weltkrieges zunächst vorgebracht hatten, um die Beschäftigung von „Fremdarbeitern“ und Kriegsgefangenen auf den Zechen zu verhindern[30]. Den Königsweg zur Lösung der Beschäftigungsprobleme sah die IGBE vielmehr in einem Ausbau der Sozialpolitik, durch den abgewanderte Bergarbeiter zur Rückkehr bewogen und Jugendliche für den Bergbau gewonnen werden sollten[31].

---

[26] Schreiben des EBV an die IGBE-Hauptverwaltung vom 9. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 976a.

[27] Stellungnahme der Abt. Betriebsräte u. Arbeitsschutz der IGBE an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes vom 30. 5. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; vgl. Wallbruch, Italiener retten den Bergbau nicht. Zur Anlegung fremdländischer Arbeiter, in: Die Bergbauindustrie 9 (1956), S. 245 f.; Heinrich Gutermuth, Probleme der Bergbauwirtschaft in gewerkschaftlicher Sicht, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 282–286.

[28] O. P. B., Wir brauchen keine ausländischer Arbeiter, S. 418; W. Fild, Italienische Wanderarbeiter? Heranziehung ausländischer Arbeiter nicht notwendig, in: Die Bergbauindustrie 8 (1955), S. 158 f.

[29] Grundsatzfragen der bergmännischen Berufsausbildung, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 267–273.

[30] Vgl. dazu auch Hans-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter, Essen 2010, S. 201 ff.

[31] Vgl. W. Fild, Ruhrbergbau könnte 132 Millionen Tonnen fördern, in: Bergbau und Wirtschaft 9 (1956), S. 238–240. Gänzlich unberührt von dieser Diskussion blieb im Übrigen die ebenfalls auf Staatsverträgen beruhende, Anfang 1957 einsetzende, Beschäftigung einer begrenzten Anzahl von gelernten Bergleuten aus Japan auf den Ruhrzechen. Gegen die zeitlich befristete Beschäftigung der Japaner, die ausschließlich zu Fortbildungszwecken erfolgen sollte, hatte die IGBE nichts einzuwenden. Vgl. Gemeinsame Niederschrift über ein Programm zur vorübergehenden Beschäftigung von japanischen Bergarbeitern im Ruhrbergbau vom 18. 7. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der argumentative Spielraum der IGBE zur Abwehr der Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte war jedoch stark eingeschränkt, schon allein weil das zwischenstaatliche Anwerbeabkommen nun einmal existierte. Vor allem aber hatten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Artikel 69 des Gründungsabkommens nicht nur verpflichtet, jegliche sich auf Staatsangehörigkeit gründende Beschränkung der Beschäftigung von anerkannten Kohle- und Stahlfacharbeitern innerhalb der Gemeinschaft zu beseitigen – hier ließ sich wenigstens trefflich streiten, was genau unter einem anerkannten Kohle- und Stahlfacharbeiter zu verstehen war. Vielmehr regelte der Artikel auch über den Facharbeiterkreis hinaus, dass bei einer durch Arbeitskräftemangel gehemmten Erzeugung in der Stahl- und Kohlenindustrie die jeweiligen nationalen Einwanderungsbestimmungen in dem zur Beseitigung dieses Zustandes notwendigen Maße zu ändern waren[32]. Es ließ sich kaum bestreiten, dass mit mehr Arbeitskräften mehr Kohle gefördert werden konnte und diese Kohle innerhalb der EGKS auch gebraucht wurde. So drängte die Hohe Behörde seit dem Frühjahr 1956 auf die Aufstockung der bergmännischen Belegschaften im Aachener und Ruhrrevier um 17.000 bis 20.000 Mann, um die bestehenden Möglichkeiten zur Fördersteigerung zu nutzen. Nach Auffassung des Exekutivorgans der EGKS war dies nur durch die Anwerbung von Südeuropäern bzw. Italienern möglich, die „das große künftige Kräftereservoir für den westeuropäischen Bergbau“ bilden würden[33].

Damit blieb der IGBE als letztes Argument gegen die Ausländerbeschäftigung, von dem man eine gewisse Wirkung erhoffen konnte, die Berufung auf Sicherheitsaspekte und den berüchtigten, seit 1899 existierenden Paragraphen 309 der Bergpolizeiverordnung, der die Beschäftigung von nicht der deutschen Sprache mächtigen Arbeitskräften in Untertagebetrieben untersagte bzw. an Ausnahmegenehmigungen durch das Dortmunder Oberbergamt band. Der Paragraph hatte seit der Jahrhundertwende der Abschließung des Ruhrbergbaus gegen fremde Arbeitskräfte gedient, sofern diese wünschenswert erschien. Das Sicherheitsargument gewann darüber hinaus in der öffentlichen Wahrnehmung noch dadurch an Plausibilität, dass sich im traditionell stark von der Ausländerbeschäftigung geprägten belgischen Bergbau, auf der Zeche Le Bois du Cazier in Marcinelles, am 6. August 1956 eine Grubenkatastrophe ereignete, die circa 270 Bergarbeiter, etwa die Hälfte von ihnen italienische „Gastarbeiter“, das Leben kostete[34]. Das Bestreben der Bergbaugewerkschaft richtete sich in der Folge vor allem darauf, das

[32] Grundsätzlich fand der Artikel 69 auch die Zustimmung der IGBE. „Schon immer haben wir gewünscht, dass der Arbeiter unbeschadet seiner Nationalität und der bestehenden Staatsgrenzen dort seine Arbeit suchen kann, wo er das für am günstigsten hält.“ Allerdings drängte man auf eine genaue und enge Definition des Terminus „anerkannter Facharbeiter“. Vgl. Es geht um Freizügigkeit, in: Bergbau und Wirtschaft 7 (1954), S. 365.

[33] Niederschrift zu einer Besprechung der Hohen Behörde mit Vertretern der deutschen Regierung und des Steinkohlenbergbaus am 20. 3. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; Schreiben der Hohen Behörde an den UVR vom 30. 5. 1956, in: Ebenda.

[34] Vgl. 379.000 Ausländer in Belgien. Ausländische Arbeitskräfte im Nachbarland, in: Die Bergbauindustrie 9 (1956), S. 278.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Oberbergamt davon zu überzeugen, die Zahl der Ausnahmegenehmigungen für fremdsprachige Bergarbeiter so gering wie möglich zu halten[35]. Im Frühjahr 1957 ließ sich diese abwehrende Haltung aber schließlich nicht mehr durchhalten, allein schon weil die IGBE für diese Haltung keine Unterstützung fand und sie sich ins Unvermeidliche fügte. Der IGBE-Vorsitzende, Heinrich Gutermuth, erklärte jedenfalls gegenüber einer italienischen Gewerkschaftsdelegation offiziell, dass die staats- und gewerkschaftspolitischen Bedenken seiner Organisation gegen die Anwerbung italienischer Arbeitskräfte fortgefallen seien[36].

Im Anschluss daran verebbte die Debatte um die Gastarbeiterbeschäftigung im Bergbau für mehrere Jahre fast vollends, zumal sich der tatsächliche Umfang der Gastarbeiterwerbungen durch die Bergbauunternehmen vorerst in Grenzen hielt. Der Abschluss der zwischenstaatlichen Anwerbevereinbarungen mit Griechenland und Spanien von 1960 und die Ankunft der ersten, relativ kleinen Gastarbeitergruppen aus diesen Staaten auf den Ruhrzechen fanden in der bergbaugewerkschaftlichen wie auch in der unternehmensnahen Presse kaum Beachtung. Es erschienen allenfalls kurze sachliche Meldungen über die Zahl der im so genannten Bergbaudurchgangslager in Essen-Heisingen neu eintreffenden Gruppen aus den Anwerbeländern[37]. Auch das Anwerbeabkommen mit der Türkei von Ende 1961[38] blieb in den zeitgenössischen Publikationen des Bergbaus fast unkommentiert. Das offizielle Verbandsorgan der IGBE, „Einheit“, bemerkte dazu lakonisch, dass weder an die Zahl noch an die Verwendbarkeit der türkischen Arbeitskräfte viele Hoffnungen geknüpft werden dürften[39].

Erst 1964 fand das Thema „Ausländerbeschäftigung“ wieder stärkere Aufmerksamkeit in den sozial- und wirtschaftpolitischen Debatten im Bergbau. Dies lässt sich zum einen im Rahmen einer auch allgemein in der deutschen Öffentlichkeit im Herbst 1964 anhebenden Debatte über den Charakter und die Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung deuten[40], hatte zum anderen aber auch Hintergründe in der Krisenentwicklung des Steinkohlenbergbaus. Ende 1961 war deutlich geworden, dass die Absatzkrise trotz der zwischenzeitlichen Stabilisierung nicht überwunden war, sondern an Schärfe zuzunehmen drohte. Dem im Spätsommer

[35] Stellungnahme der Abt. Betriebsräte u. Arbeitsschutz der IGBE an die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes vom 30. 5. 1956, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a; Wallbruch, Italiener retten den Bergbau nicht, S. 245 f.

[36] Schreiben der Hauptverwaltung der IG Bergbau an den Bundesvorstand des DGB vom 20. 5. 1957, in: AfsB, IGBE-Archiv 775a.

[37] Vgl. Griechen für den Ruhrbergbau, in: Die Bergbauindustrie 13 (1960), Ausgabe 6, S. 1.

[38] Vgl. dazu allgemein Mathilde Jamin, Die deutsch-türkische Anwerbevereinbarung von 1961 und 1964, in: Aytac Eryilmaz/Mathilde Jamin (Hrsg.), Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei, Essen 1998, S. 69–82; zu den Anwerbevereinbarungen im Überblick vgl. Christoph Rass, Institutionalisierungsprozesse auf einem internationalen Arbeitsmarkt. Bilaterale Wanderungsverträge in Europa zwischen 1919 und 1974, Paderborn 2010; Heike Kortz, Diplomatische Tauschgeschäfte. „Gastarbeiter“ in der westdeutschen Diplomatie und Beschäftigungspolitik 1953–1973, Köln u. a. 2008.

[39] Vgl. Es fehlen Arbeitskräfte. Türken und Japaner werden für die Bundesrepublik angeworben, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 16, S. 4.

[40] Vgl. dazu Schönwälder, Einwanderung.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1963 gegründeten Rationalisierungsverband war die Aufgabe zugedacht, als Selbstverwaltungsorgan der Kohlenwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit des nationalen Steinkohlenbergbaus zu verbessern, indem er dessen Konzentrationsprozess unter Verwendung dafür bereitgestellter öffentlicher Mittel in erheblicher Höhe förderte. Die ausgeschütteten Stilllegungsprämien machten aber auch die Schließung solcher Zechen profitabel, die respektable Leistungsziffern aufwiesen und noch betriebswirtschaftlich rentabel fördern konnten. Das Zechensterben beschleunigte sich, und die Anmeldung von 31 Groß- und 20 Kleinzechen beim Rationalisierungsverband zum 31. Oktober 1964 zur beabsichtigten Schließung wirkte in der Region wie ein Schock[41]. Die düsteren Zukunftsaussichten veranlassten insbesondere gut ausgebildete Bergarbeiter in noch größerer Zahl als zuvor zum Verlassen des Bergbaus und hemmten die Bereitschaft von Volksschulabgängern, einen bergbaulichen Lehrberuf zu ergreifen[42]. Um die entstehenden Belegschaftslücken zu füllen, verstärkten die Bergbauunternehmen ihre Bemühungen zur Anwerbung ausländischer, nun vor allem türkischer Arbeitskräfte. Der Anteil der „Gastarbeiter" an den Neueinstellungen auf den Zechen stieg von 21 Prozent in 1960 auf 62 Prozent in 1964[43]. Der durchschnittliche Ausländeranteil in den Belegschaften des Steinkohlenbergbaus erreichte zur Mitte des Jahres 1964 etwa 7,5 Prozent, lag aber in den eigentlich produktiven Bereichen der Zechenbetriebe – an den Kohlengewinnungspunkten unter Tage – deutlich höher[44].

Vor diesem Hintergrund nahm sich die IGBE des Themas „Gastarbeiterbeschäftigung" wieder stärker an. Bezeichnend für das bis dahin – immerhin acht Jahre nach Beginn der „Gastarbeiteranwerbungen" – mäßige Interesse und Engagement der Bergbaugewerkschaft bei diesem Thema war es, dass der Hauptvorstand nun, als er die „Gastarbeiterbeschäftigung" öffentlich thematisieren wollte, grundlegende Informationen zu den Beschäftigungsverhältnissen erst einholen musste. So wusste man in der Hauptverwaltung der IGBE nicht, wie sich die aus-

[41] Vgl. Abelshauser, Ruhrkohlenbergbau, S. 106 ff.

[42] Vgl. ... der Nachwuchs?, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 121; Für ein soziales Europa!1. Europäische Kundgebung für ein Bergarbeiterstatut. Referat des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes der IG Bergbau und Energie Walter Arendt, in: Ebenda, S. 430–434.

[43] Vgl. Hunn, Jahr, S. 109. Die Angabe bezieht sich nur auf Arbeitsmarkt-, nicht auf Ausbildungseinstellungen.

[44] Die vorstehenden Zahlenangaben nach: IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236; Walter Arendt, Sicherung der Belegschaft für den Steinkohlenbergbau. Ein Problem von heute und morgen, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 703–710; J. Triem, Zwischen Soll und Haben. Notizen zum Belegschaftsproblem im Steinkohlenbergbau, April 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262a. Allerdings verbargen sich hinter solchen Durchschnittszahlen noch ganz unterschiedliche Verhältnisse, die aus abweichenden Ausgangslagen und Belegschaftspolitiken der Unternehmen und Zechen resultierten. In Bochum beispielsweise verzeichnete die Zeche Robert Müser einen Anteil ausländischer Arbeitskräfte von lediglich 0,45 %, die benachbarte Zeche Lothringen dagegen von 17,8 %. Vgl. Malvache, Beschäftigung, in: Bochumer Kulturrat (Hrsg.), Die drei großen Herren, S. 212.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ländischen Beschäftigten auf die einzelnen Zechen verteilten[45]. Daher wandte man sich zunächst mit einem Fragebogen an die Arbeitsdirektoren in den Unternehmensvorständen, um sich über die jeweilige betriebliche Situation zu informieren. Der Erhebungsbogen zielte darüber hinaus offenkundig darauf ab, Argumente zur Problematisierung der „Gastarbeiterbeschäftigung“ zu gewinnen. Abgefragt wurden Kosten, Fluktuation sowie die Häufigkeit von Krankenschichten und Unfällen. Eine Frage lautete explizit: „Welche Maßnahmen können gegebenenfalls ergriffen werden, um die Anlegung deutscher Arbeitskräfte so weit zu fördern, dass auf Ausländer verzichtet werden kann?“[46] Die Arbeitsdirektoren benannten zwar tatsächlich – „wie gewünscht“ – betriebliche Probleme mit den „Gastarbeitern“, stellten aber zugleich explizit fest, dass es, erstens, keine Alternative zu deren Einstellung gäbe, da die Zechen auf dem heimischen Arbeitsmarkt chancenlos seien, und dass sich, zweitens, die „Gastarbeiterbeschäftigung“ betriebswirtschaftlich für die Unternehmen rechne[47].

Dennoch versuchte die IGBE in der Folge wieder Zweifel am Sinn und Nutzen der „Gastarbeiterbeschäftigung“ im Bergbau zu säen. Insbesondere in den Reden des frisch gekürten geschäftsführenden Vorsitzenden und SPD-Bundestagsabgeordneten Walter Arendt zur Lage im Bergbau fehlte in der zweiten Jahreshälfte 1964 selten der Verweis auf negative Auswirkungen der Ausländerbeschäftigung, stets abgefedert durch das Bekenntnis, dass sich diese Feststellung nicht gegen die „Gastarbeiter“ selbst richte und man deren Interessen, wenn sie erst einmal auf den Zechen beschäftigt seien, konsequent und kompromisslos vertreten würde[48]. Als Hauptargument gegen die „Gastarbeiteranwerbungen“ diente nun die für die wirtschaftliche Überlebensfähigkeit des Steinkohlenbergbaus notwendige Technisierung und Mechanisierung der Untertagebetriebe, die eine gut ausgebildete und qualifizierte Stammbelegschaft erfordere, welche die „Gastarbeiter“ wegen ihrer Fremdsprachigkeit, ihres geringen Bildungsstandes und ihres Rückkehrwillens nicht stellen bzw. ergänzen könnten[49]. Im Gegenteil, so die Argumentation, verstärke die Ausweitung der „Gastarbeiterbeschäftigung“ die Abkehr von Facharbeitern und bremse die Anwerbung von Facharbeiternachwuchs. „Nicht zuletzt muss beachtet werden“, stellte Arendt fest, „dass eine hohe Gastar-

[45] IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, S. 5, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236. Allgemein zum relativ geringen gewerkschaftlichen Interesse an der Ausländerbeschäftigung vgl. auch Hasan Kamalak/Ufuk Altun, Arbeitsmigration in der Bundesrepublik Deutschland. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen sowie der gewerkschaftlichen Haltung, Berlin 2006.

[46] Die Beschäftigung von Gastarbeitern und die damit zusammenhängenden Gefahren, 6. 10. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262a.

[47] Reaktionen der Arbeitsdirektoren auf die Umfrage der IGBE bei Markus Lupa/Wolfgang Jäger (Bearb.), Geschichte der Ausländer in Deutschland, o. O. [Haltern] o. J. [1997], S. 59 ff.

[48] Vgl. Für ein soziales Europa!, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 430–434.

[49] Vgl. Wir müssen die Probleme unserer Zeit meistern. Die Rede des 1. Vorsitzenden der IG Bergbau und Energie Walter Arendt zum Abschluss des 8. Gewerkschaftskongresses in Wiesbaden, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 492–498.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beiterquote in einem Betrieb zwangsläufig dazu führt, dass einheimische Arbeitskräfte verstärkt abwandern bzw. der Nachwuchsstrom versiegt."[50] In der gedanklichen Konsequenz stellte die „Gastbeschäftigung" damit die Zukunftsfähigkeit des deutschen Bergbaus in Frage. Arendt vermied auch nicht immer den polemischen Bezug auf stigmatisierende Topoi, etwa wenn er in einer Bundestagsrede die Unmöglichkeit, den bergbaulichen Facharbeiterbedarf aus der Türkei zu decken, mit einer dort angeblich herrschenden Analphabetenquote von 80 Prozent begründete[51].

Die Stoßrichtung der wieder zunehmenden gewerkschaftlichen Kritik an der Gastarbeiterbeschäftigung richtete sich keineswegs spezifisch gegen die türkischen Arbeitsmigranten. Sie war aber gleichwohl von der Ausweitung der bergbaulichen „Gastarbeiteranwerbungen" auf außereuropäische Staaten nicht völlig unbeeinflusst. Wenn das IGBE-Vorstandsmitglied Heinz Kegel öffentlich räsonierte, dass sich der Bergbau erst auf den Wert der deutschen Arbeitskraft besinnen werde, wenn der erste „Kannibale" als „Gastarbeiter" käme und „begehrliche Blicke auf einen Zechendirektor" werfe, spielte er weniger auf die Türkei an, die in den 1960er Jahren noch ganz überwiegend vorbehaltlos als zur „zivilisierten" europäischen Kultur gehörig wahrgenommen wurde[52]. Vielmehr hob Kegel offensichtlich auf eine 1963 mit Marokko geschlossene Anwerbevereinbarung ab, die im Gegensatz zu den bisherigen zwischenstaatlichen Verträgen ausschließlich für den Steinkohlenbergbau galt[53]. Zudem befürchtete man innerhalb der IGBE eine weitere Ausdehnung der Arbeitskräfteanwerbungen nach Afrika, Asien und Südamerika, woran zahlreiche dortige Regierungen nachhaltiges Interesse bekundet hatten[54].

Im Gegensatz zur allgemeinen Debatte in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über das Für und Wider der Gastarbeiterbeschäftigung, die erst im Frühjahr 1966 einen Kulminationspunkt erreichte und bis zum Ausbruch der Rezession von 1966/67, mit der ein zeitweiliger Rückgang der Gastarbeiterzahlen verbunden

[50] Walter Arendt, Sicherung der Belegschaft für den Steinkohlenbergbau. Ein Problem von heute und morgen, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 703–710, hier S. 710.

[51] Vgl. Energiepolitik 1964 im Deutschen Bundestag. Die Bundestagsdebatte vom 13. November, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 676–691.

[52] Bericht Heinz Kegel vom 14. 2. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 1262. Kegel musste sich verschiedentlich gegen eine seiner Ansicht nach missverständliche Interpretation seiner Ausführungen zur Wehr setzen. Vgl. AfsB, IGBE-Archiv 89.

[53] Vgl. auch Steinert, Chianti, S. 144 f. Mitte des Jahres 1964 waren gut 1.200 Marokkaner im deutschen Steinkohlenbergbau beschäftigt. Vgl. IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236. Die Vereinbarung mit Marokko beruhte auf einem Alleingang von Arbeitsminister Blank. Das Kabinett hatte eigentlich den Grundsatz gefasst, trotz zahlreicher Anfragen von außereuropäischen Staaten keine Vereinbarungen über Arbeitskräfteanwerbungen mit diesen zu schließen. Vgl. auch Hisashi Yano, „Wir sind benötigt, aber nicht erwünscht." Zur Geschichte der ausländischen Arbeitnehmer in der Frühphase der Bundesrepublik, in: Eryilmaz/Jamin (Hrsg.), Heimat, S. 39–55, hier S. 46.

[54] Tatsächlich legten 1965 mit einer kleinen Gruppe von Chilenen auch die ersten südamerikanischen Arbeitskräfte im Ruhrbergbau an. Vgl. Einheit 18 (1965), Ausgabe 15, S. 3.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

war, fortdauerte[55], brach die Diskussion im Bergbau Anfang 1965 ziemlich abrupt ab, obwohl sich die Talfahrt des Ruhrkohlenbergbaus in diesen Monaten noch beschleunigte. Bis zum Ende der 1960er Jahre waren die Themen „Ausländerbeschäftigung“ oder „Gastarbeiter“ in den Periodika der IGBE praktisch nicht mehr existent. Spezifisch an der Debatte im Bergbau zur Mitte der 1960er Jahre war darüber hinaus, dass die Ausländerbeschäftigung dezidiert als Krisensymptom wahrgenommen wurde. Steigende Ausländerzahlen wertete die IGBE als Ausdruck des Abwärtssoges im Kohlenbergbau und als Bremse für dessen wirtschaftliche, soziale und technische Innovationsfähigkeit, die allein Auswege aus der Strukturkrise versprach. In der allgemeinen Wahrnehmung verband sich die Gastarbeiteranwerbung dagegen zu diesem Zeitpunkt noch mit dem wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik und galt weitgehend unbestritten als notwendige Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum[56].

Die kontroverse Haltung zur Ausländerbeschäftigung, die im Bergbau bis zum Ende der 1960er Jahre vorherrschend blieb, schlug sich allerdings nicht in einer spürbar negativen Attitüde gegenüber den „Gastarbeitern“ nieder, die die Arbeit in den Bergbaubetrieben aufgenommen hatten. Den jungen Männer aus den Anwerbeländern, die in die Wohn- und Ledigenheime der Zechen einzogen, wurde zwar nicht viel Aufmerksamkeit zuteil, sie wurden in der Regel aber durchaus entgegenkommend aufgenommen. Das gilt auch für die Türken, die weder wegen ihrer vermeintlich außereuropäischen Herkunft noch wegen ihrer Religion in besonderer Weise negativ wahrgenommen wurden. Die Bergwerksgesellschaften trugen den religiösen Bedürfnissen ihrer türkischen Neubergleute bereitwillig Rechnung, richteten in den Wohnheimen mit großer Selbstverständlichkeit Gebetsräume ein und beauftragten Imame mit der religiösen Betreuung[57]. Andere Lebensgewohnheiten und Mentalitäten wurden zumeist, wenn überhaupt, in einem väterlich-freundlichen Duktus kommentiert. So thematisierte die Mitgliederzeitschrift der IGBE die sprichwörtliche Heißblütigkeit junger südländischer Männer in Liebesdingen und verband dies mit der Warnung an junge Frauen – gemeint waren die Bergarbeitertöchter –, sich nicht auf Liebesverhältnisse einzulassen: „Sie [die jungen Männer aus dem Süden] kommen und gehen wie die Zugvögel. Zurück bleiben immer mehr gebrochene Herzen verlassener Mädchen. Und immer zahlreichere Babys, für die niemand sorgt!“[58] Doch blieb der Duktus des Artikels freundlich und vermittelte die mehr oder weniger augenzwinkernde Botschaft: Sie sind eben so, wie sie sind. Deutlich kritischer beurteilt wurde die Beobachtung rechts- oder linksextremistischer Betätigungen von ausländischen

[55] Ich folge hier Schönwälder, Einwanderung.
[56] Vgl. dazu auch Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 218.
[57] Vgl. Hunn, Jahr, S. 106 f.
[58] Antonio ist verheiratet. Liebe der Gäste aus dem Süden nicht ohne Probleme, in: Einheit 16 (1963), Ausgabe 12, S. 7. Vgl. zu dieser Wahrnehmung auch Rita Chin, The Guest Worker Question in Postwar Germany, Cambridge 2007, S. 42 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bergbaubeschäftigten[59], doch gemessen an vorherigen Befürchtungen hielten sich beispielsweise die „kommunistischen Umtriebe" italienischer Arbeitsmigranten im Ruhrbergbau in Grenzen. Zum Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre setzten auch Bemühungen ein, außerbetriebliche Kontakte zwischen „Gastarbeitern" und Einheimischen herzustellen. Vor allem in die Jugendarbeit der IGBE wurden zunehmend Begegnungen mit jungen ausländischen „Gastarbeitern" in Form von Fußballspielen oder Beatabenden integriert[60]. Diese organisierten Kontakte verbanden sich aber keineswegs mit einer Integrationsdebatte, in der die Basis für ein dauerhafteres Zusammenleben und -arbeiten ausgehandelt worden wäre, gingen doch alle Beteiligten von einem nur kurzen Arbeitsaufenthalt der „Gastarbeiter" auf den Zechen aus. Vielmehr sollten die Begegnungen der Bezeugung und Bekräftigung von Gastfreundschaft und Völkerverständigung dienen.

Soziale Probleme der „Gastarbeiterbeschäftigung" im Bergbau, etwa bei der Unterbringung in den Wohnheimen, wurden bis zum Anfang der 1960er Jahre kaum thematisiert[61]. Soziale Konflikte, die sich auf einigen Zechen in so genannten wilden Ausländerstreiks Bahn brachen, resultierten vor allem daraus, dass viele „Gastarbeiter" über die sie erwartenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse unzureichend oder falsch informiert waren und beispielsweise Brutto- für Nettolöhne gehalten hatten. Solches Aufbegehren wurde, auch auf Betreiben der Zechenleitungen, mit der ganzen Härte eines Ausländerrechts verfolgt, das in Teilen noch den im Nationalsozialismus geltenden Bestimmungen entsprach: Die so genannten Rädelsführer wurden entlassen und postwendend aus der Bundesrepublik ausgewiesen[62]. Eine moderierende, auf Ausgleich bedachte Funktion der IGBE in diesen Konflikten ist nicht zu erkennen. In den organisierten Protestaktionen der IGBE gegen Zechenschließungen und Arbeitsplatzabbau, die einerseits die Empörung in den Belegschaften kanalisieren halfen und andererseits an die politischen Entscheidungsträger in Bonn gerichtete Machtdemonstrationen darstellten, tauchen die „Gastarbeiter" erstmals Mitte der 1960er Jahre als identifizierbare Gruppe auf. So enthält eine in der „Einheit" von 1964 abgedruckte Fotostrecke eine mit „Auch die ausländischen Arbeitnehmer fühlen sich hintergangen" unter-

[59] (IGBE-Betriebsgruppe Alsdorf), Bericht über faschistische Umtriebe unter jugoslawischen Fremdarbeitern bei den Anna-Gruben (1957), in: AfsB, IGBE-Archiv 1343.

[60] Vgl. z. B. Der Anfang war ein voller Erfolg. Kontakt mit Italienern auf Walsum, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 16, S. 3; Kapellenwettstreit in Datteln, in: Ebenda 18 (1965), Ausgabe 2, S. 5; Türken im Endspiel. Brauck gewinnt Fußballturnier, in: Ebenda 17 (1964), Ausgabe 15, S. 5.

[61] Allerdings könnten die Probleme, die sich mit der Unterbringung der jungen, ledigen „Gastarbeiter" in Massenunterkünften verbanden, im Bergbau geringer gewesen sein als in anderen Bereichen, da die Zechen über einen großen Bestand an Wohn- und Ledigenheimen verfügten und in der Regel keine provisorischen Unterbringungsmöglichkeiten schaffen mussten.

[62] Vgl. auch Peter Birke, Wilde Streiks im Wirtschaftswunderland. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und in Dänemark, Frankfurt a. M. u. a. 2007, S. 120; Hunn, Jahr, S. 113 f.; „Wilder Streik türkischer Bergleute. Sie fordern Spitzenlohn ohne Abzug", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 17. 3. 1962, abgedruckt in: Jäger/Lupa (Bearb.), Geschichte, S. 68.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

titelte Abbildung, auf der ausländische Teilnehmer an einem Protestzug der IGBE zu sehen sind, die ein Transparent mit der Aufschrift „Warum hat man uns nach Shamrock geholt?“ tragen[63]. Die Gewerkschaft zeigte insgesamt jedoch an der besonderen sozialen Situation der ausländischen Bergarbeiter jenseits von deren formaler sozialpolitischer und tariflicher Gleichbehandlung, die nicht zuletzt dem tarifpolitischen Schutz der einheimischen Mitglieder diente, bis dahin kaum echtes Interesse.

Zwar wurden schon 1957 innerhalb der IGBE stärkere Bemühungen eingefordert, die „Gastarbeiter“ im eigenen Verband zu organisieren, doch intensivere Organisationsbestrebungen setzten erst Anfang der 1960er Jahre auf lokaler und bezirklicher Ebene ein, allerdings nur dort, wo in dieser Frage engagierte Gewerkschaftsfunktionäre tätig waren, wie beispielsweise im Bezirk Hamborn der später beim Hauptvorstand der IGBE für Ausländerfragen zuständige Klaus Beer[64]. So gab es Anfang der 1960er Jahre durchaus Bezirke, in denen bereits mehr als zwei Drittel der „Gastarbeiter“ gewerkschaftlich organisiert waren, zugleich aber auch andere, in denen deren Organisationsgrad noch gegen null tendierte. Insgesamt war bis Ende 1963 bezogen auf den gesamten deutschen Bergbau ein gutes Viertel der „Gastarbeiter“ Mitglied in der IGBE geworden, nur bezogen auf den Ruhrbergbau ein gutes Fünftel[65]. Seitdem wurden die Bemühungen um die Organisierung der Ausländer allerdings deutlich intensiviert und systematisiert, einerseits weil die IGBE trotz aller Vorbehalte gegen die „Gastarbeiterbeschäftigung“ schließlich gezwungen und auch willens war, deren Präsenz und ihre steigende Bedeutung für die absehbare Zukunft anzuerkennen, andererseits weil man insbesondere von den Türken andernfalls die Bildung gewerkschaftlicher oder gewerkschaftsähnlicher Sonderorganisationen befürchtete, wie sie sich mit der Gründung des „Vereins türkischer Arbeitnehmer in Köln und Umgebung“ abzuzeichnen schien. Das Haupthindernis gerade für die Organisation der türkischen „Gastarbeiter“ sah man in der Sprachbarriere, zumal zumeist weder die Gewerkschaft, noch die ausländischen Arbeitnehmer den in den Wohnheimen eingesetzten Dolmetschern trauten[66]. Die Dolmetscher standen in dem Ruf, ihre Mittlerposition oft für Eigeninteressen auszunutzen. Das gewerkschaftliche Engagement in der „Gastarbeiterbetreuung“ richtete sich daher in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre vornehmlich auf die Rekrutierung von geeigneten ausländischen, insbesondere türkischen, Vertrauensleuten, die, gewerkschaftlich geschult, Organisation und Betreuung ihrer Landsleute verbessern sollten[67]. Zwar begann man innerhalb der IGBE zur Mitte der 1960er Jahre auch zu erkennen, dass es darüber hinaus

[63] Einheit 17 (64), Ausgabe 22, S. 4. Shamrock war eine Zeche in Herne.

[64] Vgl. z. B. Vertrauensleute für Ausländer. In Hamborn will man sie aus der Isolation herausführen, in: Einheit 14 (1961), Ausgabe 8, S. 3; Hilfe für türkische Bergleute. Erfolgreiche Mitgliederwerbung der Ortsgruppe Lohberg, in: Ebenda 15 (1962), Ausgabe 6, S. 8.

[65] IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15. 6. 1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236.

[66] Ebenda.

[67] Vgl. Griechische und türkische Vertrauensleute wollen in der Gewerkschaft mitarbeiten, in: Einheit 17 (1964), Ausgabe 21, S. 3.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gehender Anstrengungen bedurfte, wenn man die „Gastarbeiter" für sich gewinnen wollte. Aber dieser Umstand erfuhr eine negative Beurteilung. So hielt ein im Hauptvorstand diskutiertes „Strategiepapier" mit deutlich kritischem und abschätzigem Unterton fest, dass die bereits organisierten Ausländer „die Arbeits- und Tarifbedingungen im Bergbau nicht etwa als besondere gewerkschaftliche Leistung, sondern als etwas Selbstverständliches [...] [betrachten] [...] und als Gegenleistung für ihren Gewerkschaftsbeitrag eine sichtbare Betreuung und erkennbare Sonderleistung für sich" erwarten[68]. Diese Erkenntnis schlug sich deshalb kaum in praktischer Politik nieder. Als Gruppe, die tatsächlich in besonderer Weise gewerkschaftlicher Interessenvertretung bedurfte, wurden die ausländischen Bergarbeiter bis zum Ende der 1960er Jahre jedenfalls nicht wahrgenommen.

Anwerbestopp, Familiennachzug, intensivierte Ausländerpolitik: Die 1970er Jahre

Zu Anfang der 1970er Jahre vollzog sich eine deutliche Wende in der Ausländerpolitik der IGBE. Nach 15 Jahren „Gastarbeiterbeschäftigung" im Bergbau erschien im Herbst 1970 in der „Einheit" erstmals eine ganze Themenseite über die ausländischen Beschäftigten. In dem Hauptartikel führte der spätere DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes aus: „Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer bringt sowohl den Unternehmern als auch den Belegschaften Vorteile. Denn bei ausreichenden Arbeitskräften kann auch ausreichend gefördert und damit eine bessere Ertragslage erzielt werden. Eine gute Ertragslage aber ist die beste Sicherheit für den Arbeitsplatz und eine wesentliche Voraussetzung für sozialen Fortschritt. Unter diesen Gesichtspunkten müssen wir die Beschäftigung der ausländischen Arbeitnehmer sehen. Wir brauchen sie. Doch bei allem Bedarf dürfen wir unsere Verantwortung und Pflichten gegenüber den ausländischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik nicht vergessen. Die Beschäftigung von über 1,8 Millionen Ausländern bringt soziale Probleme. Es genügt nicht, sie in das deutsche Arbeits- und Sozialversicherungsgesetz einzureihen. Hier sind spezielle Leistungen erforderlich."[69]

Ausländerbeschäftigung als Garant für Zukunftssicherheit und sozialen Fortschritt, die Notwendigkeit besonderer gewerkschaftlicher Leistungen für ausländische Beschäftigte: Nachdem nur sechs Jahre zuvor der inzwischen zum Bundesarbeitsminister avancierte Arendt in der Ausländerbeschäftigung eine Gefährdung für die Zukunftsfähigkeit des Bergbaus gesehen und gewerkschaftliche „Ausländerpolitik" sich bis dahin mehr oder weniger auf die Sicherung vermeintlich bedrohter Tarifstandards beschränkt hatte, hätte der Wandel in der Behandlung der „Gastarbeiterfrage" durch den Hauptvorstand der IGBE wohl kaum grundle-

[68] IGBE-Hauptverwaltung, Beschäftigung der Gastarbeiter, 15.6.1964, in: AfsB, IGBE-Archiv 3236.

[69] Heinz-Werner Meyer, Pflichten erfüllen und mehr Verständnis aufbringen, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 18, S. 8.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gender ausfallen können. Dieser Einstellungswandel lässt sich zum Teil als Gegenreaktion auf eine erste Zunahme rechtsextremer und ausländerfeindlicher Positionen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre verstehen, die sich in Wahlerfolgen der NPD ausdrückte und in deren Folge sich auch der DGB intensiver für die Belange ausländischer Arbeitnehmer einsetzte[70]. Gewerkschaftliches Interesse an den „Gastarbeitern“ wurde darüber hinaus durch die Revision des Betriebsverfassungsgesetzes geweckt, die Ende 1971 auch Nicht-EWG-Ausländern die Möglichkeit eröffnete, für den Betriebsrat zu kandidieren. Bis dahin hatten ausländische Beschäftigte ein aktives Wahlrecht, das passive Wahlrecht zum Betriebsrat war jedoch zunächst an den Besitz des Wahlrechtes zum Deutschen Bundestag gebunden gewesen. 1964 erwirkte zwar die Verordnung des Rates der EWG über „Freizügigkeit in der Gemeinschaft“ das passive Wahlrecht zum Betriebsrat auch für EWG-Ausländer, die seit mindestens drei Jahren im Hoheitsgebiet des betreffenden Staates lebten und ebenso lange in dem betreffenden Betrieb beschäftigt waren[71]. Im Bergbau aber, dessen „Gastarbeiter“ ganz überwiegend aus der Türkei kamen, hatte dies kaum praktische Bedeutung erlangt. Mit der Änderung von 1971 verband sich für die IGBE nun allerdings die keineswegs haltlose Befürchtung, dass die türkischen Bergleute mit eigenen Listen zu den Betriebsratswahlen antreten und damit in Opposition zu den IGBE-Listen treten könnten. Um dies zu verhindern, war ein sichtbares und stärkeres eigenes Engagement für die Belange der ausländischen Bergbaubeschäftigten vonnöten.

Darüber hinaus hatte 1969 die Gründung der Ruhrkohle AG den freien Fall der Steinkohle ins Bodenlose vorerst gebremst und die Perspektive für einen geordneten Anpassungsprozess eröffnet. In den Personalplanungen des neuen Bergbaukonzerns spielten die türkischen Beschäftigten jedoch eine substanzielle Rolle. Im Frühjahr 1970 forderte die Ruhrkohle AG bei der Vermittlungsstelle in Istanbul gleich 3.000 Arbeitskräfte an und erteilte damit den bis dahin größten Einzelvermittlungsauftrag überhaupt seit Abschluss des Anwerbeabkommens[72]. In den vier Jahren von der Gründung der Ruhrkohle AG bis zum Anwerbestopp 1973 verdoppelte sich der Ausländeranteil im Unternehmen annähernd von 7,6 auf 14,3 Prozent bzw. erhöhte sich die Zahl der ausländischen Belegschaftsmitglieder von knapp 14.000 auf gut 21.000 trotz eines Abbaus von mehr als 35.000

[70] Vgl. dazu auch Ulrich Herbert/Karin Hunn, Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 5: 1966–1974, Bundesrepublik Deutschland. Eine Zeit vielfältigen Aufbruchs, hrsg. v. Hans Günter Hockerts, Baden-Baden 2006, S. 781–810; Gerd Muhr, Keine Stimme für die NPD, Düsseldorf 1969; Armin Pfahl-Traughber, Der organisierte Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945. Zur Entwicklung auf den Handlungsfeldern „Aktion“ – „Gewalt“ – „Kultur“ – „Politik“, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Bonn 2000, S. 71–100, hier S. 76–78.

[71] Wann sind Ausländer zum Betriebsrat wählbar? Mindestens ein Jahr im Betrieb sein, in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Bergbau- und Energiewirtschaft 15 (1964), S. 333–336; Gastarbeiter im Betriebsrat? Ministerrat ändert Wahlrecht, in: Einheit 17 (1964), Ausgabe 7, S. 3. Unter bestimmten Bedingungen konnten auch Nicht-EWG-Ausländer bei Betriebsratswahlen kandidieren, aber auch diese Regelung hatte keine praktische Bedeutung.

[72] Vgl. Hunn, Jahr, S. 222.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Arbeitsplätzen[73]. Die Fluktuation der ausländischen Beschäftigten war zwar weiterhin hoch, aber es begann sich dennoch abzuzeichnen, dass immer mehr türkische Beschäftigte gewissermaßen „schleichend" den Schritt vom Wander- zum Stammarbeiter vollzogen. So waren 1970 erst 16 Prozent der bei der Ruhrkohle AG beschäftigten Türken aus den Zechenwohnheimen ausgezogen, hatten sich eine Werkswohnung genommen und ihre Familie nachgeholt. Im Frühjahr 1973 traf dies aber bereits auf deutlich über 40 Prozent zu[74]. Die durchschnittliche Verweildauer der türkischen Bergarbeiter in der Bundesrepublik bzw. ihre Beschäftigungsdauer nahmen also zu. Viele hatten einen gewissen individuellen betrieblichen Aufstieg erlebt, der zwar nicht bis in die Spitze der Arbeiterhierarchie reichte oder gar die Arbeiter-Angestellten-Grenze durchbrach, aber ein Subproletariat bildeten die türkischen Bergarbeiter nicht mehr. Nicht zuletzt stieg die Zahl der türkischen Auszubildenden, größtenteils Söhne der ersten Generation türkischer Bergarbeiter im Ruhrgebiet, merklich[75]. Kurz: Das Profil der türkischen Beschäftigtengruppe näherte sich der traditionellen Kernklientel gewerkschaftlicher Interessenvertretung, dem ortsgebundenen Facharbeiter, zumindest an. Diese Entwicklungen beschleunigten sich nach der Verhängung des Anwerbestopps von 1973 durch den nachfolgenden Familiennachzug noch einmal deutlich. So waren Ende der 1970er Jahre bereits über 80 Prozent der ausländischen Ruhrkohle-Mitarbeiter schon länger als vier Jahre im Unternehmen beschäftigt[76]. Nur noch 17 Prozent lebten in Wohnheimen, aber 56 Prozent in Werkswohnungen und 27 Prozent waren mit ihren Familien auf dem freien Wohnungsmarkt untergekommen[77].

Während die Unternehmerseite des Bergbaus bei weiterhin bestehender Arbeitskräfteknappheit durch die fortdauernde starke Abwanderung von Bergarbeitern in andere Beschäftigungszweige sich Ende 1973 noch um Sonderregelungen bemühte, die den Zechen trotz des Anwerbestopps weiterhin Anwerbungen in der Türkei gestatten sollten, begrüßten sowohl der DGB als auch die IGBE diese Maßnahme der Bundesregierung. Dachverband wie Einzelgewerkschaft begründeten dies mit der Einschätzung, dass angesichts des zunehmend angespannten ausländerpolitischen Klimas der Zuzug zahlreicher weiterer Gastarbeiter die Integration der in der Bundesrepublik bereits lebenden ausländischen Arbeitnehmer

[73] Übersicht Ausländeranteile bei der Ruhrkohle AG (1990), in: AfsB, IGBE-Archiv 10775.

[74] Vgl. Jeder 11. kommt aus dem Ausland. 16.000 Türken im Bergbau, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 17, S. 8; Bericht des Arbeitsattaches über türkische Arbeiter vom 15. 3. 1974, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066.

[75] 1970 befanden sich immerhin bereits 381 türkische Jugendliche in einer Ausbildung bei der RAG. Vgl. Jeder 11. kommt aus dem Ausland, S. 8.

[76] Vorlage für die Sitzung des Hauptvorstandes am 7. 12. 1979, in: AfsB, IGBE-Archiv 958; Anfang der 1980er Jahre waren 56 % der Ausländer in der RAG-Belegschaft schon zehn Jahre oder mehr im Unternehmen bzw. in einer der eingegliederten Bergbaugesellschaften beschäftigt. RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

[77] Aufstellung Wohnungsversorgung der ausländischen Mitarbeiter o. J. (1979), in: AfsB, IGBE-Archiv 958.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

und ihrer Familien gefährden würde[78]. Auch in den Folgejahren trat die IGBE für die Aufrechterhaltung des Anwerbestopps ein[79].

Das erwachende gewerkschaftliche Interesse an den ausländischen Beschäftigten drückte sich unter anderem darin aus, dass die IGBE im Sommer 1970 für einige Monate einen Bildungssekretär der türkischen Gewerkschaft, Mete Atsu, engagierte, um ihn die Arbeits- und Lebensverhältnisse seiner Landsleute erkunden zu lassen[80]. Atsus Erfahrungsbericht prangerte zahlreiche Missstände an und rief offensichtlich in der Gewerkschaftsspitze einige Erschütterung hervor[81]. So hatte Atsu die Hälfte der von ihm besuchten Wohnheime in einem erbärmlichen Zustand vorgefunden: Die Zimmer waren überbelegt, Sanitär- und Kocheinrichtungen fehlten, und die Heimordnungen ließen vielfach auf kasernenähnliche Zustände schließen. Zudem konstatierte er vielerorts eine aus tief verwurzelten Vorurteilen der einheimischen Kollegen resultierende Isolation der türkischen Beschäftigten[82]. Die daraus erwachsende Erkenntnis, dass die ausländischen Arbeitnehmer besonderer gewerkschaftlicher Unterstützung bedurften, schlug sich auch in sozial- und tarifpolitischen Initiativen der IGBE nieder, die faktisch erstmals hauptsächlich oder ausschließlich den „Gastarbeitern“ zugute kamen: beispielsweise verbesserte Regelungen für Familienheimfahrten (300 DM Heimfahrtgeld und elf Tage unbezahlter Heimfahrturlaub) oder die Zahlung von Trennungsgeld und Energiebeihilfen auch für Wohnheimbewohner[83]. Zudem kam es, trotz deren abnehmender Bedeutung für die Unterbringung der „Gastarbeiter“, zu ernsthaften Bemühungen um die Verbesserung der Situation in den Wohnheimen, die Gebäudesanierungen oder Neubauten umfassten, vor allem aber bei der Auswahl und „Schulung“ der Heimleiter einsetzten[84]. So hieß es in einem Entwurf zu den „Richtlinien für die Heimleiter in Bergmannswohnheimen“ von 1975 zugleich die bisherigen Realitäten kritisierend: „Bergmannswohnheime sind keine Unterkünfte in Form von Lagern für eine kurzfristige Unterbringung, wobei der Bewohner sich selbst überlassen ist, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Eingliederung in ein selbständiges Nebeneinander zu der deutschen Bevölkerung.“[85]

[78] Manuskript Walter Beer, in: AfsB, IGBE-Archiv 10770.
[79] Vgl. z. B. Für Radikale kein Platz. 100 ausländische Kollegen bei der IGBE-Konferenz, in: Einheit 33 (1980), Ausgabe 6, S. 4.
[80] Vgl. Türke hilft Türken, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 12, S. 4.
[81] Vgl. Vorurteile sind tief verwurzelt. Ausländer werden oft ausgebeutet, in: Einheit 23 (1970), Ausgabe 18, S. 8.
[82] Vgl. auch IGBE-Bezirk Aachen, Bericht über die vorgefundenen Verhältnisse in den Betrieben und Heimen anlässlich einer Befahrung mit dem Kollegen Mete Atsu, 19. 8. 1970, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066; Bericht über den Einsatz unseres türkischen Kollegen Mete Atsu in der Zeit vom 11. bis 14. August 1970 im Bezirk Ruhr-Ost, in: Ebenda.
[83] Klaus Südhofer, Ausländische Arbeitnehmer im deutschen Steinkohlenbergbau, in: AfsB, IGBE-Archiv 10774.
[84] Vgl. Beispielhaft betreut. Hans Alker besichtigt Ausländerwohnheim, in: Einheit 26 (1973), Ausgabe 11, S. 4.
[85] AfsB, IGBE-Archiv 1067a.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Intensivierung der Ausländerbetreuung wurde vor allem durch die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG) geleistet, die in einer Vorläuferform 1948 unter Beteiligung der Bergbauarbeitnehmer und der Bergbaugewerkschaft gegründet worden war, um sich der in den Bergbau strömenden Flüchtlinge und Vertriebenen anzunehmen. Seit Anfang der 1970er Jahre wurde die REVAG, zumal ihre ursprüngliche Aufgabe längst hinfällig geworden war, gezielt als Instrument zur Betreuung der „Gastarbeiter", insbesondere der türkischen Bergbaubeschäftigten, umstrukturiert. Damit verbunden war ein Austausch ihrer – zumeist inzwischen älteren – Dozenten gegen Personal, das für den Ausbau der Ausländerbetreuung geeignet erschien[86]. Das Betreuungsprogramm der REVAG fächerte sich, ausgehend von Sprachkursen, die der Kern der Aktivitäten blieben, auf Folklore-, Fest- und Sportveranstaltungen mit Begegnungscharakter, Film- und Vortragsabende oder Beratungen in Rechts-, Versicherungs- und Gesundheitsfragen auf[87]. Bereits in den 1970er Jahren nahm auch die zweite Ausländergeneration, und in diesem Zusammenhang vor allem Schulfragen, einen hohen Stellenwert in der Tätigkeit der REVAG ein. Über die Kinder der „Gastarbeiter" hoffte man zudem, an die Mütter heranzukommen, deren Isolation ansonsten schwer aufzubrechen schien. Insgesamt hafteten der Ausrichtung des REVAG-Programms aber noch deutlich paternalistische Züge an, „Betreuung" wurde in einem sehr traditionellen Sinne verstanden. Begleitet wurde die Intensivierung der Betreuungs- und Kulturarbeit anfänglich von einer ausgesprochen optimistischen Publizistik, die Interesse und Offenheit sowohl der türkischen wie der deutschen Seite betonte. Gegen Ende der 1970er Jahre mischte sich darunter jedoch zumindest intern auch eine erkleckliche Portion Pessimismus. Auf einer Sitzung der REVAG im Mai 1977 wurde beispielsweise die konsequente Nicht-Bereitschaft vieler türkischer Bergleute zur Erlernung des Deutschen beklagt und gefordert, dieses Desinteresse durch die Nicht-Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu sanktionieren. Eine Ursache für dieses Desinteresse sahen die REVAG-Dozenten bereits in der Ausbreitung von Koranschulen, deren Hodschas die Bildungs- und Kulturarbeit untergraben würden[88].

Der Hauptansatzpunkt für die Ausländerarbeit der IGBE blieb aber die Rekrutierung und Schulung ausländischer Funktionäre, neben Vertrauensleuten nach der Revision des Betriebsverfassungsgesetzes nun auch von Betriebsräten. 1972, bei den ersten Wahlen nach der Neuregelung, wurden 48 Ausländer, darunter 33 Türken, über die IGBE-Listen in Bergbaubetriebsräte gewählt, wobei es der IGBE schwer gefallen war, genügend geeignete Kandidaten, die über ausreichende Deutschkenntnisse sowie ein Grundlagenwissen über das Rechts- und Sozialsystem verfügten, zu finden[89]. Zudem kam es in den 1970er Jahren in den Mitglieder-

[86] Aktenotiz bei Hauptabteilung Betriebswesen der IGBE vom 12. 10. 1973, in: AfsB, IGBE-Archiv 1172.
[87] Vgl. Hilfe für viele Kollegen, in: Einheit 29 (1976), Ausgabe 18, S. 5.
[88] Niederschrift über eine Sitzung der REVAG am 5. 5. 1977, in: AfsB, IGBE-Archiv 1171b.
[89] Aktennotiz Hauptabteilung Betriebswesen der IGBE vom 16. 7. 1974, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066b.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

versammlungen auf Betriebsebene, in denen die auf Funktionärsebene erstellten Kandidatenlisten bestätigt werden mussten, des Öfteren zu Auseinandersetzungen über die Aufstellung türkischer Kollegen, in denen die Gewerkschaft die politisch erwünschte Kandidatur von Ausländern erst durchsetzen musste[90]. Bis zu den Wahlen von 1978 erhöhte sich die Zahl der ausländischen Betriebsräte aber auf immerhin 112, darunter 86 Türken[91]. Für die IGBE stellte dies einen schlagenden Beweis für die gelungene betriebliche Integration der Ausländer dar, die auch von Einheimischen auf die IGBE-Listen gewählt worden seien[92]. Allerdings blieb die Zahl ausländischer Betriebsräte weit davon entfernt, den Ausländeranteil in den bergmännischen Belegschaften proportional widerzuspiegeln. Zu Anfang der 1980er Jahre stellten Ausländer etwa vier Prozent der Betriebsräte im Bergbau, der Ausländeranteil in der RAG-Belegschaft war bei etwa 17 Prozent angelangt[93]. Die türkischen Betriebsräte wurden in Lehrgängen der Gewerkschaftsschule in Haltern intensiv auf ihre Aufgaben vorbereitet[94]. Zur Information über Tarifbewegungen und Vorbereitung von Betriebsratswahlen richtete der IGBE-Hauptvorstand seit Anfang der 1970er Jahre regelmäßig die bald so genannte Recklinghauser Konferenz für türkische Betriebsräte und Vertrauensleute aus. Mit Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich die Recklinghauser Konferenz von einer reinen Veranstaltung zur Funktionärsschulung zu einem öffentlichkeitswirksamen Forum für die Ausländerpolitik der IGBE, die darüber hinaus türkischen Gewerkschaftsfunktionären die Gelegenheit zur Profilierung nach innen und außen eröffnete. 1982 übernahm mit dem damaligen nordrhein-westfälischen Innenminister Herbert Schnoor erstmals ein Spitzenpolitiker das Leitreferat, und 1989 unterstrich der Auftritt von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, der bei dieser Gelegenheit der Öffentlichkeit zum ersten Mal seinen – schließlich gescheiterten – Gesetzentwurf zur Neuregelung des Ausländerrechtes vorstellte, die gestiegene Bedeutung der Konferenz[95].

Die türkischen Betriebsräte sollten nach den Vorstellungen der IGBE zwar nicht ausschließlich als Sachwalter der Interessen ihrer Landsleute wirken, aber letztlich bildete deren Vertretung faktisch dennoch den Kernbereich ihrer Tätigkeit. Nicht zuletzt infolgedessen wuchs der gewerkschaftliche Organisationsgrad der ausländischen Bergbaubeschäftigten im Laufe der 1970er Jahre auf geradezu

[90] Z. B. Vermerk der Hauptabteilung Betriebswesen vom 7. 2. 1975, in: AfsB, IGBE-Archiv 1066a; Protestschreiben gegen den Beschluss der Gewerkschaftsversammlung an Minister Stein vom 12. 1. 1975, in: Ebenda.

[91] Vgl. Mikail Zopi, Mitarbeit der ausländischen Kollegen im Betriebsrat, in: Tip, September 1984, S. 41–43, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

[92] Vgl. Konferenz mit ausländischen Arbeitnehmern in Recklinghausen. Kein Platz für radikale Minderheit. IGBE-Vorstandsmitglied Walter Beer: Integration bleibt Hauptaufgabe, in: Einheit 32 (1979), Ausgabe 5, S. 4.

[93] Vgl. Mitarbeit ist gefragt. Walter Beer appelliert an ausländische Kollegen, in: Einheit 35 (1982), Ausgabe 1, S. 4.

[94] Vgl. Premiere in Haltern. Seminar in Türkisch. Lehrgang für ausländische Betriebsräte, in: Einheit 25 (1972), Ausgabe 13, S. 8.

[95] AfsB, IGBE-Archiv 10770; vgl. Ausländerrecht stand im Mittelpunkt. Schäuble: Keine Verschlechterung, in: Einheit 42 (1989), Ausgabe 24, S. 6.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sagenhafte 97,8 Prozent und lag damit sogar höher als der Organisationsgrad der einheimischen Bergleute[96]. Der steigenden Bedeutung der Gastarbeiter innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation entsprach die Bildung von „Arbeitskreisen für ausländische Arbeitnehmer" auf Bezirksebene seit 1974, die allerdings keine autonomen Organe der ausländischen Beschäftigten innerhalb der IGBE darstellten. Seit 1979 existierte außerdem ein Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer beim Hauptvorstand, der die Ausländerarbeit auf Bundesebene koordinieren und Stellungnahmen zu aktuellen ausländerpolitischen Fragen erarbeiten sollte[97]. 1980 stellte die IGBE mit dem 25jährigen Mikail Zopi den ersten türkischstämmigen Sekretär in der Abteilung Betriebsräte der Bochumer Hauptverwaltung ein[98].

Im Zeichen der Rückkehrhilfe: Die 1980er Jahre

Ausländerpolitik hatte in den 1970er Jahren stetig an Bedeutung gewonnen, ins Zentrum der politischen Debatten rückte sie jedoch erst zu Anfang der 1980er Jahre. Steigende Arbeitslosenzahlen, die trotz des Anwerbestopps wachsende ausländische Wohnbevölkerung sowie die Zunahme fremdenfeindlicher und rechtsradikaler Einstellungen und Aktionen schufen ein politisches Klima, in dem die Begrenzung bzw. der Abbau des ausländischen Bevölkerungsanteils Priorität vor Fragen der Integration gewann. Die erste Regierung Kohl versprach bei ihrem Amtsantritt im September 1982, die Ausländerzahl zu halbieren, und machte Ausländerpolitik zum ersten Mal überhaupt zum Gegenstand einer Regierungserklärung, die, neben der Integration, die Verhinderung einer unbegrenzten und unkontrollierten Einwanderung, die Begrenzung des Familiennachzugs sowie die Förderung der Rückkehrbereitschaft als zentrale ausländerpolitische Ziele nannte[99]. Im Oktober 1983 wurde ein – in Teilen schon von der Vorgängerregierung Schmidt vorbereitetes – Gesetz zur Rückkehrhilfe verabschiedet, das für einen befristeten Zeitraum von einem Jahr in Folge von Betriebsstilllegungen arbeitslosen oder kurzarbeitenden Arbeitnehmern aus Nicht-EWG-Staaten eine Rückkehrhilfe von 10.500 DM, plus Zuschüsse für ausreisende Ehepartner und unterhaltspflichtige Kinder, offerierte[100].

96 Vgl. Udo Butschkau, Notwendigkeit der Einbeziehung ausländischer Jugendlicher in die gewerkschaftliche Jugendarbeit, in: Tip, Dezember 1984, S. 10–24, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

97 Dieter May, Ausländische Arbeitnehmer in der IGBE, in: AfsB, IGBE-Archiv 10775; Entwurf für eine Neuorganisation der Arbeitskreise „Ausländische Arbeitnehmer", in: AfsB, IGBE-Archiv 14059; vgl. Klaus Lentes, Ausländerpolitik in der IG Bergbau und Energie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 33 (1982), S. 443–447.

98 Vgl. „Türken wollen mehr Einfluss im Betriebsrat. Mandat im Wohnungsausschuss wichtig", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1980; Einheit 33 (1980), Ausgabe 6, S. 4.

99 Vgl. dazu Ulrich Herbert/Karin Hunn, Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 7: 1982–1989. Bundesrepublik Deutschland. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, hrsg. v. Manfred G. Schmidt, Baden-Baden 2005, S. 621–651.

100 Vgl. Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, S. 254.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auch innerhalb der Ruhrkohle AG setzte Anfang der 1980er Jahre ein personalpolitischer Entscheidungsprozess ein, der auf die Begrenzung bzw. den Abbau der Ausländerbeschäftigung zielte. Die Grundzüge künftiger Personalpolitik erläuterte der Arbeitsdirektor im Unternehmensvorstand, Fritz Ziegler, im Herbst 1981 auf einer Tagung der REVAG. Er konstatierte als Ist-Zustand eine steigende relative Ausländerbeschäftigung bei der Ruhrkohle AG, einerseits wegen des geringen Anteils der ausländischen Beschäftigten bei den Altersabgängen (drei Prozent), andererseits wegen ihres relativ hohen Anteils sowohl bei den Neu- (20 Prozent) als auch bei den Ausbildungseinstellungen (25 Prozent). Hochgerechnet ergab dies eine Steigerung des Anteils der ausländischen Mitarbeiter im Unternehmen bis 1990 auf circa 20 Prozent. Die künftige Einstellungspolitik müsse sich dagegen, so Ziegler, an der gesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Verantwortung der Ruhrkohle AG orientieren. Konkret meinte er damit vor allem eine Bevorzugung deutscher vor ausländischen Arbeitslosen bei Einstellungen. Ausländer ohne Erfahrung im Untertagebergbau sollten, abgesehen von Ausnahmen, gar nicht mehr eingestellt werden und solche mit Erfahrung im Untertagebergbau nur noch, wenn damit keine Wohnungsnachfrage verbunden war oder der jeweilige konzerneigene Betrieb über Werkswohnungen mit „Integrationsqualität“ verfügte. Bei den Ausbildungseinstellungen sollte dagegen der Vorrang für Söhne von Ruhrkohle-Mitarbeitern auch für Ausländer in vollem Maße gelten, allerdings sollten wenigstens in Jahren hoher Ausbildungsnachfrage über diesen Kreis hinaus keine Einstellungen ausländischer Schulabgänger erfolgen[101].

Diese personalpolitische Strategie war auch Ausdruck der Anfang der 1980er Jahre im Bergbau wachsenden Befürchtungen, Ausländerfeindlichkeit und ethnisch-religiöse Spannungen könnten auf die Zechenbetriebe überschwappen, falls man der spannungsreichen Entwicklung von steigendem Ausländeranteil und Belegschaftsabbau nicht begegne. Besonders polarisierend gab wiederum Ziegler solchen Befürchtungen Ausdruck. Er sah auch in dem inzwischen recht langen Deutschlandaufenthalt der meisten türkischen Mitarbeiter keinen „Schutz gegen die seit Jahren anwachsende religiöse und politische Fanatisierung in der islamischen Welt“. Daher sei zu befürchten: „Wenn jeder zweite Arbeitsplatz in der Gewinnung, dem sensibelsten Arbeitsbereich der Betriebe, von Ausländern belegt wird, genügt ein Funke, einen Flächenbrand auszulösen. Wir dürfen nicht darauf setzen, dass die Ausländer auf Dauer eine unterwürfige und duldsame Rolle in unseren Betrieben einnehmen.“[102] Zunehmend wurde auch in der Gewerkschaftspresse auf einen Zusammenhang von religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus hingewiesen sowie vor den von den Moscheen ausgehenden Gefahren für die gewerkschaftliche Betriebspolitik gewarnt[103].

[101] Vortrag Fritz Ziegler (1981), in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.
[102] Ebenda.
[103] Vgl. z. B. Isolierung bringt uns nicht weiter. Die Politik gehört nicht in die Moscheen, in: Einheit 34 (1981), Ausgabe 1, S. 8; Horst Niggemeier, Atatürk ist Vorbild. Gedanken über Gespräche mit Türken, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die Einführung von staatlichen Rückkehrhilfen versuchte die Ruhrkohle AG bereits 1982, durch Stichprobenerhebungen Rückkehrwunsch und -bereitwilligkeit bei ihren türkischen Beschäftigten zu eruieren. Danach wollten nur acht Prozent nicht mehr in die Türkei zurückkehren, 44 Prozent waren unentschlossen, und 48 Prozent äußerten Rückkehrabsichten[104]. Allerdings saßen letztere keineswegs auf gepackten Koffern, sondern orientierten ihren Rückkehrwunsch an der Erreichung der Altersgrenze oder an Schul- und Berufsabschlüssen ihrer Kinder. Das Rückkehrhilfegesetz erfuhr für den Bergbau zwei Verstärkungen. Zum ersten durfte im Bergbau die staatliche Rückkehrhilfe nach Absprache mit der Arbeitsverwaltung auch „Gastarbeitern" angeboten werden, die nicht unmittelbar von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Stilllegungen betroffen waren. Zum zweiten beschloss der Ruhrkohle-Vorstand die Flankierung der staatlichen durch eine betriebliche Rückkehrhilfe in etwa gleicher Höhe. Im Ergebnis nahmen 2.849 ausländische Mitarbeiter der Ruhrkohle AG, darunter 2.706 Türken, die staatlichen und betrieblichen Zahlungen entgegen, um dauerhaft in die Heimat zurückzukehren. Der Anteil der ehemaligen Ruhrkohle-Beschäftigten an den bundesweit erfolgreichen türkischen Antragstellern für staatliche Rückkehrhilfe betrug damit 26,5 Prozent. Die von der Ruhrkohle AG zusätzlich an die Rückkehrer bezahlte Abfindungssumme belief sich auf 30,5 Millionen DM[105]. Während das Rückkehrhilfegesetz sonst oft als Fehlschlag gewertet wurde, leistete es im Bergbau zweifellos einen merklichen Beitrag zum Belegschaftsabbau.

Die IGBE hatte gemeinsam mit dem DGB das Rückkehrhilfegesetz abgelehnt, weil sie darin kein geeignetes Instrument zur Lösung der so genannten Ausländerproblematik sah[106]. Vollständig eindeutig war die Haltung der Bergbaugewerkschaft indes nicht. Selbst der beim Hauptvorstand für Ausländerfragen zuständige Funktionär wollte im Vorfeld den Gedanken, den Rückkehrwillen durch finanzielle Anreize zu fördern, nicht von der Hand weisen[107]. Ein energischer gewerkschaftlicher Protest gegen die flankierenden Leistungen der Ruhrkohle AG blieb denn auch aus. Man stellte sich auf den Standpunkt, diese Unternehmensentscheidung nicht ungeschehen machen zu können, und drängte lediglich darauf, keinen Rückkehrdruck auszuüben und intensive individuelle Beratungen obligatorisch zu machen. Deutlichere Kritik war auf der Ebene der Betriebsräte und Vertrauensleute zu vernehmen, die monierten, dass die Rückkehrhilfe einerseits einheimische Kollegen nur darin bestärke, in Ausländern Arbeitsmarktkonkurrenten zu sehen, und andererseits die Tendenz bei den ausländischen Beschäftigten fördere, sich verängstigt oder resigniert in ihre nationalkulturellen

[104] Vortrag Heinz Esken auf der REVAG-Tagung am 14. 10. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.
[105] Heinz Esken, Bericht über in die Türkei zurückgekehrte Mitarbeiter der Ruhrkohle AG (1985), in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.
[106] Vgl. Rückkehr von Ausländern nur freiwillig, in: Einheit 37 (1984), Ausgabe 5, S. 4.
[107] Referat Walter Beer, Recklinghäuser Konferenz 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10773.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ghettos zurückzuziehen[108]. In der Rückschau bewertete die IGBE die Rückkehrhilfeaktion allerdings kritisch. Die Abwanderung zahlreicher türkischer Leistungsträger aus der Kohlengewinnung habe für einen Aderlass gesorgt, den sich der Bergbau nicht noch einmal leisten könne[109].

Dennoch änderte sich an der Position des IGBE-Hauptvorstandes nichts, als die Ruhrkohle AG 1986 Nicht-EWG-Ausländern im Alter zwischen 45 und 50 Jahren ein neuerliches betriebliches Rückkehrhilfeangebot unterbreitete, das eine einmalige Abfindung von etwa 20.000 DM sowie die Auszahlung der Rentenversicherungsbeiträge in Höhe von 20. bis 30.000 DM vorsah. Die Ruhrkohle AG rechtfertigte dieses neuerliche Angebot u. a. damit, dass die türkischen Rückkehrer aus der ersten Aktion sich mit ihrer Lebenssituation in der Türkei weitgehend zufrieden zeigten. Dies schloss man jedenfalls aus der persönlichen Befragung von 150 ehemaligen Ruhrkohle-Mitarbeitern in der Türkei, auch wenn die Medienberichterstattung in der Bundesrepublik die Situation der türkischen Rückkehrer zumeist sehr viel problematischer einschätzte[110]. Der IGBE-Hauptvorstand beschränkte sich auf die Einforderung von Freiwilligkeit und Beratung als Rahmenbedingungen. Deutlich schärfer als noch 1984 fiel dagegen der Protest aus den Reihen der ausländischen Betriebs- und Vertrauensräte aus, die durch Rückkehrhilfen ihre mühsame Integrationsarbeit torpediert sahen. Auf der Recklinghauser Tagung der IGBE war von „Vertrauensbruch“ und „Abschiebung“ die Rede. Nicht zu Unrecht warnte man, dass Rückkehrangebote in der Ausländerdebatte, die sich Mitte der 1980er Jahre durch die Vermischung mit der Asylfrage erheblich aufheizte, die Verunsicherung vieler Türken und das Gefühl des Nicht-Gewolltseins vergrößern würden. Praktisch stieß das Ruhrkohle-Angebot bei der türkischen Zielgruppe auf so gut wie kein Interesse, nach Angaben der IGBE gingen beim Unternehmen lediglich zehn entsprechende Anfragen ein, von denen nur fünf wirklich ernst gemeint gewesen seien[111].

Dennoch, oder gerade deswegen, wurde bereits 1987 bei der RAG über eine erneute Rückkehraktion nachgedacht. Nach den internen Personalplanungen, die durch den auf der Kohlerunde vereinbarten Arbeitsplatzabbau vorgegeben waren, mussten bis 1995 insgesamt 23.500 Anpassungsentlassungen erfolgen. Nach einem nationalen Proporz hätten davon 4.200 auf Ausländer bzw. Türken entfallen müssen. Da es aber in der für sozialverträgliche Anpassungsentlassungen infrage kommenden Altersklasse der über 50-Jährigen bei weitem nicht genü-

[108] Vgl. Peter Kühne/Hermann Schäfer, Bericht über gemeinsame Seminare ausländischer und deutscher Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsmitglieder, in: Tip, Dezember 1984, S. 33–51, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

[109] Vgl. „Rückkehrhilfe hat den Zechen eher geschadet“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 10. 12. 1984. Vgl. auch Irina Ludat, Eine Frage der größeren Angst. Bilanz der „Rückkehrförderung“ ausländischer Arbeitskräfte, in: Die Zeit vom 18. 10. 1985.

[110] Heinz Esken, Bericht über in die Türkei zurückgekehrte Mitarbeiter der Ruhrkohle AG (1985), in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

[111] Vgl. „Reaktion auf Rückkehr-Programm der Ruhrkohle AG ist gleich Null“, in: Recklinghäuser Zeitung vom 8. 12. 1986; Christoph Meer-Leyh, Gleichberechtigung ist das erklärte Ziel. IGBE leistet Ausländerarbeit auf vielen Ebenen, in: Einheit 39 (1986), Ausgabe 23, S. 8.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gend türkische Bergleute gab, war dieser Proporz nicht zu erreichen. Zwar war der Anteil der Ausländer an den „Anpassungsentlassungen" bei der Ruhrkohle AG von 1,1 Prozent in 1981 auf neun Prozent in 1987 gestiegen, doch lag dies weiterhin deutlich unterhalb des Ausländeranteils an den Belegschaften. Zum Ausgleich bedurfte es aus Sicht des Unternehmens eines erneuten Rückkehrprogramms. Eine von der Ruhrkohle AG in Auftrag gegebene sozialwissenschaftliche Untersuchung sollte im Vorfeld klären, unter welchen Bedingungen türkische Belegschaftsangehörige bereit waren, Rückkehrangebote anzunehmen. Sie stellte fest, dass die Mehrzahl der türkischen Arbeitnehmer eine Rückkehr in die Heimat plane, aber nicht zur Fortsetzung einer Erwerbstätigkeit, sondern zum Eintritt in einen vorzeitigen Ruhestand, der bei den meisten erst einige Jahre später möglich war[112]. Grundsätzliche Kritik kam wiederum in erster Linie aus dem Kreis der türkischen Vertrauensleute, Betriebsräte und Gewerkschaftssekretäre, die in Rückkehrprogrammen angesichts des aufgewühlten ausländerpolitischen Klimas ein falsches Signal sahen und ihre Landsleute vor voreiligen Schritten warnten[113]. Der Hauptvorstand der IGBE zog sich weiterhin auf die Autonomie der Ruhrkohle AG bei der Auflegung von Rückkehrprogrammen zurück und forderte nun neben Freiwilligkeit und Beratung auch eine Betreuung der Zurückgekehrten in der Heimat als Voraussetzung ein[114]. Das Rückkehrprogramm, das schließlich für den Zeitraum vom 1. 1. 1989 bis 31. 12. 1994 galt, bot vier unterschiedliche Modelle an, die für einen deutlich breiteren Adressatenkreis als die Programme zuvor konzipiert waren[115]. Infrage kamen prinzipiell etwa 12.000 ausländische Mitarbeiter, von denen bis Mitte 1989 immerhin 7.800 eine Beratung erhalten hatten. Von diesen hatten allerdings nur 235 ein so nachhaltiges Interesse, dass sie weitere Informationen wünschten[116]. 1989 richtete die Knappschaft tatsächlich als erster Sozialversicherungsträger eine ständige Auslandsvertretung in der Türkei ein, um zurückgekehrte ehemalige Ruhrkohle-Mitarbeiter zu beraten[117].

Die Integrationsdebatte innerhalb der IGBE erhielt einen wesentlichen Anschub durch das Memorandum zum Stand und zur Weiterentwicklung der Integration, das der erste Bundesbeauftragte für ausländische Arbeitnehmer, der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn, der Bundesregierung 1979 vorlegte und in dem er unter anderem die Entkoppelung von Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik, den ungehinderten Zugang von jugend-

[112] Redemanuskript Fritz Ziegler auf der Recklinghäuser Tagung 1988, in: AfsB, IGBE-Archiv 10772.

[113] Vgl. „Rückkehr-Modelle für Ausländer umstritten: ‚Gefühle abgekauft'", in: Recklinghäuser Zeitung vom 5. 12. 1988; Redebeitrag von Mikail Zopi auf der Recklinghäuser Tagung 1988, in: AfsB, IGBE-Archiv 10772.

[114] Redemanuskript Fritz Kollorz auf der Recklinghäuser Tagung 1987, in: Ebenda.

[115] Je nach Modell war eine 15 bis 20jährige Tätigkeit im Bergbau sowie ein Mindestalter von 43 bis 45 Jahren Voraussetzung für einen Antrag.

[116] Niederschrift zur Sitzung des Arbeitskreises „Ausländische Arbeitnehmer" beim Hauptvorstand der IGBE am 14. 6. 1989, in: AfsB, IGBE-Archiv 14060.

[117] Vgl. „Knappschaft zieht in die Türkei. Vertretung soll ehemalige Ruhrkohle-Bergleute betreuen", in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 5. 12. 1988.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lichen Ausländern zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Reformen des Ausländerrechts sowie ein kommunales Wahlrecht für Ausländer forderte[118]. Die bergbaugewerkschaftliche Integrationsdebatte orientierte sich dabei seit Anfang der 1980er Jahre zunehmend am Modell der multikulturellen Gesellschaft. So formulierte beispielsweise der für Ausländerfragen zuständige Sekretär beim Hauptvorstand IGBE: „Eingliederung ist für uns ein wechselseitiger Vorgang und keineswegs Assimilation oder Aufgabe der ethnischen, kulturellen und religiösen Identität. Das Recht auf Beibehaltung und Sicherung des eigenen Kulturkreises für ausländische Familien ist ein wesentlicher Teil der Integrationspolitik.“[119]

Zugleich erfuhr die in den 1970er Jahren geläufige Wahrnehmung, dass die betriebliche Integration der türkischen Bergarbeiter weitgehend problemlos und annähernd abgeschlossen sei[120], merkliche Risse. Es mehrten sich die Befürchtungen, dass einerseits die wachsende Ausländerfeindlichkeit Eingang in die Zechenbetriebe finden könne und dass andererseits, im Anschluss an die fundamentalistische Revolution im Iran, eine Islamisierung der türkischen Bergarbeiter für zunehmende betriebliche Spannungen sorgen würde. Man sei vor dem Hintergrund der neofaschistisch geschürten Ausländerfeindlichkeit auch in den Bergbaubetrieben empfindlicher geworden, stellte der „Ausländerbeauftragte“ der IGBE fest. Was bis vor kurzem als Neckerei unter Kollegen behandelt worden sei, führe nun zu Beschwerden beim Vorgesetzten oder Betriebsrat[121]. Zunehmenden Klagen über die Türken seitens der einheimischen Bergleute versuchte die IGBE den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem sie durch eine Umfrage auf Zechen, die einen besonders hohen Ausländeranteil aufwiesen, den Nachweis führen wollte, dass Beschwerden über den Lohn oder das Krankheitsverhalten der „Gastarbeiter“ jeder Grundlage entbehrten[122]. Als häufigster Beschwerdepunkt kristallisierte sich auch nach dieser Umfrage das Duschen moslemischer Gläubiger in Unterhosen heraus, dessen Zunahme man mit der Rückbesinnung auf islamische Glaubenswerte im Zusammenhang mit der iranischen Revolution erklärte[123]. Allerdings sah die Gewerkschaft in diesem Beschwerdepunkt dennoch kein Indiz für eine wachsende, prinzipielle kulturell-ethnisch-religiöse Distanz der einheimischen zu den türkischen Bergarbeitern. In der Interpretation der IGBE nahmen die einheimischen Bergarbeiter das Duschen in Unterhosen nicht als Ausdruck oder gar Demonstration einer bedrohlichen religiös-fundamentalistischen Gesinnung wahr, sondern sie störten sich lediglich am Alltagsproblem der

[118] Vorlage für die Sitzung des Hauptvorstandes der IGBE am 7. 12. 1979, in: AfsB, IGBE-Archiv 958.

[119] Vortragsmanuskript Walter Beer 1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659. Zur multikulturellen Gesellschaft vgl. z. B. auch das Referat von Hayati Danisan auf der Recklinghäuser Konferenz der IGBE von 1990, in: AfsB, IGBE-Archiv 10774.

[120] Vgl. Walter Beer, Ausländer am Arbeitsplatz, in: Die Neue Gesellschaft 6/1982, S. 542–544, AfsB, IGBE-Archiv14059; Michael Bechtel, Nur unter Tage sind sie Kumpel, in: PZ Politische Zeitschrift der Bundeszentrale für Politische Bildung, Mai 1982, S. 22 f.

[121] Vgl. Beer, Ausländer am Arbeitsplatz, S. 542–544.

[122] Vgl. Diskussion versachlichen!, in: Einheit 36 (1983), Ausgabe 1, S. 8.

[123] Bericht zur Recklinghauser Konferenz am 4. 12. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10770.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von der Kauendecke[124] herabtropfenden nassen Unterhosen. In dieser Sichtweise war der Konfliktpunkt einer technischen Lösung zugänglich, nämlich durch Vorrichtungen, die das Heruntertropfen verhinderten[125]. Dass wachsende Distanz und Probleme im Verhältnis von Einheimischen und Ausländern auf den Zechen Anfang der 1980er Jahre nicht auf die einfachen Belegschaften beschränkt blieben, sondern auch den gewerkschaftlichen bzw. betrieblichen Funktionärskörper erfassten, dokumentieren die Ergebnisse einer gewerkschaftsnahen Diplom-Arbeit. Danach glaubten zwei Drittel der befragten Betriebsratsvorsitzenden im Bergbau nicht, dass ausländische Betriebsräte die Verständigung zwischen Einheimischen und „Gastarbeitern" verbesserten. Ebenso klagte immerhin ein Viertel der ausländischen Betriebsräte über eine problematische Zusammenarbeit mit ihren deutschen Kollegen[126]. Darüber hinaus wirkten sich die Diskussionen über die Rückkehrförderung negativ auf die Motivation der türkischen Bergleute zur betrieblichen Integration aus, ablesbar etwa an der nachlassenden Bereitschaft, an Weiterbildungsmaßnahmen der REVAG teilzunehmen[127].

Dennoch blieb es auch in den 1980er Jahren bei der Wahrnehmung, dass die eigentlichen Probleme erst vor dem Werkstor, im Wohnbereich, begannen. Mit dem im Anschluss an den Anwerbestopp deutlich zunehmenden Familiennachzug beschleunigte sich der Auszug der türkischen Bergarbeiter aus den Wohnheimen in die Zechensiedlungen. 1985 lebten inzwischen 72 Prozent der türkischen Ruhrkohle-Beschäftigten in Wohnungen, über die das Unternehmen verfügte – dagegen nur 48 Prozent der einheimischen Beschäftigten –, die Übrigen weiterhin in Wohnheimen oder in nicht unternehmensgebundenen Wohnungen. Die Zahl der türkischen Bergbaubeschäftigten mit Eigenheimbesitz im Ruhrgebiet beschränkte sich dagegen nach der Kenntnis der IGBE zu diesem Zeitpunkt auf sieben[128]. Die Wohnungsnachfrage der türkischen Bergarbeiterfamilien richtete sich vornehmlich auf einfachen und billigen Wohnraum, d. h. zumeist Wohnungen ohne Sammelheizung und Bad. Die ersten türkischen Mieter in einer Siedlung zogen andere nach, deutsche Mieter zogen aus, sei es wegen der ausländischen Nachbarn, sei es, weil sie modernere Wohnungen angeboten bekamen[129]. So konstatierte die Ruhrkohle AG bereits zu Anfang der 1980er Jahre die Entstehung von Problemsiedlungen mit Ghettobildungstendenzen. Darunter verstand man Siedlungen, die einen Ausländeranteil von über zehn Prozent aufwiesen. was

[124] Arbeits- und Zivilkleidung werden im Bergbau traditionell in der sogenannten Waschkaue gewechselt, wo sie jeweils in Metallkörben an Ketten unter der Decke aufgehängt werden.
[125] Vgl. Das sind die Fakten, in: Einheit 36 (1983), Ausgabe 1, S. 8.
[126] Vgl. Wolfgang Gottschalk, Ausländische Betriebsräte bei der Ruhrkohle AG, in: Tip, November 1983, S. 55–60, AfsB, IGBE-Archiv 11929.
[127] Jahresbericht der REVAG 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.
[128] Redemanuskript Walter Beer auf der Recklinghäuser Tagung 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 10773.
[129] Wohnsituation der ausländischen Mitarbeiter bei der Ruhrkohle AF, 4. 9. 1985, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659; Institut für Ausländerfragen, Dokumentation erster Ergebnisse einer Befragung zur Ausländersituation im Bergbau, Februar 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv 11929.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf etwa 50 von 250 der Ruhrkohle AG zuzurechnenden Zechensiedlungen im Ruhrgebiet zutraf[130].

Eine von der IGBE und der Ruhrkohle AG bei Wissenschaftlern der Ruhr-Universität Bochum in Auftrag gegebene Studie sah die Ursache für die Ghettobildungen nicht in Abschließungstendenzen der türkischen Bergarbeiterfamilien, die vielmehr Interesse an Kontakten und Integration zeigen würden[131]. Verantwortlich für Integrationsbarrieren seien vielmehr die objektiven Rahmenbedingungen der Wohnsituation[132]. Begünstigt wurde die Ghettobildung allerdings zumindest dadurch, wie oft betont wurde, dass die türkischen Bergarbeiterfamilien nicht bereit waren, höhere Mieten für modernere Wohnungen zu zahlen, während für die einheimischen Bergarbeiterfamilien die Verbesserung des Wohnstandards auch unter Inkaufnahme höherer Mieten eine hohe Priorität genoss. Dennoch schien der IGBE wie der Ruhrkohle AG die Werkswohnungspolitik in den 1980er Jahren der Schlüssel zur Integrationspolitik im Bergbau zu sein. Dafür sollten folgende Leitlinien umgesetzt werden: Erstens sollten freiwerdende Wohnungen im Randbereich von ausländischen Wohnzentren (bzw. „Ausländervierteln“) nicht mehr mit ausländischen Mietern belegt werden. Falls sich für solche Objekte keine einheimischen Belegschaftsmitglieder als Mieter finden ließen, waren sie kommunal mit Deutschen zu belegen. Zweitens sollten die Altbaubestände behutsam und unter akzeptablen Mieterhöhungen modernisiert werden. Drittens wollte man „eingliederungswilligen Ausländern“, so der Quellenbegriff, bessere Chancen eröffnen, Wohnungen in „deutschen“ Bergmannssiedlungen zu beziehen. Dazu mussten vor allem die türkischen Betriebsräte in die für die Wohnungsvergabe maßgeblichen Wohnungsausschüsse delegiert werden[133]. Viertens sollte die soziale Betreuungsarbeit in den Bergmannssiedlungen deutlich intensiviert werden. So stellte die Ruhrkohle AG 1982 Diplom-Soziologen ein, die deutsch-türkische Modellbegegnungsstätten aufbauen sollten[134]. Als erste eröffnete 1983 der „Treffpunkt Konradplatz“ in Lünen-Brambauer, der allerdings in der Nachbarschaft als „Türkenhaus“ nicht nur auf vereinzelte Ablehnung stieß[135]. Gleichwohl galt er als wegweisendes Modellprojekt. Insbesondere auch die REVAG verlagerte ihre Angebote in den 1980er Jahren immer stärker aus den Wohnheimen und Betrieben in die Siedlungen mit hohem ausländischem Wohnanteil, beispielsweise mit Hilfe eines so genannten Info-Busses[136].

Als zweiter Schwerpunkt der bergbaulichen Integrationspolitik in den 1980er Jahren entwickelten sich Programme zur schulischen und beruflichen Integrati-

[130] Vortrag Heinz Esken auf der REVAG-Tagung am 14. 10. 1982, in: AfsB, IGBE-Archiv3659; Vortrag Fritz Ziegler (1981), in: Ebenda.

[131] Vgl. Hermann Korte, Wohnsituation ausländischer Mitarbeiter der Ruhrkohle AG, Dortmund 1984.

[132] RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

[133] Vgl. dazu auch „Türken wollen mehr Einfluss im Betriebsrat. Mandat im Wohnungsbauausschuss wichtig“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 8. 12. 1980.

[134] Vgl. Bechtel, Nur unter Tage sind sie Kumpel, S. 22 f.

[135] Vgl. „Sanfter Druck auf den Halbmond“, in: Süddeutsche Zeitung vom 21. 7. 1986.

[136] Jahresbericht der REVAG 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

on der zweiten Ausländergeneration, der in den langfristigen Personalplanungen der Ruhrkohle AG eine immer wichtigere Rolle als künftige „Leistungsträger" des Unternehmens zugewiesen wurde. Der zunehmende Anteil von ausländischen Schulabgängern an der insgesamt deutlich sinkenden Zahl an Hauptschulabgängern hatte zur Folge, dass es nicht mehr ausreichte, die „Gastarbeiterkinder" nur – oder doch wenigstens hauptsächlich – als „Jungbergmänner" für die „einfacheren" Arbeitsverrichtungen im Kohlenabbau auszubilden. Vielmehr musste man sie in stärkerem Maße in weiterführende bergbauliche Ausbildungsgänge integrieren[137]. Dies galt umso mehr, als die Personalabteilung der Ruhrkohle AG bei der zweiten „Türkengeneration" einen ausgeprägten Willen konstatierte, in Schlüssel- und Aufsichtspositionen aufzusteigen[138]. Förderprogramme sollten die Chancen für ausländische Jugendliche erhöhen, qualifizierte bergbauliche Lehrberufe, z. B. zum Bergmechaniker, zu ergreifen. Wichtig in diesem Kontext war, neben berufsvorbereitenden Kursen des Unternehmens, insbesondere 1981 die Gründung des „Instituts für Ausländerfragen" unter Beteiligung der IGBE, der Westfälischen Berggewerkschaftskasse und des Jugendheimstättenwerkes, dessen Fokus auf berufspädagogische Fördermaßnahmen bzw. auf die Erarbeitung von Berufsausbildungsplänen auf wissenschaftlicher Basis gerichtet war[139]. Tatsächlich galt der Bergbau hinsichtlich der Bemühungen um die berufliche Integration und Qualifizierung der zweiten und dritten Generation türkischer Immigranten bald als vorbildlich.

In der „Ausländerarbeit" der REVAG gewannen darüber hinaus Angebote für Frauen und Mädchen an Gewicht, deren Ausrichtung stets auf den Konsens der Ehemänner und Väter angewiesen war. Deren Zustimmung fanden eher Aktivitäten, die sich mit „nützlichen Dingen" beschäftigten – klassischerweise vor allem Hand- und Hausarbeitskurse, aber zumeist auch Alphabetisierungs- und Deutschkurse –, während die türkischen Mädchen und Frauen sich besonders an Gesprächsrunden, Ausflügen oder Einkaufsbummeln interessiert zeigten. Als besonderen Erfolg wertete die REVAG die Teilnahme von Türkinnen an Schwimmkursen, auch wenn dies die Schließung von Bädern für den sonstigen Betrieb erforderte, um es für die Ehemänner und Väter akzeptabel zu machen. Auf Resonanz stießen aber auch Mutter-Kind-Gruppen, Gesundheitsberatungen, Kurse zur Kindererziehung und sogar Veranstaltungen, die die Rolle der Frau in der Türkei zum Thema hatten[140]. Insgesamt handelte es sich bereits zu Anfang der 1980er Jahre bei über der Hälfte der Teilnehmer an REVAG-Angeboten um türkische Frauen[141].

137 RAG, Türkische Mitarbeiter der zweiten Generation bei der Ruhrkohle AG. Situation und Perspektiven, 18. 6. 1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

138 RAG, Belegschaftsbericht 1982/83, in: AfsB, IGBE-Archiv 14059.

139 AfsB, IGBE-Archiv 3649A; vgl. Udo Butschkau, Drei Jahre Institut für Ausländerfragen e. V., in: Tip, Dezember 1984, S. 6–9, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

140 Bericht über die REVAG-Fortbildungstagung vom 14.-18. 5. 1984, in: AfsB, IGBE-Archiv 3659; vgl. Wolfgang Gottschalk, Erfolgreiche REVAG-Arbeit, in: Tip, Dezember 1984, S. 25–27, AfsB, IGBE-Archiv 11929.

141 REVAG, Übersicht der im Gesamtbetreuungsbereich durchgeführten Maßnahmen 1982 und 1983.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Fazit

Der Versuch einer Einordnung der hier für den Ruhrbergbau erhobenen empirischen Befunde in den Gesamtkontext „Gewerkschaften und Gastarbeiterbeschäftigung“ lässt vor dem Hintergrund des noch wenig fortgeschrittenen Kenntnisstandes die folgenden (vorläufigen) Einschätzungen zu.

Bis zum Ende der 1960er Jahre weist die gewerkschaftliche „Gastarbeiterpolitik“ im Ruhrbergbau kaum Besonderheiten auf. Die Bergbaugewerkschaft stand der Anwerbung und Beschäftigung von „Gastarbeitern“ grundsätzlich skeptisch gegenüber, war aber bereit, diese Realität anzuerkennen. Vordringlich war für sie die sozial- und arbeitsrechtliche Gleichstellung der Ausländer; darüber hinausgehend zeigte sie wenig Interesse an den besonderen sozialen Problemen der jungen Arbeitsmigranten. Die wenig systematischen Bemühungen zur Organisation der „Gastarbeiter“ im eigenen Verband motivierten sich vor allem aus der Sorge vor der Gründung von konkurrierenden Ausländergewerkschaften.

Zu Beginn der 1970er Jahre vollzog sich ein Wandel in der Haltung der IGBE zu den „Gastarbeitern“, die nun zunehmend als Gruppe identifiziert wurden, die besonderer gewerkschaftlicher Interessenwahrnehmung und Unterstützung bedurfte. Eine eigentliche gewerkschaftliche „Ausländerpolitik“ entwickelte sich erst seitdem. Dieser Wandel der gewerkschaftlichen Haltung zu den „Gastarbeitern“ blieb nicht auf den Bergbau beschränkt. Als Gegenreaktion auf die wachsenden rechtsextremistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft sowie die sich verlängernde Aufenthaltsdauer der „Gastarbeiter“ rezipierend, lässt sich ganz allgemein ein verstärktes gewerkschaftliches Engagement für die ausländischen Beschäftigten feststellen. Dieses wachsende gewerkschaftliche – wie auch allgemeine – Engagement, die Bemühungen um soziale und kulturelle Integration, waren im Ruhrbergbau aber zweifellos besonders stark ausgeprägt, weil hier, erstens, die Notwendigkeit einer intensivierten Ausländerpolitik besonders hoch war und weil, zweitens, die Voraussetzungen für eine solche besonders günstig waren.

Eine Notwendigkeit zu einer intensivierten Ausländerpolitik ergab sich schon aus den besonderen Auswirkungen, die die Einführung des passiven Wahlrechts zum Betriebsrat auch für Nicht-EWG-Ausländer durch die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes Ende 1971 auf den Ruhrbergbau hatte. Um zu verhindern, dass zu diesem Zeitpunkt circa 21.000 türkische Beschäftigte im Steinkohlenbergbau Landsleute auf eigenen Listen in die Betriebsräte wählen, musste sichtbares gewerkschaftspolitisches Engagement für die türkischen Beschäftigten gezeigt werden. Vor allem aber mussten möglichst viele türkische Bergleute auf den IGBE-Listen platziert werden. Mit den türkischen Betriebsräten, denen Sekretäre und andere Gewerkschaftsfunktionäre nachfolgten, traten nicht nur neue ausländerpolitische Akteure auf, sondern erhöhte sich auch das Gewicht der türkischen Beschäftigten innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation. Darüber hinaus wuchs auch in dem nun geordneten Schrumpfungsprozess des Ruhrbergbaus, der durch die Gründung der Ruhrkohle AG eingeläutet wurde, die Bedeutung der türkischen Beschäftigtengruppe. Der sozialverträgliche Be-

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schäftigungsabbau, der von der IGBE mitgetragen und -verantwortet wurde, erfolgte in den 1970er Jahren fast ausschließlich über den öffentlich subventionierten vorzeitigen Ruhestand der über 50-jährigen Bergleute. Da sich kaum türkische Bergleute in dieser Altersgruppe befanden, besaßen sie eine faktische Arbeitsplatzgarantie, während in anderen Wirtschaftsbereichen von den zunehmenden Arbeitsmarktentlassungen zumeist die ausländischen Beschäftigten als erste betroffen waren. Die türkischen Bergleute gehörten damit einerseits zu den besonderen Gewinnern des – nicht zuletzt von der IGBE erkämpften – sozialverträglichen Schrumpfungsprozesses. Auf der anderen Seite wuchs mit ihrer wachsenden Bedeutung innerhalb des Unternehmens auch die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Engagements für diese Beschäftigtengruppe und ihre Familien.

Die Voraussetzungen für gewerkschaftliche Ausländerpolitik waren im Ruhrbergbau schon deshalb besonders günstig, weil die Montanmitbestimmung der IGBE großen Einfluss auf die unternehmerische Personal- und Sozialpolitik gewährte. Darüber hinaus stand mit der REVAG im Ruhrbergbau eine Organisation bereit, die über Erfahrung in der Integrationsarbeit verfügte und in der „Ausländerarbeit“ seit Anfang der 1970er Jahre tätig war. Zudem hatte der Ruhrbergbau weiterhin einen großen Werkswohnungsbestand in geschlossenen Siedlungen, in dem der Großteil der ausländischen Beschäftigten seit den 1970er Jahren lebte und auf den die Mitbestimmung – Betriebsräte und Gewerkschaft – erheblichen Einfluss hatte. Dies schuf Möglichkeiten zur Integrationsarbeit im Wohnumfeld, die in anderen Wirtschaftsbereichen nicht bestanden.

Notwendigkeiten und Voraussetzungen führten im Ruhrbergbau in den 1970er/1980er Jahren zu einem höheren gewerkschaftlichen wie allgemeinen integrationspolitischen Engagement als in anderen Wirtschaftsbereichen. Die Widersprüchlichkeit der damaligen Ausländerpolitik machte dennoch nicht vor der IGBE halt. Vom „Inländerprimat“ mochte sie in letzter Konsequenz nicht lassen. Sie befürwortete den Anwerbestopp und, wenn auch unausgesprochen und unter Inkaufnahme von innerverbandlichen Spannungen, die Rückkehrhilfepolitik der 1980er Jahre. So gesehen, fielen der Ruhrbergbau und die IGBE auch in den 1970er und 1980er Jahren nicht aus dem Rahmen deutscher Ausländerpolitik.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wie regelt ein geteiltes Land gemeinsame Probleme, die sich aus naturräumlichen und geographischen Zusammenhängen ergeben? Dieser Frage geht Astrid M. Eckert am Beispiel des durch Abwässer der ostdeutschen Kaliindustrie besonders belasteten Grenzflusses Werra nach. Die Verbindung von politik-, wirtschafts- und umwelthistorischen Aspekten wirft ein Schlaglicht auf bislang weitgehend unbekannte Seiten der deutsch-deutschen Geschichte. Dabei kann die Autorin zeigen, dass insbesondere in den 1980er Jahren ein „anrüchiges" Geschäftsmodell immer mehr an Bedeutung gewann: Devisen aus dem Westen für Umweltschutz im Osten.

Astrid M. Eckert

Geteilt, aber nicht unverbunden

Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem

Als im Zuge der ostdeutschen Revolution 1989/90 eine Bestandsaufnahme der natürlichen Umwelt in der DDR einsetzte und die amtliche Tabuisierung des Themas durchbrochen wurde, erschien die Umweltbilanz der DDR zeitweilig nicht weniger niederschmetternd als die wirtschaftliche[1]. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* titelte im Januar 1990 „Giftküche DDR" und symbolisierte die ökologischen Hiobsbotschaften mit dem Bild eines brodelnden Rundkolbens[2]. Nach

[1] DDR-Ministerium für Naturschutz, Umweltschutz und Wasserwirtschaft (MNUW)], Informationen zur Entwicklung der Umweltbedingungen in der DDR und weitere Maßnahmen – Basisjahr 1988. Zur ökologischen Lage [Jan. 1990], in: Bundesarchiv (künftig: BArch), B295, Bd. 20492; MNUW, Konzeption für die Entwicklung der Umweltpolitik, Berlin, 2. 2. 1990, und Institut für Umweltschutz, Information zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin, Februar 1990, beide in: Ebenda, Bd. 20493; Gesellschaft für angewandte Sozialwissenschaft und Statistik, Die Umweltsituation der DDR im Urteil ihrer Bürger. Ergebnisse einer Befragung bei der Leipziger Frühjahrsmesse 1990 im Auftrag des BMU [Bundesministerium für Umwelt] und des Umweltbundesamtes, 1990, in: Ebenda, Bd. 20494; Bundesministerium für Umwelt (Hrsg.), Eckwerte für die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, Bonn 1990. Neben diesen amtlichen Bilanzen vgl. auch Ulrich Petschow/Jürgen Meyerhoff/Claus Thomasberger (Hrsg.), Umwelt-Report DDR. Bilanz der Zerstörung, Kosten der Sanierung, Strategien für den ökologischen Umbau, Frankfurt a. M.1990. – Die Recherchen für diesen Artikel wurden im Sommer 2012 von einem Franklin Research Grant der American Philosophical Society unterstützt.

[2] Vgl. „Das Land der 1000 Vulkane", in: Der Spiegel vom 8. 1. 1990, S. 27–32. Zur Umweltberichterstattung des Spiegels vgl. Joachim Radkau, Scharfe Konturen für das Ozonloch. Zur Öko-Ikonographie der Spiegel-Titel, in: Gerhard Paul (Hrsg.), Das Jahrhundert der Bilder, 1949 bis heute, Göttingen 2008, S. 532–541. In der Umweltgeschichtsschreibung hat eine notwendige Differenzierung eingesetzt, die die Umweltbilanz der DDR sowohl vergleichend zur Bundesrepublik als auch im Kontext anderer sozialistischer Staaten betrachtet und ggf. nach Medien und Sektoren trennt. Dabei erscheint der spezifische Moment der Bilanzierung, also der politische Kontext der frühen 1990er Jahre, nach wie vor als ein Hindernis, dem Thema gerecht zu werden. Vgl. Christoph Bernhardt, Zwischen Industrialismus und sanitärer Wohlfahrt. Umweltprobleme im Sozialismus am Beispiel der Wasserfrage in der DDR, in: Torsten L. Meyer/Marcus Popplow (Hrsg.), Technik, Arbeit und Umwelt in der Geschichte. Günter

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0003

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der Wiedervereinigung investierte die Bundesrepublik Milliarden in den Umweltschutz und die Sanierung industrieller Altlasten der DDR; sie betrieb damit nach Joachim Radkau die „aufwendigste Umweltschutzaktion der Welt“[3]. Die ökologischen Kosten der sozialistischen Planwirtschaft waren bundesdeutschen DDR-Experten freilich keineswegs neu. Mit den ostdeutschen Umweltschäden hatte die Bundesrepublik seit den frühen 1970er Jahren kontinuierlich zu tun. Schwefeldioxid, Flugasche und Pestizide wehten bei Westwind über die innerdeutsche Grenze; Schwermetalle, Düngemittel und kommunale Abwässer schwemmten in den Flüssen in die Bundesrepublik. In den innerdeutschen Beziehungen entwickelte sich Umweltdiplomatie zu einem weiteren Betätigungsfeld von Politikexperten. Bis kurz vor dem Mauerfall wurde an der Ausgestaltung des hart erkämpften Umweltabkommens von 1987 gearbeitet; die letzte deutsch-deutsche Umweltvereinbarung kam noch im Juli 1989 zustande[4]. Längst war die deutsche Teilung in der alten Bundesrepublik zu einem Thema geworden, das zwar rhetorisch bearbeitet, im Kern aber als Fakt gemanagt wurde.

Physikalische und biologische Umweltbedingungen – Klima, Wasser, Luft, Boden – kümmern sich bekanntlich nicht um politische Grenzen. Die Umweltgeschichte hat ihrem Untersuchungsgegenstand vielfach Rechnung getragen und ihren analytischen Rahmen unabhängig von nationalen Einheiten gesteckt[5]. Besonders Studien zur Geschichte von grenzüberschreitenden Flüssen dürfen dabei Modellcharakter beanspruchen[6]. Die großen Ströme vernetzten politische und kulturelle Gemeinschaften weit über ihren unmittelbaren Flußlauf hinaus, schufen Einzugsgebiete und gaben infrastrukturelle Entwicklungen vor. Divergieren-

Bayerl zum 60. Geburtstag, Münster 2006, S. 367–380; Roger Manser, Failed Transitions. The Eastern European Economy and the Environment since the Fall of Communism, New York 1994; Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Hrsg.), Umweltschutz in der DDR, 3 Bde., München 2007.

[3] Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 535. Radkau beziffert die Investitionen bis 1994 auf 80 Mrd. DM, allerdings liegen seitens des BMU keine verlässlichen Zahlen vor, da Umweltschutz und wirtschaftliche Modernisierung der neuen Länder rechnerisch nicht zu trennen sind. Zur ökologischen Sanierung der DDR nach 1990 gibt es bisher keine geschichtwissenschaftlichen (Teil-)Studien. Vgl. Günter Bayerl, Umweltsanierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Ein Weg in die ökoindustrielle Gesellschaft?, in: Studienarchiv Umweltgeschichte 14 (2009), S. 3–14; Michael Zschiesche, Umweltschutz in Ostdeutschland – Versuch über ein schnell verschwundenes Thema, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) B27 (2003), S. 33–38.

[4] Vgl. Gemeinsame Erklärung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR [Reichelt] und des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland [Töpfer] über die Durchführung von Umweltschutz-Pilotprojekten in der DDR vom 6. 7. 1989, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), DDR Umweltschutz. Ökologie statt Autarkie. Bestandsaufnahme und Lösungsansätze, Bonn 1990.

[5] Damit war sie aber nicht gefeit vor einem unpräzisen Gebrauch räumlicher Konzepte und Termini. Nach Joseph E. Taylor III, Boundary Terminology, in: Environmental History 13 (Juli 2008), S. 454–481, Zitat S. 456, war „Transnational“ zu oft „a chic way to say international“.

[6] Vgl. Marc Cioc, The Rhine. An Eco-Biography, 1815–2000, Seattle 2002. Die Studie von Christoph Bernhardt, Im Spiegel des Wassers. Eine transnationale Umweltgeschiche des Oberrheins (1800–2000), Köln 2013, konnte für diesen Aufsatz nicht mehr berücksichtigt werden.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

de Ansprüche an den Fluß als Transport- und Handelsweg, als Wasserquelle für Mensch und Tier und, mit zunehmender Industrialisierung, als Ableitung von Produktionsabwässern brachten Modelle gemeinschaftlicher Regulierung hervor. Eingriffe im Oberlauf hatten Konsequenzen im Unterlauf – was dem einen durch eine Begradigung half, bedrohte den anderen durch Hochwasser. Wer sich welche Eingriffe erlauben konnte, wer den Fluß wie nutzte, avancierte zu einer konfliktträchtigen machtpolitischen Frage[7].

Für den deutschen Kontext wird aus einer umwelthistorischen Perspektive einmal mehr deutlich, dass das Land bis 1990 zwar „geteilt, aber nicht unverbunden" war[8]. Gerade die Wasserwirtschaft (Trinkwasserversorgung für West Berlin oder Duderstadt, Verwaltung der Okertalsperre, Instandhaltung von grenznahen Drainagekanälen in der Landwirtschaft), die Nutzung natürlicher Ressourcen im Bergbau (Braunkohle bei Helmstedt/Harbke, Kali entlang der Werra), der Katastrophenschutz (Deichbau entlang der Elbe, Strahlenschutz in Gorleben/Morsleben), forstwirtschaftliche Belange (Borkenkäferbefall, Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid) und abwasserwirtschaftliche Probleme (Kläranlagen, Industrieabwässer) zeigen, wie schwer beziehungsweise unvollständig sich ein hochindustrialisierter Staat durch eine *paper partition* auseinanderdividieren lässt[9]. Unabhängig von der Perfektionierung der tödlichen Grenzanlagen wurden in Umweltfragen die innerdeutsche Grenze und die Berliner Mauer ungewollt zu „Kontaktzonen" zwischen beiden deutschen Staaten[10].

Abfall und Umweltgifte passierten die Grenze in beide Richtungen: Besonders in den 1980er Jahren setzten Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik auf billige Entsorgung und verbrachten einen Teil ihres Haus- und Giftmülls in die DDR. Westdeutsche Umweltverbände erinnerten die Öffentlichkeit deshalb nach dem Mauerfall daran, dass die Bundesrepublik nicht zuletzt auf Kosten der DDR

[7] Grundsätzliche Überlegungen zum Leitmotiv Wasser in der Umweltgeschichte bei Radkau, Ära der Ökologie, S. 195–209; zur Anrainer-Problematik aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive vgl. Rainer Durth, Grenzüberschreitende Umweltprobleme und regionale Integration. Zur Politischen Ökonomie von Oberlauf-Unterlauf-Problemen an internationalen Flüssen, Baden Baden 1996.

[8] Die Formulierung basiert auf dem Buchtitel von Tobias Hochscherf u. a. (Hrsg.), Divided, But Not Disconnected. German Experiences of the Cold War, New York 2010.

[9] Der Begriff „paper partition" gehört in den Kontext kolonialer Teilungen. Vgl. Karl Schlögel, Grenze und Grenzerfahrungen im alten und neuen Europa. Eine Meditation, in: Ulrich Knefelkamp/ Kristian Bosselmann-Cyran (Hrsg.), Grenze und Grenzüberschreitung im Mittelalter, Berlin 2007, S. 3–18, hier S. 10.

[10] Mary Louise Pratt, Imperial Eyes: Travel Writing and Transculturation, New York 1992, S. 4, versteht unter "Kontaktzone" „social spaces where disparate cultures meet, clash, and grapple with each other, often in highly asymmetrical relations of domination and subordination – like colonialism, slavery, or their aftermaths as they are lived out across the globe today." In kulturwissenschaftlichen Grenzlandstudien (borderland studies) hat der Begriff z. B. zur Analyse hybrider Kulturen und pluraler Identitäten breite Verwendung gefunden. Im Kontext des DDR-Grenzregimes, das ja gerade auf die Verhinderung und Kontrolle von grenzübergreifenden Kontakten ausgerichtet war, entbehrt der Ausdruck nicht der Ironie. Die Grenze selbst schuf die Probleme, die anschließend grenzüberschreitend reguliert werden mussten. In diesem Sinne war sie eine (aus DDR-Sicht ungewollte) Kontaktzone.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„so sauber" sei[11]. Auch Schwefeldioxid aus dem Westen gelangte bei entsprechender Windrichtung in die DDR, allerdings lag die Belastung in umgekehrter Richtung weit höher. Aufgrund ihrer Braunkohleabhängigkeit lag die DDR in den 1980er Jahren an der Spitze der europäischen Emittenten von Schwefeldioxid[12].

Bei Grenzflüssen traf die Belastung fast ausschließlich die Bundesrepublik. Die meisten Flüsse entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze fließen von Ost nach West, Westdeutschland war bis 1990 also Unterlieger. Offensichtlich hatte die Bundesrepublik in solchen Fällen einen tatsächlichen Schaden zu verzeichnen. Allerdings machte sie sich solche Vorfälle auch dienstbar, um die DDR politisch unter Druck zu setzen. Das Ministerium für Staatssicherheit warnte die SED-Führung vor dieser Strategie, die darauf angelegt sei, der DDR wirtschaftlich zu schaden, denn „Umweltschutzmaßnahmen würden gewaltige Aufwendungen erfordern, was die DDR [...] in eine schwierige Lage brächte"[13]. Gleichzeitig fürchtete die SED-Führung jedoch die Vorstellung, von den westdeutschen Medien als Umweltsünder hingestellt zu werden[14]. Eine Weisung des DDR-Umweltministeriums von 1981 war entsprechend auch nicht von genuiner Sorge um die Umwelt, sondern von der Sorge um den Prestigeverlust getragen. Nicht Umweltverschmutzung *per se* galt es zu verhindern, sondern vorrangig solche, die dem Westen eine Handhabe bieten könnte[15]. Umgekehrt setzte die DDR die ihr zur Verfügung ste-

[11] „Die BRD ist auch so ‚sauber', weil die DDR so ‚schmutzig' ist." Zitat in: Gemeinsame Erklärung von Umweltverbänden aus Ost und West anlässlich des Round-Table-Gespräches am 13. 12. 1989 bei Bundesumweltminister Töpfer, in: Archiv Bund Naturschutz in Bayern (Nürnberg), Ordner DDR PM PROe. Literatur zum Müllexport in Anm. 113.

[12] Zahlen in: Michael von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, in: Deutschland-Archiv 17 (April 1984), S. 380.

[13] Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Information Nr. 112/84 [1984] über [...] Verhandlungen mit der DDR zum Umweltschutz, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (künftig: BStU), MfS HVA Nr. 29, Teil 1 von 2, fol. 042.

[14] Der Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Hans Reichelt, stellte beispielsweise für den abgesagten Honecker-Besuch in Bonn 1984 Material zusammen, das „Leistungen" der DDR im Umweltschutz auflistete und dazu dienen sollte, den „Verleumdungen der BRD-Medien energisch und beweiskräftig" entgegenzutreten. Reichelt an Mittag, 10. 10. 1984, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (künftig: BArch-SAPMO), Büro Mittag DY 3023/1435. Als Reaktion auf westliche Berichterstattung die Information zur Sendung des ZDF „Mit Wind und Wasser über die Grenzen" am 8. 1. 1987, in: Ebenda, DY 3023/1444.

[15] Die nachgeordneten Behörden werden in der Weisung Nr. 36/81 vom 24. 11. 1981 instruiert, bei allen mit Umweltschutz befassten Mitarbeitern klarzustellen, dass (1) „durch die Verminderung eines Übergreifens von Schaden auf das Gebiet der BRD bzw. auf Westberlin das politische Ansehen der DDR gestärkt wird", (2) „der BRD die Möglichkeit für Schadensersatzforderungen entzogen wird", und (3) „deshalb alle Möglichkeiten zur Verhinderung von Schadensfällen umfassend und ständig genutzt werden müssen." Weisung Nr. 36/81 (VS B161–71/81), in: BArch, DK 5 Nr. 1498; Information über den erreichten Stand bei der Beseitigung von Gefährdungssituationen im Bereich der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin und Vorschläge für das weitere Vorgehen k. D. [22. 3. 1984], in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1442.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

henden Mittel ein, um grenzüberschreitende Umweltsünden der Bundesrepublik zu registrieren. Als das Kohlekraftwerk Buschhaus bei Helmstedt 1984 ohne Entschwefelungsanlage in Betrieb gehen sollte, installierte die DDR im Raum Harbke/Marienborn flugs zwei Messstellen für Schwefeldioxyd, um die politisch wertvolle „Beweisführung" antreten zu können[16].

Dieser Aufsatz untersucht am Beispiel von Grenzgewässern die Dynamik, die sich zwischen den beiden deutschen Staaten aus grenzüberschreitenden Umweltproblemen ergab. Er geht der Frage nach, welche politischen Umstände und Interpretationen der Sachlage eine Kooperation zwischen Ost- und Westdeutschland ver- oder behinderten; dabei wird vor allem deutlich, wie wichtig die Devisenknappheit der DDR in den 1980er Jahren war. Allerdings beschränkt sich der vorliegende Beitrag nicht allein auf Umweltpolitik, sondern räumt der Ökologie der Flüsse eine eigenständige Rolle ein. Besonders am Beispiel der Werra, die durch die Kaliindustrie der DDR mit Salzabwässern aufs stärkste belastet wurde, soll eine Verbindung von Umweltpolitik und materieller Umweltgeschichte versucht werden[17], um den Zugang zu einem umwelthistorischen Thema in den vertrauten Kategorien der politikorientierten Zeitgeschichte zu ermöglichen[18].

Alle Flüsse führen gen Westen

Die DDR war von Natur aus ein relativ wasserarmes Land und deshalb vor allem in der industriellen Produktion zu einer Mehrfachnutzung von Wasser gezwungen. Jahre mit geringem Niederschlag konnten leicht zu akuten Versorgungsengpässen führen, so dass „die Angst vor dem Wassermangel" seit Gründung der DDR alle politischen Entscheidungen über diese Ressource bestimmte[19]. Den Anstrengungen der amtlichen Wasserpolitik zum Trotz waren 1990 allerdings 45 Prozent der Flußläufe der DDR für die Trinkwassergewinnung nicht mehr nutzbar[20]. Kos-

[16] Information 19/83 über die Inbetriebnahme eines in Bau befindlichen Kohlekraftwerks der BRD in der Nähe der Staatsgrenze der DDR, auftretende erhöhte Schadstoffablagerung der DDR und Vorschläge zum Vorgehen, 30. 6. 1983, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Zu Buschhaus vgl. Andreas Wirsching, Abschied vom Provisorium 1982–1990, Stuttgart 2006, S. 367–371.

[17] J. R. McNeill, Observations on the Nature and Culture of Environmental History, in: History & Theory 42 (Dez. 2003), S. 5–43, hier S. 6–9, definiert die drei wichtigsten Zweige der Disziplin als materielle, politische und kulturelle Umweltgeschichte. Materielle Umweltgeschichte macht die stärksten Anleihen in den Naturwissenschaften, weil sie mit „changes in biological and physical environments, and how those changes affect human societies" befasst ist.

[18] Vgl. Jens Ivo Engels, Umweltgeschichte als Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 13 (2006), S. 32–38; vgl. auch Sverker Sörlin, The Contemporaneity of Environmental History: Negotiating Scholarship, Useful History, and the New Human Condition, in: Journal of Contemporary History 46 (2011), S. 610–630; Debatte: Zeitgeschichten der Umwelt, konzipiert von Melanie Arndt, in: Zeithistorische Forschungen 9 (2012), S. 98–137.

[19] Bernhardt, Umweltprobleme im Sozialismus, in: Meyer/Popplow (Hrsg.), Technik, Arbeit und Umwelt, S. 370 f.; vgl. Gerhard Würth, Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR, Frankfurt a. M. 1985, S. 228–231.

[20] Zahl in: Helmut Klapper, Gewässerschutz und Gewässernutzung im Spannungsfeld zwischen Ökologie und Ökonomie, in: Hermann Behrens/Jens Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tenintensive Sanierungsmaßnahmen an Gewässern wurden in der Regel erst in Betracht gezogen, wenn die Wasserqualität sogar die Produktion beeinträchtigte. Gerade bei den grenzüberschreitenden Flüssen galten derartige volkswirtschaftliche Anstrengungen aber als überflüssig, „da die Gewässer in der Regel nach kurzen Laufstrecken das Gebiet der DDR verlassen und damit durch die Belastung dieser Gewässer keine Nutzungsbeschränkungen auf dem DDR-Territorium eintreten“[21].

Diese Haltung definierte freilich das Problem, mit dem sich die Bundesrepublik konfrontiert sah, waren die Westdeutschen doch in der Regel die Unterlieger. 95 Prozent der grenzkreuzenden Flüsse entwässerten von der DDR ins Bundesgebiet, dieses erhielt dadurch das 25-fache des Zuflusses wie die DDR. Während die Flüsse in Ost-West-Richtung spätestens in den 1970er Jahren eine stetig steigende Schmutzfracht mit sich führten, konnte die DDR schon allein wegen der Fließrichtung auf wenig Vergleichbares aus der Gegenrichtung verweisen. Als potenzielle Diskussionspunkte boten sich der DDR allein die fränkische Saale, gegebenenfalls die Warme Bode im Harz und in Berlin der Teltow-Kanal an[22]. Allerdings kam die Bundesrepublik Beanstandungen zuvor und investierte 166 Millionen DM in die Saale; in West-Berlin entstanden moderne Klärwerke[23]. Lediglich an einigen wasserwirtschaftlichen Instandhaltungsmaßnahmen auf westdeutscher Seite ließ sich hin und wieder Kritik üben[24]. Die Bundesrepublik hingegen sah sich mit vielfältigen Schadstoffen in den Grenzgewässern konfrontiert, die die grundlegenden Umweltprobleme der DDR in den 1970er und 1980er Jahren widerspiegelten. Allein auf grenzüberschreitende Flüsse bezogen, wirkten sich diese Umweltprobleme wie folgt aus:

Abfall gelangte aus wilden oder unzureichend gesicherten Mülldeponien in die Grenzgewässer. Zwar produzierte die DDR aufgrund eines relativ niedrigen Konsumniveaus, reduzierten Verpackungsaufwandes und höherer Anstrengungen zur Nachverwertung von Rohstoffen weniger Hausmüll als die Bundes-

in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 2: Mediale und sektorale Aspekte, München 2007, S. 234; vgl. außerdem Manfred Melzer, Wasserwirtschaft und Umweltschutz in der DDR, in: Maria Haendcke-Hoppe/Konrad Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, Berlin 1986, S. 69–87.

[21] Erfassung der Interessenlage der DDR zur Aufnahme von Verhandlungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit der BRD k. D. [6. Nov. 1973], in: BArch-SAPMO, Politbüro DY 30/J IV 2/2. Dieses Dokument war Teil der Vorbereitung von Verhandlungen zu einer umweltpolitischen Zusammenarbeit, wie sie im Grundlagenvertrag ursprünglich vorgesehen gewesen war.

[22] Ebenda.

[23] Vgl. Timothy Moss, Divided City, Divided Infrastructures: Securing Energy and Water Services in Postwar Berlin, in: Journal of Urban History 35 (2009), S. 923–942, hier S. 932. Zur Fränkischen Saale vgl. Peter Wensierski, „Wir haben Angst um unsere Kinder.“ Spiegel-Report über die Umweltverschmutzung in der DDR (III), in: Der Spiegel vom 22. 7. 1985, S. 63.

[24] Vgl. Claus-Einar Langen, Wo Ost-Berlin Schaden fürchtet. Deutsch-deutscher Deichbau interessanter als deutsch-deutscher Umweltschutz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. 6. 1980.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

republik[25]. Allerdings landeten sowohl industrielle Abprodukte als auch Hausmüll regelmässig auf wilden Müllkippen, was auch in der DDR illegal war[26]. Die Steinach in Franken beispielsweise schwemmte regelmässig Siedlungsmüll vom Müllplatz Köppelsdorf aus dem Landkreis Sonneberg über die Grenze in den Kreis Kronach. Nach einem leichten Hochwasser im April 1975 mussten die Betreiber des Elektrizitätswerks Weiss in Mitwitz das Kraftwerk stilllegen und den Fluß erst von Büchsen, Plastikflaschen, Autoreifen, Kisten, Stühlen und diversen Holzteilen befreien. Ganze Schweine verfingen sich in den Rechen des Kraftwerks[27]. Mehrfach wurde die Firma Weiss beim Landratsamt in Kronach vorstellig, eine Besserung stellte sich auch nach einer Beschwerde über die Grenzkommission nicht ein. Nach vier Jahren des Schattenboxens wandten sich die Betreiber des Elektrizitätswerks schließlich an das Justizministerium (BMJ) in Bonn, um sich über das Ausbleiben konkreter Ergebnisse zu beklagen; freilich ohne Erfolg[28].

Die Belastung der Gewässer durch Hausmüll wäre noch rein mechanisch zu lösen gewesen, jedoch litten auch kleinere Grenzflüsse unter dem Eintrag von Düngemitteln, Pestiziden sowie Abwässern aus Schlachthöfen, Molkereien, Brauereien und agrochemischen Betrieben. Die Agrarpolitik der SED verursachte ein weiteres grundlegendes Umweltproblem der DDR, denn bei dem Versuch, Höchsterträge pro Hektar zu erzielen, blieb für extensives Wirtschaften wenig Raum[29]. Wie in der Bundesrepublik wurden auch in der DDR die Kulturlandschaft systematisch ausgeräumt und Flurhindernisse beseitigt: Meliorationskombinate entfernten Hecken und Feldgehölze, begradigten Fluß- und Bachläufe und entwässerten Feuchtgebiete, um neue landwirtschaftliche Nutzfläche zu gewinnen und

[25] Vgl. Hannsjörg F. Buck, Umweltbelastung durch Müllentsorgung und Industrieabfälle in der DDR, in: Eberhard Kuhrt u. a. (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus. Beiträge zu einer Bestandsaufnahme der DDR-Wirklichkeit in den 80er Jahren, Bd. 4: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft. Analysen zur Wirtschafts- Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 455–497, hier S. 461–471; Susanne Hartard/Michael Huhn, Das SERO-System, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz in der DDR, Bd. 2, S. 309–334.

[26] Nach Buck, Umweltbelastung, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, bestanden 1989 rund 13.000 wilde Deponien, 11.000 mit Siedlungsmüll, 2.000 mit industriellem Abraum.

[27] Elektrizitätswerk Weiss, Mitwitz, an Landratsamt Kronach, 13.2. und 15. 4. 1975, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig: BayHStA), Staatskanzlei (StK) Nr. 19538.

[28] Elektrizitätswerk Weiss, Mitwitz, an Dr. Hans De With, Parlamentarischer Staatssekretär beim BMJ, 21. 8. 1979, in: Ebenda: „Was nützt es uns z. B., dass Sie schon jahrelang wegen der Umweltverseuchung mit der DDR verhandeln und es zu keinerlei Besserung bringen." Die Einrichtung einer Grenzkommission wurde im Grundlagenvertrag von Dezember 1972 vereinbart. Die deutsch-deutsche Kommission sollte den Grenzverlauf vermessen sowie Schadensfälle und grenzbezogene Fragen der Wasserwirtschaft und Energieversorgung auf der Arbeitsebene regeln. Zur Arbeit der Kommission vgl. Klaus Otto Nass, Die Vermessung des Eisernen Vorhangs. Deutsch-deutsche Grenzkommission und DDR-Staatssicherheit, Freiburg 2010.

[29] Vgl. aber den Einwurf von Klaus George, Neue Bedingungen für die Vogelwelt der Agrarlandschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung, in: Ornithologischer Jahresbericht Museum Heineanum 13 (1995), S. 1–25.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Landmaschinen auf großer Fläche einzusetzen[30]. Als besonders problematisch erwies sich die Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion, die seit Beginn der 1960er Jahre betrieben wurde. Bei der Massentierhaltung fielen entsprechende Mengen an Gülle an, die größtenteils in unmittelbarer Nähe der Tierfabriken ausgebracht wurde[31]. In der Pflanzenproduktion nahm derweil die Chemisierung der Landwirtschaft durch den massiven Einsatz von mineralischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln zu. Anfang der 1970er Jahre befand sich die Landwirtschaft der DDR schon längst in einem Teufelskreis. Durch Erosion und Kontamination der Böden, Absinken des Grundwasserspiegels, Eutrophierung der Gewässer und das Ausgreifen des Braunkohletagebaus auf Agrarflächen verlor sie landwirtschaftliche Nutzfläche. Der Flächenschwund sollte dann durch eine höhere Bodenfruchtbarkeit kompensiert werden, was die Agrarbetriebe mit nochmals erhöhtem Einsatz von Dünger, erneuter Melioration und weiterer Intensivierung der Flächennutzung zu erreichen suchten. Die politische Kurskorrektur Ende der 1970er Jahre, hinsichtlich von Feldgrösse und Meliorationen, scheiterte oft an den wirtschaftlichen Zwängen einzelner Betriebe[32]. Angesichts der Devastierungen sprach Michael Succow, stellvertretender Umweltminister der Regierung de Maizière, 1990 von diesen Agrarlandschaften gar als „Altlastenflächen"[33].

Auf westdeutscher Seite machte sich diese Form industrieller Landwirtschaft in den Grenzgewässern bemerkbar. Regelmässig starben gerade in kleineren Grenzflüssen wie der fränkischen Föritz, Kreck, Itz und Milz die Fische, was anschließend als „Schadensfall" in der Grenzkommission verhandelt wurde. Selten räumte die DDR ein, dass die Ursache der Verschmutzung auf ihrer Seite lag[34]. In der

[30] Zu den Schäden der Flurbereinigung in der Bundesrepublik vgl. die zeitgenössischen Interventionen von Hubert Weiger, Flurbereinigung und Naturschutz. Bilanz 1982: Nach wie vor negativ, in: Natur und Umwelt 62:2 (April 1982), S. 3–6; „Was spricht gegen Plastikbäume?", in: Der Spiegel vom 9. 5. 1983, S. 80–98; Jochen Bölsche, Die deutsche Landschaft stirbt. Zerschnitten, zersiedelt, zerstört, Reinbek 1983. Zur Flurbereinigung in der DDR vgl. Michael Heinz, Klassenkampf gegen Hecken und Teiche – Flurbereinigung in der DDR, in: Horch und Guck (2012), H. 76, S. 32–35; Hermann Könker, Komplexe Standortmeliorationen, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz in der DDR, Bd. 2, S. 45–58; Hans-Joachim Mohr, Die Entwässerung landwirtschaftlicher Nutzflächen: Schwerpunkt der Meliorationstätigkeit 1960–1990 – ein kritischer Rückblick, in: Ebenda, S. 59–80.

[31] Vgl. Michael Heinz, Von Mähdreschern und Musterdörfern. Industrialisierung der DDR-Landwirtschaft und die Wandlung des ländlichen Lebens am Beispiel der Nordbezirke, Berlin 2011, S. 314–332; P. A. Schmidt, Landwirtschaft und Naturschutz in der DDR, in: Forstwirtschaftliches Centralblatt 109 (1990), S. 378–402; Ausgangssituation Landwirtschaft, Anhang zum Schreiben des Ministerrats der DDR, Ref. N[aturschutz] II.2, Dr. Haiko Pieplow an BMU, Ref. N5, Dr. Rustemeyer, 29. Aug. 1990, in: BArch, B295 Nr. 13831; Hannsjörg F. Buck, Umwelt- und Bodenbelastung durch eine ökologisch nicht abgesicherte industriemäßig organisierte Tier- und Pflanzenproduktion, in: Kuhrt u a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, S. 426–446, hier S. 432.

[32] Vgl. Heinz, Klassenkampf gegen Hecken, S. 34 f.

[33] BMU, Ref. N 1, Protokoll [zur] Besprechung der für den Naturschutz zuständigen Abteilungsleiter des Bundes und der Länder am 24. und 25. 4. 1990 in Bad Reichenhall, in: BArch, B295 Nr. 20493.

[34] Polizeimeister Dürrbeck, Grenzpolizeitstation Rödental, Schlussvermerk [über die Verschmutzung der Effelder mit Waschmittel], 14. 1. 1987, in: BayHStA, StK Nr. 19497.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Regel teilten ihre Repräsentanten in der Grenzkommission mit, das zuständige Wasserwirtschaftsamt habe keine ursächlichen Verunreinigungen nachweisen können[35]. Der Schadensersatz blieb dann an westdeutschen Stellen hängen. Während die Bayerische Staatskanzlei entlang der innerdeutschen Grenze 1970 noch hauptsächlich mit Schäden durch Minenexplosionen rechnete, verlagerte sich der Fokus bis 1976 auf das Fischsterben in Grenzflüssen[36].

Eine weitere Belastung der DDR-Gewässer ergab sich aus unzureichend oder gänzlich ungeklärten kommunalen und industriellen Abwässern. 1983 waren zwar 90 Prozent der DDR-Haushalte an die zentrale Trinkwasserversorgung angeschlossen, aber nur 70 Prozent an die öffentliche Kanalisation; über einen Anschluss an eine Kläranlage verfügten nur 53 Prozent aller Haushalte[37]. Die kommunalen Abwässer und Fäkalien wurden entweder unkontrolliert deponiert, ungeklärt in Flüsse eingeleitet oder auf Rieselfeldern verregnet. Auch Klärschlämme brachte man zur Entsorgung auf Felder aus, selbst wenn diese bewirtschaftet wurden[38]. Kommunale Klärwerke erreichten aufgrund fehlender Wartung und Verschleiß nur noch eine geringe Reinigungsleistung und verfügten in der Regel allein über mechanische Reinigungsstufen[39]. Katastrophen wie die Havarie der Kläranlage Dresden-Kaditz im Januar 1987 verschärften die Lage. Bei Elbhochwasser brachte ein Stromausfall die Pumpen aus den 1920er Jahren zum Stillstand. Die folgende Überflutung der Anlage zerstörte das Pumpwerk, das an-

[35] Vgl. „Fischsterben in der Kreck“, in: Coburger Neue Presse vom 2. 7. 1976; „Fischsterben in der Kreck. DDR-Behörden lehnen Verantwortung ab“, in: Coburger Tageblatt vom 2. 7. 1976. Auch bei einer Verunreinigung der Milz 1981 kam auf Anfrage heraus, „daß die durch die zuständigen Organe der DDR durchgeführten Untersuchungen an der Milz ‚keine außerordentlichen Änderungen ergeben haben'.“ Ministerpräsident Franz Josef Strauß an Johann Böhm, (MdL, CSU), 30. 10. 1981, in: BayHStA, StK Nr. 19539.

[36] Bekanntmachung der Bayerischen Staatskanzlei vom 15. 1. 1970, Nr. 105–3-20: Richtlinien für den Ersatz von Sachschäden, die im Bereich der DL [Demarkationslinie] durch Sperrmaßnahmen der mitteldeutschen Behörden verursacht worden sind, in: BayHStA, StK Nr. 19536; Bayerische Staatskanzlei an Landratsämter, 7. 7. 1976, Betr. Schadensereignisse an der Grenze, die nicht durch die Sperranlagen verursacht sind. „Schadensfälle, die derzeit besonders häufig auftreten, [...] sind Fischsterben in grenzüberschreitenden Gewässern sowie Schäden, die durch das Versprühen von Unkrautvernichtungsmitteln durch die DDR auf unserem Gebiet entstehen.“ In: BayHStA, StK Nr. 19535. Das „Versprühen von Chemikalien“ war auch 1970 schon als Schadensfall anerkannt.

[37] Zahlen basierend auf dem Statistischen Jahrbuch der DDR von 1983, zit. in: von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, S. 381. Siehe auch Würth, Umweltschutz, S. 233. Zum Vergleich: 1983 waren in der Bundesrepublik 99,9 % der Wohnbevölkerung an die Wasserversorgung angeschlossen, 90,7 % an die Sammelkanalisation, darunter 95,3 % mit Anschluss an Kläranlagen (Auskunft Statistisches Bundesamt – Zweigstelle Bonn, 12. 7. 2012).

[38] Vgl. Buck, Umwelt- und Bodenbelastung, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, S. 435.

[39] Vgl. Würth, Umweltschutz, S. 231–248; Bernhardt, Umweltprobleme im Sozialismus, in: Meyer/Popplow (Hrsg.), Technik, Arbeit und Umwelt, S. 376–378; Hannsjörg F. Buck, Umweltpolitik und Umweltbelastung. Das Ausmaß der Umweltbelastung und Umweltzerstörung beim Untergang der DDR 1989/90, in: Eberhard Kuhrt u. a. (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2: Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den 80er Jahren, Opladen 1966, S. 223–257, hier S. 243; Klapper, Gewässerschutz, in: Behrens/Hoffmann (Bearb.), Umweltschutz in der DDR, Bd. 2, S. 235.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schließend nicht mehr repariert wurde. Mit dem völligen Ausfall von Kaditz floss das gesamte Abwasser der Stadt und seiner Umlandgemeinden für die nächsten fünf Jahre ungeklärt in die Elbe[40].

Die ersten beiden innerdeutschen Umweltvereinbarungen bezogen sich auf kommunale Abwässer in grenzkreuzenden Flüssen – ein Umstand, der den Stellenwert dieses Umweltproblems für die Bundesrepublik indiziert. 1982 schlossen die beiden deutschen Staaten ein Abkommen zur Sanierung der drei Ost-Berliner Klärwerke Münchehofe, Falkenberg und Nord. Die Bundesrepublik beteiligte sich mit 68 Millionen DM an der Einführung einer dritten Reinigungsstufe zur Phosphateliminierung und versprach sich davon eine Verbesserung der Wasserqualität für West-Berlin, die sich nach Inbetriebnahme der Anlagen tatsächlich einstellte[41]. 1983 folgte die zweite Vereinbarung über die Sanierung des thüringisch-bayerischen Grenzflusses Röden. Da die Stadt Sonneberg mit ihren 28.000 Einwohnern über keine Kläranlage verfügte, gingen die kommunalen Abwässer direkt in den Fluß. Zwischen Sonneberg und Neustadt bei Coburg glich die Röden einer Kloake[42]. Das DDR-Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft beschönigte keineswegs, wie es um den Grenzfluß stand:

„Infolge [der] Abwassereinleitung ist insbesondere die Röden ein sehr stark belastetes Gewässer, welches in Zeiten geringer Wasserführung den Charakter eines Abwasserkanals hat. Eine wasserwirtschaftliche Nutzung der Röden unterhalb Sonnebergs ist bis weit über die Staatsgrenze mit der BRD hinaus nicht möglich. Die hohe Belastung führt zu Fäulnisprozessen und ständigen Geruchsbelastungen. Die hygienischen Verhältnisse sind bedenklich. Es besteht Seuchengefahr.“[43]

Allerdings führten derart alarmierende Befunde in der DDR nicht dazu, erkannte Gefahren von der eigenen Bevölkerung abzuwenden. Vielmehr unterlagen Umweltdaten in der DDR seit 1982 der Geheimhaltung[44]. Auf bayerischer

[40] Vgl. Rudolf Böhm/Torsten Fiedler/Siegfried Schäfer/Rainer Wiesinger, Zur Geschichte der Stadtentwässerung Dresdens, 3. neubearbeitete u. erw. Auflage, Dresden 2007 (Selbstverlag), S. 110.

[41] Vgl. Reinhard Müller/Birgit Süß, Die Entwicklung des Umweltvertragsrechts zwischen Deutschland, der früheren Tschechoslowakei und Polen, unter rückschauender Einbeziehung der Vertragspraxis der DDR, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 53 (1993), S. 293–321, hier S. 300 f.; Michael von Berg, Umweltschutzabkommen Bundesrepublik Deutschland/DDR, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 123–130, hier S. 124. Zum Erfolg der Anlagen vgl. Dietrich Jahn, Die Sanierung der Berliner Gewässer, in: Stadt + Umwelt (August 1989), S. 28.

[42] Vgl. Edith Sheffer, Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain, New York 2011, S. 210 f.

[43] Stellungnahme zum „Entwurf eines Berichtes zu den Auswirkungen der Verschmutzung der deutsch-deutschen Grenzgewässer durch Einleitungen aus der DDR“, k.D. [Sept. 1983], kein Verf. [erarbeitet im Auftrag von DDR-Umweltminister Reichelt], in: BArch, DK 5 Nr. 5752.

[44] Geregelt durch die „Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten“ vom 16. 11. 1982. Zur Geheimhaltung von Umweltdaten vgl. Carlo Jordan, Umweltzerstörung und Umweltpolitik in der DDR, in: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung (Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“,

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Seite war es dagegen offensichtlich, wie es um den Fluss stand. Der Freistaat versuchte zuerst im Alleingang, dem stinkenden Gewässer durch eine Flußkläranlage in Neustadt-Wildenheid beizukommen, die dem zunehmenden Schmutz allerdings nicht Einhalt gebieten konnte[45]. Nach langwierigen Verhandlungen einigten sich West- und Ostdeutschland auf den Bau einer mechanisch-biologischen Kläranlage auf dem neuesten Stand der Umwelttechnik. Die Technik kam aus der Bundesrepublik, ein Teil der Finanzierung auch. 18 Millionen DM steuerten der Bund und das Land Bayern bei, um die Wasserqualität der Röden zu heben[46]. Die Kläranlage ging 1987 in Betrieb.

War die unzureichende Klärung kommunaler Abwässer bereits bedenklich, so wuchs sich die Belastung der Flüsse durch Industrieabwässer streckenweise zu einer Vergiftung aus. Investitionen in die Reinigung industrieller Abwässer tätigte die DDR erst, wenn wie im Falle der Saale das Flusswasser noch nicht einmal mehr zu Kühlzwecken taugte und in Betrieben am Unterlauf zu Produktionsausfällen führte[47]. In der Regel durchliefen industrielle Abwässer nur eine mechanische Klärung, bei der Ballast- und Schwebestoffe sich in einem Becken absetzten, anschließend durch Siebe, Fett- und Ölabscheider geleitet und in einen Fluß entlassen wurden. Der Rest blieb der „natürlichen Selbstreinigungskraft des Gewässers" überlassen[48]. Davon war in der Elbe und ihren Zuflüssen in den 1980er Jahren nichts mehr übrig. Die Kontaminierung des Flusses begann schon in der Tschechoslowakei und setzte sich in der DDR fort. Zwar verwiesen die DDR-Experten regelmässig auf eine „grössere Selbstreinigungsstrecke" zwischen Magdeburg und Boizenburg und erklärten, dass die Elbe beim Verlassen der DDR „nicht unzulässig verschmutzt sei"[49]. Aus bundesdeutscher Sicht führte der Fluss, im niedersäch-

Bd. II/3), Baden-Baden 1995, S. 1770–1790, hier S. 1786. Die Anordnung war spätestens 1985 in der Bundesrepublik bekannt; vgl. Peter Wensierski, „Wir haben Angst um unsere Kinder", in: Der Spiegel vom 8. 7. 1985, S. 64. In der DDR wurde sie 1988 vom grün-ökologischen Netzwerk „Arche" in der Untergrund-Zeitung Arche Nova veröffentlicht.

45 Problemkatalog der Grenzkommission für das Gebiet des Freistaates Bayern. Stand: 1. 1. 1977, in: BayHStA, StK Nr. 19673; „Grenzen. Teuflische Dinger", in: Der Spiegel vom 1. 7. 1974, S. 43.

46 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Innerdeutsche Regelung im Bereich der Gewässerreinhaltung: Vereinbarung mit der DDR in der Grenzkommission über Maßnahmen zum Schutz der Röden im bayerisch-thüringischen Grenzgebiet, in: Bulletin Nr. 106 vom 13. 10. 1983, S. 969; „Modellfall für innerdeutschen Umweltschutz", in: Wiesbadener Tagblatt vom 13. 10. 1983.

47 Vgl. Peter Wensierski, Umweltprobleme in der DDR. Eine Einführung, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 604 f.

48 Peter Wensierski, Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR, Frankfurt a.M. 1986, S. 141–147, Zitat S. 143; vgl. Buck, Umweltpolitik, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 2: Wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR, S. 244; Würth, Umweltschutz, S. 236–240.

49 Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (BMB) II 7, Vermerk betr. Expertengespräch mit der DDR über die Verschmutzung der Elbe, 2. 2. 1983, in: BArch, B288 Bd. 113. Das Argument der Selbstreinigungsstrecke der Elbe hinter Magdeburg bereits in: Erfassung der Interessenlage der DDR zur Aufnahme von Verhandlungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes mit der BRD k. D. [6. 11. 1973], in: BArch-SAPMO, Politbüro DY 30/J IV 2/2, S. 4.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sischen Schnackenburg angekommen, jedoch gut 80 Prozent seiner Abwasserfracht bereits mit sich. Diese bestand aus jährlich etwa 25 Tonnen Quecksilber, 13 Tonnen Cadmium, 120 Tonnen Blei sowie 100 Tonnen Nickel, Kupfer und Chrom[50]. Als 1990 die erste gesamtdeutsche Gewässergütekarte erstellt wurde, musste eine neue Kategorie für den Zustand der Elbe eingeführt werden: Stufe 8 – ökologisch zerstört[51]. Das Drama der Elbe wiederholte sich entlang der innerdeutschen Grenze in fast jedem Bach und Fluß. Allerdings war es nicht die Elbe, die die Bundesregierung veranlasste, Verhandlungen mit der DDR über die grenzüberschreitende Gewässerverschmutzung zu suchen, sondern die Werra, die schon seit dem 19. Jahrhundert von der Kaliindustrie mit Salzen belastet wurde.

An der Werra salz'gem Strande. Die Vorgeschichte eines deutsch-deutschen Umweltproblems

Die Werra entspringt im Süden des Thüringer Schiefergebirges in der Nähe des Rennsteigs. Im Mittellauf zwischen Hessen und Thüringen mäandrierte sie mehrfach über die innerdeutsche Grenze. Einer ihrer wichtigsten Zuflüsse, die Ulster, beginnt in der hessischen Rhön, durchfließt das thüringische Unterbreizbach und mündet im hessischen Philippstal in die Werra. Nach 298 Kilometern vereinigt sie sich bei Hannoversch Münden mit der Fulda und bildet die Weser. Zu beiden Seiten der Werra erstrecken sich Salzflöze, die Mitte des 19. Jahrhunderts zum Ausgangspunkt der deutschen Kalisalzindustrie wurden – einem Industriezweig, der um die Jahrhundertwende zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Region avancierte und wie selbstverständlich auf deren natürliche Ressourcen zurück griff. Es galt nicht nur das Trinkwasser aus dem Fluß zu gewinnen oder zur Bewässerung der Felder zu verwenden, sondern auch Wirtschaftsabwasser dorthin abzuleiten. Allerdings belastete der Kalisalzbergbau die Werra schon bald so stark, dass der Abwasserkonflikt im Deutschen Reich zu einem zwischenstaatlichen Problem wurde. 1911 fanden sich in Naumburg an der Saale Kaligegner – Fischer, Landwirte, Fabrikanten, kommunale Vertreter – zu einer ersten Demonstration zusammen; an der Entsorgung der Salzabwässer, so zeigte sich rasch, hing die Existenz des ganzen Industriezweigs[52].

Zur langen Tradition des Arguments von der Selbstreinigungskraft der Flüsse vgl. Thomas Rommelspacher, Das natürliche Recht auf Wasserverschmutzung. Geschichte des Wassers im 19. und 20. Jahrhundert, in: Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher (Hrsg.), Besiegte Natur. Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1989, S. 42–63, hier S. 50 f.

[50] Zahlen in: Joachim Kahlert, Die Sanierung der Elbe als Aufgabe deutscher und europäischer Umweltpolitik: Programme, Instrumente und Kooperationen im Gewässerschutz. Eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Vereins für Politische Bildung und Soziale Demokratie am 12. und 13. September 1990 in Dresden, Bonn 1990, http://library.fes.de/fulltext/fo-wirtschaft/00275toc.htm [April 2013].

[51] BMU, Die ökologische Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern, http://www.bmu.bund.de/leitung/doc/45188.php [April 2013].

[52] Die Geschichte der Werra war bereits mehrfach umwelthistorischer Untersuchungsgegenstand. Vgl. Ulrich Eisenbach, Kaliindustrie und Umwelt, in: Ders./Akos Paulinyi (Hrsg.), Die

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1913 trat erstmals eine eigens gegründete preußisch-thüringische Kali-Abwasserkommission in Kassel zusammen, die fortan die Salzeinleitungen regulieren sollte. Aber auch der nun erstellte Salzplan und Flußwasserkontrollen konnten die Chloridkonzentration der Werra nicht unter Kontrolle bringen. Werte von 500 bis 1500 Milligramm pro Liter (mg/l) traten regelmäßig auf. Gewässerexperten analysierten noch vor dem Ersten Weltkrieg die Folgen für die Tier- und Pflanzenwelt und prognostizierten die Entwicklung einer azonalen Salzflora. 1925 kam es erstmals zu einer „Wasserblüte", also zur massenhaften Vermehrung von salzliebenden Kieselalgen, und einem anschließenden Fischsterben[53]. Bremen kämpfte schon seit 1912 gegen die Versalzung des Trinkwassers und forderte, den vom Reichsgesundheitsamt empfohlenen maximalen Chloridgehalt von 250 mg/l einzuhalten. Durchsetzen konnte Bremen diesen Wert nie.

In den 1930er Jahren ließ die Stadt schließlich von ihren Protesten ab. Die Kaliindustrie hatte sich das Wohlverhalten Bremens mit der Zusage erkauft, in Zukunft einen großen Teil ihrer Exporte über den Bremer Hafen abzuwickeln. Gleichzeitig erhielt Bremen eine 200 km lange Trinkwasserleitung aus dem Harz[54]. Im Zweiten Weltkrieg wurde der Chlorid-Grenzwert per Sonderregelung von 1780 mg/l auf 2500 mg/l heraufgesetzt; die Sonderregelung geriet nach Kriegsende zum Dauerzustand[55]. Damit lag die Versalzung der Werra weit über der biologischen Störungsschwelle: Salz führt in einer Konzentration ab 250 mg/l zu einer Verhärtung des Wassers und wird nicht länger zum Verzehr empfohlen. Ab 650 mg/l ist die landwirtschaftliche Nutzung von Wasser zur Feldberegnung oder zur Tränke von Vieh ausgeschlossen. Süßwasserorganismen zeigen unterschiedliche Toleranzen: Bei einem Salzgehalt von etwa 500 mg/l geht der heimische Flußkrebs ein, bei 2000 mg/l trifft es Flußmuschel und Wasserassel und bei 2500 mg/l viele heimische Fischarten, von denen selbst der Aal bei etwa 4000 mg/l stirbt[56].

Die Kaliindustrie reagierte auf die staatliche Regulierung mit der Suche nach Alternativen zur Salzeinleitung. Schon 1912 kam die Idee von „Laugenkanälen"

Kaliindustrie an Werra und Fulda. Geschichte eines landschaftsprägenden Industriezweigs, Darmstadt 1998, S. 194–222; Jürgen Büschenfeld, Der harte Kampf um weiches Wasser. Zur Umweltgeschichte der Kaliindustrie im 19. und 20. Jahrhundert, in: Carl-Hans Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik. Aspekte der Umweltgeschichte in Niedersachsen und angrenzenden Gebieten, Bielefeld 2000, S. 79–109. Vgl. auch Jürgen Büschenfeld, Flüsse und Kloaken. Umweltfragen im Zeitalter der Industrialisierung, 1870–1918, Stuttgart 1997, Kapitel 5.

53 Vgl. Gerd Hübner, Ökologisch-faunistische Fließgewässerbewertung am Beispiel der salzbelasteten unteren Werra und ausgewählter Zuflüsse, Diss., Universität Kassel (Gewässerökologie) 2007, S. 27 f.; zur „Salzflora" vgl. Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 87–89.

54 Vgl. ebenda, S. 100.

55 Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 205 u. S. 216.

56 G. Buhse, Versalzung der Werra und Oberweser und Abwässer der Kali-Industrie, in: Niedersächsisches Landesarchiv-Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: NLA-HH), Nds. 600 Acc. 143/92 Nr. 11; vgl. auch Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 219.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auf. Pipelines von hunderten Kilometern Länge sollten die Salzlaugen vom Kalirevier in die Weser bei Bremen oder in die Unterelbe transportieren. Das Projekt erwies sich jedoch als zu kostspielig[57]. Stattdessen galten die geologischen Bedingungen im Werrarevier als günstig für die sogenannte Versenkung und Verpressung von Endlaugen. Ein Teil des Salzwassers wurde seit Mitte der 1920er Jahre in abgesoffene Gruben oder eigens abgeteufte Schluckbrunnen eingeleitet. Mit der Auslastung leicht erreichbarer Versenkräume ging man in den 1950er Jahren dazu über, die Laugen mit Druck in die unterirdischen Hohlräume einzupressen, um diese maximal auszunutzen. Bis Anfang der 1990er Jahre pumpten die Kaliwerke entlang der Werra etwa 900 Millionen m^3 Abwässer in den Untergrund. Diese Methode stellte gegenüber der Einleitung in den Fluss das kleinere Übel dar, unproblematisch war sie aber nie. Kurz nach dem Beginn der Druckverpressung tauchten Berichte auf, dass Salzlaugen aus dem Erdreich wieder austraten und landwirtschaftliche Nutzflächen verseuchten. Zudem hoben die eingeleiteten Abwässer den Grundwasserspiegel an oder erhöhten den Salzgehalt des Wassers. Oberflächenbiotope passten sich den neuen Verhältnissen an. In der Rohrlache von Heringen beispielsweise, einem 75 Hektar umfassenden Abschnitt der Werraauen, entwickelten sich seltene Salzwiesen mit einer artenreichen „Meeresstrand"-Vegetation, wie es schon vor 1914 prognostiziert worden war. Seit 1979 steht die Rohrlache unter Naturschutz[58].

Auch wenn die Versalzung der Werra tiefere historische Wurzeln hat, so erreichte sie doch erst nach 1945 ihren Höhepunkt. 1947 legte die Kaliabwässerkommission die Grenzwerte und anteiligen Einleitquoten für die Salzfracht ein letztes Mal für Ost und West gemeinsam fest: knapp zwei Drittel entfielen auf die thüringischen Kaliwerke, gut ein Drittel blieb für die hessischen. Nach 1951 schickte die DDR keinen Vertreter mehr zu den Kommissionssitzungen und gab auch keine Auskunft über ihre Ablaugen. Diese machten sich allerdings 1953/54 durch ein Fischsterben bemerkbar, das auf Salzkonzentrationen von über 6000 mg/l zurückging. Anfang der 1960er Jahre hatte die Versalzung der Werra eine Konzentration erreicht, die ein Gefrieren des Wassers verhinderte[59]. 1968 stellten die thüringischen Kalibetriebe die Versenkung der Salzlaugen ein, da es kaum mehr geeignete unterirdische Hohlräume gab. Die Versenkungen gefährdeten zudem die Wasserversorgung von Eisenach und schädigten landwirtschaftliche

[57] Vgl. Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 101.

[58] Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 207–210; Büschenfeld, Der harte Kampf ums weiche Wasser, in: Hauptmeyer (Hrsg.), Mensch – Natur – Technik, S. 101–103; zur Rohrlache http://www.widdershausen.de/rohrlache.html [April. 2013].

[59] Vgl. Hübner, Fließgewässerbewertung, S. 24–34; Jürgen Hulsch/Gerhard M. Veh, Zur Salzbelastung von Werra und Weser, in: Neues Archiv für Niedersachsen 27/4 (Dez. 1978), S. 367–377; Klaus-Martin Liersch, Salz in Werra und Weser, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 642–647. Liersch war Leiter des Göttinger Wasserwirtschaftsamtes, Hulsch und Veh waren Ministerialbeamte in Hannover.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Flächen[60]. Die Salzfracht ging fortan direkt in die Werra. Das Fischsterben verlagerte sich nun auch in die Weser; in der Werra konnten sich ohnehin keine Süßwasserorganismen mehr halten[61].

Die Versalzung von Werra und Weser schlug von da an alle Rekorde, wie *Der Spiegel* 1976 anschaulich darlegte: „Würde man die Bundesbahn für den Transport der Salze im Weserbett heranziehen, müsste alle 55 Minuten ein Güterzug mit 40 Wagen à 15 Tonnen zur Nordsee rollen."[62] In der Werra wurden im Herbst 1976 Spitzenwerte von bis zu 40.000 mg/l Chlorid gemessen, die im Unterlauf der Weser bei Bremen noch immer mit 2400 mg/l zu Buche schlugen. Damit war die Weser schon längst „salziger als die Nordsee"[63]. Die Trinkwasserversorgung von 476 Städten und Gemeinden mit rund fünf Millionen Einwohnern – darunter Bremen, dessen Trinkwasser Mitte der 1970er Jahre noch bis zu vierzig Prozent mit Weserwasser verschnitten war – galt als ernsthaft gefährdet, weil auch das Grundwasser durch die Versalzung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Stadt Bremen musste 1982 die Trinkwassergewinnung aus der Weser einstellen, da bei der Aufbereitung des ohnehin stark versalzenen Weserwassers durch den Zusatz von Chlor zudem ein zu hoher Bromoform-Gehalt auftrat[64]. Auch Brauchwasser ließ sich nur noch unter großem Aufwand aus der Weser gewinnen. Zudem kämpften technische Anlagen und Bauwerke entlang der Flüsse mit vorzeitigen Korrosionsschäden und Materialermüdung: Turbinen, Rohre, Brückenpfeiler, Schiffsrümpfe – das Salz nagte an Stahl und Beton und richtete jährlich Schäden von schätzungsweise 65 Millionen DM an[65]. Die Versalzung, resümierte ein leitender Beamter im niedersächsischen Umweltministerium 1980, „stellt zur Zeit das größte Umweltproblem zwischen der DDR und der Bundesrepublik dar"[66].

Wie im Falle der Röden hatten DDR-Stellen alle nötigen Informationen zur Lage an Werra und Weser. Eine interne Expertise listete 1971 bereits alle zu erwartenden Schäden durch Kaliabwässer auf:

„– Schädigung einer Anzahl großer Grundwasserwerke im Wesergebiet
– Uferfiltrat kann nicht mehr zur Trinkwasserversorgung gewonnen werden

[60] Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 9.6.1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; vgl. auch Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 218.

[61] Vgl. ebenda, S. 216–220; Hulsch/Veh, Salzbelastung, S. 367–377; Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Wesereinzugsgebiet (AAW): Trinkwasserversorgung von fünf Millionen Menschen im Wesereinzugsgebiet durch Weserversalzung beeinträchtigt, [Presseinformation, k. D., wohl 1980], in: HStA Han, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

[62] „Dass der Fluss so krank ist...", in: Der Spiegel vom 27.9.1976, S. 69.

[63] „Umwelt: Lenkt die DDR ein?", in: Der Spiegel vom 25.9.1978, S. 18 f. Die Salzkonzentration der Ostsee beträgt 11.000 mg/l, jene der Nordsee 19.000 mg/l; vgl. Hulsch/Veh, Salzbelastung, S. 371.

[64] Vgl. Liersch, Salz in Werra und Weser, S. 642–647; zum Bromoform-Gehalt: Freie Hansestadt Bremen, Senator für Gesundheit und Umweltschutz, an Gerhard W., Doktorand, 25.5.1981, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173.

[65] Vgl. die Schadensschätzung von 1988 bei Herbert Schäfer, „Hier beginnt die Nordsee." Bonn und DDR streiten um verschmutze Flüsse, in: Die Zeit vom 20.5.1988.

[66] Vermerk MR Jürgen Hulsch, 25.1.1980, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

– Bremen kann nur noch 50% des Trinkwassers aus der Weser entnehmen
– Auswirkung der Versalzung auf den Mittellandkanal (in den bei Minden Weserwasser eingespeist wird) bis in den Raum von Münster
– Beeinträchtigung der Flußwasserentnahme für industrielle Zwecke
– Schädigung der Werrafischerei
– Beeinträchtigung der landwirtschaftlichen Wassernutzung aus Werra, Weser und Mittelland-Kanal."[67]

Allerdings zogen die DDR und die Bundesrepublik fundamental andere Schlüsse aus den bekannten Umweltdaten und fanden bis zum Untergang der DDR zu keiner Einigung, die die Werra entlastet hätte. Welche Faktoren behinderten die Kooperation der Flußanrainer, von der beide Seiten und vor allem die Flüsse profitiert hätten?

Keine Hilfe für die Werra

Beide deutsche Staaten erlebten Anfang der 1970er Jahre einen ökologischen Aufbruch, der in der DDR mit dem Amtsantritt Erich Honeckers zusammenfiel. Umweltpolitik und Naturschutz erschienen kurzfristig als ein neues Betätigungsfeld, mit dem sich die DDR international profilieren könnte. Bis 1975 entstand neben einem Umweltministerium auch eine theoretisch vorbildliche Umweltgesetzgebung. Allerdings verebbte dieser Elan rasch, weil die DDR ihre eigenen Umweltgesetze volkswirtschaftlich nicht umsetzen konnte oder andere politische Prioritäten setzte, die den Wohnungsbau und die Konsumgüterwirtschaft betrafen[68]. Das volkswirtschaftliche Unvermögen, in Umweltschutz zu investieren, wurde auch ideologisch flankiert. Die DDR betrachtete Umweltverschmutzung als „Hinterlassenschaft des Kapitalismus". Das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise sei die Gewinnmaximierung, was zwangsläufig zu einer Unterordnung der Ökologie und zu einem Raubbau an den natürlichen Ressourcen führe. Der Sozialismus hingegen ermögliche die Einheit von Ökonomie und Ökologie und schaffe harmonische Mensch-Umwelt-Beziehungen. Da die sozialistische Produktionsweise

[67] AG II. Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR aus der Instandhaltung und dem Ausbau sowie Probleme aus der Abwasserbelastung der Grenzwasserläufe, 10. 3. 1971, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Das Schriftstück war 1971 von den Justitiaren der „Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber der BRD auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft" (AG II) im Amt für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR (AfR) erstellt worden. Es sollte mögliche Schadensforderungen der Bundesrepublik an die DDR in Bezug auf Grenzgewässer antizipieren. Es wurde am 15. 4. 1971 vom Leiter des AfR, Hermann Kleyer, an den Leiter des Amts für Wasserwirtschaft, Johann Rochlitzer, übermittelt.

[68] Vgl. Jörg Roesler, System- oder konjunkturbedingte Unterschiede? Zur Umweltpolitik in der DDR und der Bundesrepublik in den 70er und 80er Jahren, in: Deutschland-Archiv 39 (2006), S. 480–488; Radkau, Ära der Ökologie, S. 521; Andreas Dix/Rita Gudermann, Naturschutz in der DDR. Idealisiert, ideologisiert, instrumentalisiert?, in: Hans-Werner Frohn/Friedemann Schmoll (Hrsg.), Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2000, Münster 2006, S. 578–590; Überblick Umweltgesetzgebung, in: von Berg, Zum Umweltschutz in Deutschland, S. 376 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nicht auf Maximalprofit ausgerichtet sei, werde sie zwangsläufig langfristig die überlieferten Umweltschäden überwinden[69]. In konkreten Verhandlungen war es aber keineswegs die „reine Lehre," die Gespräche zwischen beiden deutschen Staaten immer wieder zum Erliegen brachte, sondern die Frage der Verantwortlichkeit: Die Bundesrepublik argumentierte mit dem Verursacherprinzip, die DDR mit dem Nutznießerprinzip. Die DDR verursache den Schaden, also müsse sie ihn auch beheben, hieß es aus Bonn. Die Bundesrepublik habe den Nutzen von Verbesserungsmaßnahmen, also solle sie zahlen, hieß es aus Ost Berlin.

Mit diesen unvereinbaren Ausgangspositionen endeten die Blockaden für Umweltgespräche aber noch nicht. Zwischen 1974 und 1980 verweigerte die DDR alle umweltpolitischen Gespräche mit dem Verweis auf das „widerrechtlich" in West-Berlin eingerichtete Umweltbundesamt (UBA). Innenminister Hans-Dietrich Genscher entschied 1973, ein neuzugründendes Amt für Umweltfragen in West-Berlin anzusiedeln, um die Bundespräsenz in der geteilten Stadt zu erhöhen und dort anspruchsvolle Arbeitsplätze zu schaffen. Der Plan beruhte auf einer durchaus eigenwilligen Lesart des Viermächteabkommens von 1971, das West-Berlin zwar den Status absprach, „Bestandteil" der Bundesrepublik zu sein, allerdings die Konzession machte, dass „Bindungen" zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik „aufrechterhalten und entwickelt werden" könnten. Die Bundesregierung betrachtete die neue Bundesbehörde in diesem Sinn, die DDR hingegen erkannte eine eklatante Verletzung des „vierseitigen Abkommens" und konnte sich dabei auf die volle Rückendeckung Moskaus verlassen[70]. Daran änderte auch die Wortakrobatik des Innenministeriums nichts, das anstatt eines Bundesumweltamtes lediglich ein Umweltbundesamt nach West-Berlin schicken wollte. Kurzfristig reagierte die DDR mit Schikanen auf den Transitstrecken nach West-Berlin[71], längerfristig blockierte sie alle deutsch-deutschen Verhandlungen in Umweltfragen. Ein Umweltabkommen, für das im Anschluss an den Grundlagenvertrag schon 1973 Gespräche aufgenommen worden waren, kam erst 1987 zustande[72].

[69] Vgl. ebenda, S. 375 f.; Jörg Roesler, Umweltpolitik und Umweltprobleme in der DDR, Erfurt 2006, S. 8; Karl-Hermann Hübler, Umweltpolitik zwischen Theorie und Umweltrealität in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR – Ein Vergleich, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 13–39.

[70] Zum Konflikt um das UBA vgl. Hermann Wentker, Bundespräsenz in West-Berlin. Perzeption, Propaganda und Politik der SED-Führung, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Hermann Wentker (Hrsg.), Hauptstadtanspruch und symbolische Politik. Die Bundespräsenz im geteilten Berlin, 1949–1990, Berlin 2012, S. 241–262, hier auf S. 255 ein Hinweis auf Ungleichheiten bei den amtlichen Übersetzungen des Abkommens: Während die westlichen Texte davon sprachen, daß „Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik [...] aufrecht erhalten und entwickelt werden", sprach die russische Version allein von „Verbindungen". Eine amtliche deutsche Version des Abkommens lag nicht vor, so dass Auseinandersetzungen über die Übersetzungen aufkommen konnten.

[71] Vgl. „Kneift gewaltig", in: Der Spiegel vom 24. 6. 1974, S. 23 f.; „Berlin: ‚Schikanen auf niedriger Ebene'", in: Ebenda vom 5. 8. 1974, S. 17–19.

[72] Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik (DzD), Bd. VI,3, bearb. von Monika Kaiser, Daniel Hofmann und Hans-Heinrich Jansen, München 2005, Dok. Nr. 87H, S. 344 f. u. Dok. Nr

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Das Tauziehen um das Umweltbundesamt macht deutlich, dass Umweltgespräche auf beiden Seiten stets in einem komplexen deutschlandpolitischen Zusammenhang standen und sich inhaltlich oder zeitlich mit anderen Sachfragen überschnitten. In diesem Geflecht konnten Umweltfragen kurzfristig mit anderen Politikfeldern verknüpft oder befrachtet werden. Die DDR antwortete 1983 auf erste westdeutsche Anfragen zur Sanierung der Elbe mit der leidigen Grenzfrage. Die Bundesrepublik bestand darauf, dass die Demarkationslinie am Ostufer der Elbe verlaufe, die DDR behauptete, sie liege in der Strommitte. Freilich wusste die DDR-Führung ganz genau, dass die Frage der Elbgrenze auf westdeutscher Seite eines der wenigen verbliebenen deutschlandpolitischen Prinzipien war, das weder Bonn noch Hannover aufgeben würden. Die Grenzfrage war für die DDR also ein belastbares Hindernis, mit der sich Umweltgespräche verlässlich verzögern ließen. Erst Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble machte 1988 den Weg für Verhandlungen frei, indem er die Frage der Elbsanierung kurzerhand mit der Neuverhandlung der 1989 auslaufenden Transitregelung für West-Berlin verknüpfte und die Höhe der Transitpauschale von der Aufnahme konstruktiver Gespräche über die Elbe abhängig machte[73]. Angesichts der Tatsache, dass die Bundesregierung 1981 ursprünglich von den Ländern entlang der Elbe zu Verhandlungen mit der DDR gedrängt werden musste, war dies eine überraschend entschlossene Vorgehensweise[74].

Deutsch-deutsche Verhandlungen

Im Falle der Versalzung von Werra und Weser zeigten sich die Hindernisse für eine innerdeutsche Anrainerkooperation immer wieder. Seit die thüringischen Kaliwerke die Versenkung der Kalilaugen 1968 eingestellt hatten und sie stattdessen direkt in die Werra leiteten, war die Salzbelastung des Flusses ein drängendes

240, S. 788, jeweils mit Anmerkungen; vgl. außerdem von Berg, Umweltschutzabkommen, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 123–130. Das Umweltabkommen wurde bei Erich Honeckers Besuch in Bonn 1987 unterzeichnet.

[73] Zur Elbgrenze, Elbsanierung und Transitpauschale vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S. 417–431.

[74] Die Ständige Vertretung (StäV) hielt 1981 Gespräche mit der DDR angesichts der Grenzfrage für wenig aussichtsreich. Sie ging im Übrigen davon aus, daß die Länder Verhandlungen mit der DDR über die Elbe „just for show" forderten, um politischen Druck von Umweltaktivisten auf Bonn umzuleiten. Außerdem seien von der Elbverschmutzung nur wenige Fischer betroffen, die aber überproportional viel Medienecho erhielten: „Hinter den vom hohen Schwermetallgehalt des Elbwassers vor allem betroffenen Kreis der Elbaalfischer hat sich inzwischen eine Gruppe ‚radikaler' Umweltschützer gestellt, die über einen starken Rückhalt in den Medien verfügen. Der betroffene Kreis der Elbbinnenfischer ist mit 12 Personen klein und stände – ohne Öffentlichkeit – in keinem Verhältnis zu den politischen Implikationen, die mit dem Versuch einer Beseitigung des Schwermetallgehalts des Elbwassers verbunden sind." Zitat StäV, Vermerk, Verunreinigung der Elbe, hier 2. Ressortgespräch im BMI am 25. 3. 1981, 26. 3. 1981, in: BArch, B288, Bd. 112. Zum Protest der Elbfischer vgl. „Elbe: ‚Wir hängen jetzt total auf Null'", in: Der Spiegel vom 25. 5. 1981, S. 52–57.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Problem für Westdeutschland geworden. Erste Versuche, die Angelegenheit auf Verwaltungsebene anzusprechen, scheiterten an einem der Dauerbrenner im deutsch-deutschen Verhältnis: der Frage der staatlichen Anerkennung der DDR. Die Bundesrepublik, hieß es in einer Stellungnahme von 1971, könne Schadensersatzansprüche allein aus dem Völkerrecht herleiten, was wiederum die Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt voraussetze. „Solange Westdeutschland an dem Prinzip der Alleinvertretungsanmaßung festhält, kann es demgemäß derartige Forderungen nicht geltend machen."[75] Auf der unteren Ebene ausgebremst, brachten Bonner Vertreter das Thema bei den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag zurück auf die Agenda[76]. Der Vertrag von 1972 sah zukünftige Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten vor, „um zur Abwendung von Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite beizutragen"[77]. In den Vorarbeiten für ein deutsch-deutsches Umweltabkommen firmierten die Kaliabwässer in Werra und Weser zwar bald als das drängendste Problem, doch die Querelen um das Umweltbundesamt setzten den Gesprächen ein schnelles Ende. Die DDR brach sie 1974 ab, die Salzfracht ergoss sich weiter in den Fluss[78].

Offiziell herrschte bis 1980 Funkstille. Zwar hatte die DDR-Führung kein Interesse, die Salzeinleitungen ihrer Industrie zu thematisieren, allerdings wollte sie sehr wohl die umfangreichen Laugenversenkungen der westdeutschen Kalibetriebe ansprechen. Im Februar 1975 stellten Bergleute der thüringischen Grube „Marx-Engels" Laugenzuflüsse in einem Schacht fest. Zudem wies das Trinkwasser von Unterbreizbach erhöhte Salzwerte auf, Laugen traten aus dem Boden wieder auf. Am 23. Juni stürzte der betreffende Schacht ein. Die DDR-Führung machte die Laugenverpressung der westdeutschen Werke Hattorf und Wintershall für dieses „seismische Ereignis" verantwortlich und verlangte Schadensersatz von rund 80 Millionen Valutamark (VM)[79]. Die Bundesregierung wies die Forderungen der DDR entschieden zurück und legte ein Gutachten vor, das den Gru-

[75] AG II. Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR aus der Instandhaltung und dem Ausbau sowie Probleme aus der Abwasserbelastung der Grenzwasserläufe, 10. 3. 1971, in: BArch, DK 5 Nr. 1498. Zu den Auswirkungen des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs auf grenzübergreifende Verwaltungsprobleme auf Gemeinde- und Landkreisebene vgl. Sagi Schaefer, Ironing the Curtain: Border and Boundary Formation in Cold War Rural Germany, PhD. Diss. Columbia University 2011, Kapitel III.

[76] Vgl. „Ostpolitik: Salz in der Werra", in: Der Spiegel vom 1. 12. 1969, S. 27 f.

[77] Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. 12. 1972, Zusatzprotokoll II zu Artikel 7, Ziffer 9, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 155 vom 8. 12. 1972, S. 1843 f.

[78] Eine Zusammenfassung der Entwicklung in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171, Niedersächsischer Landtag, 9. WP. Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umweltfragen, 21. 12. 1979.

[79] Ministerrat der DDR. Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, 30. 5. 1975, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; Mittag an Honecker, 14. 1. 1976, in: Ebenda. Diese Quelle beziffert den Schaden auf 72,7 Mio VM. Spätere Forderungen an die Bundesrepublik lagen bei 80–94 Mio. VM. Vgl. außerdem Ministerium für Staatssicherheit, Information Nr. 588/75 über die Einbringung bzw. Lagerung von Schadstoffen [...] in der Nähe der Staatsgrenze der DDR, 21. 8. 1975, in: BStU, MfS Z2421, fol. 01–04.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bensturz auf bergtechnische Fehler der DDR-Kombinate zurückführte. Die Stützpfeiler, die das Deckgebirge tragen, seien in den Gruben zu stark beschnitten worden, um die Rohsalzausbeute zu erhöhen[80]. Das Kanzleramt bestritt bei dieser Gelegenheit auch den Versenkrücklauf aus hessischen Verpressungen[81]. Allerdings quollen die Salzlaugen auch westlich der Grenze wieder aus dem Untergrund und stellen bis heute ein Problem dar; in diesem Punkt dürfte die DDR ein berechtigtes Monitum gehabt haben[82].

Obwohl der Wirtschaftssekretär des SED-Zentralkomitees Günter Mittag keine Erwartungen hegte, dass Bonn die Schadensersatzansprüche der DDR anerkennen würde, empfahl er Honecker, Gespräche über die Sicherheit im grenzüberschreitenden Bergbau zu genehmigen[83]. Es ging nicht zuletzt um die Unversehrtheit des DDR-Territoriums, denn die westdeutschen Kalilaugen unterwanderten im wahrsten Sinne des Wortes die Grenze[84]. Die DDR-Führung glaubte, hier ein Muster zu erkennen: die westdeutschen Kaliwerke verpressten Laugen in grossem Stil, um „auf Kosten der DDR den Forderungen von BRD-Stellen zum Umweltschutz" nachzukommen. In ähnlicher Weise verlagerten die Westdeutschen bei der Wahl von Gorleben als Standort für ein nukleares Entsorgungszentrum die „Sicherheitsrisiken weitgehend auf das Territorium der DDR"[85].

In Ost-Berlin war allerdings klar, dass Bonn jedwede Ansprache zum Thema Kalibergbau nutzen würde, die Frage der Werraversalzung aufzugreifen. Tatsächlich kam eine Expertise aus Hans Reichelts Umweltministerium zu dem Schluss, dass angesichts wachsender Umweltbelastungen der internationale Trend auf die vertragliche Regelung von Anrainerproblemen hinauslaufe. Der Weiterentwick-

[80] Da diese Praxis fahrlässig beibehalten wurde, kam es im März 1989 zu einem katastrophalen Gebirgsschlag, bei dem das Grubengebäude des Kaliwerks „Ernst Thälmann" auf einer Fläche von 6,8 Quadratkilometern zusammenbrach und Erschütterungen eines mittleren Erdbebens auslöste, die bis nach Frankfurt am Main reichten. Vgl. Eisenbach, Kaliindustrie, in: Ders./Paulinyi (Hrsg.), Die Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 210–212; Karl-Heinz Baum, Wie die DDR einst Hessen erschütterte, in: Frankfurter Rundschau vom 2. 11. 1996, S. 3.

[81] Bonner Antwort auf DDR-Forderungen, übergeben von MinDirg Stern, Bundeskanzleramt (BkA), 21. 6. 1976, Telegramm der Auslandsvertretung (AV) Bonn, gez. Baumgärtel, k. D., und Erklärung der Regierung der Bundesrepublik [im Zusammenhang mit der Übergabe des Gutachtens vom 22. 6. 1977], 30. 6. 1977, alle in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434; westdeutsche Erklärung für den Deckensturz in BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

[82] Zum heutigen Versenkrücklauf vgl. „Alarm am Monte Kali", in: Der Spiegel vom 24. 8. 2009, S. 42–44.

[83] Mittag an Honecker, 14. 1. 1976, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

[84] „Ein Teil der in den Untergrund verpreßten Abwässer wird [...] unterirdisch auf das Territorium der DDR gedrückt und die Versenkräume der DDR in diesem Gebiet damit mitgenutzt." Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Vorschläge für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Beseitigung der Abwässer der Kaliindustrie, 9. 6. 1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

[85] Kali-Zitat in Ministerrat der DDR. Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Vorsitzenden, 30. 5. 1975, Gorleben-Zitat in: Direktive für die Führung von Sondierungsgesprächen mit der BRD und für das weitere Vorgehen zu Fragen des Kaliabbaus im Werra-Kalirevier, 5. 8. 1978, beide in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lung des Völkerrechts in diesem Punkt würde sich die DDR auf Dauer nicht verschließen können. Es sei also davon auszugehen, dass die Entsorgung der Kaliabwässer in der Werra „nicht mehr für längere Zeit aufrechtzuerhalten ist", weil sie die Beziehungen zur Bundesrepublik „ernsthaft" gefährden könne. Andererseits: die Kalivorräte waren endlich, ihr Abbau würde irgendwann zum Erliegen kommen. Bis es aber soweit war, riet Reichelt, sollte „die volkswirtschaftlich für die DDR günstigste Form der Ableitung über die Werra" gesichert werden – Kaliabbau so lange wie möglich und so billig wie möglich. Damit war die Verhandlungsstrategie klar: Es galt, „die Aufnahme von Verhandlungen zur Werraversalzung oder anderen Umweltfragen hinaus[zu]zögern"[86]. Dieses Ziel erreichte die DDR auch. Sieben Expertentreffen zur Kali-Bergbausicherheit, 14 Verhandlungsrunden zur Reduzierung der Laugenversenkung und Werraversalzung und vier Sondierungsgespräche brachten für die Werra bis zum Zusammenbruch der DDR keine Erleichterung[87].

In der Welt deutsch-deutscher Beziehungen, in der oft nur kleine Schritte möglich waren, kamen die Bonner Delegationen hin und wieder zu dem Schluss, kleine Erfolge erzielt zu haben. Über die Gespräche zur Bergbausicherheit 1976/77, in denen die DDR die Anerkennung eines Kausalzusammenhangs zwischen Laugenverpressung und Grubenunglück forderte, war auf Wunsch der DDR-Delegation Stillschweigen vereinbart worden[88]. Von daher erschien es den Westdeutschen schon als Erfolg, das Gespräch von der Bergbausicherheit auf die Werraversalzung zu lenken und die Konsultationen öffentlich zu machen. Sechs Jahre nach dem Tauziehen um das Umweltbundesamt gaben beide Seiten im April 1980 die Aufnahme von Expertengesprächen bekannt[89]. In der Bundesrepublik hatte man die Schadensersatzforderung der DDR also geschickt als Conduite genutzt, die Werraversalzung auf die Tagesordnung zu setzen. Die DDR wiederum hatte erreicht, dass dieser Aspekt nur im Verbund mit den Problemen der Abwasserverpressung und anderen kalibezogenen Fragen diskutiert wurde. Sofern die DDR sich überhaupt auf die Werraversalzung einlassen wollte – und es blieb ihr erklärtes Ziel, das zu vermeiden[90] –, versprach sie sich von solchen Kontakten Zugang zu westdeutscher Umwelttechnik. Zudem machte sie ihre Gesprächsbereitschaft von einer Bedingung abhängig: „Es dürften keine Kosten für die DDR

[86] Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, Vorschläge für das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit der Beseitigung der Abwässer der Kaliindustrie, 9. 6. 1977, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

[87] Dokumentation über die Verhandlungen mit der BRD im Zusammenhang mit dem Kaliabbau im Werragebiet, k. D. [21. 3. 1989], in: Ebenda, DY 3023/1436. Der Zeitraum der Gespräche war 1976–1989.

[88] Bericht über das 1. Gespräch der Expertendelegation der DDR mit Vertretern der BRD [21. 12. 1976] zu den Problemen, die sich für die DDR durch das von BRD-Kaliwerken in der Nähe der Staatsgrenze der DDR vorgenommene Einpressen von Kaliabwässern ergeben, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

[89] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 46 vom 30. 4. 1980.

[90] „Gespräche zur Werra-Versalzung sind unter Hinweis auf die Dringlichkeit der vorerwähnten Fragen [zur Laugenverpressung] nicht zu führen." Mittag an Honecker, 18. 4. 1979, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1434.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

entstehen."[91] Die DDR argumentierte in der Kostenfrage neben dem sattsam bekannten Nutznießerprinzip mit der ökologisch hanebüchenen Position, dass die Versalzung der Flüsse allein ein „Transitproblem" sei: „Das Wasser [...] werde nur durch die Bundesrepublik Deutschland hindurchgeleitet und gelange schließlich in die Nordsee."[92] Die Verhandlungen waren in kurzer Zeit festgefahren, nicht zuletzt deshalb, weil die DDR die Umwandlung der Vorgespräche in wirkliche Verhandlungen immer wieder „von einer konkreten Zusage einer finanziellen Beteiligung abhängig gemacht" hatte[93]. Tatsächlich sah die DDR hier keinen Spielraum. Die Salzeinleitungen in die Werra waren für die Kombinate schon seit Jahren „ökonomisch die einzig mögliche Variante [zur] Sicherung der planmässigen Kaliproduktion"[94].

Das westdeutsche Verhandlungsziel, die Versalzung zu reduzieren, stellte aber die willkommene Möglichkeit dar, eine punktuelle Modernisierung der DDR-Kaliindustrie voranzutreiben. Die Umwelttechnik dazu sollte aus dem Westen kommen, und die DDR-Experten hatten klare Vorstellungen, welche Technik sie übernehmen wollten. In den Jahren der Funkstille war die alte Idee einer Salzwasser-Pipeline durch die niedersächsische und hessische Landespolitik gegeistert. Eine solche 400-Kilometer-Leitung sollte die Kali-Abwässer der hessischen und thüringischen Betriebe von der Grenze direkt in die Nordsee pumpen. Das Pipeline-Projekt wäre mit 1,3 Milliarden DM das bis dato teuerste Umweltprojekt der Bundesrepublik geworden[95]. Es wurde nach einer Machbarkeitsstudie im Juni 1981 aufgegeben[96]. Die Bundesrepublik bot der DDR stattdessen die Errichtung von Flotationen[97] zur Trennung von Steinsalz und Kali beziehungsweise Kieserit aus dem Rohsalz an. Diese Technik wäre innerhalb von zwei bis drei Jahren einsatzfähig gewesen. Bonn befürwortete auch die Errichtung sogenannter Pufferspeicher. Solche Speicher hielten die Salzlaugen bei Niedrigwasser zurück und setzten sie erst bei höherer Wasserführung des Flusses frei. Dies

[91] Vermerk MR Hulsch, Versalzung von Werra und Weser, hier: Stand der Verhandlungen mit der DDR, 4. 2. 1980, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 171.

[92] Ebenda, Nr. 173, Niedersächs. Landtag, 9. WP, Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes, 16. 1. 1981, TOP 2: Gewässerfragen im Zonenrandgebiet, hier: Unterrichtung über den Stand der innerdeutschen Gespräche über Verringerung der Salzfracht von Weser und Werra.

[93] BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

[94] Zusammengefaßte Übersicht über mit der BRD sowie mit Westberlin anstehende Fragen, die unmittelbar ökonomische Interessen der DDR berühren, 27. 5. 1977, in: DzD, Bd. VI,5, bearb. von Daniel Hofmann, Hans-Heinrich Jansen und Anke Löbnitz, München 2011, Dok. Nr. 49, S. 180.

[95] „Gesalzene Rechnung", in: Der Spiegel vom 4. 2. 1980, S. 72 u. S. 75. Dazu wären etwa 15 Millionen DM an jährlichen Unterhaltungskosten gekommen.

[96] Niedersächs. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an den Niedersächs. Ministerpräsidenten, 24. 6. 1981, in: NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173.

[97] Zu den Verfahren der Kaliproduktion vgl. Hans-Jörg Wittich, Kurze Darstellung der Produktionsprozesse eines Kaliwerkes mit Beispielen der technischen Entwicklung in der Kaliverarbeitung, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 137–166, hier S. 153–156.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

verdünnte die Laugen und verstetigte den Eintrag, denn Flora und Fauna in Werra und Weser litten nicht zuletzt an der stoßweisen Einleitung der Umweltgifte, an die sich kein Organismus langfristig anpassen konnte. Die DDR-Vertreter wollten aber lieber ein elektrostatisches Trennverfahren übernehmen, das die Kali & Salz AG (K&S) in Kassel unter Einsatz von 300 Millionen DM selbst entwickelt hatte. Dieses „ESTA-Verfahren" hatte es der K&S erlaubt, ihre Salzeinleitungen zu senken, dafür türmten sich die Abraumsalze zu weithin sichtbaren Kalibergen („Monte Kali"). Wegen des aufwendigen Verfahrens kostete die hessische Kaliproduktion auch weit mehr als jene in Thüringen[98].

Die ESTA-Technologie war natürlich kein Verhandlungschip, den die Bonner Vertreter einfach spielen konnten, da die K&S die Patente hielt. Eine Abtretung des technischen Know-Hows konnte sich der Vorstand nur vorstellen, wenn die DDR sich verpflichten würde, die im Verfahren anfallenden Nebenprodukte, vor allem das für die Düngerherstellung wichtige Kieserit, nicht auf dem Weltmarkt anzubieten. Dies hätte der K&S Wettebewerbsnachteile beschert, da die Kali-Industrie der DDR nicht zuletzt aufgrund ihrer Umweltsünden günstiger produzierte. Eine ESTA-Pilotanlage wäre zudem erst in sechs bis acht Jahren einsatzfähig gewesen und hätte neben den ohnehin höheren Kosten im Vergleich zur Flotation auch die Zahlung von Patentgebühren an die K&S erfordert. Wie üblich war die DDR auch diesmal „weder zur Zahlung dieser Gebühren noch zu der der Pilotanlage bereit und forderte eine Bezahlung durch die Bundesrepublik"[99].

Auf westdeutscher Seite stellte sich bis Ende der 1980er Jahre Resignation ein. Offensichtlich wollte die DDR die Situation aussitzen und näherte sich Stück für Stück ihren eigenen Verhandlungszielen an. Das 1980 eingeführte ESTA-Verfahren reduzierte sowieso die westdeutsche Abwassermenge und damit die Verpressung von Laugen, ganz ohne eine deutsch-deutsche Übereinkunft[100]. 1984 unterzeichneten beide Seiten eine Regelung zur Arrondierung der Kaliabbaufelder entlang der Grenze, gefolgt von einer Regelung der Sprengzeiten ein Jahr später[101]. Die westdeutschen Vertreter konnten nicht übersehen, dass die DDR die für sie wichtigen bergtechnischen Fragen zügig anging, bei der für die Bundesrepublik zentralen Frage der Werraversalzung jedoch blockierte. Wollten die Bonner „nicht die Faustpfänder [...] verlieren", mussten sie ihrerseits das Tempo der Verhandlungen drosseln[102].

98 Vgl. ebenda, S. 156–158.

99 BMB II 7, Aufzeichnung zum Stand der Verhandlungen über Maßnahmen zur Reduzierung der Werraversalzung und Versenkung, 15. 11. 1986, in: BayHStA, StK Nr. 19611; vgl. auch „Im Koma", in: Der Spiegel vom 31. 5. 1982, S. 48–52.

100 Die westdeutsche Delegation informierte die DDR im Oktober 1980 über erste Erfolge mit dem ESTA-Verfahren. Bericht über das 3. Gespräch zu den mit dem Kaliabbau im Grenzgebiet zw. der DDR und der BRD zusammenhängenden Fragen am 17. und 18. Okt. 1980 in der Hauptstadt der DDR Berlin, 18. 12. 1980, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1435.

101 Vgl. von Berg, Umweltschutzabkommen, in: Haendcke-Hoppe/Merkel (Hrsg.), Umweltschutz in beiden Teilen Deutschlands, S. 125 f.

102 NLA-HH, Nds. 800 Acc. 2001/090 Nr. 173, Niedersächs. Landtag, 9. WP, Niederschrift über die 23. Sitzung des Ausschusses für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler sowie Fragen des Zonenrandgebietes, 16. 1. 1981.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ungewollt stärkte auch die K&S die Position der DDR. Die Firma bemühte sich seit 1985 um eine Genehmigung, im Schutzstreifen bei Dankmarshausen Abraumsalz aufzuhalden. Die DDR war dem devisenträchtigen Ansinnen nicht abgeneigt, der sogenannte Dankmarshäuser Sack lag ohnehin brach. Geschickt verband sie die Zwangslage der K&S, neue Standorte für Kalihalden aufzutun, mit der altbekannten Forderung, Abwasserverpressungen auf hessischer Seite einzustellen[103]. Auch eine spektakuläre Protestaktion von Greenpeace brachte keinerlei Bewegung in die Verhandlungen. Die Öko-Aktivisten hatten 1986 unter dem Motto „Zurück an den Absender" einen Zentner Salz vor das Ost-Berliner Umweltministerium gekippt, das sie zuvor aus Werra-Wasser herausgesiedet hatten[104]. Es musste schon als Erfolg gelten, dass die DDR Ende der 1980er Jahre wenigstens Versuche mit einem Pufferspeicher durchführte. Den Dauerbetrieb eines Speichers in der Gerstunger Mulde machte die DDR allerdings wie gehabt von Finanzhilfe aus dem Westen abhängig. Die Bundesrepublik sollte sich nicht nur an den Investitions-, sondern auch an den laufenden Betriebskosten beteiligen[105].

Für die Westdeutschen waren Fortschritte in der Frage der Werraversalzung also nur zu erkaufen. Ein leitender Beamter des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen war der Meinung, dass „die ‚reiche' Bundesrepublik Deutschland [...] bereit und in der Lage sein [müsste], im Interesse Deutschlands und der in der DDR lebenden Deutschen sich an Umweltschutzmaßnahmen in der DDR [...] finanziell zu beteiligen"[106]. Im Einklang mit dieser letzlich durch Ermattung erzielten Einsicht entwickelten Vertreter des Bundes und der Länder 1987 einen neuen „Schubladenentwurf", der den Bau einer ESTA-Pilotanlage im thüringischen Merkers vorsah, weil damit gerechnet wurde, dass die DDR die Flotation bei einem letzten Vorstoß abermals ablehnen würde[107]. Schließlich bot die Bundesregierung der DDR im September 1988 die ESTA-Technologie mit einer Finanzierungshilfe von 200 Millionen DM an[108]. Ein Scheitern der Gespräche konnte sich auch die DDR nun nicht mehr leisten, da bei den KSZE-Verhandlungen in

[103] Kurt Singhuber, Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, an Hans Reichelt, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 29. 8. 1988, [mit Anlage] Vorlage für das Politbüro betr. Information über Vorhaben im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der BRD zur Aufhaldung von Steinsalzrückständen der BRD-Kali-Industrie auf DDR-Territorium im Grenzbereich sowie zur Kaliabwasserbeseitigung des VEB Kalibetrieb „Werra", in: BArch, DK 5 Nr. 1498.

[104] Vgl. Uwe Bastian, Greenpeace in der DDR. Erinnerungsberichte, Interviews und Dokumente, Berlin 1996, S. 18–20.

[105] Kurt Singhuber, Minister für Erzbergbau, Metallurgie und Kali, an Hans Reichelt, Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, 29. 8. 1988, [mit Anlage] Vorlage für das Politbüro betr. Information über Vorhaben im Zusammenhang mit Verhandlungen mit der BRD zur Aufhaldung von Steinsalzrückständen der BRD-Kali-Industrie auf DDR-Territorium im Grenzbereich sowie zur Kaliabwasserbeseitigung des VEB Kalibetrieb „Werra", in: BArch, DK 5 Nr. 1498.

[106] Michael von Berg, Umweltschutz in Deutschland. Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten, in: Geographische Rundschau 39 (1987), H. 11, S. 609.

[107] BMB II B 3, Vermerk, 6. 2. 1987, in: BayHStA, StK Nr. 19611.

[108] Non-Paper, 14. 9. 1988, in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1436.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wien zeitgleich das Verursacherprinzip und die Staatenhaftung für Umweltschäden völkerrechtlich verankert wurden. Selbst Günter Mittag fand es jetzt „unumgänglich, daß die DDR ihrerseits materielle Aufwendungen bei der Salzreduzierung trägt". Allerdings war er mit dem westdeutschen Angebot von 200 Millionen nicht zufrieden[109].

Grenzüberschreitender Umweltschutz als Devisenquelle

Die Positionen und Strategien der DDR in den Verhandlungen um die Kaliabwässer stehen pars pro toto für andere Umweltgespräche. Die Zähigkeit der Verhandlungen lässt sich nicht allein durch die Indifferenz der DDR-Führung gegenüber Umweltschäden erklären[110]. Der Zeitpunkt von Umweltverhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten spielte ebenfalls eine entscheidende Rolle: Nach der 1973 eingetretenen Funkstille entwickelte sich deutsch-deutsche Umweltpolitik erst Anfang der 1980er Jahre zu einem neuen Handlungsfeld der DDR. Damit fiel die Wiederaufnahme von Umweltgesprächen in jene Phase, die von einer Liquiditätskrise und der steigenden Abhängigkeit der DDR von Krediten und Transferleistungen aus der Bundesrepublik gekennzeichnet war[111]. Die Umweltgespräche der 1980er Jahre waren also sofort mit der Zielsetzung befrachtet, möglichst viel an Devisen zu erwirtschaften. Grenzüberschreitender Umweltschutz galt als potenzielle cash cow, einzelne Projekte wurden vorrangig nach ihrem Devisenwert bemessen. Institutionell drückte sich diese Zielrichtung darin aus, dass die Marschrichtung deutsch-deutscher Umweltgespräche nicht etwa im Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft formuliert wurde, sondern im Wirtschaftssekretariat des ZK der SED von Günter Mittag, unter wachsender Beteiligung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung von Alexander Schalck-Golodkowski.

Erfahrungen auf dem Gebiet grenzüberschreitender Umweltdienstleistungen hatten sich für die DDR schon aus den Beziehungen zu West-Berlin ergeben. Seit der Berlin-Blockade 1948 war die Infrastruktur der Stadt (Strom, Wasser, Abwasser) ein politischer Spielball zwischen den Systemen. Zwar konnte der Senat über die Jahrzehnte entscheidende Fortschritte erzielen, eine infrastrukturelle Autarkie West-Berlins blieb jedoch utopisch[112]. Seit 1973 nahm die DDR auf Wunsch

[109] Mittag an Honecker, 29. 11. 1988 [mit Anlage], gezeichnet „Einverstanden" von Honecker am 30. 11. 1988, in: Ebenda.

[110] Radkau, Ära der Ökologie, S. 523, spricht in diesem Zusammenhang von "purem Fatalismus" der DDR-Führung.

[111] Zur Verschuldungskrise der DDR vgl. André Steiner, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, S. 191–226; Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Kuhrt u. a. (Hrsg.), Ende, Bd. 4: Endzeit, S. 151–177; Jörg Roesler, Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre, in: Deutschland-Archiv 26 (Mai 1993), S. 558–572; Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013, S. 132–141, S. 158–166 u. S. 172–174.

[112] So mussten anstelle von ursprünglich 90 % aller Abwässer 1989 nur noch 28,3 % im Umland aufgearbeitet werden; vgl. Moss, Divided City, Divided Infrastructures, S. 927 u. S. 932.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

des Senats Haus- und Bauabfälle aus West Berlin ab und entschärfte damit eine akute Krise bei der Müllentsorgung. Die DDR errichtete die Deponien Schöneiche, Vorketzin und Deetz ausschließlich für West-Berliner Müll und erwirtschaftete bis 1989 auf diesem Wege 870 Millionen DM. Nach diesen lukrativen Erfahrungen weitete die DDR dieses Geschäftsmodell auf Abfälle aus dem übrigen Bundesgebiet und dem westeuropäischen Ausland aus und eröffnete 1979 die Sondermülldeponie Schönberg im Kreis Grevesmühlen[113].

Auch in wasserwirtschaftlichen Fragen blieb West-Berlin zwangsläufig mit dem Umland verbunden. Im Dezember 1974 ersetzte eine neue Abwasservereinbarung frühere Regelungen. In Ost-Berlin nahm man bei der Gelegenheit auch den wachsenden Trinkwasserbedarf im westlichen Teil der Stadt zur Kenntnis, der spätestens 1985 zu ernsthaften Versorgungsengpässen geführt hätte. Da der West-Berliner Senat bereits Mitte der 1970er Jahre sondiert hatte, ob die DDR zu Trinkwasserlieferungen bereit sei, eröffneten sich hier offensichtlich weitere Möglichkeiten. Aus der für West-Berlin zuständigen Abteilung des DDR-Außenministeriums kam der Vorschlag, die Zwangslage des Senats zu nutzen, um „einen Valutaerlös zu erzielen und den Senat zu veranlassen, sich an den *ohnehin* für die Trinkwasserversorgung der Hauptstadt der DDR [...] *erforderlichen Investitionen* zu beteiligen, was durch spätere Trinkwasserlieferungen entsprechend vergütet werden könnte“[114]. Da die DDR noch nicht einmal die eigene Bevölkerung zuverlässig mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser versorgen konnte, wurde hier sozusagen eine Bückware für den Export vorgesehen. Auch der Gedanke, die Modernisierung eigener Umwelttechnik von der Bundesrepublik bezahlen zu lassen, war hier bereits angelegt.

Dieses Ziel wurde 1982 erstmals umgesetzt, als aus Westdeutschland 68 Millionen DM in die technische Verbesserung der drei Ost-Berliner Klärwerke Münchehofe, Falkenberg und Nord flossen[115]. Schon vor der Inbetriebnahme von Münchehofe (1975) und Falkenberg (1981) war auf DDR-Seite bekannt, dass die nur mechanisch-biologisch geklärten Abwässer dieser Werke West-Berliner Gewässer stärker belasten würden als umgekehrt Abwässer der West-Berliner Klärwerke den Teltow-Kanal. Die ursprüngliche Verhandlungsposition der Westdeutschen zur Verbesserung der Berliner Gewässerqualität sah vor, dass beide Seiten zeitgleich eine dritte chemische Reinigungsstufe zur Phosphateliminierung einführen wür-

[113] Vgl. Jinhee Park, Von der Müllkippe zur Abfallwirtschaft. Die Entwicklung der Hausmüllentsorgung in Berlin (West) von 1945 bis 1990, Phil. Diss. TU Berlin 2003, S. 84–90 u. S. 192–196, Zahlen S. 196; Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 67–76 u. S. 192–203; vgl. auch die Beiträge bei Susanne Köstering/Renate Rüb (Hrsg.), Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg, Münster 2003; zur Deponie Schönberg auch Matthias Baerens/Ulrich von Arnswald, Die Müll-Connection. Entsorger und ihre Geschäfte. Ein Greenpeace Buch, München 1993.

[114] Information über wasserwirtschaftliche Probleme zwischen der DDR und Westberlin und Vorschläge für das weitere Vorgehen der DDR, k. D. [Anhang zu Joachim Mitdank, Lt. Abt. West Berlin im MfAA, an Johann Rochlitzer, Lt. Amt für Wasserwirtschaft beim Ministerrat der DDR, 13. 6. 1975], in: BArch, DK 5 Nr. 971, Bd. I. Hervorhebung durch die Autorin.

[115] Vgl. Anm. 41.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den. Dabei übersah man freilich, dass der wachsende Leidensdruck auf westlicher Seite integraler Bestandteil der ostdeutschen Verhandlungsstrategie war, um eine möglichst hohe westliche Kostenbeteiligung zu erreichen[116].

Diese Erfahrungen und Strategien wendete die DDR auch bei Verhandlungen über die Grenzgewässer an. Das erfolgreichste Projekt war der Bau der Kläranlage in Sonneberg. Wieder wurde das westdeutsche „Interesse an einer baldmöglichen Verbesserung des Gütezustandes der Röden genutzt", um eine westliche Beteiligung zu erreichen[117]. Zwar fielen die finanziellen Zusagen der Bundesrepublik mit 18 Millionen DM vergleichsweise bescheiden aus; allerdings gelang es der DDR, diesen Betrag in frei konvertierbarer Währung zu erhalten, nicht in den sonst im innerdeutschen Handel üblichen Verechnungseinheiten (VE). Das Bonner Wirtschaftsministerium sprach sich für die Zukunft gegen einen solchen Zahlungsweg aus, da er dem Ziel der DDR in die Hände spielte, mit der Umwelt einen Devisengewinn zu erwirtschaften. Denn für die DDR entstanden alle Kosten der Kläranlage in Ost-Mark[118]. Die DDR machte sich zudem flugs daran, „eine wesentliche Minimierung des Investitionsaufwandes zu erreichen"[119]. Das „Modell Röden" galt der DDR fortan als der Goldstandard in deutsch-deutschen Umweltgeschäften.

Die Kläranlagen in Berlin und Sonneberg passen in ein Muster: Mit Beginn der 1980er Jahre häuften sich die Versuche der DDR, mit der Bundesrepublik Umweltgeschäfte zu machen. Alexander Schalck-Golodkowski schlug Günter Mittag 1980 vor, in die Wiederaufarbeitung radioaktiver Abfälle einzusteigen. Zwar war im niedersächsischen Gorleben nach wie vor das Projekt eines Endlagers für Atommüll anhängig, die Pläne für eine Wiederaufbereitungsanlage hatte Ministerpräsident Ernst Albrecht jedoch aufgrund des Widerstands vor Ort 1979 begraben[120]. Hier sah Schalck eine Chance für die DDR, denn die bundesdeutsche Atomindustrie, deren Verträge mit der französischen Wiederaufbereitungsanlage in La Hague 1985 ausliefen, trudelte einem Entsorgungsengpass entgegen. Allerdings verfügte die DDR nicht über die Ressourcen, eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen und zu betreiben. Eine solche Anlage hätte von den Westdeutschen

[116] Senator für Bau- und Wohnungswesen, Abt. III bC4, Protokoll über das 5. Expertengespräch mit dem [DDR] Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft betr. die Lösung dringlicher Berliner Gewässerschutzprobleme, 11. 12. 1980, in: NLA-HH, Nds. 800, Acc.200/090 Nr. 173. Am Rand des Protokolls die Marginalie eines westdeutschen Beamten: "DDR fordert 5-fach überhöhte Kosten!!"

[117] Ministerrat der DDR, VVS B2-B161, 12. 12. 1983, Beschluß über Maßnahmen zur Abwasserbehandlung der Stadt Sonneberg, in: BArch, DK 5 Nr. 1995.

[118] BMWi an BMI, BkA, BMB, BMJ, BMF, Landesvertretung Berlin, Beteiligung der Bundesrepublik an Projekten in der DDR, 11. 12. 1985, in: BArch, B288, Bd. 108.

[119] Das Investitionsvolumen war von DDR-Seite mit 80 Millionen Mark beziffert worden. „Mit der Ausarbeitung der Aufgabenstellung und der weiteren Verbreitung des Vorhabens ist eine wesentliche Minimierung des Investitionsaufwandes zu erreichen." Ministerrat der DDR, VVS B2-B161, 12. 12. 1983, Beschluß über Maßnahmen zur Abwasserbehandlung der Stadt Sonneberg, in: BArch, DK 5 Nr. 1995.

[120] Vgl. Anselm Tiggemann, Die „Achillesferse" der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Kernenergiekontroverse und Geschichte der nuklearen Entsorgung von den Anfängen bis Gorleben 1955–1985, Lauf an der Pegnitz 2010, S. 662–676.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gebaut und finanziert werden müssen und wäre dann über Wiederaufbereitung abgegolten worden. Angesichts der Anti-Atomkraft-Bewegung und der Dringlichkeit des Entsorgungsproblems in der Bundesrepublik war diese Idee nicht aus der Luft gegriffen. Ein entsprechendes Angebot wurde der Bundesregierung jedoch nie unterbreitet[121]. Dafür trug Günter Mittag 1981 Honecker die weniger aufwendige Idee vor, den Export von radioaktiven Isotopen an medizinische Einrichtungen zu erhöhen und zugleich die Rücknahme des schwachradioaktiven Abfalls anzubieten. Auf diesem Weg hätte sich nicht nur der Exporterlös steigern, sondern auch der radioaktive Abfall zu Geld machen lassen[122].

1984 instruierte Mittag Umweltminister Reichelt, die Direktiven für weitere Verhandlungen mit dem Nachbarn auszuarbeiten. Oberstes Ziel waren „Valutaeinnahmen", gefolgt vom Zugang zu westlicher Umwelttechnik, die die DDR dann nicht selbst entwickeln musste. West-Berliner Müll, gleich welcher Art, blieb ein wichtiges Geschäftsfeld, das „ab 1984 langfristig weiterhin Valutaeinnahmen von ca. 60–70 Mio. VE sowie bei Abwasser von ca. 14 Mio. VE" einbringen sollte[123]. Reichelt schlug Mittag außerdem vor, nicht nur West-Berliner Abwässer zu klären, sondern auch gleich den Klärschlamm abzunehmen[124].

Wie die Umweltbilanz der DDR 1990 erdrückend belegte, war die DDR zu all diesen Dienstleistungen gar nicht in der Lage. Die SED-Führung verkaufte Leistungen an das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet", die sie ihrer eigenen Bevölkerung vorenthielt. Westdeutsche Stellen wiederum gaben der Versuchung nach, eigene Umweltprobleme auf der anderen Seite der Grenze zu entsorgen[125]. Die Umwelt war zur Ware geworden.

---

[121] Vgl. Mike Reichert, Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad, 1955–1990, St. Katharinen 1999, S. 289–293. Schalcks Pläne, westdeutschen Atommüll abzunehmen, kursierten Anfang der 1980er Jahre als Gerücht unter DDR-Atomwissenschaftlern. Vgl. Information, 21. 3. 1980, in: BStU, MfS HA XVIII Nr. 18910, fol. 221–222.

[122] Vorschlag zur Erhöhung des NSW-Exportes von Isotopenerzeugnissen sowie der Abnahme anfallender schwachradioaktiver Abfälle, 29. 9. 1981, von Honecker am 30. 9. 1981 akzeptiert („einverstanden"), in: BArch-SAPMO, Büro Mittag DY 3023/1441. Der Abfall sollte im Endlager Morsleben gelagert werden, was in den Abnahmeverträgen allerdings geheim bleiben sollte. Weitere Ausarbeitung dieses Kompensationsgeschäfts in: BStU, MfS HA XVIII Nr. 8722, fol. 017–023. Die zu erwartenden Einnahmen wurden auf 2,5–4 Mio. VM beziffert.

[123] Günter Mittag an Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft Dr. Hans Reichelt, 20. 3. 1984 [Betr. Ausarbeitung von Direktiven zur weiteren Verhandlung mit BRD zu Umweltfragen], in: BArch, DK 5 Nr. 5756. Als Anfang 1989 die Gespräche zur Sanierung der Elbe über ein Stadium von Präliminarien hinauskamen, entstand bei der westdeutschen Delegation „gelegentlich [...] der Eindruck, daß die DDR auf diesem Wege letztlich die valutamäßige Totalsanierung der Abwasserprobleme ihrer Elb-Industrien beabsichtigt." StäV an BkA, BMU, BMB, AA, 31. 3. 1989, in: BArch, B288 Nr. 384.

[124] Konzeption für die Weiterführung von Verhandlungen mit dem Westberliner Senat auf den Gebieten der Wasserwirtschaft und des Umweltschutzes, k. D. [10. 10. 1984], in: BArch, DK 5 Nr. 5756.

[125] Diese Umweltprobleme hatten aber durchaus „grenzenlose" Qualitäten. Der westdeutsche Müllexport auf die Deponie Schönberg gefährdete das Grund- und Trinkwasser für Lübeck und natürlich auch für die umliegenden mecklenburgischen Gemeinden. Vgl. „Seliges Gottvertrauen", in: Der Spiegel vom 20. 7. 1987, S. 32–34.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Werra heute

Und die Werra? Der Fluß profitierte eindeutig vom Untergang der DDR. Die Salzbelastung der Werra konnte nach der Wiedervereinigung radikal gesenkt werden. Zwischen 1990 und 1995 fiel die Chloridkonzentration am Pegel Gerstungen in der Werra um 72 Prozent, schnellte allerdings aufgrund geringer Wasserführung in den folgenden zwei Jahren noch einmal in die Höhe[126]. Die Reduzierung der Salzeinleitungen ging auf Betriebsstillegungen in Thüringen sowie auf verfahrenstechnische Neuerungen zurück. Zwei Thüringer Kali-Werke – Merkers und Bischofferode – wurden geschlossen, die übrigen drei an den Hauptkonkurrenten, die Kasseler K&S, veräußert[127]. Versalzen ist die Werra allerdings bis heute. Der Verursacher ist jetzt allein die K&S, die in der Zwischenzeit zu einem *Global Player* in der Düngemittel-Industrie und zum viertgrößten Kaliproduzenten der Welt aufgestiegen ist. Regionale Umweltschutzorganisationen sowie Greenpeace und der BUND fordern seit Jahren von der K&S ein Ende der gängigen Salzentsorgung. Die Verpressung von Laugen und das Auftürmen von Kali-Bergen aus den Abfallstoffen des ESTA-Verfahrens waren nie problemlos, sondern lediglich das kleinere Übel[128]. Daher ist die Werra bis heute in einem schlechten ökologischen Zustand. Diese Schäden sind keine Hinterlassenschaft der DDR-Kombinate, sondern nachweislich das Resultat der fortlaufenden Einleitungen; Spitzenbelastungen lagen 2008 bei 3000 mg/l[129]. Das ist natürlich kein Vergleich

[126] ARGE Weser, Folgen der Reduktion der Salzbelastung in Werra und Weser für das Fließgewässer als Ökosystem (Hildesheim: Wasssergütestelle Weser, 2000), S. 11; vgl. auch Hübner, Fließgewässerbewertung.

[127] Der schwierige Vereinigungs- und Konsolidierungsprozess der Kaliindustrie war vor allem durch den Hungerstreik der Bergleute von Bischofferode 1993 kurz bundesweit in den Nachrichten, blieb aber ansonsten ein regionalpolitisches Thema. Vgl. Claus Peter Müller von der Grün, Unter einem Dach. Die wiedervereinigte Kaliindustrie im geeinten Deutschland, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 223–237. Hübner, Fließgewässerbewertung, S. 37, führt die Salzreduzierung vornehmlich auf Betriebsstillegungen zurück, übersieht aber Investitionen von gut 250 Millionen DM in die ostdeutschen Betriebe in den Jahren 1993–1997. Vgl. dazu Müller von der Grün, Unter einem Dach, in: Eisenbach/Paulinyi (Hrsg.), Kaliindustrie an Werra und Fulda, S. 237. Literarisch wurde die Schließung der Grube in Bischofferode von Volker Braun, Die hellen Haufen, Frankfurt a. M. 2011, verarbeitet.

[128] Vgl. Marlies Uken, Stress am Monte Kali. Der Düngerproduzent K&S macht Milliardengewinne – auf Kosten der Umwelt, in: Greenpeace Magazin 5/09; BUND, Hat fatale Folgen: Die Versalzung von Werra und Weser, http://www.bund.net/themen_und_projekte/wasser/lebendige_fluesse/fluesse_in_deutschland/flussgebiet_weser/versalzung/; BUND Hessen, Für eine lebendige Werra, Fulda und Weser, http://www.bund-hessen.de/themen_und_projekte/wasser/die_werra_und_das_meer/ [beide April 2013].

[129] Der ökologische Zustand des Makrozoobenthos der Mittleren und Unteren Werra und seine Haupteinflussfaktoren. Jena: Institut für Gewässerökologie und Fischereibiologie, April 2009, S. 63 f. (Falko Wagner), http://www.lebendige-weser.de/images/download/versalzung/gutachten_igf-jena_mzb-werra.pdf [April 2013]. Die Studie vergleicht salzbeeinflusste und salzunbeeinflusste Strecken der Werra. Die Erhebungen erfolgten im Jahr 2008; Zahl Spitzenbelastung in: ARGE Weser, Folgen der Reduktion der Salzbelastung in Werra und Weser, S. 11.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu dem Rekord von 40.000 mg/l aus dem Jahr 1976, aber immer noch weit entfernt vom Orientierungswert von 200 mg/l[130]. Allerdings ist es sehr wohl eine Hinterlassenschaft der DDR, dass die heutigen Chloridwerte der Werra manchen Diskutanten überhaupt vertretbar erscheinen wollen[131].

Damit verdeutlicht das anhaltende Ringen um die Wassergüte von Werra und Weser auch ein perspektivisches Problem der deutsch-deutschen Umweltzeitgeschichte. Die Tatsache, dass die DDR die meisten traurigen Umweltrekorde für sich beanspruchte, kann im Vergleich leicht den Blick auf die westdeutsche Umweltsituation verstellen. Schon vor 1989 argwöhnten Umweltschützer, dass bundesdeutsche Industriebetriebe entlang der grenzkreuzenden Flüsse im Windschatten der DDR-Verschmutzung eigene Schadstoffe entsorgten[132]. Industrien mit althergebrachten Wasserrechten wie die Bremer Woll-Kämmerei (BWK) taten dies völlig offen und leiteten ihre Abwässer bis weit in die 1970er Jahre ungeklärt in die Weser. Diese litt eben nicht nur am Salz aus der Werra, sondern Ende der 1970er Jahre auch schon an acht konventionellen Kraftwerken und einem Atommeiler, die ihr Kühlwasser aus dem Fluß zogen, ihn dadurch erwärmten und den Sauerstoffverbrauch anheizten[133]. Freilich war die westdeutsche Umweltsituation zu keinem Zeitpunkt Gegenstand innerdeutscher Verhandlungen. Gerne hätte die DDR den bundesdeutschen Verhandlungspartnern öfters Umweltvergehen vorgeworfen und ergriff jede Gelegenheit, die sich nicht umgehend mit *tu quoque*-Argumenten gegen sie selbst wenden ließ. Umgekehrt war in Bonn oder in den Landeshauptstädten der Grenzanrainer die ostdeutsche Umweltsituation nur dann von amtlichem Interesse, wenn sie unmittelbar die Bundesrepublik tangierte. Dieses Interesse konnte durchaus bis Dresden reichen, wie im Falle der Absichtserklärungen vom Juli 1989, die eine Kostenbeteiligung der Bundesrepublik an Umweltprojekten zur Entlastung von Elbe und Saale vorsahen[134]. Mit dem Verschwinden der DDR verlor die alte Bundesrepublik nicht nur konkrete Entsorgungsmöglichkeiten jenseits des Eisernen Vorhangs; Umweltdelinquenten

[130] Vgl. Ökologischer Zustand (wie Anm. 129).

[131] Besonders deutlich in Claus Peter Müller, Der ewige Streit um das weiße Gold, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24. 5. 2011.

[132] Vgl. Herbert Schäfer, „Hier beginnt die Nordsee." Bonn und DDR streiten um verschmutzte Flüsse, in: Die Zeit vom 20. 5. 1988; „Der Topf ist voll", in: Der Spiegel vom 4. 11. 1992, S. 135.

[133] „Dass der Fluss so krank ist…", in: Der Spiegel vom 27. 9. 1976, S. 67–81. Dort auch der Hinweis auf die BWK.

[134] Die Absichtserklärung sah Pilotprojekte für den VEB Arzneimittelwerk Dresden und die Chemischen Werke Buna für die neunziger Jahre vor. Die Bundesrepublik hätte sich mit 50 % an den Kosten beteiligt. Die Erklärung wirft ein interessantes Schlaglicht auf die potenzielle zukünftige Entwicklung deutsch-deutscher Umweltschutzvorhaben, allerdings fand diese gemeinsame Zukunft nicht mehr statt. Vgl. Gemeinsame Erklärung des Stellvertreters des Vorsitzenden des Ministerrates und Ministers für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR [Reichelt] und des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland [Töpfer] über die Durchführung von Umweltschutz-Pilotprojekten in der DDR vom 6. 7. 1989, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), DDR Umweltschutz; zum Giftmüll der Pharmaindustrie vgl. Andreas Förster, „Akute Umweltgefährdung" im Arzneimittelwerk, in: Horch und Guck 21 (2012), H. 76, S. 26 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

büßten zudem den entlastenden Fingerzeig auf den Nachbarn ein, dessen Umweltprobleme die eigenen Vergehen harmloser aussehen ließen[135].

Die Kontrahenten in der Debatte um die Versalzung der Werra ringen seit 2008 am „Runden Tisch Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion" um eine Lösung, die sowohl der EU-Wasserrahmenrichtlinie gerecht wird, die europäische Gewässer bis 2015 in einem „guten ökologischen Zustand" sehen will, als auch die rund 4.200 Arbeitsplätze der hessischen Kaliindustrie sichert. Seit einigen Jahren favorisieren alle Beteiligten eine alte Idee: eine Salz-Pipeline, die die Laugen entweder in die Nordsee oder wenigstens bis zur Weser abführt[136]. Unabhängig vom Ausgang der fortlaufenden Auseinandersetzungen ist allerdings gewiß, dass die Verschmutzung von Werra und Weser nie wieder die politische Aufmerksamkeit wird beanspruchen können, die sie auf sich ziehen konnte, als es darum ging, die DDR durch ihre Umweltsünden zu diskreditieren oder der Bundesrepublik mehr Valuta abzuringen. Die deutsche Teilung war auch umweltpolitisch betrachtet eine historische Ausnahmesituation.

[135] In diesem Zusammenhang lohnt eine Lektüre des Artikels von Raymond Dominick, Capitalism, Communism, and Environmental Protection. Lessons from the German Experience, in: Environmental History 3 (1998), S. 311–332.

[136] www.runder-tisch-werra.de; vgl. auch „Alarm am Monte Kali", in: Der Spiegel vom 24. 8. 2009, S. 42–44; „Kaliproduktion ohne Salzlauge möglich", in: Frankfurter Rundschau vom 22. 5. 2009; „Eine Leitung bis in die Nordsee", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. 10. 2011.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Martin Löns

Historiker versus Juristen oder die „Causa Lehnstaedt"?

Anmerkungen zu Stephan Lehnstaedt „Wiedergutmachung im 21. Jahrhundert – Das Arbeitsministerium und die Ghettorenten"

I.

Im Jahre 2002 verabschiedete der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto (ZRBG)[1]. Auslöser war eine 1997 begründete Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG), nach der eine Tätigkeit in einem Ghetto nicht immer als Zwangsarbeit zu bewerten sei, sondern unter bestimmten Voraussetzungen die sozialversicherungsrechtlichen Kriterien einer „Beschäftigung" erfüllen und deshalb als Beitragszeit in der gesetzlichen Rentenversicherung berücksichtigt werden könne. Seine Entscheidung traf das BSG ausdrücklich in Anwendung der bisherigen sozialversicherungsrechtlichen Kriterien für die Annahme einer Beschäftigung. Es hielt dabei an der für die Zuerkennung von Beitragszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung maßgeblichen Abgrenzung zur Zwangsarbeit fest. Innerhalb dieses Systems beantwortete es die Frage, welche Art und welcher Umfang staatlichen Zwangs mit dem Begriff der Beschäftigung im sozialversicherungsrechtlichen Sinne (noch) zu vereinbaren sind[2]. Die in diesem Urteil begründete sogenannte Ghetto-Rechtsprechung[3] wurde vom BSG fortgeführt[4]. Sie hatte aber keine wesentlichen leistungsrechtlichen Auswirkungen, weil die Zahlung einer Rente an im Ausland lebende Berechtigte nur in eng begrenzten Ausnahmefällen bzw. für begrenzte Rentenanteile vorgesehen ist. Wesentliche Ziele des Gesetzgebers waren es, mit dem ZRBG von 2002 die Rechtsprechung des BSG auf alle Ghettos unter deutscher Herrschaft (auch außerhalb ehemaliger Reichsgebiete) auszuweiten und die Zahlung von Renten aus Beschäftigungen in einem Ghetto auch an Berechtigte im Ausland zu erleichtern („Gesetz zur Zahlbarmachung")[5].

Als ein Baustein der Wiedergutmachung gedacht, blieben die Leistungen dann aber doch weit hinter den Erwartungen insbesondere auch der überlebenden Opfer der NS-Verfolgung zurück[6]. Grund hierfür war, dass nach der Rechtsprechung des BSG zu den Ghettorenten und zum ZRBG auf die Erfüllung der grundsätzlichen sozialversicherungsrechtlichen Merkmale, d.h. Beschäftigung aufgrund zweiseitiger Vereinbarung und Austausch von Arbeit gegen Lohn, auch unter den Umständen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft nicht verzich-

[1] Bundesgesetzblatt (BGBl.) I (2002), S. 2074.
[2] BSG Urteil vom 18. 6. 1997 – 5 RJ 66/95.
[3] Vgl. etwa BSG Urteil vom 7. 10. 2004 – B 13 RJ 59/03.
[4] Vgl. die zusammenfassende Darstellung in: BSG Urteil vom 14. 12. 2006 – B 4 R 29/06 R.
[5] Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache (BT-Drucksache) 14/8583 vom 19. 3. 2002, S. 1 u. S. 5.
[6] Vgl. BT-Drucksache 15/1475 vom 8. 8. 2003, 16/1955 vom 26. 6. 2006, und 16/5720 vom 20. 6. 2007.

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0004

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tet werden könne[7]. Die geringe Bewilligungsquote und die Entscheidungspraxis der Sozialgerichte wurden (auch) im politischen Raum als unbefriedigend angesehen; das Thema beschäftigte aufgrund von parlamentarischen Anfragen erneut den Deutschen Bundestag. Weder die Bundesregierung noch der zuständige Bundesausschuss für Arbeit und Soziales sahen aber einen Anlass für eine gesetzgeberische Korrektur[8].

Die von der Politik verweigerte Korrektur wurde schließlich vom BSG vorgenommen, das seine bisherige Rechtsprechung in mehreren Entscheidungen vom 2.und 3. Juni 2009 aufgab. „Entgelt" war danach jede Entlohnung, gleichgültig ob sie in Geld oder in Nahrungsmitteln erfolgte. Geringfügigkeitsgrenzen, die nach der bisherigen Rechtsprechung oft zur Versagung des Rentenanspruchs geführt hatten, seien nicht mehr zu prüfen; dies gelte auch für freien Unterhalt. Für die Aufnahme der Tätigkeit „aus eigenem Willensentschluss" reiche es aus, dass der Betroffene nicht zu einer (spezifischen) Arbeit gezwungen worden sei, sondern das „Ob" und „Wie" der Arbeit habe beeinflussen können[9].

Vor diesem Hintergrund[10] drängen sich eine Reihe von Fragen auf, denen es sich nachzugehen lohnt. Aus Sicht von Juristen, die im Rahmen der Auslegung gesetzlicher Bestimmungen auch oft auf Gesetzesmaterialien zurückgreifen, hätte es der inneren Logik folgend nahe gelegen, zunächst zu erforschen, ob und gegebenenfalls warum das sozialversicherungsrechtlich verortete Gesetz in Kenntnis des eingeschränkten Kreises der Berechtigten so gewollt war[11]. Dieser Frage geht Lehnstaedt aber nicht nach, jedenfalls beantwortet er sie nicht. Wenn aber die Beschränkung des Kreises der Anspruchsberechtigten bei der Wahl der „sozialversicherungsrechtlichen Lösung" in Umsetzung der Ghettorentenrechtsprechung des BSG[12] bekannt (und gewollt) war, käme den eingesehenen Schriftstücken der Ministerialverwaltung wohl nur eine sehr beschränkte Aussagekraft über Auffassungen und Meinungsbildungsprozesse zu, an denen das Arbeitsministerium möglicherweise gar nicht (mehr) beteiligt war. Zudem lässt die Aufbereitung der von Lehnstaedt zitierten Verlautbarungen der Ministerialverwaltung auf eine gewisse Fremdheit im Umgang mit der (internen) Kommunikation großer Behörden schließen. So gibt es natürlich keine „Interne Schreiben des BMAS [Bundesministerium für Arbeit und Soziales] an den Minister", ein Bundesministerium schreibt nicht an den eigenen Minister[13]. Es handelt sich vielmehr um sogenannte

[7] Vgl. etwa BSG Urteil vom 7.10.2004 – B 13 RJ 59/03; Beschluss vom 8.2.2007 – B 5 R 182/06 R.

[8] Wie Anm. 6.

[9] Vgl. etwa BSG Urteile vom 2.6.2009 – B 13 R 85/08 R, und vom 3.6.2009 – B 5 R 66/08 R.

[10] Vgl etwa BT-Drucksache 16/1955; Elisabeth Straßfeld, Anspruch auf Rente aufgrund „Ghettoarbeit", in: Die Sozialgerichtsbarkeit – Zeitschrift für das aktuelle Sozialrecht 54 (2007), S. 598–606.

[11] Vgl auch die Antworten der Bundesregierung auf Kleine Anfragen, in: BT-Drucksache 15/1475; 16/1955 und 16/5720.

[12] Wie Anm. 4.

[13] Vgl. Stephan Lehnstaedt, Wiedergutmachung im 21. Jahrhundert – Das Arbeitsministerium und die Ghettorenten, in: VfZ 61 (2013), S. 363–390, hier S. 383, Anm. 93; vgl.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vorlagen, die als Instrument der formalisierten Kommunikation insbesondere zwischen Arbeits- und Leitungsebene einer Behörde gelten[14]. Wer schon einmal in einer größeren Behörde tätig war, weiß zudem, dass der Inhalt solcher Vorlagen sich oft nicht – wovon Lehnstaedt aber anscheinend ausgeht – über ihren „objektiven" Erklärungsinhalt, sondern nur in einem komplexeren Zusammenhang erschließt. So können Anlass, Stand des Entscheidungsprozesses, die derzeit diskutierten Argumente, ja sogar die (vermutete) Meinung eines Zeichners der Vorlage, der noch Einfluss auf deren Inhalt nehmen kann, die Abfassung beeinflussen. Vorlagen werden aus Sicht des Verfassers zielführend im Sinne eines Auftrags und/oder etwaiger von ihm verfolgter Absichten abgefasst.

II.

Dies vorausgeschickt, ist Anlass und Gegenstand dieses Beitrags nur der Teil der Ausführungen, in dem Lehnstaedt das Thema „Wiedergutmachung im 21. Jahrhundert – Das Arbeitsministerium und die Ghettorenten" auf die Sozialgerichtsbarkeit vor allem des Landes NRW erstreckt. Hier werden Behauptungen verbreitet, die sich der These unterordnen, die Angehörigen der Gerichtsbarkeit dieses Landes hätten Klägerinnen und Kläger in den Ghettorentenverfahren benachteiligt. Die Gerichtsbarkeit habe mit dem zuständigen Leistungsträger, der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Rheinland, ein „selbstreferentielles System" gebildet, das auf seiner ablehnenden Haltung gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Holocaustüberlebenden auf Zahlung einer Ghettorente beharrt, die Kläger systemisch und systematisch benachteiligt und Entscheidungen eines bestimmten Richters zugunsten der Kläger hintertrieben habe. Dies hält Lehnstaedt unter Hinweis auf zwei Veröffentlichungen, davon zuvorderst eine eigene, für „relativ umfassend belegt"[15]. Die in der referierten Quelle herangezogen Zahlen bieten indes keinen ausreichenden Beleg. Eine angebliche Tendenz versucht Lehnstaedt mit Sachverhalten zu belegen, die die (unzureichenden) Zahlen in seinem Sinne interpretieren helfen sollen. Die Darstellungen sind teils falsch, teils lassen sie die gewollten Rückschlüsse nicht zu.

1) Zu den von ihm aufbereiteten Zahlen[16]: Lehnstaedt vergleicht Bayern, Hamburg und Nordrhein-Westfalen (NRW). Für Bayern ermittelt er auf der Grundlage von 41 Klageverfahren, die vor der Änderung der Rechtsprechung des BSG im Juni 2009 abgeschlossen wurden, über einen Beobachtungszeitraum von rund sieben Jahren eine Abweisungsquote nur durch Urteil von rund einem Drittel der Streitsachen; Klagerücknahmen werden als Abschluss ohne eindeutiges Ergebnis eingestuft. Für Hamburg setzt er bis zum 1. Oktober 2005 über 2.200 Verfahren

auch Holger Berwinkel, Vorlagen als Kategorie der systematischen Aktenkunde, www.aktenkunde,hypotheses.org 29. 8. 2013 [14. 11. 2013].

[14] Vgl. ebenda.

[15] Lehnstaedt, Wiedergutmachung, S. 382, und Anm. 89.

[16] Vgl. Stephan Lehnstaedt, Geschichte und Gesetzesauslegung. Zu Kontinuität und Wandel des bundesdeutschen Wiedergutmachungsdiskurses am Beispiel der Ghettorenten, Osnabrück 2011, S 66 f. u. S. 94–96; ders., Wiedergutmachung, S. 383 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

an, von denen geschätzt etwa 30 bis 40 Prozent ganz oder teilweise erfolgreich verlaufen sein sollen. Für das Land NRW bezieht er sich auf die Statistik allein des Landessozialgerichts (LSG) für die Zeit von 2005 bis Juni 2009 mit einer Erfolgsquote von 17,59 Prozent.

Diese Vorgehensweise führt schon methodisch nicht zu belastbaren Ergebnissen. So ist die Abweisungsquote nicht Gegenstück der Erfolgsquote, Rücknahmen gehören grundsätzlich zu den nicht erfolgreich abgeschlossenen Verfahren. Aus 41 Klageverfahren innerhalb von sieben Jahren lassen sich hier keine validen Daten für eine Statistik ableiten. Die Schätzung als Instrument, zumal bezogen auf einen mehrere Jahre zurückliegenden Zeitraum und mit einer groben Schätzungsbreite von 10 Prozent ist für einen aussagekräftigen Vergleich ungeeignet. Die Zeiträume, die miteinander verglichen werden, decken sich nicht, sie betreffen zudem durchaus verschiedene Abschnitte der Rechtsprechung des BSG zum ZRBG. Die Erfolgsquote für NRW wird ohne die Erfolgsquote der ersten Instanz ausgeworfen, die Vergleichsmengen sind exorbitant unterschiedlich. Für die genannten Länder – dies ist ein Befund – lässt sich die von Lehnstaedt verfochtene These statistisch nicht erhärten. Sicher ist aber, dass die Erfolgsquote für NRW deutlich nach oben zu korrigieren ist, da der Anteil der in erster Instanz erfolgreich abgeschlossenen Verfahren hinzuzurechnen ist. Diese Quote lag in dem Zeitraum, für den Zahlen erhoben wurden, 2006 bei 4,29 Prozent, 2007 bei 20,61 Prozent, 2008 bei 21,13 Prozent und im ersten Halbjahr 2009 bei 7,44 Prozent. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass aus dem doch erheblichen Teil der in NRW als „nicht beurteilbar" oder als „mit offenem Ausgang" erfassten Verfahren erster und zweiter Instanz[17] eine – allerdings in der Größenordnung unbekannte – Zahl von Streitsachen hinzuzurechnen wäre, die (gegebenenfalls auch später) für den Kläger positiv ausgingen.
Zahlen werden hier für ein Ergebnis benutzt, das sie nicht abbilden.

2) Dem von Lehnstaedt entworfenen Bild der Sozialgerichtsbarkeit des Landes NRW steht entgegen, dass gerade aus NRW sowohl über das Sozialgericht (SG) Düsseldorf als auch über das LSG bereits vor Inkrafttreten des ZRBG mehrfach Vorstöße unternommen wurden, um die gefestigte Ghettorentenrechtsprechung zum „Willensentschluss" und „Entgelt" aufzubrechen[18]. Beispielhaft sei hier auf ein Urteil des LSG NRW aus dem Jahre 2003 verwiesen[19], das die Gewährung von Verpflegung als Gegenleistung von Ghettoarbeit für ausreichend erachtet hatte. Dieses Urteil hatte das BSG unter Hinweis auf die sozialversicherungsrechtliche Verortung des Anspruchs aufgehoben: Das LSG habe die Grenzen zulässiger richterlicher Rechtsfortbildung überschritten. Wenn man jede Art von freiem Unterhalt als ausreichend betrachte, könne man kaum noch zwischen (versicherungs-

[17] 2006: 7,61 % (SG), 11,70 % (LSG); 2007: 3,38 %/9,46 %; 2008: 8,63 %/23,08 %; 2009 (1.Halbjahr):18,1 %/8,29 %.

[18] Vgl.auch Marc Aghte/Matthias Schneider/Elisabeth Straßfeld, Der Historiker Lehnstaedt, die Ghettorenten und die „Causa Renesse" – eine Erwiderung, in: Mitteilungen aus dem Verein. Deutsch-Israelische Juristenvereinigung, 4/2013, S. 91–98, http://www.dijv.de/pdf/1366308603_DIJVMAGAZIN_2013_web.pdf [14. 11. 2013].

[19] Urteil vom 22. 10. 2003 – L 8 RJ 90/01.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

pflichtiger) Beschäftigung und (unversicherter) Zwangsarbeit unterscheiden; dies gelte auch für die Auslegung des Begriffs „Entgelt" im Sinne des ZRBG[20]. Folge dieser deutlichen Worte[21] war es, dass das LSG diese Rechtsprechung seinen weiteren Entscheidungen zugrunde legte[22]. Die Auffassung, dass die sogenannte Kehrtwende von Kassel zu erwarten oder auch in der Gedankenführung naheliegend gewesen sei, wurde, soweit ersichtlich, nicht vertreten[23].

3) Die These von einem „selbstreferentiellen System", in dem berechtigte Ansprüche der Holocaustüberlebenden systematisch und systemisch beeinträchtigt werden, verbreitet Lehnstaedt mit Nachdruck. In einem im April in der Mitgliederzeitschrift der Deutsch-Israelischen Juristenvereinigung (DIJV) 4/2013 veröffentlichten Beitrag nährt er aber schon im Titel „'Causa Renesse' – Die Sozialgerichtsbarkeit NRW und der Umgang mit den Ghettorenten"[24] die Vermutung, hier werde mit der Bearbeitung des eigentlichen Themas eine Personalangelegenheit verquickt. Das Erforderliche ist dazu in zwei ebenfalls dort abgedruckten Erwiderungen gesagt[25]; dies betrifft sowohl die unzutreffende Verbindung von richterlicher Tätigkeit mit Personalsachbearbeitung als auch die in wesentlichen Teilbereichen unzutreffende Darstellung der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit NRW und des BSG. Darauf soll hier deshalb nicht näher eingegangen werden. Indes stützen die Sachverhalte, die er als Beleg für seine These bemüht, diesen Vorwurf nicht; sie sind entweder falsch dargestellt oder ungeeignet, den behaupteten Zusammenhang herzustellen.

a) Der Vorwurf von Lehnstaedt, der Präsident des SG Düsseldorf habe das LSG NRW gebeten, in ZRBG-Angelegenheiten von Zurückverweisungen an das Sozialgericht abzusehen, ist ebenfalls kein Beleg für das angebliche Beharrungsvermögen der Sozialrichter in NRW, die „eine Änderung [...] ihrer eigenen Spruchpraxis [...] keinesfalls herbeiführen" wollten[26]. Lehnsteadt stellt auch diese Begebenheit nicht in den richtigen Zusammenhang und unterschlägt, dass der 18. Senat des LSG NRW unter meinem Vorsitz im März 2009 mehrere Zurückverweisungen gerade zugunsten der Betroffenen ausgesprochen hat[27]. Hätte Lehnstaedt dies redlicherweise erwähnt, hätte er diesen Umstand allerdings nicht mehr – seiner inten-

[20] BSG Urteil vom 7. 10. 2004 – B 13 RJ 59/03 R.

[21] Vgl. auch BSG Beschluss vom 8. 2. 2007 – B 5 R 158/06 R, in dem der 5. Senat auch nach der Entscheidung des 4. Senats vom 14. 12. 2006 keinen weiteren bzw. erneuten Klärungsbedarf hinsichtlich der Auslegung der Begriffe „Freiwilligkeit" und „Entgeltlichkeit" sah.

[22] Vgl. zusammenfassend Aghte/Schneider/Straßfeld, Der Historiker Lehnstaedt, S. 91 ff.

[23] Vgl. Lehnstaedt, Geschichte und Gesetzesauslegung, S. 91.

[24] Vgl. Stephan Lehnstaedt, „Causa Renesse" – Die Sozialgerichtsbarkeit NRW und der Umgang mit den Ghettorenten, in: Mitteilungen aus dem Verein. Deutsch-Israelische Juristenvereinigung, 4/2013, S. 86–91, http://www.dijv.de/pdf/1366308603_DIJVMAGAZIN_2013_web.pdf [14. 11. 2013].

[25] Vgl. Aghte/Schneider/Straßfeld, Der Historiker Lehnstaedt, S. 91–99; Martin Kühl, „Causa Renesse" – Eine Erwiderung, in: Mitteilungen aus dem Verein. Deutsch-Israelische Juristenvereinigung, 4/2013, S. 99, http://www.dijv.de/pdf/1366308603_DIJVMAGAZIN_2013_web.pdf [14. 11. 2013].

[26] Lehnstaedt, Wiedergutmachung, S. 382.

[27] So etwa LSG NRW Urteil vom 17. 3. 2009 – L 18 R 196/08 R.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dierten Botschaft entsprechend – als Zeichen einer in Organisation und Gerichtsleitung anzutreffenden verwerflichen Haltung interpretieren können.

b) Auffälliger noch ist der Umgang Lehnstaedts mit Quellen und Tatsachen, die sich auf zwei Sachverhalte aus dem Januar[28] und Juni 2009[29] beziehen.

Am 29. Januar 2009 hatte ich zur Vorbereitung der weiteren Beratungen im Senat telefonisch Kontakt sowohl mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales (MAGS) als auch der DRV Rheinland aufgenommen. Gegenstand der Erörterung waren ein Ordnungsgeldbeschluss, mit dem der Geschäftsführerin der DRV Rheinland ein Ordnungsgeld in Höhe von 1000,00 € auferlegt worden war und der dem Senat aufgrund einer sogenannten Gegenvorstellung zur Überprüfung vorlag; darüber hinaus eine gerichtliche Auflage in mehreren Verfahren an die Beklagte, „ihre archivierten ZRBG-Akten umgehend zwecks elektronischer Erfassung von Vergleichsfällen durch das Gericht zur Übergabe an den [...] Sachverständigen T. vorzubereiten“[30]. Beschluss und Auflage stammten von dem Richter, der dem von mir geleiteten 18. Senat seit etwa 4 Wochen als Berichterstatter zugewiesen war. Der Beschluss hatte zu heftigen Reaktionen auf Beklagtenseite geführt, auch war die technische Machbarkeit von Vergleichsabfragen nach Digitalisierung des Archivs noch nicht abschließend geklärt. Nicht als Gerichtsleiter, sondern in meiner Eigenschaft als Senatsvorsitzender wollte ich den Fortgang der Prozesse von verfahrensrechtlichen und technischen Auseinandersetzungen entlasten und eine Grundlage für eine im Interesse der Beteiligten liegende konstruktive Fortsetzung der Verfahren schaffen. Ein Zusammenhang mit der Spruchpraxis zur Zahlung von Ghettorenten bestand nicht.

Lehnstaedt entwirft hier ein gänzlich anderes Bild, das mit der Realität nichts zu tun hat. Die Quellen, auf die er sich bezieht, stützen seine Behauptungen nicht. Vielmehr enthält die auch dem MAGS zugeleitete Mail der DRV Rheinland im Betreff den dargestellten Zusammenhang: „Thema: Beschlüsse des Dr. von Renesse zur Archivierung und zum Ordnungsgeld“.

Lehnstaedts Umgang mit Quellen und Fakten zeigt sich auch an seiner sich ändernden Darstellung und Bewertung einer internen Besprechung vom 12. Juni 2009 zwischen Vertretern der DRV Rheinland und jeweils einem Vertreter des MAGS, des SG Düsseldorf und des LSG NRW. In seiner ersten „Aufbereitung“ dieses Treffens beschreibt er die Besprechung mit einem Zitat aus dem Protokoll als „Kooperation“ zwischen Gericht und Leistungsträger, die so weit ging, dass zwischen Vertretern der DRV und der Gerichtsbarkeit eine Absprache getroffen wurde, „dass keine neuen Terminierungen seitens der Gerichte in den Fällen erfolgen, die von der Rechtsprechung des BSG betroffen sind.“ Das Treffen habe das Recht der Überlebenden verletzt, in ihren eigenen Fällen Gehör zu finden[31]. In seinem Beitrag für die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung stellt er einen ähn-

[28] Vgl. Lehnstaedt, Wiedergutmachung, S. 382.
[29] Vgl. ebenda, S. 385.
[30] Auflagenbeschluss vom 18. 12. 2008.
[31] Lehnstaedt, Geschichte und Gesetzesauslegung, S. 99 f., Zitat S. 99.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

lichen Zusammenhang her, dieses Treffen sei Ausdruck der ablehnenden Haltung gegenüber berechtigten Ansprüchen der Opfer des Nationalsozialismus[32].

Tatsächlich belegt das Treffen gerade das Gegenteil. An ihm haben auf Einladung der DRV Rheinland Mitglieder der Gerichtsverwaltung des LSG NRW und des SG Düsseldorf allein deshalb teilgenommen um abzuklären, wie die nach der neuen Rechtsprechung des BSG positiv zu bewertenden Ansprüche organisatorisch schnell festgestellt/umgesetzt werden könnten[33]. Dieses Ziel wurde bezogen auf die bei diesen beiden Gerichten anhängigen Verfahren weitestgehend erreicht[34].

Die positive Zielsetzung erkennt Lehnstaedt in seinem jüngsten Beitrag nunmehr an und verweist mit einem Zitat aus dem ihm schon lange bekannten Protokoll darauf, das Treffen habe dazu gedient, „die Urteile im Interesse der Betroffenen schnell und unbürokratisch umzusetzen"[35]. Einen Hinweis auf die geänderte Darstellung des Sachverhalts und auf die neue Deutung der Quelle, wie es den Kriterien wissenschaftlicher Arbeit entspräche, lässt er ebenso vermissen wie eine der Änderung notwendig nachfolgende Neubetrachtung seiner erhobenen Vorwürfe.

III.

Die Vorwürfe Lehnstaedts gegen die Sozialgerichtsbarkeit des Landes NRW sind unzutreffend. Fehlende Belege und der Umgang mit Quellen werfen zahlreiche Fragen auf und stellen seine eigenen Forschungen in ein schiefes Licht. Dies gilt auch für die an anderer Stelle erfolgte Auswertung der Rechtsprechung der Sozialgerichtsbarkeit[36]. Im Ansatz enthält diese aber durchaus Hypothesen, die neue, auch kritische Sichtweisen eröffnen und denen es nachzugehen gilt. Für die weitere Bearbeitung des gesamten Themenkomplexes wird eine Zusammenarbeit von Historikern und Juristen nötig sein, die von wechselseitigem Respekt getragen ist und eine ergebnisoffene, sorgfältige Auseinandersetzung und Auswertung zulässt.

[32] Lehnstaedt, „Causa Renesse", S. 89.

[33] Vgl. Bericht des Justizministers NRW vor dem Rechtsausschuss des Landtags vom 22. 11. 2011, APr 15/336, www.landtag.nrw.de (archiviert unter Dokument & Recherche – Dokumentenabruf: Ausschussprotokolle APr 15/336); Aghte/Schneider/Straßfeld, Der Historiker Lehnstaedt, S. 89 u. S 97; Lehnstaedt, Wiedergutmachung, S. 385.

[34] Vgl Bericht des Justizministers NRW vor dem Rechtsausschuss des Landtags vom 22. 11. 2011, APr 15/336, www.landtag.nrw.de.

[35] Lehnstaedt, Wiedergutmachung, S. 385.

[36] Vgl. Lehnstaedt, Geschichte und Gesetzesauslegung.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Der Liberalismus war 1933 am Ende. So sah es jedenfalls Hans Rosenberg, der zu den herausragenden deutschen Historikern des 20. Jahrhunderts zählt. Rosenberg widmete diesem Thema seine hier erstmals veröffentlichte Antrittsvorlesung in Köln, die in zweifacher Hinsicht von großer Bedeutung ist: Er entfaltete dabei seine historisch tief abgestützte kritische Sicht des deutschen Liberalismus, die in den 1960er Jahren breit rezipiert wurde, und er vollzog zugleich den Übergang von der Ideen- zur Verfassungs- und Sozialgeschichte, der fortan sein Hauptinteresse galt. Zahlreiche prominente Historiker – unter ihnen Gerhard A. Ritter, Hans-Ulrich Wehler und Heinrich August Winkler – orientierten sich später an diesen bereits 1933 entwickelten Deutungen und methodischen Zugriffen.

Ewald Grothe

Hans Rosenberg und die Geschichte des deutschen Liberalismus

Seine unveröffentlichte Antrittsvorlesung vom Januar 1933

I. Rosenbergs Laufbahn bis 1933

Hans Rosenberg gilt als einer der innovativsten deutschen Historiker des 20. Jahrhunderts. Nach übereinstimmender Ansicht war der nach Amerika emigrierte Schüler von Friedrich Meinecke ein wichtiger Inspirator und Mentor der bundesdeutschen Sozialgeschichte[1]. Rosenbergs Forschungen gelten als Grundlagen-

[1] Vgl. vor allem Gerhard A. Ritter, Die emigrierten Meinecke-Schüler in den Vereinigten Staaten. Leben und Geschichtsschreibung im Spannungsfeld zwischen Deutschland und der neuen Heimat: Hajo Holborn, Felix Gilbert, Dietrich Gerhard, Hans Rosenberg, in: Historische Zeitschrift 284 (2007), S. 59–102, hier S. 88–97; Heinrich August Winkler, Ein Erneuerer der Geschichtswissenschaft. Hans Rosenberg 1904–1988, in: Historische Zeitschrift 248 (1989), S. 529–555; Otto Büsch, In memoriam Hans Rosenberg 1904–1988, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 37 (1988), S. 523–528; vgl. auch B. [ernd] F. [aulenbach], Rosenberg, Hans, in: Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hrsg.), Historikerlexikon. Von der Antike bis zur Gegenwart, München ²2002, S. 281 f.; Gerhard A. Ritter, Hans Rosenberg (1904–88). Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, in: Volker Reinhardt (Hrsg.), Hauptwerke der Geschichtsschreibung, Stuttgart 1997, S. 536–539. Vgl. ferner die Festschriften von Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Entstehung und Wandel der modernen Gesellschaft. Festschrift für Hans Rosenberg zu seinem 65. Geburtstag, Berlin 1970, und Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Sozialgeschichte heute. Festschrift für Hans Rosenberg zu seinem 70. Geburtstag, Göttingen 1974, hier eine Bibliografie der Schriften Rosenbergs auf S. 652 f. – Wichtige Ratschläge und Hinweise verdanke ich Wolther von Kieseritzky, Edgar Liebmann, Anne C. Nagel und Ulrich Sieg. Außerdem danke ich Gerhard A. Ritter für ein aufschlussreiches Gespräch.

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0005

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

werke und als Pionierstudien[2]; es gibt mehrere Anthologien[3], darüber hinaus Neuauflagen und Nachdrucke seiner Bücher und Aufsätze. Über sein Werk und seine Wirkung wurde mehrfach publiziert[4], eine wissenschaftliche Monografie über ihn steht allerdings noch aus.

Dabei ist die Quellenlage durchaus vielversprechend. Rosenbergs Nachlass liegt im Bundesarchiv Koblenz. Darin befinden sich neben Korrespondenz und Sachakten auch mehrere Aufsätze, Vorträge und Fragmente, die bisher nicht publiziert wurden. Zu ihnen zählt das nachfolgend edierte Manuskript mit dem Titel „Die Epochen des parteipolitischen Liberalismus in Deutschland"[5].

Bei diesem Text[6] handelt es sich um eine erweiterte Fassung von Rosenbergs öffentlicher Antrittsvorlesung als Privatdozent, die er am 23. Januar 1933 in der Aula der Universität Köln hielt[7]. Bevor das Vortragsmanuskript im Laufe des Jahres 1932 entstand, hatte sich Rosenberg bereits viele Jahre intensiv mit dem Liberalismus im 19. Jahrhundert beschäftigt. 1924 war er von der Universität Köln an die Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin gegangen, weil er bei Friedrich Meinecke promovieren wollte. Zunächst plante er eine Arbeit über „Wilhelm Dilthey als Geschichtsschreiber", wechselte aber noch 1925 auf Anregung Meineckes das

[2] So insbesondere die Monografien: Hans Rosenberg, Die Weltwirtschaftskrise von 1857–1859, Stuttgart/Berlin 1934; ders., Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660–1815, Cambridge/MA. 1958; ders., Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967.

[3] Vgl. ders., Probleme der deutschen Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1969; ders., Politische Denkströmungen im deutschen Vormärz, Göttingen 1972; ders., Machteliten und Wirtschaftskonjunkturen. Studien zur neueren deutschen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Göttingen 1978.

[4] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Sozialgeschichte heute, S. 9–21; Gerhard A. Ritter, Hans Rosenberg 1904–1988, in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989), S. 282–302; Winkler, Erneuerer; Hanna Schissler, Explaining History: Hans Rosenberg, in: Hartmut Lehmann/James J. Sheehan (Hrsg.), An Interrupted Past. German Speaking Refugee Historians in the United States after 1933, Washington, D.C./Cambridge u. a. 1991, S. 180–187; die Beiträge von William W. Hagen, Eugene de Genovese, Shulamit Volkov und Morton Rothstein, in: Central European History 24 (1991), S. 24–68; Gerhard A. Ritter, Rosenberg, Hans Willibald, in: Neue Deutsche Biographie 22 (2005), S. 62–64; Winfried Halder, „Being accustomed to march with the stronger batallions, the German Science of History was fully prepared to become reconciled with Hitlerism". Eine zeitgenössische Sicht zum Verhältnis von deutscher Geschichtswissenschaft und Nationalsozialismus: Hans Rosenbergs Referat an der London School of Economics im Mai 1935, in: Storia della Storiografia 51 (2007), S. 83–123; Gerhard A. Ritter, Friedrich Meinecke und seine emigrierten Schüler, in: Friedrich Meinecke, Akademischer Lehrer und emigrierte Schüler. Briefe und Aufzeichnungen, eingeleitet u. bearb. von Gerhard A. Ritter, München 2006, S. 69–81; autobiographisch: Hans Rosenberg, Rückblick auf ein Historikerleben zwischen zwei Kulturen, in: Ders., Machteliten, S. 11–23.

[5] Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArch Koblenz), N 1376, Nr. 97.

[6] Hinweise auf den Text finden sich bei Ritter, Emigrierte Schüler, in: Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 72, Anm. 230, Halder, Being accustomed, S. 93, Anm. 76, und Friedrich Meinecke, Neue Briefe und Dokumente, hrsg. u. bearb. von Gisela Bock u. Gerhard A. Ritter in Zusammenarbeit mit Stefan Meineke u. Volker Hunecke, München 2012 (= Friedrich Meinecke, Werke, 10), S. 346, Anm. 1.

[7] BArch Koblenz, N 1376, Nr. 1, gedruckte Einladungskarte des Dekans vom 2. 1. 1933.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Thema und wandte sich der Geschichte des liberalen Publizisten, Philosophen und Politikers Rudolf Haym zu[8].

1928 legte Rosenberg seine Doktorarbeit über die Jugendgeschichte Hayms vor[9]. Begleitend dazu hatte er dessen „Vorlesungen über Entstehung, Wesen und Werk der Hegelschen Philosophie" ediert[10]. Haym und die Frühgeschichte des Liberalismus blieben auch für die Habilitation sein Thema. 1930 erschien der „Ausgewählte Briefwechsel" Hayms[11]. Außerdem flankierte Rosenberg seine Forschungen mit einschlägigen Aufsätzen zur Geistesgeschichte des Liberalismus[12], dessen bekanntester unter dem Titel „Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgärliberalismus"[13] mit Unterstützung Meineckes 1930 in der „Historischen Zeitschrift" veröffentlicht wurde. Als Mitarbeiter der Historischen Reichskommission widmete sich Rosenberg zudem seit 1928 einer kritischen Bibliografie der Flugschriften und Zeitschriftenliteratur zwischen 1858 und 1866[14]. Mit dieser auf Akribie und Akkuratesse gründenden Arbeit griff er über die Liberalismusgeschichte im engeren Sinn hinaus, blieb aber der Ausrichtung auf die Geistesgeschichte des frühen und mittleren 19. Jahrhunderts treu.

Rosenbergs Bild des Liberalismus enthielt schon in den 1920er Jahren kritische Züge. So stellte er in seinem Aufsatz über den „vormärzlichen Vulgärliberalismus" fest, dass es verfehlt sei, „den Liberalismus schlechthin und ein- für allemal als die Partei der Bewegung, der Neuerung und des Fortschritts zu charakterisieren". Als der „Vierte Stand" Ansprüche angemeldet habe, sei der klassische Liberalismus konservativer als die sogenannten Konservativen geworden[15]. Er habe eine „allzu esoterische und exklusive Geistigkeit" gepflegt und einen „Mangel an elementarer Willensenergie, an Wirklichkeitsnähe und Zusammenhang mit den Massen" gezeigt[16].

Auf Anraten Meineckes setzte Rosenberg seine Liberalismus-Studien seit 1932 in Köln fort. Wohl auch aus familiären Gründen – seine Frau stammte aus Köln – ging er dorthin zurück, um bei dem Neuzeithistoriker Johannes Ziekursch seine Habilitationsschrift vorzulegen[17]. Die Wahl fiel nicht zufällig auf Ziekursch, denn

[8] Vgl. Rosenberg an Meinecke, 23. 4. 1924 und 2. 9. 1925, in: Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 307–313.
[9] Vgl. Hans Rosenberg, Die Jugendgeschichte Rudolf Hayms, Leipzig-Borna 1928.
[10] Vgl. Rudolf Haym, Hegel und seine Zeit. Vorlesungen über Entstehung, Wesen und Werk der Hegelschen Philosophie, hrsg. von Hans Rosenberg, Leipzig 1927.
[11] Vgl. Hans Rosenberg (Hrsg.), Ausgewählter Briefwechsel Rudolf Hayms, Stuttgart 1930.
[12] Vgl. ders., Denkströmungen.
[13] Historische Zeitschrift 141 (1930), S. 497–541, wieder abgedruckt in: Ders., Denkströmungen, S. 18–50.
[14] Vgl. Hans Rosenberg, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands. Vom Eintritt der Neuen Ära in Preußen bis zum Ausbruch des Deutschen Krieges. Eine kritische Bibliographie, 2 Bde., München 1935.
[15] Ders., Theologischer Rationalismus, S. 29.
[16] Ders., Briefwechsel, S. 17 (Einführung).
[17] Ziekursch an Rosenberg, 27. 10. 1931, in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 41. Rosenberg bezeichnete Ziekursch später gegenüber Karl-Georg Faber als seinen „Sponsor", in: Ebenda, Nr. 46 (23. 6. 1972).

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dieser zählte zu den wenigen republiktreuen, liberal-demokratisch eingestellten Historikern der Weimarer Zeit[18].

Rosenbergs Habilitationsgesuch in Köln datiert auf den 22. April 1932[19]. An der Studie über Haym schrieb er im Laufe des Jahres weiter. Parallel dazu arbeitete er seinen Probevortrag und seine Antrittsvorlesung aus. An den befreundeten amerikanischen Dozenten Eugene N. Anderson schrieb er am 2. September 1932, er habe „eine kleinere Studie über ‚Die Epochen des politischen Liberalismus in Deutschland' (1800–1932) vollendet, die ich in verkürzter Form in Köln als Antrittsvorlesung halten und dann in Broschürenform veröffentlichen will. In dieser Studie habe ich das Problem im engsten Zusammenhang mit den wirtschaftlich-sozialen Strukturwandlungen und insbesondere mit den Entwicklungsstufen des Kapitalismus behandelt."[20]

Am 13. Dezember machte der Kölner Dekan die Gutachten der Fakultät bekannt. Es handelte sich um mehrere kurze Stellungnahmen und zwei ausführlichere Voten des Erstgutachters Ziekursch und des Zweitgutachters Martin Spahn[21]. Ziekursch lobte die Arbeit, bemerkte aber – mit Blick auf seine konservativen Fakultätskollegen –, es liege „in der Natur jeder neuzeitlichen Arbeit, [...] dass nicht jedermann allen politischen Rückblicken und Ausblicken des Verfassers in der vorliegenden Arbeit zustimmen wird". Der nationalkonservative Spahn hatte vermutlich in erster Linie politische Bedenken, schob aber sachliche Gründe vor. Im Hinblick auf die Teilkongruenz von Rosenbergs Dissertations- und Habilitationsthema sowie wegen dessen Editionsarbeit äußerte Spahn die Befürchtung, dass dieser „sich nicht mehr wesentlich weiter entwickeln wird. Vermutlich ist er doch weit mehr für eine Herausgebertätigkeit und eine Tätigkeit als Stoffbearbeiter geeignet als für eine akademische Wirksamkeit."[22]

Nur sechs Tage später, am Vormittag des 19. Dezember 1932, hielt Rosenberg seinen Probevortrag vor der Philosophischen Fakultät zum Thema „Die Bedeutung des Merkantilismus für das westeuropäische Staatensystem der frühen Neuzeit". Bemerkenswert daran ist zweierlei: Zum einen verließ er damit das ihm seit Jahren vertraute Terrain des 19. Jahrhunderts, zum anderen das Gebiet der deutschen Geistesgeschichte und Innenpolitik. Die Verleihung der Lehrbefugnis für mittlere und neuere Geschichte durch den Dekan erfolgte mit Urkunde vom 20. Dezember 1932. Nur eine Woche später reichte Rosenberg seinen Lebenslauf und

[18] Vgl. Karl-Georg Faber, Johannes Ziekursch, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 3, Göttingen 1972, S. 343–357; Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik, Köln 1975, S. 399–451; über den „liberal-demokratischen" Ziekursch vgl. auch Hans Rosenberg, Zur Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 7–17, hier S. 12.

[19] Dies und das Folgende nach den Habilitationsakten Rosenbergs im Universitätsarchiv Köln (künftig: UA Köln), Zug. 197, Nr. 833. Siehe dazu auch die Ausführungen bei Frank Golczewski, Kölner Universitätslehrer und der Nationalsozialismus. Personengeschichtliche Ansätze, Köln/Wien 1988, S. 421–426.

[20] Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 321 f., hier S. 321.

[21] Vgl. Gabriele Clemens, Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik, Mainz 1983.

[22] UA Köln, Zug. 197, Nr. 833, p. 55–58; vgl. auch Golczewski, Universitätslehrer, S. 423–425.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sein Schriftenverzeichnis bei der Philosophischen Fakultät ein. Der Termin seiner Antrittsvorlesung wurde auf den 23. Januar 1933 festgelegt[23]. Sie fand als öffentliche Veranstaltung in der Aula der Universität statt.

II. Das Liberalismus-Bild in Rosenbergs Manuskript

Rosenberg stellt in seiner Vorbemerkung, die er dem für die Publikation vermutlich erweiterten Vortragstext später hinzufügte, klar, dass es sich bei seinen Ausführungen um eine „isolierende Betrachtungsweise" des deutschen Liberalismus handele. Es gehe ihm in erster Linie um die Frage nach der „praktischen Bewährung" des Liberalismus „im politischen Machtkampf". Da Rosenberg die parteipolitische Entwicklung vor dem Hintergrund des sozialen Strukturwandels untersucht, kommen handelnde Personen als Individuen nicht vor. Es ist weder von Eugen Richter, noch von Wilhelm II. oder von Friedrich Naumann die Rede; lediglich Bismarck wird erwähnt. Die historischen Akteure sind vielmehr kollektive Kräfte: Gesellschaftliche Klassen und wirtschaftliche Kreise spielen die Hauptrolle. Selbst die zahlreichen liberalen Parteien, die es bis 1933 in Deutschland gleichzeitig und in historischer Abfolge gab, sucht man im Text vergeblich. Vielmehr treten nicht näher bezeichnete Nationalliberale, Altliberale oder liberale Interessengruppen wie Freihändler oder Schutzzöllner auf. Rosenbergs Geschichtsschreibung hatte sich von biografischen Ansätzen zu einer „kollektiven Ideengeschichte, zur Untersuchung von Gruppen und Tendenzen vorwiegend des demokratischen Spektrums der deutschen Gesellschaft" entwickelt[24]. Ihm stand, so sah er es in der Rückschau, „eine Verbindung von Geistesgeschichte, Sozialgeschichte und politischer Gesinnungs- und Parteigeschichte"[25] vor Augen.

Bemerkenswert ist, zu welch frühem Zeitpunkt für Rosenberg der parteipolitische Liberalismus einsetzt. Während es festgefügte Parteien seit den 1860er Jahren gab und die Vorläufer sich bis 1848 oder bis 1830 zurückverfolgen lassen, datiert er die Entstehung des Liberalismus als „politische Parteibewegung" ohne „apparatlichen Charakter" in die Epoche der Französischen Revolution und Napoleons. Sein Urteil ist insoweit nachzuvollziehen, als die Freiheits- bzw. Befreiungskriege zweifellos ein Laboratorium politischer Ideen und Interessen und zugleich die Geburtsstunde der politischen Bewegungen von Konservatismus, Liberalismus und Nationalismus in Deutschland waren. Diese geistesgeschichtliche Grundierung des frühen Liberalismus betont Rosenberg zu Recht. Nation und Konstitution, Rechtsstaatlichkeit und Partizipation hatte sich der Liberalismus in der Frühzeit auf seine Fahnen geschrieben. Aber „eingeengt und einge-

[23] UA Köln, Zug. 197, Nr. 833, p. 55–58.

[24] Otto Dann, Hans Rosenberg und die Universität zu Köln. Ein Nachruf, in: Kölner Universitäts-Journal 18 (1988), S. 13–15, hier S. 13. Der Begriff der „kollektiven Ideengeschichte" findet sich bei Rosenberg selbst, in: Rosenberg, Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 10. Wehler, Vorwort, in: Ders. (Hrsg.), Sozialgeschichte heute, S. 10, sprach von einer „Sozialgeschichte der Ideen", Winkler, Erneuerer, S. 533, von einer „kollektiven Ideen- oder geistigen Gruppengeschichte".

[25] Rosenberg, Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 11.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schnürt durch die Kümmerlichkeit und Zerfahrenheit der deutschen Staatenordnung“ seien die „Ansätze zu politischer Parteibildung [...] stecken geblieben“. Rosenberg diagnostiziert ein Scheitern liberaler Reformideen und Ideale an der harten politischen und sozialen Realität der vormärzlichen Verhältnisse.

Der Topos vom Scheitern der liberalen Bewegung in der politischen Realität – gemessen an seinen Ideen und Ansprüchen – zieht sich wie ein roter Faden durch Rosenbergs Vortrag. So seien in der 1848er Revolution zu den Kreisen um Bildung und Besitz die kapitalistischen Unternehmer sowie Teile des ostdeutschen Adels hinzugetreten, die einen „ständisch gefärbten Liberalismus“ favorisierten. Damals sei der Liberalismus eine Bewegung der Oberschicht gewesen, während die breite Bevölkerung in einem „politisch amorphen Zustand“ verblieben sei. Diese Lücke zwischen Elite und Volk habe sich später nicht mehr schließen lassen. Vielmehr sei der Liberalismus durch den Verrat an seinen Idealen zum Steigbügelhalter und Schrittmacher der Reaktion geworden.

Rosenberg kritisiert neben dem Verleugnen der ursprünglichen „klassischen“ liberalen Ideen und Interessen die Uneinigkeit der liberalen Bewegung und ihr „Desinteresse“ an den „breiten Volksmassen“. Der „bourgeoise“ Liberalismus habe auf Rechtsstaatlichkeit beharrt und eine Revolution abgelehnt. Von seinem Interesse am „ungestörten Fortgang des Wirtschaftslebens“ seien alle anderen Forderungen überlagert worden. Er sei zu dauernden Konzessionen bereit gewesen, um einen Anteil an der Macht zu erhalten, statt konsequent zu sein und in die Opposition zu gehen.

Die tiefgreifende Wandlung des Liberalismus könne nur als „Ausstrahlung der Herrschaft des Kapitalismus“ verstanden werden. Kriegsniederlage und Revolution hätten den „Tod des Vorkriegsliberalismus“ bedeutet, was allein schon in der Namensgebung der nachrevolutionären Parteien – Rosenberg meint den Verzicht auf die Benennung „liberal“ – zum Ausdruck gekommen sei. Aber auch die liberalen Nachfolgeparteien hätten sich nicht als lebensfähig erwiesen, zumal die orientierungslos gewordenen Mittelklassen sich einem „neuen Parteityp, der militärisch organisierten, hierarchisch gegliederten Führerpartei“ zugewandt hätten. Der Liberalismus hingegen sei „heute zum bloss gesinnungsmässig und weltanschaulich verbundenen politischen Konventikelwesen und zu einer Privatangelegenheit versprengter Individualisten herabgesunken“. Parallel zum Niedergang Weimars, der sich seit 1930 abzeichnete, war auch der politische Liberalismus zerfallen. Rosenberg bot an keiner Stelle seiner Diagnose eine Therapie für den Liberalismus an, weil er eine solche vermutlich für aussichtlos hielt.

Bei Rosenbergs Darstellung der „Epochen des parteipolitischen Liberalismus in Deutschland“ handelt es sich um eine klassische Verfallsgeschichte. Dazu passt, dass der englische Titel, den der Verfasser der Übersetzung seines Vortrags gab, „Rise and Decline of German Political Liberalism“ lautete. Aus Sicht Rosenbergs hatte der Liberalismus, dessen Geschichte mit wertvollen Ideen begonnen habe, seine Mission nicht erfüllt. Er habe sich in der Phase einer kapitalistischen Überformung der politisch-sozialen Strukturen als Klassenpartei einer Wirtschaftselite erwiesen, sich mit den alten Kräften der Reaktion verbündet und damit letztlich seine ursprünglichen Ziele „verraten“. Neben den aktiven Anteil des Liberalismus

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

an seinem eigenen Niedergang trat nach Rosenberg seit Ende des 19. Jahrhunderts „die soziale Lage, die Revolutionierung der Gesellschaft, die die Entwicklung über den Liberalismus [...] notwendig hinaustreibt."[26]

III. Zum historiografischen Kontext

Sicherlich ist Rosenbergs zeitbedingte Sicht auf die Geschichte des Liberalismus von 1800 bis 1932 vom heutigen Forschungsstand aus in vieler Hinsicht zu modifizieren. Aber um ein „Hier-irrte-Rosenberg" kann es bei einer wissenschaftsgeschichtlichen Betrachtung selbstverständlich nicht gehen. Festzustellen und kurz zu umreißen ist aber, wie sich sein Geschichtsbild in den damaligen wissenschaftlichen Diskurs über den Liberalismus einfügen lässt oder wie es davon abweicht.

Geht man von den historischen Überblicksdarstellungen und den darin enthaltenen Deutungen der Geschichte des Liberalismus aus, so könnten vor allem zwei Werke für Rosenberg 1932 erkenntnisleitend gewesen sein. Zum einen galt dies für die von Friedrich Naumann angeregte populäre zweibändige Studie von Oskar Klein-Hattingen aus dem Jahre 1911, die den Geist eines Linksliberalismus atmete, der auf den Zusammenschluss der liberalen Kräfte am Vorabend des Ersten Weltkriegs zielte[27]. Hier fand Rosenberg eine heftige Kritik am Nationalliberalismus vor, der die liberalen Ziele schmählich verraten habe. Zum anderen hatte der italienische Philosophiehistoriker Guido de Ruggiero 1925 eine Untersuchung zum Liberalismus in Europa verfasst, die 1930 in deutscher Übersetzung erschienen war[28]. In diesem Werk dominierte eine hohe Wertschätzung der liberalen Ideale des frühen 19. Jahrhunderts, denen der Autor die Krise des europäischen Liberalismus der 1920er Jahre entgegen hielt.

Neigten schon die beiden historischen Überblicksdarstellungen zu einer Idealisierung des frühen Liberalismus, so wurde diese Tendenz in den kleineren Beiträgen zur Liberalismus-Forschung der Weimarer Zeit noch verstärkt. Republiktreue Historiker stilisierten den Liberalismus des Jahres 1848 zum Vorbild und zählten ihn zur „geistigen Vorgeschichte" des Weimarer Staates und seiner Verfassung[29]. Die Bewertung dieses verfassungshistorischen Brückenschlages von Weimar zu Frankfurt fiel allerdings sehr unterschiedlich, zum Teil geradezu gegensätzlich aus. Während für die einen der Rückgriff auf den Frühliberalismus in einer historischen Legitimation Weimars mündete, bedeutete er für andere eher einen Anschluss an westeuropäische und damit „undeutsche" Ideale. Der frühe Liberalismus, so lautete die Kritik, die sich auch auf die Weimarer Zeit beziehen

[26] Hans Rosenberg, Gervinus und die deutsche Republik. Ein Beitrag zur Geistesgeschichte der deutschen Demokratie, in: Die Gesellschaft 6 (1929), S. 119–136, wieder abgedruckt in: Ders., Denkströmungen, S. 115–127, hier S. 125.

[27] Vgl. Oskar Klein-Hattingen, Geschichte des deutschen Liberalismus, 2 Bde., Berlin-Schöneberg 1911.

[28] Vgl. Guido de Ruggiero, Storia del liberalismo europeo, Bari 1925 [dt.: Geschichte des Liberalismus in Europa, München 1930].

[29] Bernd Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980, S. 157.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ließ, war theoretisch, dogmatisch und damit praxisfern. Der Liberalismus in Geschichte und Gegenwart sei unentschlossen, vieldeutig und zu kompromissbereit. Er passe nicht für deutsche politische Verhältnisse, sei ein Fremdimport und kein deutsches Eigengewächs[30].

In Rosenbergs Vortrag vom Januar 1933 finden sich einzelne Elemente dieser Liberalismuskritik der 1920er Jahre wieder. Die Skepsis gegenüber dem Weimarer Liberalismus schlägt sich auch in den eher sparsamen Belegen nieder. So bezieht er sich in seinen Anmerkungen zum einen auf linksliberal-sozialdemokratische Studien wie diejenigen von Hermann Heller, Hans Kelsen, Henrik de Man, Sigmund Neumann, Gustav Radbruch und Alfred Weber, zum anderen auf konservativ-deutschnationale Gelehrte wie Hans Freyer, Ernst Rudolf Huber, Carl Schmitt, Werner Sombart und Otto Westphal. Das Bild vom Liberalismus als einer abgelebten Weltanschauung beherrschte viele Intellektuelle und auch die Weimarer Geschichtsschreibung. In der Konsequenz blieb die Frage übrig, ob man den Liberalismus als vergangenes historisch-politisches Phänomen sich und seinem Niedergang selbst überlassen könne oder ob man ihn als Feindbild aktiv bekämpfen solle.

Vom Kreis um Meinecke kommen in Rosenbergs Anmerkungen nur Friedrich Meinecke selbst und der Mitdoktorand Eckart Kehr vor. Gerade die Erwähnung Kehrs war dabei kein Zufall. Ihm fühlte sich Rosenberg persönlich, politisch und wissenschaftlich eng verbunden[31]. Als er die Meinecke-Schüler in einer späteren Rückschau aufzählte, bezeichnete er Kehr und sich als „Häretiker“[32]. Gemeint war damit die dezidiert kritische Einstellung zum Liberalismus, die Kehr und ihn von den anderen eher liberal gesonnenen Meinecke-Doktoranden und späteren Emigranten unterschied[33]. Auch in ihrem Geschichtsbild schlug sich dies nieder. Kehr hatte in seiner Untersuchung der Tirpitzschen Flottenpolitik die liberalen Parteien scharf attackiert[34]. Zudem hatte er festgestellt, dass die deutsche Parteigeschichtsschreibung in den Anfängen stecke. Es sei bisher mehr über die Ideenge-

[30] Vgl. ebenda, S. 160 f. Siehe hierzu demnächst meinen Beitrag „‚Import oder Eigengewächs?‘ Der Liberalismus in der Geschichtsschreibung der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus“, in: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.), Liberalismus als Feindbild [erscheint 2014].

[31] Das zeigen die Briefe Kehrs im Nachlass Rosenberg, in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 31; vgl. auch Halder, Being accustomed, S. 84, Anm. 5.

[32] BArch Koblenz, N 1376, Nr. 105. In diesen Notizen zur „Meinecke school“ aus den 1950er Jahren ist von „heretics“ die Rede. Vgl. Halder, Being accustomed, S. 115, Anm. 181. Später bezeichnete sich Rosenberg als „Sozialliberalen”. Rosenberg, Rückblick, in: Ders., Machteliten, S. 23. Am 13. 5. 1972 schrieb er an Georg N. Knauer: „meine allgemeinpolitische Einstellung ist entschieden liberal (wäre ich deutscher Bürger, so würde ich mich am ehesten bei der SPD zuhause fühlen)“, in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 46.

[33] Rosenberg, Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 12, sah sich auf einer Linie mit den wenigen „nonkonformistischen“ Historikern wie Arthur Rosenberg, Franz Schnabel, Veit Valentin und Johannes Ziekursch.

[34] Vgl. Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schichte der Parteien bekannt, als über die „Geschichte ihres konkreten Agierens, ihrer Taktik und ihrer Abhängigkeit von sozialen oder finanziellen Mächten, die hinter ihnen stehen“[35]. Diese Hintergründe wollte Kehr aufdecken. Ganz ähnlich galt Rosenbergs Interesse in seiner Antrittsvorlesung der Frage der „praktischen Bewährung“ und dem „tatsächlichen Verhalten“ des Liberalismus „im politischen Machtkampf“[36]. Angesichts des engen persönlichen Kontakts zwischen den beiden Meinecke-Schülern war dieser parallele Forschungsansatz gewiss kein Zufall[37]. Vielleicht hätte sich auch später eine ähnliche wissenschaftliche Ausrichtung ergeben. Aber Eckart Kehr verstarb bereits im Mai 1933 während eines Forschungsaufenthalts in Washington[38].

Kehr und Rosenberg sahen die politische Entwicklung in Deutschland gegen Ende der 1920er Jahre wie viele andere Intellektuelle überaus kritisch. Kehrs politische Einstellung war vermutlich links vom sozialdemokratischen Spektrum zu verorten. Es spricht für sich, dass ihn der Freiburger Historiker Gerhard Ritter einmal abfällig als „Edelbolschewisten“ einstufte[39]. Ganz ähnlich dürfte es sich bei Rosenberg verhalten, der seine Einstellung 1932 als „links-politisch“ bezeichnete[40]. Seine dezidiert antiliberale, eher sozialdemokratische Sicht kommt in seiner Antrittsvorlesung deutlich zum Ausdruck. Wie Kehr publizierte er zudem in der Zeitschrift „Die Gesellschaft“, die der Sozialdemokratie nahestand[41].

IV. Reaktionen auf die Antrittsvorlesung und geplante Publikation

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Rosenbergs Lage aber nicht nur aus politischen Gründen prekär. Zwar war er Protestant, aber sein jüdischer Großvater und sein später wohl konvertierter Vater erregten bei den Nati-

[35] Ders., Soziale und finanzielle Grundlagen der Tirpitzschen Flottenpropaganda, in: Ders., Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. u. eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, mit einem Vorwort von Hans Herzfeld, Berlin ²1970, S. 130–148, hier S. 130 [zuerst in: Die Gesellschaft 5 (1928)].

[36] Zur Veröffentlichung seiner Habilitationsschrift schrieb Rosenberg am 30. 9. 1933 dem Oldenbourg-Verlag, dass darin die „Analyse des liberalen Ideensystems [und] dessen Zusammenstoss mit der politischen Tatsachenwelt“ Thema sei, in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 57, und am 20. 11. 1933, in: Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 334. In seinem Habilitationsgesuch von 1932 führte er aus, dass in ihm „der Sinn für die Totalität und die machtpolitische Basis des historischen Geschehens immer mehr [...] wach geworden“ sei. UA Köln, Zug. 197, Nr. 833 (22. 4. 1932).

[37] Der Briefwechsel zwischen Kehr und Rosenberg befindet sich im Nachlass des Letzteren, in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 31.

[38] Zu Kehr und seinem Werk vgl. Hans-Ulrich Wehler, Eckart Kehr, in: Ders. (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 1, Göttingen 1971, S. 100–113.

[39] Zit. nach ebenda, S. 100.

[40] Rosenberg an Eugene N. Anderson, 2. 9. 1932, in: Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 321 f., hier S. 321.

[41] Vgl. Rosenberg, Gervinus; siehe zur Zeitschrift „Die Gesellschaft“ und ihrem Herausgeber Rudolf Hilferding, 1923 und 1928/1929 Reichsfinanzminister, http://library.fes.de/library/html/gott/fesgalerie-hilferding.html [Zugriff 3. 10. 2013].

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

onalsozialisten Anstoß. Nur vier Tage nach seiner öffentlichen Antrittsvorlesung publizierte deshalb der im Kölner Gauverlag der NSDAP erscheinende „Westdeutsche Beobachter“ unter dem Akronym „ch.“ einen kleinen Artikel mit der Überschrift „Jüdische Kulturpolitik“[42]. Rosenberg habe sich, so der Berichterstatter über den Vortrag, als Privatdozent „an dieser Stätte des liberalen Geistes“ niedergelassen. Dem folgte eine vernichtende Kritik: „Rosenberg brachte nur die heute auch jedem Laien bekannten Tatsachen, ohne ein einziges Mal schöpferische Leistung bieten zu können. Seine Betrachtung ist selbstverständlich allein aus dem jüdischen Geiste erklärlich, der ein Verständnis für die seelische Einstellung des deutschen Volkes nicht aufbringen kann.“ Der Vortrag habe gezeigt, „daß man deutschen Studenten einen Mann als Lehrer vorzusetzen wagt, der die deutsche Sprache nicht so beherrscht, wie man das von einem Menschen auf diesem Platz verlangen muß“. Selbst Fachleute müssten erst die Fremdworte übersetzen.

Der antisemitische Hetzartikel, der von einer „hebräischen Meute“ und den „Herren aus Palästina“ sprach, die „im letzten Augenblick noch […] Vorposten einzuschieben“ versuchten, war an Boshaftigkeit schwerlich zu übertreffen. Reaktionen von Seiten Rosenbergs oder seiner Kölner Kollegen sind nicht bekannt. Rosenberg ließ unter dem Druck der Zeitverhältnisse seine Vorlesungen im Sommersemester „aus besonderen Gründen“ ausfallen, am 2. September 1933 wurde ihm die Lehrbefugnis offiziell entzogen[43]. Anfang Oktober emigrierten Rosenberg und seine Frau zunächst nach England und 1935 in die Vereinigten Staaten.

Trotz des Lehrverbots konnte seine Habilitationsschrift über Rudolf Haym[44] noch im Juli 1933 erscheinen. Hierin setzte Rosenberg seine Liberalismus-Kritik fort, indem er in aller Deutlichkeit schrieb: „Der klassische Liberalismus, der die Weltanschauung des deutschen Liberalismus zum ‚Ideal-Realismus‘ umbildende Liberalismus der deutschen Geistesaristokratie, hatte die geschichtliche Probe, vor die er durch die Gewalt der Umstände gestellt worden war, nicht bestanden. […] es handelte sich [bei der Politik nach 1849] […] um eine Kapitulation, um eine Flucht vor der Wirklichkeit, der man nicht Herr geworden, mit der man nicht fertig geworden war.“[45]

Rosenbergs Antrittsvorlesung sollte ursprünglich in der von Meinecke herausgegebenen „Historischen Zeitschrift“ erscheinen. Am 8. Februar 1933, gerade einmal zwei Wochen nach dem Vortrag und eine Woche nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, schrieb Meinecke an den Verfasser, er habe „[n]ach der ersten Lektüre Ihres Aufsatzes […] Bedenken“ gehabt, ihn „wegen seiner stark politisch gefärbten Werturteile in der H.Z. zu bringen, wiewohl ich ihn wegen

[42] [ch.], Jüdische Kulturpolitik, in: Westdeutscher Beobachter vom 27. 1. 1933; vgl. dazu Dann, Rosenberg, S. 13 f.; Golczewski, Universitätslehrer, S. 425.

[43] Dokumente dazu in: BArch Koblenz, N 1376, Nr. 42, in: UA Köln, Zug. 197, Nr. 833, sowie in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Rep. 92, Nachlass Friedrich Meinecke, Nr. 39, fol. 330–345.

[44] Vgl. Hans Rosenberg, Rudolf Haym und die Anfänge des klassischen Liberalismus, München/Berlin 1933.

[45] Ebenda, S. 202 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

seiner Vorzüge gern in einer allgemeinen Zeitschrift gesehen hätte". Es muss offen bleiben, seit wann Meinecke das Manuskript kannte. Bemerkenswert ist aber, dass er Anfang Februar 1933 seine frühere Meinung änderte und seine Bedenken zurückstellte. Denn er fuhr in besagtem Schreiben fort: „In der jetzt gewandelten Situation möchte ich ihn nun aber doch bringen, – Sie verstehen mich! – Sie aber sehr bitten, ihn noch einmal durchzusehen und ihm eine Fassung zu geben, die auch dem wissenschaftlich denkenden politischen Gegner keinen Grund zur Klage, dass die Grenzen des historischen Urteils überschritten seien, geben kann. Die Milderung einiger zu greller Urteile und die Anerkennung geistiger Werte auch in den gegnerischen Kräften wird dafür genügen. Auf baldigen Abdruck kann ich aber leider nicht Hoffnung machen."[46] Zwar liegen im Nachlass Rosenbergs zwei deutsche Fassungen des Vortrags[47]; davon ist eine mit handschriftlichen Änderungen versehen. Aber es ist nicht erkennbar und inhaltlich auch eher unwahrscheinlich, dass es sich dabei um jene Korrekturen handelt, die Meinecke in seinem Schreiben vom Februar 1933 erbeten hatte.

Ein knappes Jahr später – Meineckes Position als Herausgeber der „Historischen Zeitschrift" hatte sich inzwischen deutlich verschlechtert[48] – änderte er seine Meinung über die Veröffentlichung des Rosenberg-Manuskripts ein zweites Mal. Am 29. Januar 1934 teilte er seinem inzwischen nach England emigrierten Schüler mit, es sei ihm „schmerzlich", „dass ich Ihren Vortrag Ihnen doch zurückschicken muss. Ich habe ihn, weil ich ihn für das nächste Heft zu bringen gedachte, noch einmal sorgfältig gelesen u. erwogen und sehe, dass er heute nicht mehr tragbar ist für die H.Z. Ich könnte Ihnen nur mündlich auseinandersetzen, warum. Aber ich muss hinzufügen, dass ich auch wissenschaftlich Ihrer Auffassung nur zum Teil zu folgen vermag. Es ist mir zu viel einseitige Kritik in ihm, zu wenig nachempfindendes Verständnis für die positiven inneren Kräfte auch der gegnerischen Parteien, zu viel auch der äusserlichen Dynamik in dem Umschichtungsprozess der Parteien." Ähnlich kritisch betrachte Meinecke das Haym-Buch. Rosenberg verkenne „das Quantum natürlicher und innerlich lebendiger konservativer Gesinnung, das in ihr [der Erbkaiserpartei 1848] und dem rechtsstehenden Liberalismus überhaupt" steckte. „Ich denke", so schloss der akademische Lehrer, „dass Sie den Aufsatz anderweitig unterbringen können. Die kleinen Änderungen, die ich hier u. da im Texte anzubringen begann, um ihn der H.Z. anzupassen, werden Sie leicht wieder beseitigen."[49]

[46] Meinecke, Neue Briefe, Nr. 259, S. 346.
[47] BArch Koblenz, N 1376, Nr. 97.
[48] Vgl. Gerhard A. Ritter, Die Verdrängung von Friedrich Meinecke als Herausgeber der Historischen Zeitschrift, 1933–1935, in: Dieter Hein/Klaus Hildebrand/Andreas Schulz (Hrsg.), Historie und Leben. Der Historiker als Wissenschaftler und Zeitgenosse. Festschrift für Lothar Gall zum 70. Geburtstag, München 2006, S. 65–88.
[49] Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 336 f. Der dokumentierte Text enthält zwar Überarbeitungsspuren, aber diese stammen von Rosenberg selbst.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

V. Überlieferung und Edition

Tatsächlich wurde Rosenbergs Antrittsvorlesung bis heute nicht publiziert. Später hat er die ersten zwei Drittel des Textes vermutlich selbst ins Englische übersetzt, ihn zum Teil umgeschrieben, ihn vielleicht auch in England oder den Vereinigten Staaten einmal vorgetragen[50], aber gedruckt wurde er weder in der deutschen noch in der englischen Fassung. Rosenberg hat kleine Teile des Textes 1934/35 in der unveröffentlichten Einleitung zur „Nationalpolitischen Publizistik" verwendet[51]. Den dokumentierten Vortragstext hat er zwar inhaltlich leicht bearbeitet, aber in seiner sprachlichen Form nur geringfügig angetastet. Tatsächlich trägt er damit deutlich einen Vortragscharakter, der sich in langen Sätzen bzw. einer Reihung von Nebensätzen und gleichförmigen Satzteilen niederschlägt[52].

Der hier abgedruckte Text ist in zwei deutschen und zwei englischsprachigen Versionen im Nachlass Hans Rosenbergs im Bundesarchiv Koblenz überliefert[53]. Die Dokumentation folgt in ihrer äußeren Form einer der beiden maschinenschriftlichen deutschen Fassungen. Alle Änderungen in Fassung A und alle Abweichungen in Fassung B sind in den editorischen Fußnoten vermerkt. Das Manuskript umfasst 26 einseitig beschriebene Blätter im Format DIN A4, davon 23 eineinhalbzeilig geschriebene und drei einzeilig verfasste Seiten mit Vorbemerkung und Endnoten. Sämtliche Korrekturen – fast alle erfolgten handschriftlich – sind in der Wiedergabe eingearbeitet. Schreibfehler oder grammatikalische Fehler wurden stillschweigend korrigiert. Der Text ist ansonsten buchstabengetreu transkribiert, so dass alte Schreibweisen oder ein doppeltes „s" erhalten bleiben. Rosenbergs Manuskript wurde inhaltlich nicht kommentiert, seine Anmerkungen wurden formal nicht ergänzt, sondern in der ursprünglichen Form belassen.

[50] Die beiden handschriftlichen englischen Fassungen (23 bzw. 24 Seiten) unterscheiden sich voneinander in der Formulierung bzw. Übersetzung. In einer ist von einem Vortrag („lecture") die Rede, ohne dass dies näher erläutert wird. In einem Schreiben vom 29. 9. 1934 bot Rosenberg dem Londoner Historiker Robert William Seton-Watson an, an der Universität oder am King's College einen Vortrag über „The epochs of political liberalism in Germany" zu halten. BArch Koblenz, N 1376, Nr. 42. 1935 referierte er an der London School of Economics über die deutsche Geschichtswissenschaft. Diesen Text edierte Halder, Being accustomed, S. 98–111, mit ausführlichem Kommentar.

[51] BArch Koblenz, N 1376, Nr. 95, inhaltliche Einleitung zu seiner Bibliografie, die 1935 aufgrund der Zeitverhältnisse nicht erscheinen konnte. Stattdessen gab es nur eine rein editionstechnische Einführung.

[52] Meinecke appellierte am 19. 11. 1934 an Rosenberg, dass er in seiner Einleitung zur „Nationalpolitischen Publizistik" je einen seiner „unförmlichen und unübersichtlichen Bandwurmsätze" in vier kurze auflösen solle. Meinecke, Akademischer Lehrer, S. 343 f., hier S. 343.

[53] BArch Koblenz, N 1376, Nr. 97. Fassung A und B sind im Laufe des Jahres 1933 entstanden, wobei offen bleiben muss, welches die ältere der beiden Versionen ist. Die englischen Übersetzungen stammen vermutlich aus dem Jahr 1934. Siehe Anm. 50.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

VI. Historische Bedeutung und Wirkungsgeschichte

Für eine Publikation des Manuskripts wäre neben der 1932 geplanten Broschürenform oder einem Zeitschriftenaufsatz auch der spätere Abdruck in einer der drei zwischen 1969 und 1978 erschienenen Aufsatzsammlungen Rosenbergs möglich gewesen[54]. Aber Rosenberg entschied sich dagegen. Über seine Motive lässt sich nur spekulieren: Vielleicht hielt er seinen Text für zu sehr vom Zeitgeist geprägt; vielleicht sah er den Liberalismus nach 1945 milder; vielleicht meinte er auch, dass sich die Niedergangsthese angesichts der Gründung liberaler Parteien in den deutschen Ländern nach 1945 und der Freien Demokratischen Partei 1948 nicht mehr aufrecht erhalten ließ. Schließlich könnte er angesichts der seit 1969 regierenden sozialliberalen Koalition den Zeitpunkt für einen Druck im Rahmen der genannten Sammelbände als unpassend empfunden haben.

Im Januar 1933 war die These, dass der parteipolitische Liberalismus seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen allmählichen Niedergang erlebt habe, jedenfalls nicht ungewöhnlich. Kritiker des Liberalismus, seiner Ideologie und seiner parteipolitischen Gestalt gab es zuhauf und in allen politischen Lagern. Ein dezidierter Antiliberalismus war in der Weimarer Republik, zumal in intellektuellen Zirkeln, gängige Münze. Und die entsprechende historische Analyse teilten zahlreiche Kollegen Rosenbergs. Anfang der 1930er Jahre trat eine allgemeine Kritik an den liberalen Parteien hinzu, die an der Stabilisierung der Weimarer Demokratie gescheitert waren. Von der Enttäuschung eines republiktreuen Zeitgenossen über die Liberalen schwingt einiges in dem Text Rosenbergs mit.

Insgesamt liegt die Bedeutung der Antrittsvorlesung weniger in einer tiefgründigen Analyse der Entwicklung des deutschen Liberalismus seit dem frühen 19. Jahrhundert. Dazu trägt das Manuskript viel zu sehr den Charakter eines kompakten, stark thesenorientierten und politisch argumentierenden Überblicks. Aber gerade diese politischen Zuspitzungen und Bewertungen verdeutlichen die unmittelbare Zeitgebundenheit des Textes, der damit ein Zeitdokument von besonderem Rang ist. Den engen Zusammenhang zwischen seinen wissenschaftlichen Forschungen und der politischen Situation 1932/33 hat Rosenberg später wiederholt betont. 1972 schrieb er: „Zur selben Zeit gewann ich auch größere Klarheit über den Standort meines sozialen und politischen Denkens und dessen Konsequenzen für die historische Themenwahl und Urteilsbildung."[55] In Rosenbergs frühen Arbeiten zeigte sich zudem ein allmählicher Wandel seiner „historiographischen Grundanschauungen"[56]. Er begann seine Historikerlaufbahn Ende der 1920er Jahre mit geistesgeschichtlichen Forschungen à la Meinecke, wandte sich in der Antrittsvorlesung 1933 einer kollektiven Ideengeschichte sozialer

[54] Vgl. Anm. 3.

[55] Rosenberg, Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 12. Sein Blickwinkel sei „gegenwartsbezogen" gewesen. Ders., Vorbericht, in: Ders., Die Weltwirtschaftskrise 1857–1859, Göttingen ²1974, S. V-XXV, hier S. VIII.

[56] Ders., Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 11; ders., Rückblick, in: Ders., Machteliten, S. 14.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schichten zu und schloss noch im selben Jahr eine empirisch gesättigte Studie zur Weltwirtschaftskrise Ende der 1850er Jahre ab, die einen methodischen „Brückenschlag zwischen Geschichte und den Sozialwissenschaften" darstellte[57]. Die Antrittsvorlesung vom Januar 1933 markierte somit ein methodisches Übergangsstadium in Rosenbergs Entwicklung vom Ideen- zum Verfassungs- und Sozialhistoriker[58].

Normalerweise kann ein bis heute ungedruckter und damit nahezu unbekannter Text keine Wirkungsgeschichte entfalten. Im Falle des vorliegenden Manuskripts muss die Einschätzung aber differenzierter ausfallen. Denn die von Rosenberg vertretene kritische Liberalismus-Deutung ist nach dem Zweiten Weltkrieg nicht singulär. So prägte sie die erste größere Gesamtdarstellung des deutschen Liberalismus nach 1945, die „Tragödie des deutschen Liberalismus" des in die USA emigrierten Historikers Friedrich C. Sell aus dem Jahr 1953[59]. Aber auch Rosenberg selbst hat zur Verbreitung seiner Sicht maßgeblich beigetragen. Zum einen wurden seine Texte über Rudolf Haym und den Liberalismus des Vormärz nach 1945 wieder gelesen und 1972 teilweise neu gedruckt. Zum anderen vermittelte er seine Ansichten in Lehrveranstaltungen in den Vereinigten Staaten und im Nachkriegsdeutschland seinen Schülern und Anhängern. Beispiele für die transatlantische Schülerschaft Rosenbergs sind Hans-Ulrich Wehler und Gerhard A. Ritter, die ihn seit Mitte der 1960er Jahre in der deutschen Historiografie bekannt machten. In Wehlers Habilitationsschrift von 1969 und in seinem äußerst wirkungsvollen „Kaiserreich"-Buch von 1973 spiegelt sich die Sicht Rosenbergs geradezu idealtypisch wieder[60]. Über Hans-Ulrich Wehler, Heinrich August Winkler, Gerhard A. Ritter und andere ist Rosenbergs Liberalismus-Kritik schließlich zum wichtigen Ingrediens der deutschen Sozialgeschichtsschreibung seit den 1960er Jahren geworden.

[57] Ders., Einführung, in: Ders., Denkströmungen, S. 12. Rosenberg schrieb, er sei „auf dem Wege" gewesen, sich „von der die historische Lebenswirklichkeit vielfach verschleiernden elitär-esoterischen politischen Ideen- und Doktrinengeschichtsschreibung zu distanzieren". Ders., Rückblick, in: Ders., Machteliten, S. 13.

[58] Zu Rosenbergs Bedeutung für die Verknüpfung von Sozial- und Verfassungshistoriografie vgl. Ewald Grothe, Zwischen Geschichte und Recht. Deutsche Verfassungsgeschichtsschreibung 1900–1970, München 2005, S. 392 f.

[59] Vgl. Friedrich C. Sell, Die Tragödie des deutschen Liberalismus, Stuttgart 1953.

[60] Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus, Köln/Berlin 1969; ders., Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973. Zur Wirkung Rosenbergs als Mentor vgl. Ritter, Rosenberg, S. 299; Winkler, Erneuerer, S. 549.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokument

Hans Rosenberg
Die Epochen des parteipolitischen Liberalismus in Deutschland[61]

Vorbemerkung[62]**:**
Wenn ich in dieser Studie, die in verkürzter Fassung am 23. Januar 1933 als öffentliche[63] Antrittsvorlesung an der Universität Köln gehalten wurde, den deutschen Liberalismus[64] als politische Parteibewegung im engen Zusammenhang mit den ihn begleitenden und bedingenden wirtschaftlich-sozialen Strukturwandlungen, jedoch unter Ausschaltung der Genesis seiner Staats-, Wirtschafts- und Weltanschauung zum Gegenstande einer summarischen Ueberschau mache und dabei die Frage nach seiner praktischen Bewährung im politischen Machtkampf[65], nach seinem tatsächlichen Verhalten und Vollbringen in den Vordergrund rücke, so bin ich mir natürlich bewusst, dass diese isolierende Betrachtungsweise dem deutschen Liberalismus als historischem Gesamtphänomen nicht voll gerecht wird. Die nähere Begründung für die hier vertretene Auffassung wird in meinem bereits weit[66] fortgeschrittenen Buche über „Rudolf Haym und den klassischen Liberalismus" gegeben werden, in dem die in dieser Studie vernachlässigte geistig-weltanschauliche Seite des deutschen Liberalismus vor allen anderen zur Darstellung gelangen soll. Mit Rücksicht auf diese in Aussicht stehende, bereits vor Jahren angekündigte Publikation, deren Vollendung sich durch innere und äussere Umstände verzögert hat und sich infolge anderweitiger, drängenderer Verpflichtungen erneut hinausziehen wird, glaube ich mich im Folgenden auf wenige Nachweise beschränken zu dürfen.

I.
Die Geschichte des Liberalismus ist untrennbar verbunden mit der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte unserer modernen europäisch-amerikanischen Kultur. Als eine Manifestation des „modernen Geistes" in der Renaissance- und Reformationsära ins historische Leben eingetreten, zur Reife gelangt im Zeitalter der Aufklärung als ein die überkommenen autoritären Schranken durchbrechendes, die Freiheit und Autonomie des Denkens und der Persönlichkeit begründendes schöpferisches Ideen- und Kultursystem, als ein neues, innerweltlich gerichtetes, individualistisches Lebensgefühl und Menschentum, ist der Liberalismus zu einem Reformideal des Gesamtdaseins, zu einer

[61] Titel handschriftlich eingefügt. Links vom Text ergänzt: „Antrittsvorlesung an der Univ. Köln im Januar 1933". In Fassung B steht im Titel „politischen" statt „parteipolitischen". – Das Manuskript befindet sich in: BArch Koblenz, N 1376 (Nachlass Hans Rosenberg), Nr. 97. Ich danke dem Bundesarchiv für die Erteilung der Publikationsgenehmigung. Die Fußnoten sind editorische Hinweise auf Korrekturen in der hier dokumentierten Fassung A und Änderungen in der Fassung B. Die Endnoten (im Text fett gedruckt) stammen von Rosenberg selbst.
[62] Wort handschriftlich über dem Text eingefügt. Die Vorbemerkung befindet sich am Beginn der Endnoten.
[63] Worte „am 23. Januar 1933 als öffentliche" ergänzt.
[64] In Fassung B eingefügt: „nicht als politischen Ideenkreis, sondern".
[65] Gestrichen: „nach seiner effektiven politischen Leistung".
[66] Wort ergänzt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in alle Lebenssphären eindringenden Weltanschauung, zu einer politischen Bewegung und Zeitenwende erst mit dem Erwachen der Völker und des nationalen Gemeinschaftsbewusstseins, erst mit der Revolutionierung der abendländischen Gesellschaft und den wirtschaftlich-sozialen Strukturwandlungen in der Epoche der grossen französischen Revolution geworden.

Zu den verschiedenen Zeiten und in den verschiedenen Ländern ist das Wesen des Liberalismus höchst verschiedenartig bestimmt worden, und er ist in der Tat etwas anderes gewesen. Nur aus seinem konkreten historischen Gestaltwandel und aus seinen nach Zeit und Ort differenzierten Formen und Trägern lässt sich daher erschliessen, was er ist und was er für den geschichtlichen Gesamtprozess bedeutet.[1]

II.

Die Anfänge des deutschen Liberalismus im Sinne einer politischen Parteibewegung – und nur von dieser soll hier gesprochen werden – fallen in das Zeitalter der Französischen Revolution, der napoleonischen Weltgefahr, der preussischen Reformzeit und der Befreiungskriege. Es war der neue Stand der „Gebildeten", der damals von dem Werden eines neuen Staates, einer neuen Gesellschaft und eines neuen Geistes ergriffen und aus seinem politischen Schlummer emporgerüttelt wurde. Inmitten einer in Flammen stehenden Welt mit den Ideen von 1789, mit den Ideen der Romantik und des deutschen Idealismus, mit nationalem, völkischem und staatsreformerischem Geist erfüllt, trat er in die politische Arena ein mit dem Willen zu unmittelbarer und bewusster Mitgestaltung seines Schicksals. Es waren die geistigen Führerschichten der Nation, die über den Untertanenstandpunkt der absolutistischen Epoche hinausgewachsen und ihrer politischen Mündigkeit bewusst geworden waren. Durchdrungen von einem philosophisch durchleuchteten, der Begeisterung fähigen und Begeisterung weckenden Glauben an die revolutionäre Gewalt und siegende Kraft ihrer individualistischen Freiheitsethik, ließen sie[67] den Ruf nach allgemeiner Erneuerung, nach einer Reform an Haupt und Gliedern, nach der Beteiligung des Volkes an Gesetzgebung und Verwaltung, nach der Einheit von Staat und Volk, nach dem bürgerlichen Rechtsstaat, dem konstitutionellen Verfassungsstaat und nationalem Volksstaat erschallen. Von vornherein traten sie damit in einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den um Wiederherstellung des status quo bemühten gegenrevolutionären Kräften, die seit 1815 die Staatsgliederung des mittleren und östlichen Europa bestimmten und danach trachteten[68], gegen den neuen Geist der Zeit das monarchische Prinzip, das legitimistische Gottesgnadentum und die alte ständisch-feudalistische Gesellschaftsordnung zu stabilisieren.

Eingeengt und eingeschnürt durch die Kümmerlichkeit und Zerfahrenheit der deutschen Staatenordnung, durch die Rückständigkeit der deutschen Verfassungsinstitutionen, in seinem Aktionsdrang gehemmt und gelähmt durch die dynastische Internationale des restaurativen „Systems", ist der zu politischer Ohnmacht, zur theoretischen Diskussion und zur reinen Opposition verurteilte vormärzliche Liberalismus durch die Schuld der Verhältnisse in blossen auf Gesinnungsgemeinschaft gegründeten Ansätzen

[67] Worte „ließen sie" eingefügt.

[68] Gestrichen: „mit den Mitteln der Bürokratie und Polizei, mit der Handhabung des blossen Apparates".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

zu politischer Parteibildung stecken geblieben und zum parteimässigen Zusammenschluss im modernen Sinne, zu einer organisierten Kampfgemeinschaft mit dem Zwecke der politischen Machteroberung, überhaupt nicht gelangt[69].

Parteiwesen, öffentliche Meinungsbildung und Führerauswahl hatten damals noch keinen apparatlichen Charakter, da die alte patriarchalisch[70]-biedermeierhafte Gesellschaftsgliederung gegenüber der in der Bildung begriffenen ökonomischen Klassen- und Interessenschichtung der kapitalistischen Gesellschaft und der mit dieser notwendig verbundenen Kollektivierung und Rationalisierung sämtlicher Lebensbeziehungen noch durchaus den Vorrang behauptete. Infolgedessen ist die vormärzliche Parteipolitik in Deutschland nichts anderes als eine persönlichkeitsgebundene Notabeln- und Honoratiorenpolitik gewesen.

Die soziologischen Träger der Aktivierung und Politisierung des deutschen Volkes sind daher bis 1848 nahezu ausschliesslich in den Kreisen um „Bildung und Besitz" zu suchen, im höheren Bürgerstand, im Geld- und Titelpatriziat und im Feudaladel. Waren es bei der überragenden Stellung, die im Leben der Nation die Universitäten zu jener Zeit einnahmen, an erster Stelle die Professoren und Studenten, die Schriftsteller, die Publizisten und die Vertreter akademischer Berufe, die sich der konstitutionellen und der nationalen Ideen als den beherrschenden politischen[71] Ideen des Jahrhunderts im Bewusstsein eines neuen Ethos zugewandt hatten, so war es für die zukünftige Entwicklung doch noch weitaus bedeutsamer, dass zu den Ideologen sich die weitaus nüchterner denkende Gruppe der hochkommenden kapitalistischen Unternehmer, der Fabrikanten, Grosshändler und Finanzleute gesellte, die des Missverhältnisses von sozialer Struktur und politischer Machtverteilung bewusst geworden waren und, von weitausgreifenden Expansionstendenzen erfüllt, den Sieg der liberalen Einheits- und Freiheitsbewegung zugleich[72] als eine geschäftliche Notwendigkeit erkannt hatten. Und wenn sich mit dem bürgerlichen Geist und dem bürgerlichen Kapital nun noch derjenige Teil des ostdeutschen Adels verbündete, der auf Grund seiner Feindschaft gegen die Vormacht der Bürokratie und des absoluten Königtums einem ständisch gefärbten Liberalismus sich zuneigte, so geschah dies, von vereinzelten Idealisten abgesehen, vor allem auch[73] deshalb, weil er die Zweckmässigkeit der liberalen Ideen für das Exportinteresse der getreidebauenden Grossagrarier erfasst hatte.

Aber noch lange nachdem die Oberschichten der Nation bereits in Bewegung geraten waren, verharrte die breite Volksmasse in ihrem politisch amorphen Zustand. Gegenüber den Obrigkeiten im Servilismus ersterbend, standen das Landvolk, die Kleinhändler, Kleingewerbetreibenden und Handwerksgesellen sowohl wie das zahlenmässig noch schwache Arbeiterproletariat den Problemen des Staats- und Gesellschaftslebens mit ebensoviel Gleichgültigkeit wie Ahnungslosigkeit gegenüber. Erst die grosse Sturmflut des Jahres 1848 hat die im Verlaufe der 40er Jahre bereits hie und da, nicht zuletzt durch

[69] In Fassung B eingefügt: „Hier Zusatz über die philos., religiös. u. wissenschaftl. Anfänge der Beweg[un]g."
[70] Geändert aus: „ständisch-feudalistisch".
[71] Worte „als den beherrschenden politischen" eingefügt.
[72] Wort eingefügt.
[73] Wort eingefügt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Pauperismusbewegung, aus der Ruhe aufgescheuchte Mittel- und Unterschicht in einem jähen Schlage aus der Apathie herausgerissen. Ueber die Köpfe der Einzelnen hinweg hatte sich die historische Gesamtsituation von Grund auf gewandelt. Der deutsche Liberalismus, der sich den Anteil am Staatsleben auf reformerisch-legalem und nicht auf revolutionärem Wege hatte erkämpfen wollen, war damit in eine neue Epoche seiner Entwicklung eingetreten.

III.

Die alten Gewalten waren durch die Mobilmachung der Massen, durch die Zusammenrottungen der Studenten, Handwerker, Arbeiter und Bauern überrannt, überrumpelt und überraschend leicht zu Fall gebracht worden. Emporgetragen durch den Drang der Nation nach freiheitlicher Gestaltung und sozialer Erneuerung ihres inneren, nach nationaler Autonomie ihres äusseren Staatslebens, traten jetzt die liberalen Koryphäen des Vormärz an die Spitze der Bewegung, übernahmen sie als Märzstaatsmänner in den Einzelländern die Führung der Regierungsgeschäfte in dem entschlossenen Willen, die Gunst der Stunde zu nutzen, die ihnen mühelos in den Schoss gefallene Macht zu behaupten, die politische und soziale Vormachtstellung von „Bildung“ und „Besitz“ verfassungsmässig zu sichern und mit dem Festhalten und Ausbauen des Errungenen den Lauf der entfesselten Bewegung zu hemmen und damit die Revolution zu „schliessen“.

Tatsächlich jedoch ist der zunächst unzweifelhafte Sieg der parlamentarisch-konstitutionellen Rechtsstaatsidee des gebildeten und besitzenden Bürgertums ein blosser Pyrrhussieg gewesen. Denn während sich die von den Liberalen in optimistischer Vertrauensseligkeit unterschätzten alten Kräfte bereits in der Stille zum Gegenschlage zu sammeln begannen, hatte sich im Rücken des im Machtrausch befangenen liberalen Bürgertums der republikanische Radikalismus und die Idee der sozialrevolutionären Demokratie drohend erhoben, die in der kleinbürgerlichen und proletarischen Volksmasse vielfach Eingang gefunden, aber auch einen Teil der Intellektuellen zum Vorkampf für die politische, bezw. soziale Gleichberechtigung aller Volksgenossen auf den Plan gerufen hatte. Zu jenen ungeheuren Spannungen und Aufgaben, die aus dem Mit-, Neben-, Gegen- und Durcheinander der einzelstaatlichen[74] Verfassungsbewegungen und der auf Verwirklichung des nationalstaatlichen Reichsgedankens gerichteten nationalrevolutionären, überpartikularistisch-gesamtdeutschen Bewegung erwachsen waren, waren damit nun noch die sozialen Klassengegensätze getreten. Im Verlaufe der Revolution an Schärfe ständig zunehmend, haben sie das Geschick[75] der Revolution schliesslich besiegelt.

In seiner Aktionskraft gegenüber den alten politischen Herrschaftsgruppen gelähmt durch das Schreckgespenst der „roten Anarchie“ und der sozialistischen Republik, in seinen Besitzinstinkten aufgerüttelt durch das Phantom des Umsturzes aller bestehenden Eigentumsverhältnisse, in seiner unsozialen Haltung bestärkt durch den für das Proletariat vernichtenden Ausgang der Pariser Junischlacht, in seinen gebildeten Schichten zurückschaudernd vor der vermeintlichen Gefahr einer Herrschaft der Ungebildeten, geriet das vor einem radikalen Umsturz zurückschreckende liberale Bürgertum, als der Stoss den Gegenstoss, die Aktion die Reaktion, die Revolution die Konterrevolution aus-

[74] Geändert aus: „nationalstaatlichen“.
[75] Geändert aus: „Schicksal“.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

löste und die Wiener Oktoberrevolution und der Berliner Novemberstaatsstreich eine von Grund auf veränderte politische Gesamtlage schufen, in eine Sackgasse, aus der es schliesslich nur als politisch Besiegter und Geprellter wieder herausfand.

Indem der konstitutionelle Liberalismus unter Führung des Geld- und Titelpatriziats sich unter weitgehender Ueberschätzung seiner Kräfte für die friedliche Verständigung und für das Bündnis mit der von der agrarmilitaristischen Feudalpartei gestützten preussischen Krone entschied, hat er um der Sicherung seiner wirtschaftlich-sozialen Vormachtstellung gegenüber den von unten nachdrängenden Schichten willen seine politischen Herrschaftsansprüche weitgehend zum Opfer bringen müssen. Denn indem er sich auf den Boden der oktroyierten preussischen Verfassung mitsamt ihrem zu „rettenden Taten" weidlich ausgenutzten Notverordnungsparagraphen stellte[76], indem er sich vor dem Primat des monarchischen Prinzips beugte und, unter praktischer Verleugnung seines Grundsatzes vom freien Volksstaat, unter dem Druck der gewandelten Machtverhältnisse stillschweigend vom parlamentarisch-konstitutionellen zum monarchisch-konstitutionellen[77] Staatsgedanken abschwenkte, hat er den alten Regierungen und den ihnen anhängenden konservativ-feudalen Kräften wieder in den Sattel verholfen, ist er zum unfreiwilligen Schrittmacher der militärisch-bürokratischen Reaktion geworden. Niemals wieder hat sich der deutsche Liberalismus von dem ihm beigebrachten vernichtenden Schlage völlig zu erholen vermocht. Aufs Haupt geschlagen in seinem politischen Machtdrang, betrogen um die Erfüllung seines nationalen Einheitstraumes, lenkte er in die Aera der Reaktion hinüber.

IV.

Durch den Widerspruch von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit erhalten die 1850er Jahre in Deutschland ihr Gepräge. Die aus dem revolutionären Sturm hervorgegangenen geschriebenen Verfassungen waren zur Fassade, der in scheinkonstitutionellen Formen regierende Neoabsolutismus zur wirklichen Verfassung, zum Ausdruck der tatsächlichen Machtgruppierung[78], zur Substanz des deutschen Staatslebens geworden. Hinweggefegt waren die politischen Parteien und Vereine, die sich 1848 gebildet hatten, zu dekorativer Bedeutung herabgesunken die Parlamente und Landtage, ihrer politischen Schwungkraft beraubt die Presse und die Publizistik, in den politischen Stumpfsinn des Vormärz zurückversunken die ernüchterten und enttäuschten Volksmassen. Mit grossem Erfolg erprobten die regierenden Gewalten die Methode, durch Ablenkung auf die materiellen Interessen, den politischen Machtwillen und Aktionsdrang der bürgerlichen Klassen zum Schweigen zu bringen.

Die 1850er Jahre waren Jahre wirtschaftlicher Expansion und kapitalistischen Gründertums, Jahre, in denen die Banken und Aktiengesellschaften wie Pilze aus der Erde schossen, Jahre, in denen in Deutschland nicht nur, sondern in der gesamten europäisch-nordamerikanischen Welt der Finanz-, Industrie- und Handelskapitalismus sich in

[76] Geändert aus: „Denn indem er die oktroyierte preussische Verfassung [...] akzeptierte, [...]".
[77] Worte „zum monarchisch-konstitutionellen" ergänzt.
[78] Geändert aus: „Machtverhältnisse".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Breite zu entfalten und in der Tiefe zu verwurzeln begann[79]. Das glänzend verdienende, vom Spekulationsfieber, Profit- und Dividendengeist ergriffene deutsche Bürgertum, das sich in diesen Jahren immer mehr zur Bourgeoisie umzubilden begann, hat, da es materiell voll und ganz auf seine Kosten kam, die politische Stagnation, die Reduzierung des öffentlichen Lebens auf die Wirtschaft und die geistige Diskussion, stillschweigend in Kauf genommen. Eine nennenswerte Rolle im Gesamtleben der Nation hat daher der politische Liberalismus in dem wieder partikularistisch aufgespaltenen Deutschland der Reaktionszeit nicht gespielt.

Es ist das historische Verdienst des sein moralisches Rückgrat bewahrenden deutschen Professorentums und der ihm anhängenden Intelligenzschichten gewesen, dass sie in dieser Zeit der erlahmten Volkskraft und des erschlafften Volkswillens[80] vor dem Bestehenden sich nicht einfach gebeugt, sondern in entschiedener und mutiger Oppositionsstellung gegen die feudalkonservativen Kräfte der Reaktion und gegen den „materialistischen" Zeitgeist, der auch in der Wissenschaft selbst in dem Umsichgreifen positivistischer und naturalistischer Bestrebungen und in dem Vordringen der Naturwissenschaften zum Ausdruck kam, die Ideen des politischen Liberalismus vor der Verschüttung und Korrumpierung bewahrt haben. Nur durch den opferbereiten Einsatz ihres vollen Menschentumes ist jene politische Selbstermannung des deutschen Bürgertums möglich geworden, die, nachdem bereits die grosse Weltkrise des Jahres 1857 und die darauf folgende wirtschaftliche Depression den Boden für die Entfaltung politischer Aktivität wieder aufgelockert hatte, mit dem Eintritte der „Neuen Aera" in Preussen und mit dem Kanonendonner der oberitalienischen Schlachten von 1859 zum zweitenmale den Ruf nach einem einigen, mächtigen und freien Deutschland zur allgemeinen Parole werden liess.

V.

Von neuem war die Nation, hineingerissen in den Herrscher- und Völkerstreit um die Revision der Karte von Europa, in flutende Bewegung geraten. Zu neuer Triebkraft erwacht war das verkümmerte und steril gewordene Parteiwesen. Aber mit den sich neu formierenden und gegenüber der gewandelten historischen Situation sich innerlich umschmelzenden Parteien und politischen Vereinen waren zugleich die alten Gegensätze zu neuem Kampfe aufgeflammt. Zweifellos hat in den Sturmjahren der deutschen Einigung der Liberalismus gegenüber den konservativen Parteigruppen, dem über die partikular gebundene Einzelstaatssphäre damals noch nicht hinausgelangenden politischen Katholizismus und gegenüber den versprengten Ueberresten der 48er Radikaldemokratie und der noch in den ersten Anfängen steckenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung von dem zu politischem Wollen erwachten Teil des deutschen Volkes die weit überwiegende Mehrheit hinter sich gehabt, ohne doch deshalb die nötige Stosskraft für umwälzende Taten, für einen fundamentalen staatlichen Neubau zu besitzen. Zu einer ge-

[79] An dieser Stelle ist eine Fußnote gestrichen, deren Text lautete: „Vgl. hierzu mein in diesem Sommer [geändert in: noch in diesem Jahre] erscheinendes Buch über ‚Die Weltwirtschaftskrise von 1857–59'".

[80] Worte „in dieser Zeit der erlahmten Volkskraft und des erschlafften Volkswillens" ergänzt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schlossenen politischen Einheitsfront hat es der Liberalismus der Reichsgründungsepoche trotz „Nationalverein" und „Deutscher Fortschrittspartei" nicht zu bringen vermocht.

Trotz aller Nationalvereinsversammlungen, Abgeordnetentage und volkswirtschaftlichen Kongresse, trotz aller Diskussionen über nationalpolitische und verfassungspolitische Reformprojekte prallte der Partikularismus der Stämme und Länder, die Konkurrenz der Länderparlamente, der Interessen- und Gesinnungsgegensatz von Altliberalen und Fortschrittlern, von Unitariern und Föderalisten, von „Grossdeutschen" und „Kleindeutschen", von Freihändlern und Schutzzöllnern immer wieder aufeinander. Der siegesgewisse Ton der damals mächtig emporschiessenden Presse und Publizistik[2], die Deklamatorik der öffentlichen Reden und Erklärungen, die Berufung auf die angebliche Einmütigkeit der „öffentlichen Meinung" können nicht darüber hinwegtäuschen, dass der[81] Liberalismus der 1860er Jahre bei seinem parlamentarischen[82] Ringen zwar durchaus die überwiegende Anzahl der Gebildeten und bürgerlichen Notabeln und einen beträchtlichen Teil des in wirtschaftlich selbständiger Lebensstellung sich befindenden gewerblichen und agrarischen Mittelstandes im Rücken hatte, dass aber die breite Volksmasse dem politischen Tageskampf nach wie vor uninteressiert gegenüberstand, was schon rein äusserlich in der geringen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam.

Mit seinem ewigen Pochen auf Recht und Gesetz und seiner scharf dualistischen Scheidung von Macht und Recht hat der bourgeoise Liberalismus nicht einmal über die ideologischen Voraussetzungen zur Entfesselung wirklich revolutionärer Energien verfügt. Vom Barrikadengeist weit entfernt bleibend, hat er weder die Kraft noch den Willen zur Revolution besessen, wobei die Frage nach der Möglichkeit einer revolutionären Erhebung hier nicht zu erörtern ist. Und da der Liberalismus zudem an einem möglichst ungestörten Fortgang des Wirtschaftslebens viel zu stark interessiert war, um es auf die Eventualität eines Bürgerkrieges ernsthaft ankommen zu lassen, da er sich zur Verständigung mit der „Reaktion" durchaus bereit zeigte, sobald diese in den Fragen der Wirtschaftspolitik die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen gewillt war[3], so ist er, als er den Hader um die preussische Heeresreorganisation zum Konflikt, den formalen Rechtsstreit zum politischen Machtkampf[83] vorwärtstrieb und daran ging, den preussischen Staat den „Junkern" zu entreissen und in die Hand des selbstbewusst gewordenen Bürgertums zu bringen, zum zweitenmale geschlagen worden.

Wie das Vorgehen des Liberalismus 1848 vornehmlich ebensosehr an der europäischen Machtkonstellation wie daran gescheitert war, dass er eine Verständigung mit den Massen auf demokratischer Grundlage abgelehnt hatte, so schreckte der Konfliktsliberalismus der 1860er Jahre in dem Kampf gegen einen ihm an politischer Tatkraft gewaltig überlegenen Gegner vor einer Mobilisierung des Kleinbürgertums und Proletariats zurück und begnügte sich in seinem undemokratischen Hang zur Exklusivität damit, die Arbeiter als „geistige Mitglieder, als Ehrenmitglieder des Nationalvereins"[4] zu proklamieren. Aber wie 1848 die schliessliche Entscheidung durch eine Revolution von oben, durch den Novemberstaatsstreich mit den Machtmitteln der altpreussischen Militärmonarchie herbeigeführt worden war, so ist es in den 60er Jahren wiederum eine Revolution

[81] Zunächst ergänzt, dann wieder gestrichen: „parlamentarische".
[82] Worte „bei seinem parlamentarischen" ergänzt.
[83] In Fassung B eingefügt: „um die wirkliche Herrschaft".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

von oben gewesen, die mit den gleichen Machtmitteln wie 48 den Konflikt zur Lösung brachte. Mit dieser Lösung wurde zugleich das europäische Machtproblem der deutschen Reichsgründung in einer Weise entschieden, die in ihren innenpolitischen Auswirkungen den Kampf um die parlamentarische Regierungsform und damit um die endgültige Bereinigung des Gegensatzes von monarchischem Prinzip und Volkssouveränität, von dynastischer, auf der Autorität des Monarchen beruhender und demokratischer, den Staat als politische Einheit des Volkes proklamierender Legitimität, von neuem auf unbestimmte Zeit vertagte.[5]

Da das liberale Bürgertum die politische Macht aus eigener Kraft nicht hatte erobern und von sich aus weder die Einheits- noch die Freiheitsfrage hätte lösen[84] können, stand es nach dem überwältigenden Siege Bismarcks und nach den grossartigen Erfolgen seiner Aussenpolitik[85] vor der im Grunde tragischen Alternative, sich entweder mit dem Machtanteil abspeisen zu lassen, den der Sieger ihm freiwillig zu überlassen bereit war, oder aber in die Opposition zu gehen, um den zunächst wenig aussichtsreichen Versuch zu wagen, die staatlich-konservative Lösung der Reichsaufbauprobleme allmählich in eine popular-demokratische und national-soziale[86] umzuschmelzen. So trat der deutsche Gesamtliberalismus innerlich gebrochen und äusserlich in Nationalliberale und oppositionelle Fortschrittler gespalten in das neue Reich hinüber.

VI.

Im Verlaufe der vorwiegend durch politisch-taktische Zweckmässigkeitserwägungen bestimmten nationalliberalen Aera, die 1877 ihr jähes Ende erreichte, wurde dem Bürgertum ein Teil seiner alten liberalen und nationalen Forderungen erfüllt. In dem Bemühen, die trotz aller politischen Misserfolge immer mächtiger aufstrebenden bürgerlich-kapitalistischen Kräfte seiner sozial-konservativen Staatskonzeption dienstbar zu machen und mit seinen zentralen politischen Entscheidungen vielfach suspendierenden Staatsgestaltung zu versöhnen, sah sich Bismarck, zum Teil auf Kosten der grollenden Altkonservativen, umsomehr zu weitgehenden Zugeständnissen, namentlich auf dem Gebiete der inneren Wirtschaftspolitik und Verwaltungs- und Justizreform, gezwungen, als er in seinem Kampfe gegen das Zentrum und damit gegen die erste grosse, fest in sich geschlossene, auf dem Boden des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes erwachsene eigentliche Volkspartei auf die Unterstützung der Nationalliberalen angewiesen war.

Diese Konzessionen, die vor allem der Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Bürgertums zugute kamen, hat der Nationalliberalismus in staatspolitischer Opferbereitschaft sowohl wie in Konsequenz seines Indemnitätsbeschlusses von 1867 mit Gegenkonzessionen von folgenreichster politischer Tragweite bezahlen müssen. Mit der Bewilligung des Septennats sprach der Nationalliberalismus den Verzicht auf Mitbestimmung der Armeepolitik aus. Er gab damit, um einen neuen Konflikt zu vermeiden, sein wichtigstes Recht, das Recht der jährlichen Budgetbewilligung, aus der Hand, nachdem ihm

[84] Worte „und von sich aus weder die Einheits- noch die Freiheitsfrage hätte lösen“ ergänzt.
[85] In Fassung B eingefügt: „die einen Teil des liberalen Programmes in die Praxis umgesetzt hatte“.
[86] Worte „und national-soziale“ eingefügt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bereits durch die Reichsverfassung die Möglichkeit direkter Einflussgewinnung auf die staatliche Exekutive und die Aussenpolitik entzogen worden war.

Und vollends zuende war es mit den politischen Herrschaftsgelüsten des Liberalismus, als Bismarck 1878 die Nationalliberalen fallen liess, ihre Partei zerschlug und mit den Konservativen und dem Zentrum sich verbündete. Der radikale Bruch mit der freihändlerisch-liberalen Aera, der sich seit 1878 unter dem Schlagwort des „Schutzes der nationalen Arbeit" vollzog, war nichts anderes als der Ausdruck jener sich damals auf den verschiedensten Gebieten der Kultur vollziehenden allgemeinen Abwendung von den liberalen Ideen überhaupt. Er war getragen von dem Ressentiment der durch die liberale Kräfteentfaltung zu kurz Gekommenen. Er war begleitet von einer tiefgreifenden Umgestaltung der[87] deutschen Parteiverhältnisse, von der Umbildung der Programm- und Weltanschauungsparteien alten Stiles zu den Interessenten-, Klassen- und Massenparteien modernen Gepräges.

Der durch die Verschiebung der Kampffronten und parlamentarischen Kräfteverhältnisse zunächst beiseite gedrängte, immer mehr in verschiedene Fraktionen und Sondergruppen sich aufspaltende Liberalismus verlor mit dem durch Bismarck entfesselten Appell an die wirtschaftlichen Interessen einen Teil seiner Wählermassen. Mit der schicksalhaften und überaus folgenreichen Wendung, die die deutsche Innenpolitik genommen hatte, trat er in seinen Schrumpfungsprozess ein, der vornehmlich darin seine Begründung findet, dass von allen Parteien – mit alleiniger Ausnahme des eine Sonderstellung einnehmenden Zentrums – die liberalen noch am wenigsten eine beruflich oder klassenmässig abgegrenzte Massenschicht zur Repräsentierung brachten.

Während die neue Phalanx der Schutzzollpropagandisten den grössten Teil der Schwerindustrie nach und nach in das Lager der Freikonservativen führte und [mit] den Grossagrariern koalierte, wurden diejenigen mittleren landwirtschaftlichen Schichten, die bisher liberal gewählt hatten, in die Arme der zu[r] agrarischen Interessenpartei umgewandelten Konservativen getrieben. Trat auch die zusammengeschmolzene und reorganisierte nationalliberale Partei in besonderem Masse für die Belange[88] der Leicht- und Veredlungsindustrie[89] ein, während der „Freisinn" sich mehr für die Sonderwünsche[90] von Handel, Schiffahrt und Börse einsetzte, so zeigt doch gerade der die Traditionen der Konfliktszeit hochhaltende, alle möglichen Elemente in sich vereinigende, vielfach in unfruchtbar nörgelnder Negation steckenbleibende, dogmentreue, oppositionelle Linksliberalismus, der sich gegen[91] die imperialistische und neomerkantilistische Entwicklungstendenz zunächst noch zur Wehr setzte, dass im Zeitalter der materiellen Interessen- und sozialen Klassenkämpfe die auch in der Frage des sozialen Ausgleichs und des Ausbaus der Sozialgesetzgebung uneinigen liberalen Parteien über einen eindeutigen, fest umrissenen soziologischen Standort nicht mehr verfügten.

Nach wie vor zwar rekrutierte sich die liberale Wählermasse in erster Linie aus den Kreisen des zahlenmässig immer stärker anwachsenden städtischen Mittelstandes. Aber

[87] Geändert aus: „Umwälzung in den".
[88] In Fassung B eingefügt: „des Industriebürgertums insbesondere für die der".
[89] Ergänzt: „und Veredlungs".
[90] Geändert aus: „Separatwünsche".
[91] In Fassung B eingefügt: „den Machtstaatsgedanken in seiner [...] Erscheinungsform".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dieser Mittelstand war bereits mit der fortschreitenden wirtschaftlich-sozialen Differenzierung in seinen Zersetzungsprozess übergegangen. Neben den alten unabhängigen, wirtschaftlich selbständigen Mittelstand war in den kaufmännischen und technischen Angestellten ein neuer, wirtschaftlich abhängiger, die deutsche Volks- und Berufsgliederung in ihren Grundlagen[92] erschütternder Mittelstand getreten. Von diesem „neuen Mittelstand“[6] ist nur ein Teil den vorwiegend vom Grosskapital abhängigen liberalen Parteien treu geblieben. Ein anderer Teil dagegen hat, in Gemeinschaft mit den sich gleichfalls bedroht fühlenden kleingewerblichen und kleinhändlerischen, der Entwicklung zum Industriesystem und zur Betriebskonzentration schlechthin feindlich gegenüberstehenden Berufsgruppen, die sich von jeher als ein parteipolitisch besonders labiler Faktor erwiesen haben[,][7] Anschluss nach rechts oder links gesucht, oder aber auf dem Wege über die Schaffung von Mittelstandsorganisationen den Versuch zu selbständiger Mittelstandspolitik gemacht.

Von den 80er und 90er Jahren ab, in denen der alte freihändlerische, wirtschaftsliberale Konkurrenzkapitalismus durch die gesteigerte Organisationsform des nach Beherrschung und Durchdringung des Staates strebenden Monopolkapitalismus abgelöst wird, Jahren, in denen im Gefolge der mit der ökonomischen Strukturwandlung gleichzeitig verbundenen sozialen Umschichtung der Nationalstaat dem Klassenstaat das Feld zu räumen beginnt[8], erneuert sich aufs deutlichste, aber nunmehr[93] in ganz grossem Stile wenn auch in demokratisierteren Formen[94] die innerpolitische Situation der 1850er Jahre.

Wie in den Jahren der Reaktion die liberale Bourgeoisie durch die Befriedigung ihrer materiellen Interessen politisch zum Schweigen gebracht worden war, so werden jetzt durch den staatlichen Schutz der Besitzinteressen vor der[95] Gefahr einer proletarischen Sozialrevolution, durch den allmählichen Uebergang zur Hochschutzzollpolitik, zur imperialistischen Macht- und Rüstungspolitik, zur kolonialen Expansion, zu einem neuen System der Zolltarife und Handelsverträge das Industrie-, Finanz-[96] und Agrarkapital an der Aufrechterhaltung der konservativen Staatenordnung[97] und des autokratischen Regierungssystems, an der politischen Unterdrückung der Arbeiterklasse, an der privilegierten Sonderstellung des preussischen Militäradels und an der Schaffung eines stabilen, monarchisch-konservativen, von allen „unzuverlässigen“ Elementen gereinigten Beamtenapparates interessiert. Darüber hinaus gelingt es, die durch die Furcht vor der Sozialdemokratie eingeschüchterten und niedergehaltenen mittelständischen, kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerungsklassen unter dem Eindruck der nach der grossen Wirtschaftskrise der 70er Jahre wieder einsetzenden materiellen Prosperität und der äusserlich glanzvollen Aufwärtsbewegung des Reiches zur Anbetung der „Realpolitik“, d.h. zum „Götzendienst des Erfolges“, anzuregen.

Mehr und mehr wird damit für das in seiner grossen Mehrheit, mit Einschluss der Akademikerschaft[9], politisch entmündigte und eingeschläferte[98], an seiner eigenen poli-

[92] Geändert aus: „Fundamenten“.
[93] Geändert aus: „umsomehr“.
[94] Worte „wenn auch in demokratisierteren Formen“ eingefügt.
[95] In Fassung B eingefügt: „vermeintlichen“.
[96] Gestrichen: „Kommerz-“.
[97] In Fassung B eingefügt: „Staaten- und Sozialordnung“.
[98] In Fassung B eingefügt: „zur politischen Kapitulation bereite“.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tischen Intelligenz irre gewordene Bürgertum[99] das eifrige Betonen obrigkeitlich-gouvernementaler Ansichten, die These von der Identität von Staat und Regierung zum Kriterium patriotisch-nationaler Gesinnung und zur Voraussetzung der Gesellschaftsfähigkeit. Und während sich im neuen Reich vor allem die industrielle Grossbourgeoisie immer mehr zu „feudalisieren" und an die alten Herrschaftsgruppen in Gesinnung, Denkweise und Lebensführung anzugleichen und der Interessengemeinschaft bewusst zu werden beginnt, gehen die feudalen Grossagrarier dazu über, sich allmählich zu „kapitalisieren"[10]. Es handelt sich hier um einen für die innere Struktur des deutschen Kaiserreiches entscheidenden Umschmelzungsprozess, der in der wilhelminischen Epoche in dem offenen Bündnis von industrieller Plutokratie und agrarfeudalem Junkertum seine krönende Vollendung gefunden hat.

Derjenige Liberalismus, der in den 80er Jahren in Deutschland heraufzog und der das noch in beträchtlichem Umfange vorhandene alte freiheitlich-individualistische Bürgertum entweder innerlich umbildete oder aber als für den Gang der praktischen Politik bedeutungslos in den Hintergrund drängte, hat mit den älteren Formen des deutschen Liberalismus, die ihre Prägung wesentlich durch die sie tragenden Intelligenzschichten mit empfangen hatten, nicht viel mehr als den blossen Namen gemein. Im Zeichen der zu wilder Leidenschaft aufgepeitschten Interessenkämpfe wurden die alten, humanitär gefärbten liberalen Ideen immer mehr zur phrasenhaften Attrappe und blossen Ideologie, die dazu herhalten musste, bestehende Herrschaftsverhältnisse, Machtpositionen und Privilegienordnungen ethisch zu bemänteln und metaphysisch zu verklären. Niemals zuvor hat der deutsche Liberalismus auch nur in annähernd gleicher Schärfe jenes klassenkämpferische Gepräge und jenen reaktionären Unterdrückungscharakter gehabt, den er, wenn man von ahnungslosen Mitläufern, eigenwilligen, ihre geistig-politische Unabhängigkeit behauptenden Outsidern, vereinzelten Idealisten[100] und nachgeborenen Epigonen hier absieht, im Verlaufe der wilhelminischen Aera angenommen und den der rechte Flügel der Nationalliberalen noch während des Weltkrieges in dem zähen Widerstande gegen die Einführung des gleichen Wahlrechtes in Preussen auf das deutlichste dokumentiert hat.

Diese tiefgreifende, sein Wesen von Grund auf verändernde Wandlung, die der politische Liberalismus in der Epoche des deutschen Kaiserreiches durchgemacht hat, wird erst voll verständlich, wenn man sie begreift als Ausstrahlung der Herrschaft des Kapitalismus. Diese Herrschaft des Kapitalismus bedeutet nicht, wie eine allzu primitive Auffassung anzunehmen pflegt, die Herrschaft der Kapitalistenklasse schlechthin, sondern vielmehr die Vorherrschaft der kapitalistischen Denkweise: „Sie beruht darauf, dass ein jeder Kapitalist werden möchte, d.h. kapitalistisch denkt."[11] Sie besteht darin, dass das Kapital alle menschlichen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse, die Bevölkerungs- und Berufsgliederung in seinen Bann schlägt und die sozialen Gegensätze verschärft. Sie besteht darin, dass auch die nichtkapitalistischen Wirtschaftssysteme, die von jeher neben dem Kapitalismus bestanden haben und auch heute noch in einem meist viel zu sehr unterschätzten Umfange neben ihm fortbestehen[12], dass also – um mit Som-

[99] In Fassung B eingefügt: „dessen äußere Entpolitisierung einen hochpolitischen Kern in sich trug".
[100] Geändert aus: „Individualisten".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bart[13] zu sprechen – auch die vorkapitalistischen und nachkapitalistischen Wirtschaftsformen, Eigenwirtschaft und Handwerk, Bauernwirtschaft, Genossenschaftswirtschaft und Gemeinwirtschaft, sowie die gemischt-öffentlichen Betriebe vom „Geist" des Kapitalismus durchdrungen und in die naturgewachsene Organisation der kapitalistischen Verkehrs- und Marktwirtschaft hineinverflochten werden.

Die enge Verquickung des Liberalismus mit dem politischen Machtsystem des kaiserlichen Deutschland und mit den Herrschafts- und Gewinninteressen[101] des Grosskapitals hat sein Schicksal als politische Partei endgültig entschieden. Mit dem Zusammenbruch der alten Ordnungen, dem Umsturze von 1918 und der Formierung neuer Fronten war die Epoche seiner Liquidierung gekommen.

VII.

Dass der zum unentrinnbaren organischen Schicksal gewordene Uebergang zur parlamentarisch-republikanischen Massendemokratie und der damit zunächst notwendig und unvermeidlich gewordene Uebergang zum demokratischen Parteienstaat[14], der den sozialen Unterschichten die volle politische Emanzipation und Gleichberechtigung brachte, den Tod des Vorkriegsliberalismus in sich schloss, haben die sein Erbe antretenden nachrevolutionären Parteien[102] schon durch ihre Namengebung zugeben müssen. Hineingestellt in ein mit Gewaltschritten vorwärtsstürmendes Zeitalter voll ungeheuerlicher Erschütterungen und Umwälzungen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und geistigem Gebiete, hineinverwoben in ein qualvolles Ringen um eine neue politische Lebensform, eine neue Staatsidee und eine neue, von sozialem Geiste getragene Volksgemeinschaft, haben die liberal-demokratischen Nachkriegsparteien an ihrem eigenen Niedergang erkennen müssen, dass die dem 19. Jahrhundert entnommenen, wenn auch mit neuen Namen versehenen[103] Parolen parteibildende und parteierhaltende Kraft nicht mehr besitzen und Resonanz in den breiten Volksmassen nicht mehr zu finden vermögen. Nach den Wahlergebnissen der letzten Jahre müssen diese parteiorganisatorischen Ausläufer des politischen Liberalismus in Deutschland[104] als[105] erledigt gelten. Mit voller Deutlichkeit hat sich gezeigt, dass die überkommenen politischen Organisationsformen und vielfach auch die überkommenen politischen Grundbegriffe der Wirklichkeit von heute nicht mehr entsprechen.

Die weltumspannende und welterschütternde Revolution, in die wir mit dem Jahre 1914 eingelenkt sind, hat in allen Sphären des historisch-politischen Lebens neue Kräfte von spezifisch antiliberaler Haltung zur Auslösung gebracht und die das 19. Jahrhundert beherrschende, die politische Vormachtstellung bestimmter Gesellschaftsgruppen ideologisch verhüllende Fiktion einer scharfen Trennung von Staat und Gesellschaft, einer „reinen Politik" und einer Regierung, unabhängig von Parteien, politischen Machtgruppen oder anonymen Kliquen, ebenso rücksichtslos zerstört, wie die im Zeitalter des von

[101] Geändert aus: „Profitinteressen".
[102] Gestrichen: „die ‚Deutsche Volkspartei' und die ‚Deutsche Demokratische Partei'".
[103] In Fassung B eingefügt: „auf Vermittl[un]g der Gegensätze eingestellten".
[104] Gestrichen: „heute".
[105] In Fassung B eingefügt: „nahezu".

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

kollektiv-organisatorischen Bindungen erfüllten Monopolkapitalismus bereits zur Fiktion gewordene Devise von der „freien Wirtschaft", dem „freien Spiel der Kräfte" und der Wirtschaftsneutralität des Staates. Die unter dem lastenden Drucke des Versailler Friedensvertrages und unter dem Zusammenprall der Weltanschauungen, Klassenorganisationen und Berufsgruppen sich vollziehende Sprengung der angeblichen Interessensolidarität und sozialen Harmonie aller Volksgemeinschaftsglieder, die immer deutlicher zum Ausdruck gekommene Degradierung der in ihrer Ideologie als Vertreter des Gemeinwohls sich ausgebenden und an die Volksgesamtheit sich wendenden politischen Parteien zu Exekutivorganen wirtschaftlicher Berufs- und Interessenverbände, die den Keim zu einem Neubau der Gesellschaft auf ständisch-korporativen Grundlagen in sich schliesst, die fortschreitende Umbildung des Deutschen Reiches zum Wirtschaftsstaat[15] und zu einem die bestehenden Gegensätze nur notdürftig überbrückenden, die miteinander ringenden Gewalten neutralisierenden, die Entscheidung über die politische Herrschaftsverteilung vertagenden Balancestaat, waren die zunächst unausbleiblichen Folgen. So ist es dahin gekommen, dass aus der Parlamentskrise die Staatskrise wurde und dass der deutsche Nachkriegsstaat, entsprechend der „unorganischen Systemmischung"[16] der deutschen Volkswirtschaft der Gegenwart, trotz der gewaltigen Ausdehnung seines inneren Aufgaben- und Wirkungsbereiches sich schliesslich dahin bescheiden musste, nicht mehr zu sein als ein „Apparat zur Regulierung des gesellschaftlichen Kräftespiels"[17].

Während der durch die Kriegswirtschaft in neue Bahnen gelenkte Nachkriegskapitalismus im Banne der Vorherrschaft der Konzerne und Monopolkartelle, des Industrie- und Agrarfeudalismus, des Generaldirektorenpatriziates und der Finanzoligarchie den Staat zum Beuteobjekt machte[106] und die staatlichen Gewalten zu interventionistischen, protektionistischen und subventionistischen[107] Eingriffen in das Wirtschaftsleben vorwärtstrieb und auf diese Weise, wenn auch nicht der subjektiven Absicht, so doch der tatsächlichen[108] Wirkung nach den Anstoss zu einer grundsätzlichen Strukturwandlung der Wirtschaft gab, währenddem nahm die deutsche Demokratie unter dem Druck der zu ausserordentlicher politischer Bedeutung aufgestiegenen Gewerkschaften und der ihnen nahestehenden politischen Parteien den Charakter eines Beschützers der Schwachen und Notleidenden, eines sozialsolidarischen Gemeinschafts- und Versorgungsstaates[109] an. Während so von der grosskapitalistischen wie von der proletarischen Kampffront her die auf der individuellen Initiative, dem persönlichen Leistungsprinzip und freien Kräftespiel sich aufbauende individualistische Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsverfassung des alten Privatkapitalismus von unten her ausgehöhlt wurde, haben infolge der in rasendem Tempo fortschreitenden wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse die das Kräftereservoir des alten Liberalismus bildenden Mittelklassen ihre politische Orientierung vollends verloren. Und umsomehr sind diese zwischen Grosskapital und Proletariat eingeklemmten, geistig und politisch obdachlos gewordenen Mittelschichten in unruhige Bewegung geraten, als sich ihnen mit der Entstehung eines neben die

[106] In Fassung B eingefügt: „den Staat zu beherrschen strebte".
[107] Worte „und subventionistischen" eingefügt.
[108] Geändert aus: „faktischen".
[109] Worte „und Versorgungs-" ergänzt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

proletarischen Massenparteien tretenden neuen Parteityps, der militärisch organisierten, hierarchisch gegliederten[110] Führerpartei[18], neue Perspektiven eröffneten.

Der bereits im Kaiserreich langsam zusammenschmelzende wirtschaftlich selbständige Mittelstand ist durch Krieg, Inflation und Wirtschaftskrisen wenn auch nicht vernichtet, so doch aufs stärkste dezimiert und in den Nivellierungs- und Proletarisierungsprozess hineingezogen worden. Gleichzeitig aber ist mit dem Problematischwerden der ökonomischen Lage aller Klassen und dem Hervorbrechen neuer Interessenkonflikte der mit eigenem Standesbewusstsein erfüllte, keine nennenswerte Aussicht auf Aufstieg, Unabhängigkeit und Existenzsicherheit mehr vor sich sehende „neue Mittelstand", die zur Armee angewachsene Masse der Angestellten, vielfach im Bunde mit der durch den Zuwachs an Verwaltungsaufgaben und die Zunahme der öffentlichen Betriebe riesig aufgeschwellten niederen und mittleren Beamtenschaft, in steigendem Masse dazu übergegangen, seine Interessen selbständig zu vertreten, indem er die Fahne der auf prononciert kapitalistischen Parolen und Vorkriegsideologien sich stützenden politischen Parteien im Stich liess.

Dieser hier nur in den äussersten groben Umrissen skizzierte gewaltige Umschichtungsprozess, in dem wir uns gegenwärtig befinden und dessen Ausgang wir, da noch alles im Flusse ist, noch nicht zu übersehen vermögen, hat die parteipolitische Lage in Deutschland fundamental gewandelt, – so fundamental, dass der politische Liberalismus, der in seiner 1918 neu erstandenen, der allgemeinen Demokratisierung sich anpassenden Form zunächst noch als eine zukunftsreiche politische Bewegung erscheinen konnte, heute zum bloss gesinnungsmässig und weltanschaulich verbundenen politischen Konventikelwesen[111] und zu einer Privatangelegenheit versprengter Individualisten herabgesunken ist.

Ein wahrhaft tragischer Ausgang für eine grosse historische Bewegung, deren Geschichtsannalen neben einer stolzen Kette geistiger Befreiungstaten und eminenter Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiete, die die Grundlagen für das neuere Deutschland erst gelegt haben, auf dem Felde der praktischen Politik trotz des posthumen Sieges in der Weimarer Verfassung fast nur von schweren Niederlagen und vergeblichen Anläufen zu berichten haben. Ist es dem deutschen Liberalismus in seinen parteiorganisatorischen Ausdrucksformen auch nur für kurze Zeitspannen gelungen, sich der politischen Herrschaft zu bemächtigen und sie zu behaupten[112], so ist es doch ein Gebot historischer Gerechtigkeit, mit Nachdruck abschliessend darauf hinzuweisen, dass unter seinem mittelbaren[113] Einfluss und unter dem Anstosse seiner Ideen das politische Leben des deut-

[110] In Fassung B eingefügt: „auf Massenpropaganda eingestellten".

[111] In Fassung B statt diesem Satzende eingefügt: „soweit nicht benachbarte Parteigruppen seine geistig-politische Nachfolge angetreten haben".

[112] In Fassung B eingefügt: „ist er auch durch den im rapiden Tempo sich vollziehenden Wandel der sozialen Struktur, durch die jäh einsetzende Industrialisierung seit den 1860er Jahren u. durch das plötzliche Hochkommen des Massenproletariats".

[113] Wort eingefügt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schen Volkes in neue Bahnen gelenkt und dass erst durch ihn der Weg zur sozialen Nationaldemokratie überhaupt[114] freigemacht worden ist[115].

1 Vgl. hierzu die grundsätzlichen Betrachtungen in meinem Aufsatz „Theologischer Rationalismus und vormärzlicher Vulgärliberalismus", Historische Zeitschrift, Bd. 141 (1930), S. 508 ff.

2 Hierüber wird die 1934 zum Abschluss gelangende „Kritische Bibliographie der nationalpolitischen Publizistik in Deutschland von 1858–1866" näheren Aufschluss bringen, die ich im Auftrage der Historischen Reichskommission seit mehreren Jahren vorbereite.

3 Es genügt in diesem Zusammenhang, an die bezeichnende Tatsache zu erinnern, dass der in der Geschichte des Freihandelssystems, der deutsch-österreichischen Zollunionsbestrebungen und damit auch der deutschen Einheitsbewegung berühmte preussisch-französische Handelsvertrag am 25. Juli 1862 von dem oppositionellen preussischen Abgeordnetenhause mit 264 gegen nur 12 Stimmen angenommen wurde, nachdem die Zweite Kammer des sächsischen Landtags unter Zurückstellung ihrer politischen Bedenken bereits am 17. Juni den Vertrag einstimmig angenommen hatte. [gestrichen: „Aus der Unzahl der Zeugnisse, die aus den Zeitungen, Flugschriften, Verhandlungsprotokollen und der wirtschaftlichen Zeitschriftenliteratur, vor allem auch aus den im ‚Preussischen Handelsarchiv' abgedruckten Handels- und Gewerbekammerberichten, zur Stützung der im Text vertretenen These beigebracht werden könnten, hebe ich hier nur, der besonders charakteristischen Formulierung wegen, ein Bekenntnis heraus, das sich in der vom Handels- und Gewerbeverein für Rheinland und Westfalen herausgegebenen von dem Generalsekretär R. Berndt in Düsseldorf redigierten Wochenschrift ‚Der Zollverein' (Jg. 1866, Nr. 9) findet: ‚Die jetzige preussische Regierung hat unleugbar dem Lande manche materielle Vorteile verschafft, man kann sie in wirtschaftlicher Beziehung liberaler nennen, als manche ihrer Vorgänger. Aber es ist doch eben nur Stückwerk, was man uns bietet, Brocken, die man uns hinwirft, um nicht die Unannehmlichkeit allzu berechtigten Forderns zu haben. Der materielle Fortschritt ist mit einem Worte nicht Prinzip sondern nur Mittel zu anderen Zwecken... Es gehört zu den anscheinenden Widersprüchen unserer Zeit, die in der Tat Harmonien sind, dass Kämpfe um ideale Güter auf dem Gebiete des Materiellen ausgefochten werden, dass Geld der nervus rerum ist, der zur politischen Freiheit führen wird.' (von mir gesperrt). Vgl. auch das Einleitungskapitel bei Werner Schunke..."] Da ich an dieser Stelle auf die Quellen, insbesondere auf die sehr ergiebigen, im „Preußischen Handelsarchiv" abgedruckten Handels- und Gewerbekammerberichte nicht näher eingehen kann, muss ich auf die Andeutungen verweisen bei Werner Schunke, Die preussischen Freihändler und die Entstehung der nationalliberalen Partei, Leipziger Dissertation 1916, und bei W. Lotz, Die Ideen der deutschen Handelspolitik 1860–91, L[ei]pz[i]g 1892, S. 30 und 67 ff.

4 Diese berüchtigte Wortprägung stammt bekanntlich von Schulze-Delitzsch aus seiner Rede auf der Leipziger Versammlung der Nationalvereinsmitglieder am 3. Januar 1863. Vgl. Wochenschrift des Nationalvereins, Nr. 142, S. 1200.

5 Vgl. Carl Schmitt, Verfassungslehre, 1928, S. 90.

6 Ueber seine Entstehung, Entwicklung und ökonomisch-soziale Bedeutung geben den reichsten Aufschluss die Arbeiten Ernst Lederers. Vgl. neben seinen Büchern über Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, 1912, und über Die sozialen Organisationen, 1922², vor allem seine gemeinsam mit Jakob Marschak verfasste Abhandlung „Der neue Mittelstand" im Grundriss der Sozialökonomik, 9. Abtlg., 1. Teil, 1926. Blossen Reportagecharakter hat S. Kracauer, Die Angestellten aus dem neuesten Deutschland, 1930.

7 Das gilt in besonderem Masse auch für die Entwicklung der österreichischen Parteiverhältnisse und für das Schicksal des österreichischen Liberalismus. Vgl. hierzu R. Charmatz,

114 Wort eingefügt.

115 In Fassung B eingefügt: „für die die Organisationsformen erst noch gefunden werden müssen."

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Deutsch-österreichische Politik. Studien über den Liberalismus und über die auswärtige Politik Oesterreichs, 1907, vor allem S. 288 ff.; und H. Waentig, Gewerbliche Mittelstandspolitik. Eine rechtshistorisch-wirtschaftspolitische Studie auf Grund österreichischer Quellen, 1898, S. 94–168. [in Fassung B ergänzt: „neuerdings Ludwig Geiger"].

[8] Vgl. Alfred Weber, Die Krise des modernen Staatsgedankens, 1925, S. 72 ff.; Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Gesammelte politische Schriften, 1921, S. 25 ff.; C. Brinkmann, Weltpolitik und Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert, 1921, S. 13; Eckart Kehr, Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894–1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, 1930, passim.

[9] Der tiefgreifende politische Gesinnungswandel der „Gebildeten" und insbesondere der deutschen Bildungsaristokratie im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. hat eine zusammenfassende Darstellung bisher leider noch nicht gefunden. Wertvolle Einzelbeiträge liefern F. Meinecke, Die Idee der Staatsräson, 1924, S. 488 ff.; J. Löwenstein, Hegels Staatsidee. Ihr Doppelgesicht und ihr Einfluss im 19. Jahrhundert, 1927, S. 98 ff.; H. Heller, Die politischen Ideenkreise der Gegenwart, 1926, S. 39 ff. Wenig ergiebig für meine Problemstellung sind O. Westphal, Feinde Bismarcks, 1930; W. Lütgert, Das Ende des Idealismus im Zeitalter Bismarcks, 1930, und G. Steinhausen, Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte von 1870 bis zur Gegenwart, 1931.

[10] Vgl. hierzu die glänzende Studie Carl Brinkmanns über Die Umformung der kapitalistischen Gesellschaft in geschichtlicher Darstellung. Grundriss der Sozialökonomik, 9. Abtlg., 1. Teil, 1926, S. 1 ff.

[11] Henrik de Man, Zur Psychologie des Sozialismus, 1927², S. 163. Vgl. dazu Karl Bücher, Volkswirtschaftliche Entwicklungsstufen. Grundriss der Sozialökonomik, 1. Abtlg., 1. Teil, 1924², S. 15; E.v. Philippovich, Die Entwicklung der wirtschaftlichen Ideen im 19. Jahrhundert, 1910, S. 14 ff.; W. Sombart, Emporkommen, Entfaltung und Auswirkung des Kapitalismus in Deutschland. Volk und Reich der Deutschen, hrsg. von B. Harms, 1929, I, S. 213 ff.

[12] Das genauere statistische Material siehe bei G. Neuhaus, Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung im Zeitalter des Kapitalismus. Grundriss der Sozialökonomik, 9. Abtlg., 1. Teil, 1926, S. 260 ff. – F. Zahn, Die Entwicklung der räumlichen, beruflichen und sozialen Gliederung des deutschen Volkes seit dem Aufkommen der industriell-kapitalistischen Wirtschaftsweise. Volk und Reich der Deutschen, hrsg. von B. Harms, I, S. 220 ff. – Deutsche Wirtschaftskunde. Ein Abriss der deutschen Reichsstatistik. Bearbeitet im Statistischen Reichsamt, 1930, S. 39 ff. – Die Rückwirkung der Bevölkerungs- und Berufsgliederung auf die Entwicklung der politischen Parteien untersucht Arthur Dix, Die deutschen Reichstagswahlen und die Wandlungen der Volksgliederung 1871–1930, Tübingen 1930.

[13] Vgl. Sombart, Moderner Kapitalismus, Bd. III, 1927, S. 950 ff.

[14] Vgl. Hans Kelsen, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 1929², S. 20 ff., und Gustav Radbruch, Die politischen Parteien im System des deutschen Verfassungsrechts. Handbuch des deutschen Staatsrechts, hrsg. von Anschütz und Thoma, Bd. I, 1930, S. 268 ff.

[15] Zu den hieraus sich ergebenden Spannungen vgl. E. R. Huber, Das deutsche Reich als Wirtschaftsstaat, 1931. [in Fassung B ergänzt: „W. Eucken"].

[16] Nach dem treffenden Ausdrucke Ernst Wagemanns, Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft, 1931, S. 275.

[17] Hans Freyer, Revolution von rechts, 1931, S. 60.

[18] Vgl. hierzu die beiden wertvollen Studien von Hans Liermann, Partei und Bund, Blätter für Deutsche Philosophie, Bd. 5 (1931), S. 235 ff. und von S. Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, 1932.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In der Bundesrepublik der frühen 1950er Jahre galten Vertreter des Widerstandes weithin als Verräter; sie wurden erst nach und nach öffentlich anerkannt. Dieser Prozess ist noch keineswegs abgeschlossen und gestaltet sich besonders schwierig in Fällen, wo Widerstand die Form einer Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten, insbesondere der Sowjetunion, angenommen hat. Der Vorwurf des Landesverrats ist dabei schnell bei der Hand. Er hat auch Ilse Stöbe getroffen, die Informantin des sowjetischen Militärnachrichtendienstes war, unter anderem als Mitarbeiterin des Auswärtigen Amtes. Soll Stöbe in die Widerstandsgalerie des Amtes aufgenommen werden? Elke Scherstjanoi, Historikerin am IfZ, kommt in ihrem hier in leicht überarbeiteter Form präsentierten Gutachten zu einem klaren Resultat: Stöbe leistete „Widerstand durch Verrat“.

Elke Scherstjanoi

Ilse Stöbe: Verräterin oder Patriotin?

Ein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte

Im Zusammenhang mit einer parlamentarischen Debatte über die Frage, ob das Auswärtige Amt heute das Andenken seiner kurzzeitigen Angestellten Ilse Stöbe sichtbar ehren sollte[1], wurde das Institut für Zeitgeschichte um eine wissenschaftlich begründete Auskunft darüber gebeten, was für und was gegen eine solche Ehrung spreche. Die Journalistin Ilse Stöbe war am 14. Dezember 1942 vom Reichskriegsgericht wegen Landesverrats zum Tode verurteilt und am 22. Dezember 1942 mit dem Fallbeil hingerichtet worden. Vordergründig ging es zwar nur um die Frage, ob Ilse Stöbes Name in die Liste unter dem Schriftzug *„Zum Gedenken an die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus aus den Reihen des Auswärtigen Amtes und an Kollegen, die nach 1945 in Ausübung ihres Dienstes ihr Leben verloren haben“* eingereiht werden dürfe; die Liste ist an einer Wand im Gebäude des Auswärtigen Amtes angebracht und dient als Hintergrund für mediale Auftritte. Tatsächlich aber war hier erneut die alte Frage nach der Gleichbehandlung verschiedener Strömungen des Widerstandes im heutigen Gedenken aufgeworfen. Es war abzusehen, dass es – wie schon 1998–2002 bezüglich der Rehabilitierung von durch die NS-Justiz verurteilten Deserteuren und 2008–2011 im Streit um den

[1] Vgl. Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/7488 vom 26.10.2013, Antrag der Abgeordneten Wolfgang Gehrke (DIE LINKE) u.a., dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/074/1707488.pdf; Bundestagsrede Wolfgang Gehrkes, 10.5.2012, http://www.linksfraktion.de/reden/ilse-stoebe---anerkennen-2012–05-10/; Bundestagsrede Kerstin Müllers (Bündnis90/Die Grünen), 11.5.2012, http://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/2012/mai/ilse-stoebe_ID_4383727.html; Manfred Grund (CDU/CSU), Rede zu Ilse Stöbe, 10.5.2012, http://www.cducsu.de/Titel__ohne_das_motiv---22101/inhalte.aspx [alles abgerufen am 1.11.2013]; Rainer Blasius, Vom anderen Widerstand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.7.2012, S.9; ders., Das Auswärtige Amt und Ilse Stöbe, in: Ebenda vom 30.7.2013, S.8.

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0006

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Hitler-Attentäter Johann Georg Elser – zu einer Neuauflage der Debatte um die „moralische und rechtliche Qualität" konkreter Aktionen im Widerstand kommen würde. Auch im Falle der 1911 geborenen Ilse Stöbe, die der Weitergabe von Nachrichten nach Moskau überführt wurde, war davon auszugehen, dass die Frage nach der Anerkennung ihres Widerstandes nicht allein über die Klärung ihrer wirklichen Handlungen und auch nicht über die Bestimmung ihrer wirklichen Motive würde beantwortet werden können, denn gerade letztere unterliegen ja immer auch einer politischen Bewertung. Ein wissenschaftliches Gutachten würde dafür Anhaltspunkte liefern und für eine Beurteilung der Fakten die heute anerkannten Werte und die Trends unserer Gedenkkultur benennen müssen. Gegenstand des zum August 2013 erstellten Gutachtens waren eine umfassende Quellenanalyse, ein Kurzporträt und eine Untersuchung der erkennbaren Widerstandsaktivitäten der Berlinerin.

Quellenprobleme

Dass die Quellenanalyse vergleichsweise viel Platz einnehmen, die Darlegung zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit Stöbes dagegen vieles offen lassen musste, hatte seine Ursachen einerseits in der geringen Anzahl aussagekräftiger deutscher Archivalien, andererseits in den Grenzen des Aktenzugangs in Russland. Gleichwohl bestehen keine Zweifel: Ilse Stöbe hatte die sowjetische Militäraufklärung mit Nachrichten verschiedenster Art beliefert. 1940 gehörten ihre Informationen aus dem Auswärtigen Amt zu den konkretesten Hinweisen auf einen Überfall Deutschlands auf seine westlichen Nachbarn, 1940/41 belieferte sie Moskau mit Angaben zu den Aufmarschplänen gegen die Sowjetunion. Dass sie dafür posthum mit einem sowjetischen Orden geehrt wurde, macht sie bis heute in den Augen einiger Zeitgenossen verdächtig.

Eine Veröffentlichung trug unlängst vieles über Ilse Stöbe zusammen, doch das Porträt konnte aus den genannten Gründen nicht ganz zufrieden stellen[2]. Die Forschungen zu Ilse Stöbe sind ins Stocken geraten. Verdienste erwarb sich bereits vor Jahren Ulrich Sahm mit seinen Recherchen zu Rudolf von Scheliha, der im Außenamt wichtiger Partner und Gesinnungsgenosse Stöbes war[3]. Aber auch ihm blieben entscheidende Zusammenhänge verschlossen. Das Problem liegt vor allem darin begründet, dass die schriftlichen Erträge aus Stöbes Spionage für Moskau, Zusammenfassungen und Einschätzungen ihrer Auftraggeber im Zentralen Archiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (ZAMO) nicht allgemein zugänglich sind. Das Archiv verwahrt außerdem eine Sammlung von Briefen Stöbes an und von Rudolf Herrnstadt (1903–1966), den in Gleiwitz aufgewachsenen Sohn eines jüdischen Anwalts, Kommunist und mit Ilse Stöbe

[2] Vgl. Hans Coppi/Sabine Kebir, Ilse Stöbe – Wieder im Amt. Eine Widerstandskämpferin in der Wilhelmstraße, Hamburg 2013.

[3] Siehe Ulrich Sahm, Rudolf von Scheliha 1897–1942. Ein deutscher Diplomat gegen Hitler, München 1990; Nachlass Sahm im Bundesarchiv (künftig: BArch); dort auch Sahms Korrespondenz mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

seit deren frühen Arbeitsjahren in Berlin bekannt. Herrnstadt war Stöbes langjähriger Agenten-Partner; er emigrierte 1939 in die Sowjetunion. Das ZAMO-Material ist in Deutschland nur so weit bekannt, als es in Ausschnitten, zitiert oder paraphrasiert, oft literarisch verbrämt, in russischsprachigen Darstellungen und Dokumentationen vorliegt[4]. In jüngster Zeit ist es nur einem Forscher gelungen, die ZAMO-Akten zu sehen: Vladimir Lota[5]. Er kann mit vielen Details zu Stöbe aufwarten, liefert längere Zitate und sogar Faksimiles von Dokumenten, scheut jedoch jeden Kontakt mit deutschen Kollegen. Daher kann es kaum verwundern, dass sich deutsche Untersuchungen vor allem auf NS-Quellen und Erinnerungen stützen, die heute freilich vor dem Hintergrund einer gründlichen Erkundung wichtiger Zusammenhänge des deutschen Widerstands gegen das NS-Regime, insbesondere der Berliner Widerstandsgruppen der sogenannten „Roten Kapelle"[6],

[4] Erste Hinweise lieferten V. Kudrjavcev/K. Raspevin, Ejo zvali Al'ta [Sie nannten sie Alta], in: Pravda vom 1. 7. 1967; vgl. dies., Rote Nelken für „Alta", in: Für Dich – Illustrierte Wochenzeitung für die Frau (1968), H. 11, S. 12–14; Jurij Korolkow, Die innere Front. Roman über die Rote Kapelle, Berlin 1974; essayistisch die knappen Erinnerungen des damaligen „Anlaufpunkts" Stöbes in Berlin, N. M. Zaicev, Vmeste s Al'toi [Gemeinsam mit Alta], in: Voenno-istoričeskij žurnal (1992), 4–5, S. 24–34: vgl. auch Vjačeslav Michajlovič Lur'e/Valerij Jakovlevič Kočik, GRU. Dela i ljudi [Die GRU. Fälle und Menschen], Moskau 2002; M. I. Mel'tjuchov, Sovetskaja razvedka i problema vnesapnogo napadenija [Die sowjetische Aufklärung und das Problem des unerwarteten Überfalls], in: Otečestvennaja istorija (1998), 3, S. 1–18; ders., Upuščennyj šans Stalina [Die vertane Chance Stalins], Moskau 2000; E. M. Primakov, Očerki istorii rossijskoj vnešnej razvedki: v šesti tomach [Abriss der Geschichte der russischen Auslandsaufklärung: in sechs Bänden], Moskau 1996; Elena Anatol'evna Prudnikova/Ovidij Gorčakov/A. Ju. Popov u. a., Legendy GRU [Legenden der GRU], St. Petersburg 2005; vgl. ferner die Dokumentationen: 1941 god [Das Jahr 1941], in zwei Bänden, zus.gest. von L. E. Rešin, L. A. Bezymenskij, V. K. Vinogradov u. a., Moskau 1998; Vojennaja razvedka informiruet: Dokumenty Razvedupravlenija Krasnoj Armii. Janvar 1939 – Ijun' 1941 [Die Militäraufklärung informiert. Dokumente der Verwaltung Aufklärung der Roten Armee. Januar 1939 – Juni 1941], zus.gest. von V. A. Gavrilov, Moskau 2008.

[5] Vladimir Lota (Pseudonym), „Al'ta" protiv „Barbarossy". Kak byli dobyty svedenija o podgotovke Germanii k napadeniju na SSSR [„Alta" gegen „Barbarossa". Wie Nachrichten über die Vorbereitung des Überfalls Deutschlands auf die UdSSR beschafft wurden], Moskau 2004; ders., Sekretnyj front general'nogo štaba. K 60-letiju velikoj pobedy posvjaščaetsja [Die geheime Front des Generalstabes. Dem 60. Jahrestag des Sieges gewidmet], Moskau 2005. Auf Lota berufen sich heute die meisten russischen Herausgeber von Dokumenten.

[6] Literaturauswahl: Almut Brunckhorst, Kundschafter im Auftrag Moskaus oder integraler Bestandteil des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus? Die Berliner Widerstandsorganisation um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen („Rote Kapelle"). Ein Testfall für die deutsche Historiographie, Hamburg 1998; Hans Coppi, Die „Rote Kapelle" im Spannungsfeld von Widerstand und nachrichtendienstlicher Tätigkeit. Der Trepper-Report vom Juni 1943, in: VfZ 44 (1996), S. 431–458; ders., Der tödliche Kontakt mit Moskau – Berliner Funkspiele des RSHA, in: Hans Schafranek/Johannes Tuchel (Hrsg.), Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien 2004, S. 33–55; Hans Coppi/Jürgen Danyel/Johannes Tuchel (Hrsg.), Die Rote Kapelle im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1994; Hans Coppi/Jürgen Danyel, Abschied von Feindbildern. Zum Umgang mit der Geschichte der „Roten Kapelle", in: Kurt Schilde (Hrsg.), Eva Maria Buch und die „Rote Kapelle". Erinnerungen an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Berlin 1992, S. 55–84; Heinz Höhne, Kennwort: Direktor. Die Geschichte der Roten Kapelle, Frank-

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

aber auch in guter Kenntnis der NS-Herrschaftsmittel[7], gelesen werden können.

Während schriftliche Zeugnisse aus der Feder Stöbes und private Unterlagen kaum überliefert sind und auch Zeugnisse ihrer Leidensgefährten in der Gestapo-Haft keine Auskunft über die Person Stöbes und ihren Widerstand geben können, weil sie tatsächlich wenig bis gar nichts über die gesondert agierende kleine Gruppe von Ilse Stöbe wussten, hielten sich ihre – in unterschiedlichem Maße – eingeweihten deutschen nachrichtendienstlichen Partner nach 1945 in professioneller Verantwortung gegenüber dem sowjetischen Auftraggeber oder aus Angst weitgehend zurück[8]. Erinnerungen von Verwandten existieren nicht; der Stiefbruder wurde 1944 in anderen Zusammenhängen des Widerstandes überführt und ebenfalls hingerichtet[9]. Ilse Stöbes Mutter kam im Januar 1944 im KZ Ravensbrück ums Leben.

furt a.M. 1970; Regina Griebel/Marlies Coburger/Heinrich Scheel, Erfasst? Das Gestapo-Album zur Roten Kapelle. Eine Fotodokumentation, Halle 1992; Rüdiger Henkel, Was treibt den Spion. Spektakuläre Fälle von der „Schönen Sphinx" bis zum „Bonner Dreigestirn", Berlin 2001; Hans Mommsen, Die „Rote Kapelle" und der deutsche Widerstand gegen Hitler, Bochum 2012; Anne Nelson, Die Rote Kapelle. Die Geschichte der legendären Widerstandsgruppe, München 2010; Günther Nollau/Ludwig Zindel, Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg, München 1979; Gilles Perrault, Auf den Spuren der Roten Kapelle, Reinbek bei Hamburg 1969; Sándor Rado, Dora meldet..., Berlin 1974, [3]1980; Stefan Roloff/Mario Vigl, Die Rote Kapelle. Die Widerstandsgruppe im Dritten Reich und die Geschichte Helmut Roloffs, München 2004; Gert Rosejka, Die Rote Kapelle. „Landesverrat" als antifaschistischer Widerstand, Hamburg 1986; Heinrich Scheel, Die „Rote Kapelle" und der 20. Juli 1944, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 33 (1985), S. 325–337; Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand in Deutschland 1933–1945. Ein historisches Lesebuch, München 1994; Johannes Tuchel, Motive und Grundüberzeugungen des Widerstandes der Harnack/Schulze-Boysen – Organisation. Zum Denken und Handeln von Liane Berkowitz, in: Schilde (Hrsg.), Eva Maria Buch und die „Rote Kapelle", S. 85–127; Gerda Zorn/Gertrud Meyer, Frauen gegen Hitler. Berichte aus dem Widerstand 1933–45, Berlin 1984.

[7] Siehe Norbert Haase, Das Reichskriegsgericht und der Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft, Berlin 1993; ders., Der Fall „Rote Kapelle" vor dem Reichskriegsgericht; in: Coppi u. a. (Hrsg), Rote Kapelle, S. 160–179; Hiska D. Bergander, Das Ermittlungsverfahren gegen Dr. jur. et rer. pol. Manfred Roeder, einen „Generalrichter" Hitlers. Eine Untersuchung zur unbewältigten Rechtsgeschichte der NS-Justiz, Bremen 2007; Johannes Tuchel, Zwischen kriminalistischer Recherche und brutaler Folter. Zur Tätigkeit der Gestapo – „Sonderkommission Rote Kapelle", in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo – Mythos und Realität, Darmstadt 2003, S. 373–387; ders., Die Gestapo-Sonderkommission „Rote Kapelle", in: Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S. 145–159; Wolfram Wette/Detlef Vogel (Hrsg.), Das letzte Tabu. NS-Militärjustiz und Kriegsverrat, Berlin 2007.

[8] Herrnstadt hielt an den geheimdienstlichen Verpflichtungen derart fest, dass selbst seine Töchter nur andeutungsweise von ihm über die gemeinsamen Jahre mit Stöbe etwas erfuhren. Sein Nachlass im Bundesarchiv ist teilgesperrt. Vgl. Nadja Stulz-Herrnstadt (Hrsg.), Das Herrnstadt-Dokument: das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek bei Hamburg 1991; Irina Liebmann, Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrnstadt, Berlin 2008. Siehe dazu auch Anm. 14.

[9] BArch, R 3018/1713, Bd. 1, u. R 3017/13072, Strafsache Kurt Müller. Die Aussagen des Bruders in der Haft und die Ableitungen der Verfolgungsbehörden müssen kritisch gelesen werden.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

In gewisser Weise erschließt sich Ilse Stöbes Persönlichkeit über einen Roman Theodor Wolffs, der im französischen Exil geschrieben und 1937 in der Schweiz veröffentlicht wurde[10]. Wolffs "Schwimmerin" ist Ilse Stöbe nachempfunden. Allerdings reicht die Handlung nicht bis in die Zeit nach 1939, als Ilse Stöbe in Berlin weitgehend auf sich allein gestellt Kontakt zur sowjetischen Botschaft hielt. Der Roman dürfte insgesamt eher ein durch Verehrung für die junge Frau inspiriertes Stimmungsbild denn Belege für konkrete Vorgänge liefern[11]. Die Integrität des liberalen jüdischen Chefredakteurs des *Berliner Tageblatts* dürfte dennoch die Gewähr für die Echtheit der proletarisch-internationalistischen, antinazistischen, humanistischen Gesinnung Ilse Stöbes bieten[12]. Diese findet ihre Bestätigung auch in den Erinnerungen Helmut Kindlers, der seit 1930 mit Ilse Stöbe befreundet war und auch zum aktiven Widerstand in Berlin fand (Gruppe Europäische Union)[13]. Gerhard Kegels Erinnerungen[14] müssen dagegen als die eines Eingeweihten und weiterhin sowjetischen Diensten Verpflichteten gelesen werden. Seinerzeit als Journalist und Ökonom im Dienst des Auswärtigen Amtes in Warschau, Moskau, Berlin und anderswo unterwegs, war Kegel seit 1933 ebenfalls Informant des sowjetischen Militärgeheimdienstes. Seine Memoiren wurden im Westen als kommunistisches Machwerk abgelehnt, dabei sind sie als Quelle einzigartig und nicht minder aufschlussreich als die Kindlers. Carl Helfrich, mit Ilse Stöbe seit 1940 in einer Liebesbeziehung verbunden, bezeichnete sie 1945 in einer Erklärung gegenüber der Vereinigung „Opfer des Faschismus" als seine Braut[15], ließ später aber nichts mehr von der engen, schon gar nichts von der geheimdienstlich engen Beziehung durchblicken[16]. Bemerkenswert ist, dass – mit Ausnahme

[10] Vgl. Theodor Wolff, Die Schwimmerin. Roman aus der Gegenwart, Zürich 1937. Der alternde Wolff entwickelte eine besondere Zuneigung zu Ilse Stöbe. Dem Roman ist zu entnehmen, dass er sowohl die fortgesetzten Begegnungen der jungen Frau im Arbeitermilieu als auch ihre subversive Tätigkeit gegen die Nationalsozialisten – letzteres vielleicht nur vage – wahrgenommen und gebilligt hatte.

[11] Zu den Stöbe-Bildern im Roman siehe Sabine Kebir, Verwischte Spuren der Widerstandskämpferin Ilse Stöbe, in: Coppi/Kebir, Stöbe, S. 124–132.

[12] Vgl. Wolfram Köhler, Der Chefredakteur Theodor Wolff. Ein Leben in Europa 1868–1943, Düsseldorf 1978; Bernd Sösemann, Theodor Wolff. Ein Leben mit der Zeitung, München 2012.

[13] Vgl. Helmut Kindler, Zum Abschied ein Fest: Die Autobiographie eines deutschen Verlegers, München 1992, S. 138–148, S. 241–248 u. S. 298–304. Kindlers Zeugnis fußt allerdings in einigen Details nachweislich auf Angelesenem bzw. Gehörtem. BArch, N 1474, 144 u. 148, Briefwechsel Sahm-Kindler und Notizen Sahms.

[14] Vgl. Gerhard Kegel, In den Stürmen unseres Jahrhunderts. Ein deutscher Kommunist über sein ungewöhnliches Leben, Berlin 1983; ders., Reise in den zweiten Weltkrieg. Erinnerungen eines deutschen Kommunisten, in: Horizont (1979), Nr. 30–37, insbes. Nr. 30 u. Nr. 34.

[15] BArch, SgY 4/V 1/28, Fragebogen und Erklärung Helfrichs vom 2. 10. 1945, als Kopie im Landesarchiv Berlin (künftig: LAB), C Rep, 118–01, Nr. 5470. Von diesem Liebesverhältnis kündet auch der von Sahm veröffentlichte Abschiedsbrief Stöbes an Helfrich vom 20. 12. 1942; vgl. Ulrich Sahm, Ilse Stöbe, in: Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S. 262–276, hier S. 267–269.

[16] BArch, BDC, RK, D 15, Vermerk über eine Unterredung mit Helfrich, i. A. einer US-Entnazifizierungsbehörde, 13. 6. 1947; BArch, N 1474, 144, Brief Helfrichs an Marie Louise von Scheliha, 8. 5. 1947, Kopie in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA/AA), B

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kindlers – keines der überlebenden Opfer der NS-Justiz, die gleichzeitig mit Stöbe 1942 oder auch später verfolgt wurden, insbesondere aber keiner der der „Roten Kapelle" zugeordneten Widerständler, nach 1945 Zeugnis über Ilse Stöbe ablegte. Eine Gefängnisepisode, die Greta Kuckhoff weitererzählte[17], belegt nur ein weiteres Mal, dass Stöbe in diesen Kreisen weitgehend unbekannt war[18]. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass einer der Hingerichteten sie flüchtig kannte, aber allem Anschein war die Agentin den allermeisten noch nicht einmal in harmlosen Zusammenhängen begegnet. Insbesondere von Mitgliedern der Gruppe Harnack/Schulze-Boysen ist kein Hinweis auf sie fixiert worden, weder vor noch nach dem Zusammenbruch des Regimes.

Dass die Erinnerungen aus dem Kreis der Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes rar und dürftig sind, ist nicht allein auf Stöbes nur kurzes Anstellungsverhältnis im Jahr 1940 zurückzuführen. Gemeinsam mit Rudolf von Scheliha vor das Reichskriegsgericht gestellt und zum Tode verurteilt, behielt Ilse Stöbe den Ruf einer eigentlich unbedeutenden, missbrauchten jungen Frau, die Scheliha im fremden Auftrag „abgeschöpft" hatte. Die behördlichen Aufklärungsbestrebungen und Zeugnissammlungen waren seit den frühen 1950er Jahren, angeregt von den Rehabilitierungsbemühungen der Witwe Schelihas, immer stärker auf dessen Haltung fixiert[19], so wie bereits 1942 die wenigen Versuche seiner Freunde im Amt, Scheliha aus der Schusslinie von Gestapo und NS-Ostpolitikern zu bekommen, das Schicksal Stöbes unbeachtet ließen. Der Journalist Hans-Georg von Studnitz, seit 1940 Mitarbeiter innerhalb der Informationsabteilung des Amtes, erinnerte sich sowohl 1948 bei der Abfassung von Notizen als auch 1963 bei der Veröffentlichung seiner Memoiren und noch 1985 bei deren Neuauflage an den Namen seiner Kollegin nur vage und rezipierte ungebrochen das Gedankengut der NS-Justiz[20]. Einzig Herbert Schaffarczyk, der Scheliha nahe stand, erwähnte die gemeinsam mit diesem verurteilte und hingerichtete Journalistin angemessen[21].

100, 1729, Bl. 59–64, Stellungnahme Helfrichs gegenüber dem AA, o. D. (1953 oder 1954), als Kopie bei Sahm, in: BArch, N 1474, 144; Korrespondenz Sahm mit Edith Helfrich und anderen, in: Ebenda.

17 Vgl. Kindler, Abschied, S. 301–303.

18 Sammlungen von Erinnerungen, Auskünften und Kopien im Nachlass Franz und Käthe Dahlem, in: BArch, NY 4072/143, und im Nachlass Greta Kuckhoff, in: BArch, N 2506/63.

19 Aussagen verschiedener Kollegen Schelihas, die im Zusammenhang mit dem Rehabilitierungsantrag der Witwe um Auskunft gebeten wurden, so z. B. Hans Schroeder, in dessen Beisein Scheliha 1942 verhaftet worden war, in: PA/AA, B 100, 1731, Bl. 8–10, Aussage vom 22. 9. 1955, und Wolfgang Frh. von Welck, in: Ebenda, 1730, Bl. 10 f., Aussage vom 31. 8. 1955.

20 Hans-Georg von Studnitz, Als Berlin brannte. Diarium der Jahre 1943–1945, Stuttgart 1963 (Bergisch Gladbach 1985), S. 50–52, spricht von „Fräulein Stübe". Siehe auch Nils Asmussen, Hans Georg von Studnitz. Ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, in: VfZ 45 (1997), S. 75–119.

21 Schaffarczyk war im Auswärtigen Amt von 1939 an als Jurist kommissarisch eingesetzt, wurde nach 1942 aber wegen seiner oppositionellen Haltung aus dem AA gedrängt. Siehe Äußerung vom 21. 7. 1952, in: PA/AA, B 100, 1729, Bl. 13–18; Schriftlicher Bericht vom 9. 7. 1954, in: PA/AA, B 100, 1731, Bl. 39–42.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1966 gab der kurzzeitig (1940) als Kollege Stöbes im Artikeldienst des Auswärtigen Amtes beschäftigte Winfried Martini erstmals mehr und anderes zu Protokoll. Er bekannte, mit Stöbe die antinazistische Grundhaltung geteilt und im kleinsten Kreis bekräftigt zu haben; er bescheinigte Stöbe Klugheit, präzises Denken, differenzierten Humor und zugleich diskretes Auftreten in geschmackvoller Kleidung. Von dem, was nach ihrer Verhaftung verlautete, war er überrascht[22].

Zum Mangel an Quellen über die Persönlichkeit von Ilse Stöbe und darüber, wie sie zur nachrichtendienstlichen Tätigkeit fand, kommt hinzu, dass auch über ihre Enttarnung durch Polizei und Gestapo nur wenige Fakten vorliegen. Wie sie „aufflog", ist seit längerem bekannt und gehört zu den dramatischsten Geschichten rund um die Verhaftungen vom Sommer und Herbst 1942 in Berlin, nach denen sich die Gestapo rühmte, die „Rote Kapelle" zerschlagen zu haben. Aber während aus vorhandenen NS-Unterlagen Rückschlüsse auf die Verhörtaktik gegenüber vielen Verhafteten der „Roten Kapelle" gezogen werden können und deren Verhalten einigermaßen rekonstruiert werden kann, teilweise auch Motive und Gewissensnöte deutlich werden, reicht das Stöbe betreffende Aktenmaterial für Betrachtungen dieser Art nicht aus. Die Unterlagen der Einrichtungen des Reichssicherheitshauptamtes (Polizei, Gestapo) und des Reichskriegsgerichtes sind großteils verloren gegangen. Verhörprotokolle, schriftliche Geständnisse Stöbes, Arbeitsnotizen der Vernehmer, interne Zwischenberichte fehlen ebenso wie die Anklageschrift und das ausführliche Gerichtsurteil[23]. Wer Ilse Stöbe vernahm, ist unbekannt.

In der Forschung wird vor allem auf eine Art nicht autorisierten Zwischenberichts der Voruntersuchung zurückgegriffen, der häufig „Gestapo-Abschlussbericht" genannt wird. Er trägt das Datum vom 22. Dezember 1942 und stellt eine ausgeschmückte Erfolgsbilanz der Zerschlagung der „Roten Kapelle" etwa einen Monat vor Eröffnung mehrerer Gerichtsverfahren dar[24]. Die Problematik des Dokuments liegt in seinem Zweck als Gestapo-Erfolgsbericht zur Vorlage für die NS-

[22] Vgl. Winfried Martini, Deutsche Spionage für Moskau 1939–1945, in: Die Welt vom 15., 17., 18., 19. u. 27. 10. 1966, insbes. Teil 1 vom 15. 10. 1966; Sahm, Scheliha, S. 125 f.

[23] Der Ermittlungsverlauf wird vor allem anhand von Protokollen der Verhöre einer sowjetischen Agentin rekonstruiert, die 1942 den Kontakt zu Ilse Stöbe suchte und nach einigen Wochen verhaftet wurde. Über Stöbes Verhalten sagen diese Protokolle nichts aus, sie erhellen aber die Dynamik der Ermittlung. Vernehmungsprotokolle Erna Eiflers und weitere einschlägige Justiz- und Gestapo-Akten, in: BArch, SgY 4/V1/23 bis 25, 26, 28, und RY 1/I 2/3/142. Aus der Fülle an Literatur vgl. Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle; Coppi/Kebir, Stöbe, S. 84–87; Sahm, Scheliha, S. 191–203.

[24] Das Dokument gibt den Kenntnisstand in der zweiten Novemberhälfte 1942 wieder und liegt in einer unfertigen und einer fertigen Variante und verschiedenen Abschriften vor. Das fertige Dokument fand sich als eine Abschrift (von vermutlich mehreren) für deutsche NS-Behörden im National Archives in Washington D.C., OSS Archives, RG 319, ZA 020253, Box 59. Weitere Abschriften und Kopien in: BArch, R 58/3192a, Bl. 1–25, N 2506/62, Bl. 160–184, und SgY 4/V1/23, Bl. 216–241. Zu Entstehung, Datierung, Archivierung und Glaubwürdigkeit des „Abschlussberichts" vgl. Jürgen Danyel, Die Rote Kapelle innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, in: Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S. 12–38, hier S. 34; Brief Regina Griebels an Sahm vom 22. 9. 1992, in: BArch, N1474, 147; Tuchel, Gestapo-Sonderkommission, in: Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S. 152.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Führung begründet. Historiografisch wertvoll ist die darin enthaltene Schuldzuweisung an die Widerständler. Im Fall von Stöbe ist davon auszugehen, dass die im „Abschlussbericht" vorgestellten Motive für ihre vermeintliche Straftat von Seiten der Anklage so auch vor Gericht vorgetragen und im mündlichen Urteil bestätigt wurden: mit starker Betonung einer sexuellen Abhängigkeit der „Verräterin" Stöbe vom jüdisch-kommunistischen Intellektuellen Herrnstadt. Das Feldurteil liegt im Original bzw. in der üblichen Form nicht vor. Vermutlich war es zum Zeitpunkt der Hinrichtungen noch nicht einmal schriftlich ausgefertigt. In Archiven fand sich eine undatierte, von einem Polizeirat beglaubigte Abschrift des Feldurteils vom 14. Dezember 1942 ohne Urteilsbegründung[25]. Außerdem existiert ein schriftlicher Beleg für die formelle Erwägung einer Begnadigung aller am 14. und 19. Dezember 1942 Verurteilten; darin enthalten ist die Ablehnung eines Gnadenerweises für Stöbe und andere, gezeichnet i. A. des OKW am 23. Dezember, unter Berufung auf eine Entscheidung „des Führers" vom 21. Dezember 1942[26]. Ein Gnadengesuch von Stöbes Hand ist nicht bekannt und in den Akten nicht erwähnt[27]. Der Strafprozessliste des 2. Senats des Reichskriegsgerichts ist zu entnehmen, dass am 7. Dezember bei Anberaumung des Hauptverhandlungstermins gegen Scheliha und Stöbe als Straftat „Spionage, Hochverrat, Landesverrat" festgehalten war[28]. Das Urteil vom 14. Dezember 1942 besagte aber, dass beide „wegen Landesverrats zum Tod und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt" wurden. Erst am 31. Dezember 1942 lag das schriftliche Urteil vor, am 5. Januar 1943 war es mit allen erforderlichen Unterschriften versehen. Die Vollstreckung der Todesstrafe ist belegt[29].

Aus den Reihen der NS-Täter war nach 1945 über Ilse Stöbe, über die Umstände ihrer Verhaftung, ihr Verhalten bei Verhören und vor Gericht gleichfalls so gut wie nichts zu erfahren. Oberstkriegsgerichtsrat Werner Roeder, seinerzeit Vertre-

[25] LAB, B Rep. 057–01, Nr. 418; auch ebenda, O 5205a, 488g, PII, Verw. 29; abgedruckt bei Sahm, Stöbe in: Coppi u. a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S. 266.

[26] Vojenský Ústřední Archiv [Militärisches Zentralarchiv] Prag (künftig: VUA), RKG, 39–9/8; BArch, N 2506/62, Bl. 37, Abschrift vom 5. 1. 1943.

[27] Angeblich erklärte der Bruder Stöbes, die Mutter hätte sich bei Kindler um ein Gnadengesuch bemüht (BArch, R 3018/1713, Bl. 1–12, Anklageschrift vom 8. 2. 1944). Kindler erinnerte, seinen Vater aufgefordert zu haben, in ihrer beider Namen um Gnade für Stöbe zu bitten; vgl. ders., Abschied, S. 241. Siehe auch Vernehmungsprotokoll Kindler vom 5. 1. 1944, in: BArch, R 3018/8526, Bd. 2, oder R 3017 8J 37/44, Bl. 1–10.

[28] VUA, RKG, 39–14/3, Strafprozessliste.

[29] VUA, RKG, 39–9/8, Schreiben des Oberstaatsanwalts an den Präsidenten des Reichskriegsgerichts, 23. 12. 1942. Als Sterbeurkunde gilt die Eintragung auf mündliche Anzeige eines bei der Hinrichtung anwesenden Gefängnisangestellten (LAB, B Rep. 057–01, 418). Ein Schreiben vom 22. 12. 1942 an das Reichssicherheitshauptamt enthielt die Anweisung, die Effekten der Hingerichteten zusammenzutragen (BArch, DY 55/V/241/3/7, abgedruckt bei Sahm, Scheliha, S. 225). Unterlagen zum Einzug des Eigentums der Verurteilten und zu den Bemühungen von Mutter und Bruder, das eine oder andere behalten zu dürfen, wobei sie das Testament offensichtlich nicht kannten, in: LAB, 51/29 VI, 279/51, Amtsgericht Charlottenburg, Nachlassvorgang Ilse Stöbe, und LAB, B Rep 057–01, 418. Vgl. Bekanntmachung der Vermögenseinziehung, in: Deutscher Reichsanzeiger und Preußischer Anzeiger, 10. 3. 1943, abends.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter der Anklage und zuvor bereits in die Untersuchungen einbezogen, hielt sich auffällig zurück, als die Staatsanwaltschaft in Lüneburg 1949–1951 den Vorwurf der Rechtsbeugung u. a. bei den Prozessen gegen die „Rote Kapelle" prüfte[30]. Roeder, von 1946 bis 1949 in Nürnberg in Haft, verweigerte die Aussage speziell zu Herrnstadt und Stöbe – und zwar unter Verweis auf amerikanische Ermittler. Umfangreicher und konkreter waren die Einlassungen des verantwortlichen Richters Alexander Kraell[31]. Ihm zufolge hatte Scheliha vor Gericht „unter dem Druck der Aussage Stöbes"[32] und weiteren Materials den Tatbestand restlos zugegeben[33]. Privat gab Kraell anderes preis: „Die Ilse Stöbe war ein ‚nettes Mädel' und es konnte einem in der Seele leid tun, dass sie durch Herrnstadt so mißbraucht worden ist. Aber angesichts der *unbestreitbaren Tatsachen, die auch von der Stöbe nicht bestritten worden sind* [sic!], war nichts zu machen. In der Verhandlung hat sie sich gut gehalten. Ganz anders wie v. Scheliha, der nicht standfest war [...]."[34]

Journalistin, Informantin, Quelle

Das Charakterbild der im Arbeitermilieu Lichtenbergs (seit 1920 ein Stadtteil von Berlin) groß gewordenen Ilse Frieda Gertrud Stöbe[35] ist noch zu zeichnen, über ihre politische Haltung wissen wir hingegen einiges. 1929 fand sie eine Anstellung im Annoncen-Büro des Verlagshauses Rudolf Mosse in Berlin. Sie fiel dort als wissbegierige, musisch gebildete, unternehmungslustige und selbstbewusste Frau auf, etwa dem Chefredakteur des *Berliner Tageblatts* Theodor Wolff, der sie bald in sein Sekretariat holte. In Berlin unterhielt Ilse Stöbe Kontakte zu Kommunisten und Arbeitersportlern[36]. Wichtiger geistiger und politischer Partner wurde der

[30] Staatsanwalt Hans-Jürgen Finck trug Stellungnahmen verschiedener Untersuchungs- und Prozessbeteiligter zusammen und griff auch auf Aussagen vor amerikanischen Ermittlern in Entnazifizierungsverfahren zurück. Niedersächsisches Landesarchiv – Hauptstaatsarchiv Hannover (künftig: NLA-HH), NdS 721 Lüneburg, Acc. 69/76, Bde. I-XV, insbes. Bd. II, Bl. 156–361, Vernehmungen von 1947.

[31] NLA-HH, NdS 721 Lüneburg, Acc. 69/76, Bd. III, Bl. 364–378 u. Bl. 379–397, Vernehmung vom 30. 7. 1946 und Bericht vom 6. 8. 1948; NLA-HH, NdS 721 Lüneburg, Acc. 52/87, Bde. I-VI, Schlussbericht Fincks von 1951; ebenda, Bd. II, Bl. 309–311, Aussage Kraells; BArch, N 1474, 138, Kraell an Kurt Rheindorf 1950, 1951, Kopien; BArch, N 1474, 144 eidesstattliche Erklärung Kraells vom 30. 3. 1953 mit einer Stellungnahme des Generalkonsuls von Lires, seinerzeit Osteuropaexperte im AA, zu deren Glaubwürdigkeit und Nutzen in einem möglichen Wiedergutmachungsverfahren Scheliha, 21. 7. 1953, Kopie.

[32] NLA-HH, NdS 721 Lüneburg, Acc. 52/87, Schlussbericht Fincks von 1951, Bd. II, Bl.311.

[33] Sahm, Scheliha, S. 266, schlussfolgerte, Stöbe hätte „anscheinend nur noch als Belastungszeugin gegen Scheliha zu dienen" gehabt. Verkürzt und unbegründet heißt es dann bei Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann, Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010, S. 300: „Im Prozess gegen Scheliha war Stöbe die Hauptbelastungszeugin."

[34] BArch, N 1474, 138, Aufzeichnung über eine Unterhaltung Rheindorfs mit Kraell am 6. 5. 1951, aus dem Nachlass Rheindorf, Kopie, Hervorhebung durch die Verfasserin.

[35] Eine Original-Geburtsurkunde fand sich nicht. Das Standesamt Berlin Lichtenberg stellte 1967 nachträglich eine Geburtsurkunde aus (LAB, B Rep 057–01, Nr. 418).

[36] Vgl. Griebel/Coburger/Scheel, Erfasst, S. 86.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Journalist Rudolf Herrnstadt, der seit 1930 viel außerhalb Berlins, im Böhmischen und im Schlesischen, kurzzeitig in Moskau und schließlich in Warschau journalistisch für das *Berliner Tageblatt* und ausländische Zeitungen tätig war[37]. Herrnstadt berichtete, wie er und Ilse Stöbe gemeinsam 1929 in Berlin in die KPD eintreten wollten, im Liebknecht-Haus aber gesagt bekamen, sie könnten als nicht Organisierte „für uns nützlicher sein"[38]. Als Herrnstadt sich in Prag wiederholt um verbindliche Kontakte zur Kommunistischen Partei bemühte, trug man ihm 1930 eine nachrichtendienstliche Tätigkeit für die Sowjetunion an. Hinter der Offerte stand die sowjetische Militäraufklärung[39]. Herrnstadt ging darauf ein und warb wenig später auch Ilse Stöbe an. Seit Dezember 1932 wurde sie in Moskau als Informantin geführt. Der Personalbogen in der Aufklärungsverwaltung der Roten Armee vermerkt:

„Soziale Herkunft: aus kleinbürgerlicher Familie. Der Vater ist verstorben. Hat Mutter und Bruder. [...]Parteizugehörigkeit: parteilos, sympathisiert mit der kommunistischen Partei. Sie arbeitet mit uns aus Überzeugung. Beruf: Stenotypistin-Sekretärin. Art der Tätigkeit: Stenotypistin-Sekretärin beim Chefredakteur des Berliner Tageblatts Theodor Wolff.

Verbindungskreis: Die Verbindungen beschränken sich auf die Mitarbeiter, aus denen sich die Redaktion zusammensetzt. Hauptverbindung sind die guten Beziehungen zu Wolff, der ihr vertraut und vieles erzählt. Arbeitet seit einigen Jahren bei der Zeitung. Ihre Möglichkeiten erschöpfen sich in der Redaktion. Kann einzelne nicht zur Veröffentlichung vorgesehene Materialien in mündlicher Form geben."[40]

Ilse Stöbe reichte also Redaktionsinterna weiter, bei denen es sich um Analysen und Stimmungsberichte aus der deutschen Politik und Gesellschaft gehandelt haben dürfte[41]. Als Wolff Anfang 1933 Deutschland verlassen musste und das Verlagshaus Rudolf Mosse ihn als Chef des *Berliner Tageblatts* auch nicht mehr halten konnte, verlor Ilse Stöbe ihre Anstellung. Sie versuchte sich nun als freie Journalistin. Inwieweit ihre Suche nach Verdienstmöglichkeiten nun direkt von Moskauer Aufträgen gelenkt war oder für diese eher am Rande Material abwarf, ist unklar. Zwischenzeitlich wurde Stöbe 1934 von der Wiener Residentur „geführt"[42].

---

[37] BArch, DY 30/IV 2/11/V 590, Bl. 13f. u. Bl. 30–33, von Herrnstadt ausgefüllte Personalbögen von 1946 und 1951, SED-Kaderakte.

[38] Siehe seinen für den Militärgeheimdienst geschriebenen Lebenslauf bei Liebmann, Wäre es schön, S. 42–48, insbes. S. 46. Das Dokument liegt in russischer Übersetzung im Zentralarchiv des Verteidigungsministeriums der Russischen Föderation (künftig: ZAMO), f. 23, op. 12483, d. 1, Bl. 109–119.

[39] Bekannt ist sie als GRU. Das aber ist eine Abkürzung für die erst ab 1945 geführte Bezeichnung. Von Anfang 1939 bis zum Frühsommer 1940 hieß sie „V. Verwaltung der Roten Armee", im Juni 1940 wurde sie als „Verwaltung Aufklärung" dem Generalstab der Roten Armee zugeordnet.

[40] Aus dem Personalbogen zu Ilse Stöbe, V. Abt. der Roten Armee, in: ZAMO, f. 23, op. 7277, d. 2, Bl. 1. Er wurde 1931 angelegt und fortlaufend ergänzt. Der Auszug konnte als Farbkopie eingesehen werden. Im Folgenden werden weiter Dokumente zitiert, die dem Direktor des IfZ ganz oder in Auszügen vom ZAMO als Farbkopie bereitgestellt wurden.

[41] Nach Lota, Alta protiw, S. 158f., reichte Stöbe Kopien von Materialien aus internen Redaktionsmappen weiter.

[42] Siehe Personalbogen (wie Anm. 40).

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Ab 1935, als sie in Herrnstadts Nähe in Warschau ihren Wohnsitz nahm, gehörte Ilse Stöbe dessen Informantengruppe an, sie trug den Decknamen „Alta". Während Herrnstadts journalistische Tätigkeit nach 1936 immer mehr nur Fiktion wurde[43], schrieb Ilse Stöbe für tschechische und Schweizer Zeitungen noch den einen oder anderen Artikel. Sie und Herrnstadt pflegten Umgang mit dem Kreis liberaler, antinazistischer deutscher Botschaftsangestellter um Botschafter Hans-Adolf von Moltke, Legationsrat Rudolf von Scheliha[44] und Pressebeirat Hans Graf Huyn. Stöbes Versuch, eine geregelte journalistische Tätigkeit zu ihrer Existenzgrundlage zu machen, scheiterte an Formalitäten. Weder mangelndes Talent noch verdächtige Gesinnung konnten ihr vorgeworfen werden, aber für eine seit 1934 obligatorische Mitgliedschaft im „Reichsverband der Presse" konnte sie ein Volontariat nicht nachweisen und, entgegen ihren Absichten, auch nicht nachholen[45]. Kindler schreibt, dass sich Herrnstadt und Stöbe ihm 1935 in Warschau als geheimdienstlich agierende Kommunisten offenbarten und ihn in die Untergrundarbeit einbeziehen wollten[46]. Rudolf von Scheliha ließ sich im Herbst 1937 überreden, Interna aus der deutschen Botschaft weiterzugeben – an britische Dienste, so glaubte er. Ilse Stöbe reiste derweil viel, sie hielt sich in Berlin und in Prag, Wien und Zürich auf. 1936 eröffnete ihr die Bekanntschaft mit dem Besitzer der *Thurgauer Zeitung* Rudolf Huber neue berufliche Chancen, aber auch wichtige Möglichkeiten für Reisen und geheime Treffen[47]. Inwieweit deutsche Sicherheitsdienste Verdacht geschöpft hatten, ist nicht zu ermitteln[48]. Ende 1938 nahm Ilse Stöbe in Warschau – nach Rücksprache mit Moskau – den Posten einer Kulturreferentin in der Abteilung Frauen der dortigen NSDAP-Auslandsorganisation an[49]. Herrnstadt unterrichtete seine nachrichtendienstlichen Auftraggeber in Moskau:

„Als Kulturreferentin soll Alta die deutschen Frauen in Warschau im national-sozialistischen Geist erziehen. Zu diesen Frauen gehören unter anderen auch die Ehefrauen der Be-

[43] Vgl. Lebenslauf für den sowjetischen militärischen Geheimdienst bei Liebmann, Wäre es schön, S. 42–48, hier S. 48.

[44] Am 28. 9. 1937 zum Legationsrat II. Klasse, am 10. 7. 1941 zum Legationsrat I. Klasse ernannt.

[45] PA/AA, Botschaft Warschau, 73/4 und 73/5.

[46] Vgl. Kindler, Abschied, S. 142–144.

[47] Helmut Müller-Enbergs recherchierte, dass Stöbe in der Schweiz von der Polizei vernommen wurde. Sie begründete ihre Reisen in die Schweiz mit persönlichen Motiven. Anfang 1940 wurde sie erneut observiert und befragt; vgl. ders., Sowjetagentin im Thurgau, in: Thurgauer Zeitung vom 30. 5. 2013. Huber, der Anfang 1940 starb, vermachte Stöbe testamentarisch einen Großteil seines Vermögens. Ulrich Sahm trug dazu wichtige Fakten zusammen.

[48] Von der Absicht, Stöbe beobachten zu lassen, kündet ein Schreiben des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an die deutsche Botschaft in Warschau, 3. 2. 1937, in: PA/AA, Botschaft Warschau, 73/4. Tragweite und Folgen sind unklar.

[49] Es fand sich kein Hinweis auf eine Mitgliedschaft Stöbes in einer NS-Organisation, weder in der NSDAP noch in einer ihrer Gliederungen, angeschlossenen Verbänden oder betreuten Organisationen. Helmut Müller-Enbergs behauptete unter Bezugnahme auf Sekundärliteratur eine NSDAP-Mitgliedschaft zum Zweck der Tarnung; vgl. ders., Der Fall Rudolf Herrnstadt. Tauwetterpolitik vor dem 17. Juni, Berlin 1991, S. 34 f. Folgen kann man ihm darin, dass selbst eine nachgewiesene NSDAP-Zugehörigkeit letztlich wenig besagen würde, denn sie hätte ganz klar dem persönlichen Schutz und den geheimdienstlichen Aufgaben gedient, etwa wie bei Gerhard Kegel.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

amten und die Sekretärinnen. Einmal im Monat findet ein gemeinsames Treffen statt, bei dem ausgewählt von Alta drei bis vier Frauen kurze Vorträge halten sollen. Da sich fast alle Frauen davor fürchten, solche Vorträge zu halten, eröffnen sich Alta große Möglichkeiten, um Fürsorge zu bekunden, Hilfe zu erweisen und in erster Linie – persönliche Kontakte herzustellen."[60]

Als im August 1939 die Angehörigen der deutschen Botschaft Warschau verließen, schloss Ilse Stöbe sich ihnen an. Herrnstadts autobiografischem Bericht für den sowjetischen Militärgeheimdienst zufolge hatten er und Ilse Stöbe, von Moskau befürwortet, die Vereinbarung getroffen, dass Stöbe in Berlin den Kontakt zum wichtigsten Informanten Scheliha weiterführen und an Herrnstadts Stelle die Verbindung zur sowjetischen Botschaft halten sollte, denn Herrnstadt selbst konnte nicht nach Deutschland zurück, er emigrierte in die Sowjetunion. Der Wechsel in den Kontaktverbindungen vollzog sich im Grunde erfolgreich, aber mit Verzögerung. Erst im November 1939 war die Verbindung zum Moskauer „Zentrum" wieder funktionstüchtig, und zwar über die Berliner Residentur in der Botschaft Unter den Linden. Der Kontaktmann wurde angewiesen, jederzeit für Stöbe erreichbar zu sein.

Die „Gruppe Alta" im Auswärtigen Amt

Die Agententätigkeit Ilse Stöbes ab 1939 ist von Wladimir Lota rekonstruiert worden[51]. Dieser Darstellung zufolge empfahlen Stöbes Kontaktleute in der sowjetischen Botschaft ihr zunächst, im deutschen Luftfahrtministerium eine Anstellung zu suchen. Andererseits schien die Nähe zu Scheliha zunehmend wichtig, der im Auswärtigen Amt die Leitung der Untergliederung XI „Bekämpfung der feindlichen Greuelpropaganda" übernommen hatte[52]. Seine Dienststelle erfasste die gegnerische Mund- und Pressepropaganda, die die Verbrechen in der deutschen Eroberungs- und Besatzungspraxis anprangerte. Im Mai 1940 gelang es endlich, gewiss durch Vermittlung Schelihas, Ilse Stöbe im Auswärtigen Amt unterzubringen[53]. 1940 lernte Ilse Stöbe den Journalisten Carl Helfrich, im Auswärtigen Amt wissenschaftlicher Mitarbeiter im Rang eines Legationssekretärs, privat näher kennen. Sowjetischen Quellen zufolge warb Ilse Stöbe ihn an. Helfrich wurde als Informant der sowjetischen militärischen Aufklärung geführt, spätestens ab

[50] Aus dem Bericht der Warschauer Residentur, Rudolf Herrnstadt, an die Verwaltung Aufklärung der Roten Armee, 4. 1. 1939, in: ZAMO, f. 23, op. 7277, d. 2, Bl. 57; eine Farbkopie des Dokuments liegt vor.

[51] Wie Anm. 5. Das Bild konnte aber durch Akteneinsicht anderer noch nicht verifiziert werden. So bleiben die in der deutschen Literatur kolportierten Vermutungen über die Angehörigen der „Gruppe Alta" ungeprüft. Zitate bei Lota lassen erkennen, dass der Gruppe nur Scheliha und Helfrich zugeordnet wurden. Gelegentlich sei Stöbe der Kontakt zu Kegel angeraten worden.

[52] Vgl. Conze/Frei/ Hayes/Zimmermann, Das Amt, S. 298.

[53] Ein Arbeitsvertrag war nicht zu finden, aber indirekte Hinweise. So ist die Korrespondenz um einen Dienstvertrag im Posteingangsbuch 1940 unter Juni belegt (PA/AA, Journal der Informationsabteilung).

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

April 1940 gab er Informationen weiter, vermutlich auch ohne Stöbes Vermittlung. Ernste gesundheitliche Probleme zwangen Ilse Stöbe jedoch im Oktober 1940, im Amt um Beurlaubung zu bitten. Ein Brief an Herrnstadt belegt, dass sie sehr erschöpft war[54]. Sie wurde stationär behandelt und ersuchte weiterhin um Urlaub. Kurz danach wurde ihr Ende 1940 zum 1. Januar 1941 im Zusammenhang mit Entlassungen und Umstrukturierungen im Auswärtigen Amt gekündigt. Von März 1941 bis Anfang 1942 arbeitete sie dann in Dresden; Scheliha hatte ihr über einen Unternehmerfreund zu einer Beschäftigung bei der Lingner-Werke AG verholfen.

In dieser Zeit erhielt die Moskauer Zentrale der Militäraufklärung verschiedene Informationen von Stöbe, Helfrich und Scheliha: Gerüchte aus diplomatischen Kreisen und Informationen aus behördenübergreifender Dienstkorrespondenz, z. B. über Aufrüstung, außenpolitische und außenwirtschaftliche Entscheidungen der deutschen Führung. Sie wurden von Ilse Stöbe aufbereitet, in Typoskripten zusammengefasst und in der sowjetischen Residentur abgegeben oder auch gesprächsweise weitergereicht. In Moskau interessierten Ende 1939 beispielsweise deutsche Waffenlieferungen nach Finnland und der Aufbau der Führung der deutschen Streitkräfte einschließlich des Generalstabs[55]. Ein Funkspruch der Residentur gab am 4. Mai 1940 die folgende Information nach Moskau weiter: Scheliha habe berichtet,

„dass in den nächsten Tagen der Überfall Deutschlands auf Holland zu erwarten ist. Die Eisenbahnlinie Frankfurt/Main – Krefeld ist gesperrt. Es wurde eine Verordnung erlassen, derzufolge alle Industriebetriebe, die für die Verteidigung arbeiten, die gesamten Reserven ihrer Produktion zum Abtransport in die Verfügung der Armee vorbereiten müssen.“[56]

Ende 1940 ging es vor allem um die interne Meinungsbildung unter Diplomaten, Militärs und Planungsfachleuten darüber, ob ein Zweifrontenkrieg zu erwarten ist. Ende Dezember hieß es: *„Alta teilte mit, dass Arier [Rudolf von Scheliha] aus gut informierten Kreisen erfuhr, dass Hitler den Befehl zur Vorbereitung eines Krieges gegen die UdSSR erteilte. Der Krieg wird im März 1941 erklärt.“*[57] Stöbe wurde beauftragt, von ihrer Quelle eine Prüfung und Bestätigung der Information einzuholen. Sie meldete wenig später, dass Scheliha *„diese Informationen von einer ihm bekannten Militärperson erhielt und dass das nicht auf Gerüchten, sondern auf einem speziellen Befehl Hitlers beruht, der strengstens geheim ist und von dem nur sehr wenige Personen wissen. Zur Bekräftigung dafür gibt er noch einige wesentliche Argumente an:*

[54] Stöbe an Herrnstadt, 22. 8. 1940, in: Lota, Al'ta protiv, S. 266–269. Der Brief liegt in der seinerzeit angefertigten russischen Übersetzung vor, in: ZAMO, f.23, op. 12483, d. 1, Bl.159–161. Stöbe korrespondierte mit Herrnstadt über die Berliner Residentur.

[55] Vgl. Lota, Al'ta protiv, S. 209 f.

[56] Aus einem Funkspruch der Berliner Residentur an den Leiter der Verwaltung Aufklärung der Roten Armee, 4. 5. 1940, in: Lota, Al'ta protiv, S. 223. Am 10. 5. 1941 fielen die deutschen Truppen ohne Kriegserklärung in Holland, Belgien und Frankreich ein.

[57] ZAMO, f. 23, op. 22424, d. 4, Bl. 537, dechiffrierter Funkspruch der Berliner Residentur an den Leiter der Verwaltung Aufklärung beim Generalstab der Roten Armee, 29. 12. 1940, 12.52 Uhr (19.00 Uhr Eingang in Moskau). Eine Farbkopie liegt vor.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

[...]"[58]. In den Monaten danach folgten Details zum Aufmarsch an der Grenze zur Sowjetunion und zum geplanten Datum des Überfalls.

Der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 veränderte die Umstände der Nachrichtenübermittlung grundlegend. Als die sowjetische Botschaft in Berlin Anfang Juli 1941 schloss, blieb Ilse Stöbe ohne Kontaktperson und ohne jede Möglichkeit, aus der Ferne Herrnstadts Rat einzuholen. De facto brach ihre geheimdienstliche Tätigkeit nun ab. Lota zufolge gab es noch vor Juni 1941 in Moskau mehrere Versuche, Stöbe mit moderner Funk-/Radiotechnik auszurüsten und auszubilden; diese Bemühungen verliefen aber im Sande.

Die Situation in Berlin und der Krieg ließen Stöbe sehr vorsichtig werden, Kindler zufolge hielt sie eine Mitarbeit in deutschen Widerstandsgruppen für zu gefährlich[59].

Am 12. September 1942 wurde Ilse Stöbe verhaftet, Carl Helfrich (ohne Anhaltspunkte) ebenfalls. Sie leugnete zunächst alles[60]. Dechiffrierte Funkmeldungen aus Moskau hatten ihren Verhörern aber bereits viele Anhaltpunkte geliefert. Am 15. Oktober nahm die Gestapo eine per Fallschirm abgesetzte sowjetische Kundschafterin gefangen, die nach und nach Namen, Adressen und Aufträge preisgab. Als ein weiterer Abgesandter aus Moskau, der mit den Berliner Widerständlern Kontakt aufnehmen wollte, am 29. Oktober 1942 in eine Falle der Gestapo lief, fand man bei ihm den Beleg für eine Geldüberweisung an Rudolf von Scheliha, der noch am selben Tag festgenommen wurde. Wenig später gab Ilse Stöbe zu, für die Sowjetunion spioniert und Scheliha dafür genutzt zu haben.

Der Inhalt von Stöbes Aussagen im Verhör lässt sich aus dem erschließen, was als gemeinsamer Anklagepunkt das Urteil bestimmte und in den Täter-Erinnerungen weitestgehend übereinstimmend als Akt des Verrats beschrieben wird: Stöbe gab zu, Scheliha in Herrnstadts Auftrag um Auskünfte gebeten zu haben. Man kann sich vorstellen, dass sie dabei Charakter und Umfang der Informationen herunterspielte. Zumindest äußerte sie sich offenbar so, dass Scheliha (mit dem Beistand einschlägig erfahrener Berater im Hintergrund) von solchen „Auskünften" sprechen konnte, die im diplomatischen Dienst nicht ungewöhnlich waren, sogenannten „Formulierungshilfen". Ilse Stöbe muss an dieser enormen Verharmlosung des wirklichen Informationsflusses erheblichen Anteil gehabt haben. Der ursprünglich auf Landes- und Hochverrat ausgerichtete Prozess endete „lediglich" mit einer Verurteilung wegen Landesverrats, weil beiden Angeklagten keine umstürzlerischen Absichten nachzuweisen waren. Das musste die Höchststrafe nicht unbedingt nach sich ziehen.

[58] ZAMO, f. 23, op. 24119, d. 3, Bl. 6f., dechiffrierter Funkspruch der Berliner Residentur an den Leiter der Verwaltung Aufklärung beim Generalstab der Roten Armee, 4.1.1941, 1.15 Uhr (11.20 Uhr Eingang in Moskau). Eine Farbkopie liegt vor.

[59] Vgl. Kindler, Abschied, S.243.

[60] Hier darf man wohl dem sogenannten „Abschlussbericht" folgen, der festhielt, Stöbe habe zunächst sieben Wochen lang nach ihrer Verhaftung, folglich bis zur Verhaftung Schelihas, alles abgestritten.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Stöbes Verhalten in den Verhören und vor Gericht muss als verantwortungsbewusst und klug eingeschätzt werden. Auf Provokationen fiel sie nicht herein[61]. Der beleidigenden Auslegung ihrer Motive hielt Ilse Stöbe offen nichts entgegen; sie soll schweigsam auf der Anklagebank gesessen haben. Es ist denkbar, dass sie das Argument der sexuellen Hörigkeit als politische Entlastungsstrategie aufgriff und hoffte, trotz „fortgesetzter Rassenschande", quasi als ausgenutzte junge Frau, mit dem Leben davon zu kommen, was ja zumindest auf Richter Kraell Eindruck gemacht haben muss. Eine Legende besagt (die Quelle ist nicht auszumachen), Ilse Stöbe sei sich am Ende der Tatsache bewusst gewesen, dass sie drei Männern und einer Frau mit ihrem Schweigen das Leben gerettet hat[62]. Vermutlich zählte sie darunter ihre Agentenpartner Helfrich und Kegel. Sie nannte aber auch keine anderen Namen aus dem Auswärtigen Amt, etwa um vor den Verhörern Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Damit unterschied sich die Untersuchungsgefangene Stöbe von zahlreichen anderen. Wir wissen zwar nicht mit Sicherheit zu sagen, ob und wie Ilse Stöbe in der Haft unter Druck gesetzt und eventuell gefoltert wurde, doch die Haft setzte der Kranken sicherlich stark zu. Bei den wenigen erlaubten Treffen mit Angehörigen soll sie dennoch den anderen Mut gemacht und heimliche Verabredungen bekräftigt haben.

Widerstand durch Verrat

Der reale Ertrag von Stöbes Untergrundarbeit bleibt also noch weitgehend im Dunkeln.

Vergleichsweise einfach ist noch die frühe Informationstätigkeit zu bestimmen: Ilse Stöbe gab öffentliches und nicht öffentliches Wissen aus ihrer Arbeit bei Chefredakteur Wolff weiter. Die „moralische Qualität" auch schon dieses Handelns muss vor dem Hintergrund einer Deutschlandanalyse beurteilt werden, die den Januar 1933 zwar als entscheidende politische Zäsur, aber keinesfalls als Scheidepunkt für die Bewertung von politischen Gefahren und Prognosen sieht. Die Reichstagswahlen 1930, die Beschädigungen der parlamentarischen Demokratie durch die folgenden Präsidialkabinette, der Einzug der NSDAP in deutsche Parlamente, ja in deutsche Landesregierungen (schon 1929 in Thüringen) hatten sehr deutlich das Unheil eines „erwachenden" völkisch-nationalen „Dritten Reiches" erkennen lassen. In Mecklenburg-Schwerin erhielt die NSDAP bei den Landtagswahlen 1932 fast 50 Prozent, in Preußen, Thüringen, Anhalt rund 40, in Hamburg und Bayern auch über 30 Prozent. Der kometenhafte Aufstieg der Nationalsozialisten trieb viele der Freunde Ilse Stöbes in die innere oder äußere Emigration. Aktiver Widerstand gegen den sich formierenden Nationalsozialismus konnte auch vor 1933 bereits der Überzeugung gefolgt sein, dass außerhalb Deutschlands die Gegner des Nationalsozialismus und des Faschismus gestärkt werden müssten.

[61] Kegel, Stürme, S. 354 f., berichtet, Gestapobeamte hätten Stöbe in einem Auto gezielt an ihm vorbeigefahren, aber sie verriet sich und ihn mit keiner Miene.
[62] Siehe ebenda, S. 361.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Wir dürfen davon ausgehen, dass Ilse Stöbe später in Warschau als Herrnstadts „rechte Hand“ Anteil an dessen Berichten nach Moskau hatte, doch deren Inhalt ist weitgehend unbekannt. Stöbes Anlaufstellen in Prag, Wien und Zürich sind überhaupt noch nicht untersucht. Von ihren Nachrichten aus Berlin, die in Moskau sehr geschätzt wurden, kennen wir nur einen Bruchteil. Dennoch: Stöbe spielte beim Verrat politischer und militärischer Geheimnisse an die mit Deutschland zunächst noch verbündete, dann verfeindete UdSSR eine zentrale Rolle[63]. Die Motive für ihre Agententätigkeit waren (wie auch bei Scheliha) politischer Natur.

Ilse Stöbe ist eindeutig dem kommunistischen Widerstand gegen das „Dritte Reich“ zuzuordnen. Zwar ist keine reguläre KPD-Mitgliedschaft nachgewiesen, aber Herrnstadts knappe Einschätzung und die ihrer sowjetischen Auftraggeber belegen eine kommunistische Identität[64]. Wir kennen keine Reflexionen über Werte und Weltbilder, gleichwohl lassen sich – u. a. anhand ihrer Zeitungsartikel – Elemente der politischen Haltung skizzieren. Demnach hing Ilse Stöbe in den 1930er Jahren linksdemokratischen bis kommunistischen Positionen an. Nicht nur, dass ihr Chauvinismus und Rassismus fremd waren, sie dachte und lebte in humanistisch-atheistischen, proletarisch-lebensreformerischen, multikulturellen und frauenemanzipatorischen Kategorien und lehnte kriegsverherrlichende Ideen ab. Extremismus und politisches Abenteurertum vertrat sie nie, ebenso wenig lagen ihr opportunistische Verrenkungen. Sollte sich irgendwann einmal ein Zeugnis dafür finden, dass Ilse Stöbe „für Stalin“, will sagen: für den sowjetischen Führer als politische Leitfigur spionierte und nicht etwa einen Staat mit verheißungsvoller Sozialidee schützen und für ihren Antifaschismus in Dienst nehmen wollte, dann müssten solche Bekenntnisse sehr genau geprüft werden. Wie sehr prosowjetische Hoffnungen und Utopien selbst für gut informierte, sowjetunionerfahrene und apparateerprobte Stalinkritiker im Umfeld der KPD damals handlungsleitend waren, lässt sich beispielsweise bei Rosa Meyer-Leviné nachlesen[65].

Ob Ilse Stöbe für ihren aktiven Widerstand anfangs auch andere politische Optionen erwog, wissen wir nicht. Ihre Herkunft und die Freundschaft mit Rudolf Herrnstadt bestärkten sie wohl recht früh darin, in der Sowjetunion den Garanten für ihre Vorstellungen vom Sinn des Lebens zu sehen, von Frieden und gerechtem Wohlstand. Ihre Spionage für die Sowjetunion wird sie nach 1933 erst recht als ein Gebot der Zeit verstanden haben, dem in nationaler Verantwortung zu folgen war.

---

[63] Der Herrnstadt-Forscher Helmut Müller-Enbergs bezeichnete Stöbe jüngst als „die erfolgreichste Agentin“ der sowjetischen Spionage. Für diesen Superlativ fehlen die realen Belege, die Geheimdienstliteratur nennt noch andere erfolgreiche weibliche Spione. Völlig unbegründet ist die Aussage: „Niemand unterrichtete präziser als sie.“ Ders., Sowjetagentin im Thurgau, in: Thurgauer Zeitung vom 30. 5. 2013.

[64] Ilse Stöbe soll im April 1932 in Abwesenheit über die sowjetische Militäraufklärung in Moskau in die KPD aufgenommen worden sein, was bislang nicht nachzuweisen war. Personalbogen zu Ilse Stöbe, V. Abt. der Roten Armee, in: ZAMO, f. 23, op. 7277, d. 2, Bl. 3.

[65] Vgl. Rosa Meyer-Leviné, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920–1933, hrsg. von Hermann Weber, Köln 1977.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bislang ist nicht erkennbar, dass Ilse Stöbe einen stalinistisch-totalitären Sozialismus angestrebt hätte. Eine solche Zielsetzung würde allen ihren bekannten Lebensäußerungen (etwa dem Geist ihrer journalistischen Arbeiten) widersprechen. Sie war eine wache und reflektierende Beobachterin ihrer Zeit. Den Freund in Moskau warnte sie 1941, sich bezüglich des Zuspruchs der Deutschen zum Nationalsozialismus keinen Illusionen hinzugeben. Als frühe Gegnerin des deutschen Eroberungsfeldzuges, deren Widerstandsengagement, so sieht es im Lichte der erschlossenen Fakten bislang aus, nicht so sehr auf kommunistischen Zukunftsvisionen, als vielmehr auf einem allgemeinem Humanismus gründete, muss sie uns heute öffentlicher Erinnerung wert sein. Ilse Stöbe hat ihren Widerstand mit dem Leben bezahlt. Außerdem verdient unsere Anerkennung, dass sie nach ihrer Verhaftung besonders besonnen und kameradschaftlich war. Ihrem Schweigen verdanken mehrere Menschen ihr Leben.

Wer Motive und Ziele der Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime ergründet, schrieb der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, Johannes Tuchel, muß akzeptieren, was in der Rückschau oftmals übersehen wird: „Allererstes Ziel und grundlegendes Motiv war die Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft und – seit 1939 damit verbunden – das Ende des deutschen Angriffskrieges, der sich bald zum Weltkrieg ausweiten sollte. Der Kampf gegen den Unrechtsstaat im Innern und das Ende der Aggression nach außen war jene Grundüberzeugung, die die Überbrückung vorhandener weltanschaulicher Differenzen möglich machte.“[66] Daher verdient jeder politische, d. h. aus mehr als nur privaten Erwägungen (privaten Vorteilen) heraus praktizierte Widerstand im „Dritten Reich“ Beachtung. Zwar wird in Fachkreisen die Forderung erhoben, die Motive für den Widerstand biografisch und für jeden Einzelnen zu ergründen, um die Pauschalisierungen der NS-Täter aufzubrechen[67]. Doch damit wird ein grundsätzlicher Respekt für alle Formen von Opposition und Resistenz und vor allem für aktive Gegnerschaft nicht aufgehoben. Sowohl aus wissenschaftlicher als auch aus politisch-ethischer Sicht ist für alle Widerständler, und damit auch für jene, die mit den Kriegsgegnern Deutschlands kooperierten, der Vorwurf des Verrats abzulehnen. Denn was formalrechtlich als Landesverrat einzustufen war und ist, korrespondierte mit einer kritischen Haltung zum NS-Regime und erfolgte in vielen Fällen ganz bewusst mit patriotischem Ziel. Insbesondere in Kenntnis der verbrecherischen Strukturen der politischen Verfolgung im „Dritten Reich“, die eine massenhafte Auflehnung im Innern Deutschlands verhinderten, werden Widerstand von außen und Kooperation mit äußeren Kräften zum Zweck der Zerschlagung des Regimes heute als legitim gewürdigt. Dass bei der Bewertung häufig zwischen der Kooperation mit den Westmächten und der Kooperation mit der stalinistischen Sowjetunion unterschieden wird, ist aus einer politisch-normativen Perspektive zwar nachvollziehbar, aus historischer Sicht ist sie es nicht. Aus der Tatsache, dass die Entwicklung in Deutschland Ilse Stöbe in ihrer Einschätzung bestärkte, zur Verhinderung eines deutschen Erobe-

[66] Tuchel, Motive, in: Schilde (Hrsg.), Eva Maria Buch und die „Rote Kapelle“, S. 89.
[67] Vgl. ebenda, S. 88.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rungskrieges beitragen zu müssen, indem sie der sowjetischen Führung Stimmungsberichte sowie Interna der deutschen Außenpolitik, der Aufrüstung und militärischer Aufmarschpläne zutrug, ist weder auf einen Mangel an Patriotismus noch auf Naivität und auch nicht auf stalinistische Verblendung zu schließen. Im Abschiedsbrief an Helfrich bekannte die 31-Jährige, sie hätte noch ein Buch schreiben wollen über den „Verfall einer Idee" und „die Zeit des Suchens mit ihren trügerisch üppigen und schillernden Blüten"[68]. Dies war keine Absage an kommunistische Utopien, zeugt aber von einer kritischen Geisteshaltung.

(Das vollständige Gutachten ist online abrufbar unter www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/)

[68] Brief an Helfrich, 20.12.1942, zit. bei Sahm, Stöbe, in: Coppi u.a. (Hrsg.), Rote Kapelle, S.267–269, hier S.267.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Vierteljahrshefte bitten zur Diskussion

Das neue Online-Forum

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben ein Online-Diskussionsforum eröffnet. Meinungsfreudige Leserinnen und Leser haben damit die Chance, einzelne VfZ-Aufsätze zu kommentieren – kurz und knapp (bis zur fünf Seiten) und so zeitnah, wie die neuen Medien es gestatten. Die Kommentare werden von der Redaktion geprüft, die sich auch die Auswahl vorbehält. Sie geben aber nur die Meinung der Verfasser wieder.

Beiträge für das Forum (im Word-Format) können unter folgender Adresse eingereicht werden: vfz@ifz-muenchen.de.

Zum Aufsatz von *Udo Wengst, Der ‚Fall Theodor Eschenburg'. Zum Problem der historischen Urteilsbildung* (VfZ Heft 3/2013, 411-440) haben uns Stellungnahmen von Hannah Bethke, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Greifswald, und Rainer Eisfeld, Professor emeritus der Politikwissenschaft an der Universität Osnabrück, erreicht.

http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0007

Achte Aldersbacher Schreib-Praxis

Ein anwendungsorientiertes Seminar des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags (28. Juli bis 1. August 2014)

1. Zielsetzung

Die Universitäten vermitteln zwar die Grundlagen wissenschaftlichen Arbeitens, legen aber auf die sprachliche Präsentation der Forschungsergebnisse nicht zuletzt deshalb weniger Wert, weil diesbezügliche Schulungen sehr zeitaufwändig sind und von den Lehrstühlen nicht mehr geleistet werden können. Die Initiative des Instituts für Zeitgeschichte und des Oldenbourg-Verlags setzt bei diesen Defiziten an. Das Seminar soll die Sprach- und Darstellungskompetenz jüngerer Historikerinnen und Historiker stärken, ihr diesbezügliches Problembewusstsein wecken und ein Forum bieten für die praktische Einübung der entsprechenden Techniken. Ziel ist mit anderen Worten: Gutes wissenschaftliches Schreiben zu lehren.

Die Redakteure der Reihen des Instituts und insbesondere die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte haben laufend mit Manuskripten zu tun, die zwar wissenschaftlich hochwertig sind, aber im Hinblick auf die sprachliche Gestaltung oft sehr zu wünschen übrig lassen. Sie verfügen deshalb auf diesem Feld über langjährige Erfahrungen und große Kompetenz bei der Arbeit mit Texten, die sie an ihre künftigen Autoren weitergeben wollen.

2. Ablauf

Schwerpunkt des Seminars sind praktische Übungen, die sich insbesondere auf neuralgische Punkte wissenschaftlicher Abhandlungen beziehen: Einstieg in das Thema einer Studie, Vernetzung verschiedener Argumente, richtiger Gebrauch von Stilmitteln wie Bilder und Vergleiche, prägnante Zusammenfassung und Präsentation von Thesen und Ergebnissen. Darüber hinaus soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, dass verschiedene Textgattungen den Einsatz unterschiedlicher Darstellungsformen notwendig machen. Diese Differenzierung soll etwa durch die Erarbeitung von Rezensionen oder durch die Diskussion ausgewählter Aufsätze erlernt und eingeübt werden. Das Seminar umfasst Lehrveranstaltungen im Plenum ebenso wie Einzel- oder Gruppenarbeit, wobei die von den Seminarteilnehmern verfassten Werkstücke unter der Anleitung eines erfahrenen Redakteurs intensiv diskutiert werden.

3. Anmeldung, Unkostenbeitrag, Ort und Zeitpunkt des Seminars

Das Seminar beginnt am späten Nachmittag des 28. Juli 2014 und dauert bis zum 1. August. Interessenten wenden sich mit Angaben zur Person und zu ihrem bisherigen Studiengang (inhaltliche Schwerpunkte und besondere Interessen, Thema von Magister-, Master- oder Zulassungsarbeit bzw. der Dissertation, Name des Be-

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0008

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

treuers) bis zum 15. April 2014 an das *Institut für Zeitgeschichte, Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46b, 80636 München*. Voraussetzung für die Teilnahme ist die Entrichtung einer Seminargebühr in Höhe von 75 Euro und die Übernahme der Reisekosten. Alle übrigen Leistungen werden vom Institut für Zeitgeschichte erbracht. Um die nötige Arbeitsatmosphäre zu gewährleisten, soll das Seminar in großer Abgeschiedenheit stattfinden. Bestens dafür geeignet ist die Bildungsstätte des ehemaligen Zisterzienserklosters Aldersbach bei Passau, das die nötigen Räumlichkeiten für Unterricht und Unterbringung bietet und verkehrstechnisch mühelos zu erreichen ist.

Thomas Schlemmer und Hans Woller

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

… von der Redaktion betreut (Oktober – Dezember 2013)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehepunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst:
In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Gill Bennett, Six Moments of Crisis. Inside British Foreign Policy, Oxford 2013.
Rezensiert von: Thomas Freiberger (Bonn) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23339.html

Barbara Beuys, Leben mit dem Feind. Amsterdam unter deutscher Besatzung Mai 1940 bis Mai 1945, München 2012.
Rezensiert von: Katja Happe (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/22374.html

Katrin Bobsin, Das Presseamt der DDR. Staatliche Öffentlichkeitsarbeit für die SED, Köln / Weimar / Wien 2013.
Rezensiert von: Gunter Holzweißig (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23589.html

Thomas Borstelmann, The 1970s. A New Global History from Civil Rights to Economic Inequality, Princeton / Oxford 2012.
Rezensiert von: Frank Reichherzer (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22030.html

Frank Bösch / Jürgen Danyel (Hgg.), Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012.
Rezensiert von: Ursula Rombeck-Jaschinski (Universität Stuttgart) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22399.html

Steven J. Brady, Eisenhower and Adenauer. Alliance Maintenance under Pressure, 1953–1960, Lanham, MD 2010.
Rezensiert von: Dieter Krüger (Universität Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/19440.html

VfZ 1/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0009

Kateřina Čapková / Michal Frankl, Unsichere Zuflucht. Die Tschechoslowakei und ihre Flüchtlinge aus NS-Deutschland und Österreich 1933–1938, Köln / Weimar / Wien 2012.
Rezensiert von: Thomas Oellermann (Prag) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/23052.html

Christoph Dieckmann, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941–1944, Göttingen 2011.
Rezensiert von: Andrea Löw (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/20995.html

Marin Doerry / Hauke Janssen (Hgg.), Die SPIEGEL-Affäre. Ein Skandal und seine Folgen, München 2013.
Rezensiert von: Rolf Steininger (Innsbruck) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23706.html

Andrew Dowling, Catalonia since the Spanish Civil War. Reconstructing the Nation, Brighton 2013.
Rezensiert von: Reiner Tosstorff (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/23275.html

Max Paul Friedman, Rethinking Anti-Americanism. The History of an Exceptional Concept in American Foreign Relations, Cambridge 2012.
Rezensiert von: Jan Hansen (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22694.html

Alexandra Garbarini, Numbered Days. Diaries and the Holocaust, New Haven / London 2006.
Rezensiert von: Anna Hájková (Department of History, University of Warwick) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/16828.html

Francis J. Gavin, Nuclear Statescraft. History and Strategy in America‘s Atomic Age, Ithaca / London 2012.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22675.html

Manfred Güllner, Die Grünen. Höhenflug oder Absturz?, Freiburg 2012.
Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/23024.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Pete Hamill, Vietnam. The Real War. A Photographic History by The Associated Press, New York 2013.
Rezensiert von: Michael Ploetz (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/24140.html

Elke-Ursel Hammer (Bearb.), „Besondere Bemühungen" der Bundesregierung, Bd. 1: 1962 bis 1969. Häftlingsfreikauf, Familienzusammenführung, Agentenaustausch, München 2012.
Rezensiert von: Jan Philipp Wölbern (Potsdam) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22315.html

Regine Igel, Terrorismus-Lügen. Wie die Stasi im Untergrund agierte, München 2012.
Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/24214.html

Holger Impekoven, Die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Ausländerstudium in Deutschland 1925–1945. Von der „geräuschlosen Propaganda" zur Ausbildung der „geistigen Wehr" des „Neuen Europa", Göttingen 2012.
Rezensiert von: Johannes Dafinger (Klagenfurt) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22144.html

Hans Joas / Peter Vogt (Hgg.), Begriffene Geschichte. Beiträge zum Werk Reinhart Koselleks, Frankfurt/M. 2011.
Rezensiert von: Peter Tietze (Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/21455.html

Heinrich Kanz (Hg.), Josef Gieles: Studentenbriefe 1939–1942. Widerständisches Denken im Umfeld der Weißen Rose, Bruxelles [u. a.] 2013.
Rezensiert von: Christiane Moll (München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23625.html

Oliver Kiechle, Fritz Selbmann als Kommunist und SED-Funktionär. Individuelle Handlungsspielräume im System. Eine politische Biographie, Düsseldorf 2013.
Rezensiert von: Rainer Karlsch (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23980.html

Christoph Kimmich, German Foreign Policy, 1918–1945. A Guide to Current Research and Resources, Lanham, MD 2013.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23603.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Peter Langer, Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch, Essen 2012.
Rezensiert von: Werner Bührer (München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22720.html

Michael Lausberg, Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen 1946–1971, Marburg 2012.
Rezensiert von: Lars Legath (Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23108.html

Holger Löttel (Bearb.), Adenauer und die FDP, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Udo Wengst (München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/24215.html

Christian Marx, Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens, Göttingen 2013.
Rezensiert von: Werner Bührer (München) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22720.html

Mark Mazower, Governing the World. The History of an Idea, London 2013.
Rezensiert von: Jost Dülffer (Köln) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22874.html

Michael Meyen, „Wir haben freier gelebt". Die DDR im kollektiven Gedächtnis der Deutschen, Bielefeld 2013.
Rezensiert von: Thomas Ahbe (Leipzig) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23529.html

Rory Miller, Inglorious Disarray. Europe, Israel and the Palastinians since 1967, London 2011.
Rezensiert von: Hubert Leber (Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/21961.html

Lise Namikas, Battleground Africa. Cold War in the Congo, 1960–1965, Stanford 2013.
Rezensiert von: Katrin Zippel (Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg/Brsg.) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23633.html

Igor Narskij, Fotografie und Erinnerung. Eine sowjetische Kindheit – Wissenschaft als „Roman", Köln / Weimar / Wien 2013.
Rezensiert von: Ina Markova (Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23708.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sharon Pardo / Joel Peters (eds.), Israel and the European Union. A Documentary History, Lanham, MD 2012.
Rezensiert von: Hubert Leber (Leibniz-Institut für Europäische Geschichte, Mainz) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/21961.html

Othmar Plöckinger, Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Christian Koch (Neuss) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23405.html

Michael Prinz, Der Sozialstaat hinter dem Haus. Wirtschaftliche Zukunftserwartungen, Selbstversorgung und regionale Vorbilder: Westfalen und Südwestdeutschland 1920–1960, Paderborn 2012.
Rezensiert von: Jaromír Balcar (Bremen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/20870.html

Jayanta Kumar Ray, India's Foreign Relations. 1947–2007, London/New York 2011.
Rezensiert von: Amit Das Gupta (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/21501.html

Matthias Reiss (ed.), The Street as Stage. Protest Marches and Public Rallies since the Nineteenth Century, Oxford 2007.
Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22335.html

Carolin Rüger, Europäische Außen- und Sicherheitspolitik – (k)ein Thema für die Öffentlichkeit? Die außen- und sicherheitspolitische Rolle der EU im Blickwinkel von öffentlicher Meinung und Medien, Baden-Baden 2012.
Rezensiert von: Henrike Viehrig (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23337.html

Shlomo Sand, Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit, Berlin / München 2012.
Rezensiert von: Tamar Amar-Dahl (Berlin / Greifswald) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/22841.html

Benjamin Seifert, Träume vom modernen Deutschland. Horst Ehmke, Reimut Jochimsen und die Planung des Politischen in der ersten Regierung Willy Brandts, Hannover 2010.
Rezensiert von: Elke Seefried (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/20293.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Edith Sheffer, Burned Bridge. How East and West Germans Made the Iron Curtain, New York 2011.
Rezensiert von: Roger Engelmann (BStU, Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22308.html

Anne Sinclair, Lieber Picasso, wo bleiben meine Harlekine? Mein Großvater, der Kunsthändler Paul Rosenberg, München 2013.
Rezensiert von: Benedikt Faber (Gymnasium Augustinianum, Greven) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23937.html

Quinn Slobodian, Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany, Durham / London 2012.
Rezensiert von: Florian Hannig (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22164.html

Stefan Steck, Neue Ostpolitik – Wahrnehmung und Deutung in der DDR und den USA (1961–1974). Zur Symbolik eines politischen Begriffs, Hamburg 2012.
Rezensiert von: Wilfried von Bredow (Philipps-Universität, Marburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23027.html

Jan Philipp Sternberg, Auswanderungsland Bundesrepublik. Denkmuster und Debatten in Politik und Medien 1945–2010, Paderborn 2012.
Rezensiert von: Sakine Yildiz (Universität Osnabrück) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/21370.html

Bernd Stöver, Geschichte des Koreakriegs. Schlachtfeld der Supermächte und ungelöster Konflikt, München 2013.
Rezensiert von: Ragna Boden (Düsseldorf / Marburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23814.html

Jan Surmann, Shoah-Erinnerung und Restitution. Die US-Geschichtspolitik am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2012.
Rezensiert von: Jacob S. Eder (Friedrich-Schiller-Universität, Jena) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22205.html

Sandra Tauer, Störfall für die gute Nachbarschaft? Deutsche und Franzosen auf der Suche nach einer gemeinsamen Energiepolitik (1973–1980), Göttingen 2012.
Rezensiert von: Silke Mende (Seminar für Zeitgeschichte, Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/21053.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Antonio Varsori / Guia Migani (eds.), Europe in the International Arena during the 1970s. Entering a Different World, Bruxelles [u. a.] 2011.
Rezensiert von: Philipp Gassert (Augsburg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/20688.html

Poul Villaume / Odd Arne Westad (eds.), Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War 1965–1985, Kopenhagen 2010.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/20122.html

Nils Weise, Eicke. Eine SS-Karriere zwischen Nervenklinik, KZ-System und Waffen-SS, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Bastian Hein (Stephanskirchen) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23766.html

Dorothee Weitbrecht, Aufbruch in die Dritte Welt. Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik, Göttingen 2012.
Rezensiert von: Florian Hannig (Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 11
http://www.sehepunkte.de/2013/11/22164.html

Regina Wick, Die Mauer muss weg – Die DDR soll bleiben. Die Deutschlandpolitik der Grünen von 1979 bis 1990, Stuttgart 2012.
Rezensiert von: Helge Heidemeyer (Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/23117.html

Stefan Wolle, Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961), Berlin 2013.
Rezensiert von: Petra Weber (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 12
http://www.sehepunkte.de/2013/12/23979.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Oktober – Dezember 2013):

Heike Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989, München 2011.
Rezensiert von: Maren Röger (Deutsches Historisches Institut, Warschau) in sehepunkte 13 (2013), Nr. 10
http://www.sehepunkte.de/2013/10/24125.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bernhard Gotto, **Disappointment as a Political Resource: On the Cohesion of the West German Peace Movement During the 1980s**

Willy Brandt's "Take a Chance on More Democracy" [mehr Demokratie wagen], Helmut Kohl's "Flourishing Landscapes" [blühende Landschaften], Barack Obama's "Yes We Can" – recent history is full of examples for high-flying hopes followed by bitter disappointments. But what consequences did this have for democracy as such? By way of the example of the largest protest movement of the 1980s, this investigation looks into which disappointments resulted from a dedication to peace activism and a differing understanding of democracy, what consequences derived from and how the activists dealt with this feeling. Their disappointment is shown to be more than a concomitant phenomenon, since it even served as a resource for political action and an emotional treatment mode for social contingence and complexity.

Hans-Christoph Seidel, **The Mining Trade Union and the "Guest Workers". Immigration Policy in the Ruhr Mining Area Between the Late 1950s and the 1980s**

The article examines statements, perceptions, positions and political approaches of the Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE – Industrial Trade Union for Mining and Energy) to the question of the employment of so-called "guest workers" in Ruhr region mining from the second half of the 1950s to the late 1980s. Like other trade unions, the IGBE was very sceptical about the commencement of recruiting "guest workers" in the second half of the 1950s. At first it showed only little interest in their specific problems. In the early 1970s this position changed fundamentally for a number of reasons. The IGBE developed an extraordinarily extensive degree of commitment to the social and cultural integration of the – in mining overwhelmingly Turkish – "guest workers" and their families. It is demonstrated how this commitment was connected to quite specific economic and social conditions in West German coal mining. During the 1980s the IGBE thus entered the political arena on Ausländerpolitik [resident alien policy] in West Germany as a whole, which was torn between attempts at social integration and policies supporting repatriation.

Astrid Eckert, **Harbingers of Downfall. Boundary Waters as an Environmental Problem between West and East Germany**

The article analyses trans-boundary pollution of rivers flowing between East and West Germany and the ways in which both states tried to cope with the problem. For the Federal Republic, this was a pressing concern because 95% of all such rivers ran from East to West. The article illuminates the dynamics that evolved between both German states during the 1970s and 1980s as they tried to negotiate trans-boundary environmental problems. It explains which specific political circumstances, clashing interpretations and interests influenced or prevented agreements. One outstanding factor impacting on East German negotiation strate-

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gies was the country's need for western currency. During the 1980s, the chronic shortage of foreign currency facilitated a development in which the environment became a commodity. The river Werra, heavily polluted by potash salts, serves as an example for this development. In this manner, not only environmental policy, but even the ecology of the rivers serves as an independent historical factor.

Ewald Grothe, **Hans Rosenberg and the History of German Liberalism. His Unpublished Inaugural Lecture, January 1933**

On 23 January 1933 – just one week before Hitler was made Reich Chancellor – Hans Rosenberg gave his inaugural lecture as a private lecturer in the auditorium of Cologne University. The lecture manuscript survives in the Rosenberg collection at the Bundesarchiv in Koblenz and is published here for the first time. Rosenberg's text "The Epochs of Party Political Liberalism in Germany" is a politically argumentative overview. It offers a critical contemporary analysis of liberal thought and politics since the early 19th century. The disappointment in the state of political liberalism in 1932/33 of a loyal supporter of the Weimar Republic is palpable. The clear political accentuations and assessments of the historical development in this lecture manuscript make it a document of special relevance. Additionally the inaugural lecture in January 1933 marks the beginning of Rosenberg's methodological transition from the history of ideas to constitutional and social history. His critical interpretation of liberalism was taken up and developed by German social historiography since the 1960s.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. **Bernhard Gotto**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Leonrodstr. 46b, 80636 München), koordiniert die Leibniz Graduate School „Enttäuschung im 20. Jahrhundert. Utopieverlust – Verweigerung – Neuverhandlung"; veröffentlichte u. a.: „Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945" (München 2006); zusammen mit Johannes Bähr, Axel Drecoll und Harald Wixforth „Der Flick-Konzern im Dritten Reich" (München 2008); als Herausgeber zusammen mit Horst Möller, Jean Mondot und Nicole Peletier, „Nach ‚Achtundsechzig'. Krisen und Krisenbewusstsein in Deutschland und Frankreich in den 1970er Jahren" (München 2013).

Dr. habil. **Hans-Christoph Seidel**, Geschäftsführer des Instituts für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum und der Stiftung Bibliothek Ruhrgebiet (Clemensstr. 17–19, 44789 Bochum); veröffentlichte u. a.: „Eine neue ‚Kultur des Gebärens'. Die Medikalisierung von Geburt im 18. und 19. Jahrhundert in Deutschland" (Stuttgart 1998); als Herausgeber zusammen mit Klaus Tenfelde, „Zwangsarbeit im Europa des 20. Jahrhunderts. Bewältigung und vergleichende Aspekte" (Essen 2006); „Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter" (Essen 2010).

Dr. **Astrid M. Eckert**, Associate Professor of Modern European History at Emory University, Department of History in Atlanta (221 Bowden Hall, 561 South Kilgo Circle, Atlanta, GA 30322–3651); veröffentlichte u. a.: "Feindbilder im Wandel. Ein Vergleich des Deutschland- und Japanbildes in den USA 1945 und 1946" (Münster 1999); „Kampf um die Akten. Die Westalliierten und die Rückgabe von deutschem Archivgut nach dem Zweiten Weltkrieg" (Stuttgart 2004); "Institutions of public memory. The legacies of German and American politicians" (Washington 2007); "The Struggle for the Files. The Western Allies and the Return of German Archives after the Second World War" (Cambridge University Press (2012).

Martin Löns, Vizepräsident des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen (Zweigertstraße 54, 45130 Essen); veröffentlichte u. a.: zusammen mit Heike Herold-Tews, „SGB II. Grundsicherung für Arbeitssuchende. Kommentar" (München 32011).

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. **Ewald Grothe**, Leiter des Archivs des Liberalismus der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Theodor-Heuss-Str. 26, 51645 Gummersbach), apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Bergischen Universität Wuppertal; veröffentlichte u. a.: „Verfassungsgebung und Verfassungskonflikt. Das Kurfürstentum Hessen in der ersten Ära Hassenpflug 1830–1837“ (Berlin 1996); als Herausgeber, „Brüder Grimm. Briefwechsel mit Ludwig Hassenpflug“ (Kassel/Berlin 2000); als Herausgeber zusammen mit Bernd Heidenreich, „Die Grimms – Kultur und Politik“ (Frankfurt a.M. 2003, ²2008); als Herausgeber zusammen mit Hartwig Brandt, „Quellen zur Alltagsgeschichte der Deutschen 1815–1870“ (Darmstadt 2005); „Zwischen Geschichte und Recht. Deutsche Verfassungsgeschichtsschreibung 1900–1970“ (München 2005); als Herausgeber zusammen mit Hartwig Brandt, „Rheinbündischer Konstitutionalismus“ (Frankfurt a.M. 2007); als Herausgeber, „Konservative deutsche Politiker im 19. Jahrhundert. Wirken – Wirkung – Wahrnehmung“ (Marburg 2010).

Dr. **Elke Scherstjanoi**, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin), Privatdozentin an der TU Chemnitz, veröffentlichte u. a. „SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953“ (München 2007); als Herausgeberin, „Zwei Staaten, Zwei Literaturen? Das internationale Kolloquium des Schriftstellerverbandes in der DDR, Dezember 1964. Eine Dokumentation“ (München 2008); als Herausgeberin, „Russlandheimkehrer. Die sowjetische Kriegsgefangenschaft im Gedächtnis der Deutschen“ (München 2012); „Die Einnahme der Stadt Demmin durch die Rote Armee am 30. April 1945“, in: Das Kriegsende in Demmin 1945. Umgang mit einem schwierigen Thema, hrsg. vom Demminer Regionalmuseum (Demmin 2013), S.27–48.

Jahrgang 62 (2014), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de